

PATRIZIA INFRASTRUCTURE INVEST

PROSPEKT

in der unverbindlichen deutschen Übersetzung

UND

PROSPECTUS & ARTICLES

in der rechtlich verbindlichen, englischen Originalversion

JUNI 2025

HINWEIS: DIES IST EINE NICHT-OFFIZIELLE UND UNVERBINDLICHE ÜBERSETZUNG DES AKTUELLEN ENGLISCHEN EMISSIONSDOKUMENTS. DER AIFM ÜBERNIMMT KEINE HAFTUNG AUS DER VERWENDUNG UND/ODER DEM VERTRAUEN AUF DIESE ÜBERSETZUNG. DEM NUTZER WIRD EMPFOHLEN, SICH NICHT AUF DIE RICHTIGKEIT DIESER ÜBERSETZUNG ZU VERLASSEN. IM FALLE VON FEHLERN ODER UNSTIMMIGKEITEN IST DIE ENGLISCHE FASSUNG DES EMISSIONSDOKUMENTS MAßGEBEND.

PATRIZIA INFRASTRUCTURE INVEST

Kommanditgesellschaft auf Aktien (*société en commandite par actions*)

Qualifiziert als Investmentgesellschaft mit variablem Kapital

(*société d'investissement à capital variable*)

Geregelt durch Teil II des luxemburgischen Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen in seiner aktuellen Fassung

PROSPEKT

25. JUNI 2025

DIE GESELLSCHAFT IST EIN REGULIERTES ANLAGEVEHIKEL, DAS DER AUFSICHT DER *COMMISSION DE SURVEILLANCE DU SECTEUR FINANCIER*, DER LUXEMBURGISCHEN FINANZAUF SICHTSBEHÖRDE („CSSF“), UNTERSTEHT. DIE GESELLSCHAFT IST ALS EUROPÄISCHER LANGFRISTIGER INVESTMENTFONDS („ELTIF“) NACH DER VERORDNUNG (EU) 2023/606 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES VOM 15. MÄRZ 2023 IN BEZUG AUF EUROPÄISCHE LANGFRISTIGE INVESTMENTFONDS IN DER JEWEILS GÜLTIGEN FASSUNG („ELTIF-VERORDNUNG“) QUALIFIZIERT, IST VON DER CSSF ZUGELASSEN UND WIRD VON IHR REGULIERT.

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Dieser Prospekt („**Prospekt**“) wird potenziellen Anlegern zur Verfügung gestellt, um bestimmte Informationen über eine potenzielle Anlage in PATRIZIA Infrastructure Invest („**Gesellschaft**“), eine Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (*société d'investissement à capital variable*) gemäß Teil II des luxemburgischen Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen in seiner jeweils gültigen Fassung („**Gesetz von 2010**“), die als Kommanditgesellschaft auf Aktien (*société en commandite par actions*) gemäß dem luxemburgischen Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften in seiner jeweils gültigen Fassung („**Gesetz von 1915**“) gegründet wurde, bereitzustellen. Die Gesellschaft wurde von der luxemburgischen Finanzaufsichtsbehörde, der *Commission de Surveillance du Secteur Financier* („**CSSF**“), zugelassen und wird von ihr reguliert. Diese Zulassung besagt jedoch nicht, dass die Inhalte dieses Prospekts oder die von der Gesellschaft gehaltenen Wertpapierportfolios von einer luxemburgischen Behörde genehmigt wurden. Anders lautende Darstellungen sind weder zulässig noch rechtmäßig.

Im Zusammenhang mit dem in diesem Prospekt enthaltenen Angebot dürfen keine anderen Auskünfte erteilt oder Angaben gemacht werden als die, die in diesem Prospekt und den Dokumenten, auf die darin verwiesen wird, enthalten sind, und jede Zeichnung bzw. jeder Kauf von Anteilen, die bzw. der von einer Person auf der Grundlage von Erklärungen oder Angaben getätigt wird, die in diesem Prospekt nicht enthalten sind oder mit den darin enthaltenen Angaben nicht übereinstimmen, erfolgt ausschließlich auf Risiko des Zeichners bzw. Käufers.

Dieser Prospekt erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und enthält nicht notwendigerweise alle Informationen, die ein potenzieller Anleger bei der Entscheidung über die Zeichnung oder den Kauf der Anteile wünscht. Es wird keine ausdrückliche oder stillschweigende Zusicherung oder Gewährleistung in Bezug auf die Gesellschaft, die Geschäftsführung, den AIFM, den Portfolioverwalter oder ihre verbundenen Unternehmen (jeweils wie unten definiert) oder in Bezug auf die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieses Prospekts oder sonstiger schriftlicher oder mündlicher Informationen, die einem Empfänger oder seinen Beratern im Zusammenhang mit einer weiteren Prüfung der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, gegeben.

Die Geschäftsführung ist für die Informationen in diesem Prospekt verantwortlich. Sie hat nach bestem Wissen und Gewissen alle zumutbaren Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, dass die hierin enthaltenen Informationen zum hier angegebenen Datum zutreffend sind. Die Gesellschaft, die Geschäftsführung, der AIFM und der Portfolioverwalter und ihre verbundenen Unternehmen (jeweils wie unten definiert) lehnen ausdrücklich jegliche Haftung auf der Grundlage dieser Informationen, Fehler in diesen Informationen oder Auslassungen in diesen Informationen ab. Es wird keine Zusicherung oder Gewährleistung hinsichtlich der Richtigkeit der in diesem Prospekt enthaltenen Finanzinformationen oder hinsichtlich der Erreichung oder Angemessenheit von Prognosen, Managementzielen, Aussichten oder Renditen gegeben.

Potenzielle Anleger sollten in der Lage sein, die wirtschaftlichen Folgen einer Anlage in die Gesellschaft zu tragen, einschließlich eines möglichen Verlusts ihrer gesamten Anlage.

Der Inhalt dieses Prospekts ist nicht als Anlage-, Rechts-, Geschäfts-, Wirtschafts-, Steuer- oder sonstige Beratung auffassen. Bei einer Anlageentscheidung müssen sich potenzielle Anleger auf ihre eigene Prüfung der Gesellschaft und der Bedingungen des Angebots, einschließlich der damit verbundenen Vorteile und Risiken, stützen. Jeder potenzielle Anleger sollte seine eigenen Anwälte, Unternehmensberater und/oder Steuerberater hinsichtlich rechtlicher, wirtschaftlicher, bilanzieller, steuerlicher und damit zusammenhängender Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Anlage in die Gesellschaft konsultieren. Eine Anlage in die Gesellschaft ist mit erheblichen Risiken verbunden. Potenzielle Anleger sollten über die finanziellen Möglichkeiten verfügen und bereit sein, die mit der Gesellschaft verbundenen Risiken zu tragen.

Weder die Verbreitung dieses Prospekts noch das Angebot der Anteile bedeutet oder stellt eine Zusicherung dar, dass die im Prospekt enthaltenen Informationen auch nach dem Datum dieses Prospekts noch zutreffend sind oder dass es seit dem Datum dieses Prospekts keine Änderung hinsichtlich der Geschäftstätigkeit oder der geschäftlichen Angelegenheiten der Gesellschaft oder sonstiger im Prospekt enthaltener Informationen gegeben hat.

Potenzielle Anleger sollten beachten, dass die Gesellschaft aufgrund der begrenzten Rücknahmemöglichkeiten für Anteile unter Umständen nicht für Anleger geeignet ist, die nach einer liquiden offenen Struktur suchen, die jederzeit eine Rücknahme ermöglicht. Gemäß den Bestimmungen der Abschnitte 8 „Rücknahme von Anteilen“ und 11.5 „Vorübergehende Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil“ dieses Prospekts können Rücknahmen im Falle einer Aussetzung von Rücknahmen oder Beschränkungen für den Fall, dass die Rücknahmeanträge bestimmte Obergrenzen, Sperrfristen und andere Bedingungen überschreiten, auch sogenannten „Gates“ (Ausstiegfenster) unterliegen.

Die Gesellschaft erfüllt die Voraussetzungen als ELTIF gemäß der ELTIF-Verordnung und wurde dementsprechend zugelassen. ELTIFs sollen gemäß den besonderen Bestimmungen der ELTIF-Verordnung in langfristige Vermögenswerte investiert sein. Potenzielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass langfristige Vermögenswerte in der Regel illiquide Vermögenswerte sind, die geduldiges Kapital auf Basis von Kapitalzuführungen erfordern: Das sind Zusagen, die für einen beträchtlichen Zeitraum getätigt werden, oftmals erst spät eine Kapitalrendite bieten und im Allgemeinen ein langfristiges wirtschaftliches Profil aufweisen. Infolgedessen sollte jeder potenzielle Anleger der Gesellschaft sorgfältig den angemessenen Betrag seines gesamten zu investierenden Anlageportfolios abwägen, und es wird empfohlen, dass dieser Anleger nur einen kleinen Teil seines gesamten Anlageportfolios in die Gesellschaft investiert. Die Gesellschaft ist nur für Anleger geeignet, die ein langfristiges und illiquides Engagement verkraften können.

Dieser Prospekt ist zusammen mit der ELTIF-Verordnung und den technischen Regulierungsstandards der ELTIF RTS oder anderen einschlägigen delegierten EU-Rechtsakten der Europäischen Kommission zu lesen, durch die die ELTIF-Verordnung oder regulatorische Leitlinien von Zeit zu Zeit geändert oder ergänzt werden, gegebenenfalls auch infolge einer Neufassung der ELTIF-Verordnung.

Anteile können nur von i) professionellen Anlegern und ii) Kleinanlegern, die die Voraussetzungen der ELTIF-Verordnung erfüllen, erworben werden.

Die Beteiligung an der Gesellschaft kann über Finanzintermediäre angeboten werden, für die in der Regel Schwellenwerte für das Kundennettovermögen und andere Anforderungen gelten. Dementsprechend richtet sich die Gesellschaft an Anleger, die Beziehungen zu solchen Finanzintermediären aufgebaut haben. Potenzielle Anleger sollten sich an ihren Finanzintermediär wenden, um zu besprechen, ob sie die Kriterien für eine Anlage in die Gesellschaft erfüllen.

Diesem Prospekt liegen die Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft (in der jeweils gültigen Fassung, im Folgenden „**Satzung**“) zugrunde. Im Prospekt und durch die Zeichnung von Anteilen bestätigt jeder potenzielle Anleger, dass er die vorgenannten Dokumente gelesen und verstanden hat und dass er in Bezug auf diese Dokumente professionellen Rat eingeholt hat. Mit der Zeichnung von Anteilen bestätigt jeder potenzielle Anleger seine Zustimmung zum Inhalt des Prospekts (einschließlich aller Anhänge und Anlagen) und der Satzung.

Mit der Beteiligung an der Gesellschaft sind komplexe steuerliche und regulatorische Aspekte verbunden, die von Anleger zu Anleger unterschiedlich sein können. Jedem potenziellen Anleger wird empfohlen, die tatsächlichen steuerlichen und regulatorischen Auswirkungen, die eine Beteiligung an der Gesellschaft in seinem besonderen Fall haben kann, mit seinem persönlichen Steuer- und Rechtsberater zu klären.

Beschränkungen hinsichtlich des Angebots der Anteile

Dieser Prospekt stellt kein Angebot zur Zeichnung oder zum Verkauf von Anteilen und keine Aufforderung zum Angebot zur Zeichnung von Anteilen in einem Rechtsgebiet, i) in dem ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung unzulässig ist oder ii) in dem die Person, die ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung abgibt, hierzu nicht qualifiziert ist, oder iii) in dem ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung rechtswidrig ist, dar.

Das Angebot von Anteilen an der Gesellschaft stellt kein direktes oder indirektes Angebot von Beteiligungen an den Anlagen dar, und die Käufer von hiermit angebotenen Anteilen halten keine direkte Beteiligung an solchen Anlagen und besitzen auch kein Stimmrecht in Verbindung mit solchen Anlagen. Die Anlagen oder die mit den Anlagen im Zusammenhang stehenden Institute können weitere Geschäftsbeziehungen mit der Gesellschaft, der Geschäftsführung, dem AIFM, dem Portfolioverwalter und ihren jeweiligen verbundenen Unternehmen unterhalten.

Es wurden keine Maßnahmen ergriffen, die ein öffentliches Angebot der Anteile in einem Land oder einem Rechtsgebiet gestatten würden oder sollen, in dem ein solches öffentliches Angebot der Anteile nicht zulässig ist. Dementsprechend dürfen Anteile weder direkt noch indirekt angeboten oder verkauft werden. Weder dieser Prospekt noch andere Informationen, Antragsformulare, Werbung oder sonstige Dokumente dürfen in irgendeinem Land oder Rechtsgebiet verbreitet oder veröffentlicht werden, außer es liegen Umstände vor, die dies zur Einhaltung geltender Gesetze und Vorschriften erforderlich machen. Jeder Empfänger dieses Prospekts muss sich über gesetzliche

Beschränkungen informieren, die sich auf die Zeichnung von Anteilen der Gesellschaft auswirken, und diese einhalten. Weder die Gesellschaft noch die Geschäftsführung, der AIFM oder der Portfolioverwalter oder eines ihrer verbundenen Unternehmen geben gegenüber potenziellen Anlegern Zusicherungen oder Gewährleistungen in Bezug auf die Rechtmäßigkeit einer Anlage in die Gesellschaft durch eine solche Person gemäß den einschlägigen Wertpapier- oder ähnlichen Gesetzen.

Hinweise für Gebietsansässige des Europäischen Wirtschaftsraums

Gemäß der AIFM-Richtlinie stellt die Gesellschaft einen EU-AIF dar, dessen AIFM ein in der EU ansässiger Verwalter alternativer Investmentfonds ist. Jeder Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums hat Rechtsvorschriften zur Umsetzung der AIFM-Richtlinie in nationales Recht verabschiedet. Gemäß der AIFM-Richtlinie wird der Vertrieb der Anteile der Gesellschaft an (potenzielle) Anleger mit Wohnsitz oder eingetragenem Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum durch diese Gesetze beschränkt, und ein solcher Vertrieb findet nur dann statt, wenn diese Gesetze dies erlauben. Potenzielle Anleger haben sicherzustellen, dass sie Anteile an der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den oben genannten Gesetzen zeichnen können.

Beim Vertrieb im Rahmen des AIFMD-Vertriebspasses gemäß Artikel 32 der AIFM-Richtlinie können Anteile an der Gesellschaft von i) professionellen Anlegern, bei denen es sich um Anleger handelt, die als gewerbliche Kunden gelten oder auf Antrag als gewerbliche Kunden im Sinne von Anhang II der Richtlinie 2014/65/EU („**MiFID II**“) behandelt werden können, und ii) Kleinanlegern, die die Voraussetzungen der ELTIF-Verordnung erfüllen, erworben werden.

Anteile der Gesellschaft können sowohl an Kleinanleger (sofern dies nach geltendem lokalem Recht zulässig ist) als auch an professionelle Anleger vertrieben werden. Sofern die Anteile im Europäischen Wirtschaftsraum („**EWR**“) Kleinanlegern empfohlen, angeboten oder verkauft werden, wird jedem potenziellen Kleinanleger aus dem EWR gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte ein Basisinformationsblatt („**Basisinformationsblatt für PRIIPs**“) vorgelegt, bevor er in die Gesellschaft investiert.

Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor (SFDR)

Dieser Prospekt enthält die Informationen, die den Anlegern gemäß Artikel 6 und Artikel 8 der Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor in ihrer jeweils gültigen Fassung („**SFDR**“) bereitgestellt werden müssen.

Zulassungskriterien für Anleger

Anteile an der Gesellschaft dürfen nur von berechtigten Anlegern und unter Einhaltung etwaiger zusätzlicher in diesem Prospekt festgelegter Zulassungskriterien gezeichnet

werden. Die Gesellschaft kann nach freiem Ermessen die Ausgabe von Anteilen verweigern, wenn keine ausreichenden Nachweise dafür vorliegen, dass die Person, an die die Anteile verkauft werden, ein zulässiger Anleger ist und die in diesem Prospekt festgelegten Zulassungskriterien erfüllt.

Auslegung

Alle Zeitangaben in diesem Prospekt beziehen sich auf Luxemburger Zeit, sofern nicht anders angegeben. Sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, schließen die im Plural definierten Begriffe den Singular ein und umgekehrt. Im Falle von Widersprüchen zwischen diesem Prospekt und der Satzung haben die Dokumente in der folgenden Reihenfolge Vorrang, soweit dies gesetzlich zulässig ist: (a) Satzung und (b) dieser Prospekt. Dieser Prospekt ist in Verbindung mit der Satzung zu lesen.

In diesem Prospekt verwendete Begriffe haben die Bedeutung, die ihnen in Abschnitt „Begriffsbestimmungen“ oder an anderer Stelle dieses Prospekts zugewiesen wird.

Hinweis zu zukunftsgerichteten Aussagen

Wörter wie „kann“, „glaubt“, „erwartet“, „plant“, „zukünftig“, „beabsichtigt“ und ähnliche Ausdrücke können zukunftsgerichtete Aussagen kennzeichnen, aber das Fehlen dieser Wörter bedeutet nicht, dass die Aussage nicht zukunftsgerichtet ist. Soweit dieser Prospekt zukunftsgerichtete Aussagen enthält, die aktuelle Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse enthalten, können zukunftsgerichtete Aussagen über die Pläne, Ziele, Erwartungen und Absichten der Gesellschaft und andere Aussagen enthalten, die keine historischen Fakten sind. Zukunftsgerichtete Aussagen unterliegen bekannten und unbekanntem Risiken und Ungewissheiten sowie ungenauen Annahmen, die dazu führen könnten, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den erwarteten oder in den zukunftsgerichteten Aussagen enthaltenen Ergebnissen abweichen. Potenzielle Anleger sollten sich nicht ungebührlich auf solche zukunftsgerichteten Aussagen verlassen, die nur zum Datum dieses Prospekts in dem dargelegten Umfang gelten.

Datenschutz

Potenzielle Investoren sollten beachten, dass sie mit ihrer Zeichnung von Anteilen der Gesellschaft Informationen zur Verfügung stellen, die personenbezogene Daten im Sinne der europäischen Datenschutzgesetze (einschließlich der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) und anderer EU- oder nationaler Gesetze, mit denen sie umgesetzt oder ergänzt werden) darstellen können. Die Verwendung der der Geschäftsführung im Rahmen der Zeichnung durch die Anleger zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten erfolgt nach der DSGVO und den Bedingungen einer Datenschutzerklärung, die die Verarbeitung dieser Daten weiter beschreibt („**Datenschutzerklärung**“).

Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Gemäß dem luxemburgischen Gesetz vom 12. November 2004 über die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung („**Gesetz von 2004**“) in seiner jeweils gültigen Fassung, der großherzoglichen Verordnung vom 1. Februar 2010, der CSSF-Verordnung 12-02 vom 14. Dezember 2012 und den einschlägigen Rundschreiben und Verordnungen

der CSSF erlegt Artikel 2 des Gesetzes von 2004 allen im Finanzsektor tätigen Personen und Unternehmen Berufspflichten zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung auf, um zu verhindern, dass Organismen für gemeinsame Anlagen für die Zwecke der Geldwäsche genutzt werden. Dazu gehört die Pflicht, die Identität und Legitimität von Anlegern und Investmentfonds festzustellen.

Gemäß diesen Bestimmungen werden diese Verfahren zur Feststellung der Identität umgesetzt und erforderlichenfalls vom AIFM oder der Register- und Transferstelle der Gesellschaft eingehend überprüft.

Anleger müssen den Zeichnungsunterlagen die gesetzlich vorgeschriebenen Identitätsdokumente beifügen. Welche Dokumente verlangt werden, hängt vom Anlegertyp bzw. von der Rechtsform des Anlegers ab.

Die Gesellschaft und die Register- und Transferstelle behalten sich das Recht vor, (weitere) relevante Informationen anzufordern, die für die Überprüfung der Identität eines Antragstellers erforderlich sind. Werden die für die Überprüfung benötigten Informationen nicht oder nicht rechtzeitig bereitgestellt, kann der AIFM oder die Register- und Transferstelle den Antrag ablehnen und haftet nicht für Zinsen, Kosten oder Entschädigungen.

Der AIFM ist verpflichtet, eine verstärkte Sorgfaltspflicht in Bezug auf Geschäftsbeziehungen und Sorgfaltsmaßnahmen bei einem Intermediär, den Personen, die vorgeben, in seinem Namen zu handeln, und den wirtschaftlichen Eigentümern durchzuführen, um den lokalen Gesetzen und Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu entsprechen.

Der AIFM behält sich das Recht vor, einen Antrag aus Gründen der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ganz oder teilweise abzulehnen. In diesem Fall wird in Ermangelung der erforderlichen Zeichnungsvereinbarung kein Kapital bei einem oder mehreren Kapitalabrufen eingezahlt. Die Gesellschaft oder der AIFM haftet in einem solchen Fall nicht für Zinsen, Kosten oder Entschädigungen.

Die Erhebung von Daten, die in diesem Zusammenhang in Verbindung mit der Anlage in die Gesellschaft bereitzustellen sind, dient allein dem Zweck der Einhaltung der Vorschriften zur Verhinderung von Geldwäsche. Alle diesbezüglichen Dokumente werden für einen Zeitraum von fünf (5) Jahren nach Beendigung der Geschäftsbeziehung aufbewahrt.

Bei den von der Gesellschaft getätigten Investitionen und Veräußerungen erfüllt der AIFM zusammen mit dem General Partner nach anwendbarem Recht hinreichende Verwahrpflichten in Bezug auf die Vermögenswerte der Gesellschaft und legt diesen einen risikobasierten Ansatz zugrunde. Dies geschieht zum Zweck der Erfüllung jeglicher KYC-Pflichten und Pflichten zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gemäß den geltenden Bestimmungen des Gesetzes von 2004, um den für den AIFM und die Gesellschaft geltenden Gesetzen und Vorschriften zu entsprechen.

Register der wirtschaftlichen Eigentümer

Das Gesetz vom 13. Januar 2019 zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer („**Gesetz zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer**“) ist am 1. März 2019 in Kraft getreten und gilt für alle Rechtsformen („**registrierte Rechtsträger**“), die beim luxemburgischen Handelsregister („RCS“) registriert sind, einschließlich Investmentfonds. Zweck des Gesetzes und damit der Einrichtung des Registers ist die Bekämpfung der Geldwäsche (Anti-Money Laundering, kurz „**AML**“) im Rahmen der Umsetzung der Bestimmungen der Fünften Geldwäscherichtlinie (Richtlinie (EU) 2018/843) in nationales Recht.

Luxemburgische Gesellschaften müssen als registrierte Rechtsträger im Sinne des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer die Bestimmungen dieses Gesetzes einhalten und ihren tatsächlichen oder fiktiven wirtschaftlichen Eigentümer seit dem 30. November 2019 in das Register wirtschaftlicher Eigentümer eintragen lassen. Gemäß Artikel 1 Absatz 3 des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer wird für die Definition des Begriffs des wirtschaftlichen Eigentümers auf die entsprechende Definition in Artikel 1 Absatz 7 des Gesetzes von 2004 verwiesen. Nach dieser Definition ist ein wirtschaftlicher Eigentümer jede natürliche Person, die Eigentümer des registrierten Rechtsträgers ist oder diesen kontrolliert, oder jede natürliche Person, für die eine Transaktion durchgeführt oder eine Tätigkeit ausgeübt wird. Der Begriff des wirtschaftlichen Eigentümers umfasst, zumindest im Falle juristischer Personen, jede natürliche Person, die direkt oder indirekt:

- mehr als 25 % des Kapitals hält,
- mehr als 25 % der Stimmrechte kontrolliert oder
- Kontrolle auf ähnliche Weise ausübt.

Kann nach umfassender Prüfung kein tatsächlicher wirtschaftlicher Eigentümer ermittelt werden oder bestehen Zweifel daran, dass die ermittelte Person tatsächlich der wirtschaftliche Eigentümer ist, und liegen keine Tatsachen vor, die eine Meldepflicht auslösen würden, so gilt der gesetzliche Vertreter der registrierten juristischen Person als wirtschaftlicher Eigentümer kraft Rechtsfiktion (sogenannter „**fiktiver wirtschaftlicher Eigentümer**“).

Als Gesellschaft mit Sitz in Luxemburg und als in Luxemburg registrierter Rechtsträger ist die Gesellschaft nach dem Gesetz zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer verpflichtet, potenzielle wirtschaftliche Eigentümer zu ermitteln und Informationen an das Register wirtschaftlicher Eigentümer zu übermitteln.

Die Anteilhaber werden darauf hingewiesen, dass – sofern die Voraussetzungen für die Erfüllung der Bestimmungen in Bezug auf den wirtschaftlichen Eigentümer erfüllt sind – gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer die folgenden Informationen über die wirtschaftlichen Eigentümer der registrierten Unternehmen im Register wirtschaftlicher Eigentümer eingetragen und gespeichert werden müssen:

- Nachname
- Vorname(n)
- Staatsangehörigkeit(en)
- Geburtsdatum und -ort
- Wohnsitzland
- Anschrift
- Identifikationsnummer
- Art und Umfang der wirtschaftlichen Beteiligung des wirtschaftlichen Eigentümers an der Gesellschaft

Jeder wirtschaftliche Eigentümer eines registrierten Rechtsträgers muss die erforderlichen Informationen bereitstellen, um seinen gesetzlichen Pflichten nach dem Gesetz zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer nachzukommen.

Diese Informationen stehen den nationalen Behörden und der Öffentlichkeit zur Verfügung, wobei für letztere die im Gesetz zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer genannten Ausnahmen gelten. Die Anteilsinhaber werden auch darauf hingewiesen, dass im Falle der Nichterfüllung der Pflichten nach dem Gesetz zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer Geldbußen zwischen 1.250 EUR und 1.250.000 EUR gegen registrierte Rechtsträger wegen Nichtbeachtung des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer und/oder gegen wirtschaftliche Eigentümer wegen Nichtübermittlung der oben genannten Informationen an den registrierten Rechtsträger verhängt werden können.

Risikofaktoren

Potenzielle Anleger sollten diesen Prospekt sorgfältig lesen, bevor sie sich für den Kauf von Anteilen der Gesellschaft entscheiden, und insbesondere die Informationen in Abschnitt 17 „Risikofaktoren und Anlageerwägungen“ beachten. Die Gesellschaft und ihre jeweiligen Anlagen sind langfristige spekulative Anlagen und mit erheblichen Risiken verbunden.

Es kann nicht garantiert werden, dass das Anlageziel der Gesellschaft erreicht wird, und die Anlageergebnisse können im Zeitverlauf erheblich schwanken. Eine Anlage in die Gesellschaft ist nicht als alleinige Anlagelösung für einen Anleger gedacht. Potenzielle Anleger sollten sorgfältig prüfen, ob eine Anlage in die Anteile unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Umstände und finanziellen Mittel für sie geeignet ist.

INHALT

HAFTUNGSAUSSCHLUSS	I
INHALT	IX
ÜBERSICHT	1
BEGRIFFSBESTIMMUNGEN	3
1. VERWALTUNGS- UND LEITUNGSSTRUKTUR	13
1.1 Die Gesellschaft.....	13
1.2 Satzung	14
1.3 General Partner	14
1.4 AIFM	14
1.5 Portfolioverwalter	17
1.6 Verwahrstelle.....	18
1.7 Zahlstelle	19
1.8 Zentralverwaltungsstelle.....	20
1.9 Register- und Transferstelle.....	20
1.10 Unabhängiger Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft	20
2. ANLAGEZIEL UND -POLITIK.....	20
3. ANLAGEBEFUGNISSE UND -BESCHRÄNKUNGEN	21
3.1 Allgemeine Anlagebeschränkungen	21
3.2 ELTIF-Anlagebeschränkungen	22
3.3 Fremdfinanzierung.....	24
3.4 Absicherung	26
3.5 Anlaufphase	26
3.6 Abwicklungszeitraum	27
3.7 Aussetzungszeitraum	27
3.8 Investitionsstruktur	27
3.9 Passive Verstöße.....	27
3.10 Nachhaltigkeitsbezogene Angaben.....	28
4. RISIKOFAKTOREN	28
5. DAS ANGEBOT	28
5.1 Beschreibung der Anteile	28
5.2 Anteilklassen.....	28
5.3 Rechnungswährung	30
5.4 Zeichnung von Anteilen	30
5.5 Zeichnungsbeschränkung für Anteile.....	30
5.6 Zeichnungsverfahren	31
5.7 Ausgabe von Anteilen	31
5.8 Zeichnung über einen Finanzintermediär	32
5.9 Aussetzung von Zeichnungen.....	33
5.10 Auslagerung durch die dem Berufsgeheimnis unterliegenden Dienstleister der Gesellschaft	33

5.11	Datenschutz	34
5.12	Late Trading	34
5.13	Market Timing	34
6.	ÜBERTRAGUNG VON ANTEILEN.....	34
7.	ABGLEICH VON ANTRÄGEN	35
8.	RÜCKNAHME VON ANTEILEN	36
8.1	Ablauf von Rücknahmen	36
8.2	Zwangsrücknahme von Anteilen, die von einer ausgeschlossenen Person gehalten werden.....	38
8.3	Aussetzung von Rücknahmen	38
8.4	Rückkauf von Anteilen nach Ermessen der Geschäftsführung	38
9.	UMTAUSCH VON ANTEILEN IN ANTEILE EINER ANDEREN ANTEILSKLASSE	39
10.	AUSSCHÜTTUNGEN.....	39
11.	NETTOINVENTARWERT	39
11.1	Bewertungstag und Währung	39
11.2	Unabhängigkeit der Bewertung	39
11.3	Bestimmung des Nettoinventarwerts.....	40
11.4	Berechnung des Nettoinventarwerts.....	40
11.5	Vorübergehende Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil	45
11.6	Alternative Bewertungsmethoden	46
11.7	Aktualisierter Nettoinventarwert	46
11.8	Toleranzschwelle	47
11.9	Rechnungslegungsgrundsätze.....	47
12.	DAUER, LIQUIDATION UND VERSCHMELZUNG DER GESELLSCHAFT	47
12.1	Dauer	47
12.2	Automatische Auflösung	47
12.3	Freiwillige Auflösung.....	48
12.4	Liquidation	48
13.	GESETZLICHE OFFENLEGUNGSPFLICHTEN.....	48
14.	RISIKO- UND LIQUIDITÄTSMANAGEMENT	49
14.1	Risikomanagement	49
14.2	Hebelfinanzierung	49
14.3	Liquiditätsmanagement	49
15.	BESTEUERUNG	50
15.1	Steuerliche Behandlung der Gesellschaft.....	50
15.2	Anwendung der Säule-2-Regelungen auf die Gesellschaft	50
15.3	Steuerliche Behandlung der Anteilsinhaber	52
15.4	FATCA	52
15.5	Gemeinsamer Meldestandard („CRS“)	54

16.	GEBÜHREN UND AUFWENDUNGEN.....	55
16.1	Organisationskosten	55
16.2	Anlagebezogene Kosten	56
16.3	AIFM-Gebühr	56
16.4	Portfolioverwaltungsgebühr	56
16.5	Vertriebsgebühr	57
16.6	Betriebs- und Verwaltungskosten.....	57
16.7	Gebühren der Verwahrstelle, Zahlstelle, Zentralverwaltungsstelle und Register- und Transferstelle.....	60
16.8	Mehrwertsteuer	60
16.9	Schadloshaltung.....	60
17.	RISIKOFAKTOREN UND ANLAGEERWÄGUNGEN.....	61
18.	GESELLSCHAFTSDOKUMENTE, ÄNDERUNGEN DER GESELLSCHAFTSDOKUMENTE UND BERICHTERSTATTUNG	61
18.1	Gesellschaftsdokumente	61
18.2	Änderungen am Prospekt	62
18.3	Berichte.....	62
19.	HAUPTVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE	63
20.	RECHTSVORSCHRIFTEN, ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND 64	
	ANHANG 1 ZUM PROSPEKT ANTEILSKLASSEN	65
	ANHANG 2 ZUM PROSPEKT VORVERTRAGLICHE INFORMATIONEN ZU DEN IN ARTIKEL 8 ABSÄTZE 1, 2 UND 2A DER VERORDNUNG (EU) 2019/2088 UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 DER VERORDNUNG (EU) 2020/852 GENANNTEN FINANZPRODUKTEN	68
	ANHANG 3 ZUM PROSPEKT RISIKOFAKTOREN UND ANLAGEERWÄGUNGEN	78

ÜBERSICHT

Gesellschaft

PATRIZIA Infrastructure Invest
15, rue de Flaxweiler
L-6776 Grevenmacher
Großherzogtum Luxemburg

General Partner

PATRIZIA Infrastructure Invest GP S.à r.l.
15, rue de Flaxweiler
L-6776 Grevenmacher
Großherzogtum Luxemburg

Geschäftsführung des General Partner

- Horst Baumann
- Justin Webb
- Nils Reschke
- Henri Hackenberg

AIFM und Domizilierungsstelle

Universal-Investment-Luxembourg S.A.
15, rue de Flaxweiler
L-6776 Grevenmacher
Großherzogtum Luxemburg

Verwaltungsrat des AIFM

- Jérémy Albrecht
- Martin Groos
- Matthias Müller
- Gerrit van Vliet

Aufsichtsrat des AIFM

- André Jäger
- Katja Müller
- Markus Neubauer

Portfolioverwalter

PATRIZIA Infrastructure Ltd.
24, Endell Street
London WC2H 9HQ
Vereinigtes Königreich

Unterportfolioverwalter

PATRIZIA Pty Ltd (Canberra)
Level 3, 26 Brisbane Avenue
ACT 2600 Barton
Australien

Vertriebsstelle

Name und Anschrift der Rechtsträger, die von Zeit zu Zeit als Vertriebsstelle bestellt werden, können von den Anteilsinhabern am eingetragenen Sitz der Gesellschaft eingesehen werden.

Verwahr- und Zahlstelle

Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A.
80, Route d'Esch
L-1470 Luxemburg
Großherzogtum Luxemburg

Zentralverwaltungsstelle

Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A.
80, Route d'Esch
L-1470 Luxemburg
Großherzogtum Luxemburg

Register- und Transferstelle

Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A.
80, Route d'Esch
L-1470 Luxemburg
Großherzogtum Luxemburg

Rechtsberater

Clifford Chance
10, Boulevard G.D. Charlotte
L-1011 Luxemburg
Großherzogtum Luxemburg

Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft

Deloitte Audit, Société à responsabilité limitée
20, Boulevard de Kockelscheuer
L-1821 Luxemburg
Großherzogtum Luxemburg

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

In diesem Prospekt verwendete Begriffe haben die Bedeutung, die ihnen in den nachfolgenden Begriffsbestimmungen zugewiesen wird.

„**Gesetz von 1915**“ bezeichnet das luxemburgische Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften in seiner jeweils gültigen Fassung.

„**Gesetz von 2004**“ bezeichnet das luxemburgische Gesetz vom 12. November 2004 über die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in seiner jeweils gültigen Fassung.

„**Gesetz von 2010**“ bezeichnet das luxemburgische Gesetz vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen in seiner jeweils gültigen Fassung.

„**Gesetz von 2013**“ bezeichnet das luxemburgische Gesetz vom 12. Juli 2013 über die Verwalter alternativer Investmentfonds in seiner jeweils gültigen Fassung.

„**Thesaurierende Anteilsklassen**“ hat die in Abschnitt 5.2 festgelegte Bedeutung.

„**Rechnungswährung**“ bezeichnet die Konsolidierungswährung der Gesellschaft, d. h. den Euro.

„**Verwaltungsvertrag**“ bezeichnet den zwischen der Gesellschaft, dem AIFM und der Zentralverwaltungsstelle geschlossenen Verwaltungsvertrag.

„**Verbundenes Unternehmen**“ bezeichnet in Bezug auf einen Rechtsträger einen Rechtsträger, der direkt oder indirekt die Kontrolle über diesen Rechtsträger ausübt, von diesem kontrolliert wird oder mit diesem Rechtsträger unter gemeinsamer Kontrolle steht.

„**AIF**“ bezeichnet einen alternativen Investmentfonds im Sinne von Artikel 1 Absatz 39 des Gesetzes von 2013.

„**AIFM-Vertrag**“ bezeichnet den zwischen der Gesellschaft und dem AIFM geschlossenen Vertrag über die Verwaltung eines alternativen Investmentfonds.

„**Verwaltungsrat des AIFM**“ bezeichnet den ordnungsgemäß konstituierten Verwaltungsrat des AIFM.

„**AIFM-Richtlinie**“ bezeichnet die Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union am 1. Juli 2011).

„**AIFM-Verordnung**“ bezeichnet die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 231/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Ausnahmen, die Bedingungen für die Ausübung der Tätigkeit, Verwahrstellen, Hebelfinanzierung, Transparenz und Beaufsichtigung.

„**Verwalter alternativer Investmentfonds**“ oder „**AIFM**“ bezeichnet Universal-Investment-Luxembourg S.A. in ihrer Eigenschaft als Verwalter alternativer

Investmentfonds der Gesellschaft bzw. jeden Verwalter alternativer Investmentfonds als Rechtsnachfolger der Gesellschaft.

„**Satzung**“ bezeichnet die aktuelle Fassung der Satzung der Gesellschaft, die von Zeit zu Zeit geändert werden kann.

„**ATAD 1**“ bezeichnet die in der Richtlinie (EU) 2016/1164 des Rates vom 12. Juli 2016 in der jeweils gültigen Fassung festgelegten Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts.

„**ATAD-1-Gesetz**“ bezeichnet das luxemburgische Gesetz vom 21. Dezember 2018 zur Umsetzung der ATAD- I-Richtlinie in luxemburgisches Recht.

„**ATAD 2**“ bezeichnet die Richtlinie (EU) 2017/952 des Rates vom 29. Mai 2017 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2016/1164 bezüglich hybrider Gestaltungen mit Drittländern in ihrer jeweils gültigen Fassung.

„**ATAD-2-Gesetz**“ bezeichnet das luxemburgische Gesetz vom 20. Dezember 2019 zur Umsetzung der ATAD-2-Richtlinie in luxemburgisches Recht.

„**ATAD-Vorschriften**“ bezeichnet ATAD 1 und ATAD 2, einschließlich lokaler Umsetzungen und Leitlinien.

„**Geschäftsführung**“ bezeichnet die ordnungsgemäß konstituierte Geschäftsführung des General Partner.

„**Geschäftstag**“ bezeichnet jeden Tag, an dem die Banken in Luxemburg für den Geschäftsverkehr geöffnet sind (außer samstags, sonntags, an gesetzlichen Feiertagen sowie am 24. und 31. Dezember eines jeden Jahres).

„**Zentralverwaltungsstelle**“ bezeichnet Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. in ihrer Eigenschaft als Zentralverwaltungsstelle der Gesellschaft oder eine andere Person, die zu einem späteren Zeitpunkt als Zentralverwaltungsstelle der Gesellschaft beauftragt wird.

„**Anteilsklasse**“ bezeichnet eine Anteilsklasse, in der Anteile ausgegeben werden können.

„**Geschäftsleiter**“ bezeichnet die leitenden Angestellten des AIFM gemäß den Bestimmungen des Gesetzes von 2013.

„**Cross-Hedging**“ hat die in Abschnitt 3.4 festgelegte Bedeutung.

„**CRS**“ bezeichnet den Gemeinsamen Meldestandard der OECD für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten in Steuersachen gemäß der jeweiligen Umsetzung in nationales Recht.

„**Annahmeschluss**“ hat die in Abschnitt 5.4 festgelegte Bedeutung.

„**Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden**“ bezeichnet die Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des verpflichtenden automatischen

Informationsaustauschs im Bereich der Besteuerung in ihrer jeweils gültigen Fassung und gemäß der jeweiligen Umsetzung in nationales Recht.

„**Verwahrstelle**“ bezeichnet Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. in ihrer Funktion als Verwahrstelle, ein Kreditinstitut im Sinne des luxemburgischen Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor in seiner jeweils gültigen Fassung oder jedes andere zulässige und ordnungsgemäß als Verwahrstelle der Gesellschaft beauftragte Kreditinstitut.

„**Verwahrstellenvertrag**“ bezeichnet den Verwahrstellenvertrag zwischen der Gesellschaft, der Verwahrstelle und/oder dem AIFM.

„**Verwaltungsratsmitglied**“ bezeichnet ein Mitglied des Verwaltungsrats des AIFM.

„**Ausschüttende Anteilsklassen**“ hat die in Abschnitt 5.2 festgelegte Bedeutung.

„**Domizilierungsstelle**“ bezeichnet die Domizilierungsstelle der Gesellschaft, d. h. Universal-Investment-Luxembourg S.A. oder eine an ihre Stelle tretende Domizilierungsstelle.

„**Zulässige Anlagevermögenswerte**“ bezeichnet zulässige Anlagevermögenswerte im Sinne des Artikels 10 Absatz 1 der ELTIF-Verordnung.

„**ELTIF**“ bezeichnet einen europäischen langfristigen Investmentfonds im Sinne der ELTIF-Verordnung.

„**Delegierte ELTIF-Verordnung**“ bezeichnet die Verordnung (EU) 2015/760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über europäische langfristige Investmentfonds in ihrer jeweils gültigen Fassung.

„**ELTIF-Verordnung**“ bezeichnet die Verordnung (EU) 2023/606 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/760 in Bezug auf die Anforderungen an die Anlagepolitik und an die Bedingungen für die Tätigkeit von europäischen langfristigen Investmentfonds sowie in Bezug auf den Umfang der zulässigen Anlagevermögenswerte, auf die Anforderungen an Portfoliozusammensetzung und Diversifizierung und auf die Barkreditaufnahme und weitere Vertragsbedingungen in ihrer jeweils gültigen Fassung.

„**ELTIF RTS**“ bezeichnet die Verordnung (EU) 2024/2759 vom 19. Juli 2024 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/760 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, wann Derivate ausschließlich zur Absicherung der mit anderen Anlagen des Europäischen langfristigen Investmentfonds (ELTIF) verbundenen Risiken verwendet werden, die Anforderungen an die Rücknahmepolitik und die Instrumente des Liquiditätsmanagements eines ELTIF, die Umstände für den Abgleich von Anträgen auf Übertragung von Anteilen oder Aktien des ELTIF, bestimmte Kriterien für die Veräußerung von ELTIF-Vermögenswerten und bestimmte Elemente der Kostenoffenlegung.

„**ESG**“ bezeichnet ökologische, soziale und die Unternehmens-/Staatsführung betreffende Belange.

„**ESMA**“ bezeichnet die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde.

„**Euro**“ bezeichnet die gesetzliche Währung der Mitgliedstaaten der EU, die die einheitliche Währung gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung des Vertrags über die Europäische Union und in der Fassung des Vertrags von Amsterdam eingeführt haben.

„**FATCA**“ bezeichnet die Bestimmungen des „Hiring Incentives to Restore Employment Act“ über die Steuerehrlichkeit bezüglich Auslandskonten.

„**FFI**“ hat die in Abschnitt 15.4 festgelegte Bedeutung.

„**FFI-Vertrag**“ hat die in Abschnitt 15.4 festgelegte Bedeutung.

„**Finanzintermediär**“ hat die in Abschnitt 5.8 festgelegte Bedeutung.

„**Geschäftsjahr**“ bezeichnet die zwölf (12) Monate, die am 31. Dezember eines jeden Kalenderjahres enden, wobei das erste Geschäftsjahr mit dem Datum der Gründung der Gesellschaft beginnt und das letzte Geschäftsjahr der Gesellschaft mit dem Datum der Abschlusszahlung für die Auflösung der Gesellschaft endet.

„**DSGVO**“ bezeichnet die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr.

„**Hauptversammlung**“ bezeichnet eine Hauptversammlung der Anteilsinhaber.

„**General Partner**“ bezeichnet PATRIZIA Infrastructure Invest GP S.à r.l., eine luxemburgische Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*société à responsabilité limitée*), eingetragen im luxemburgischen Handels- und Gesellschaftsregister (*Registre de Commerce et des Sociétés*) unter der Nummer B290.693, mit eingetragenem Sitz in 15, rue de Flaxweiler, L-6776 Grevenmacher, Großherzogtum Luxemburg, in ihrer Eigenschaft als General Partner (*Komplementär*) der Gesellschaft oder eine andere juristische Person, die zu einem späteren Zeitpunkt dazu beauftragt wird.

„**Unabhängiger Bewerter**“ bezeichnet eine Person, die keine Beteiligung an einem Anteil hält und nicht mit dem General Partner und/oder dem AIFM verbunden ist und die vom AIFM beauftragt wird, den Wert von Vermögenswerten und dinglichen Rechten, die auf den Namen der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft eingetragen sind, sowie die direkten oder indirekten Beteiligungen der Gesellschaft zu bewerten.

„**Informationssysteme**“ bezeichnet:

1. FATCA,
2. CRS,
3. DAC (Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden),
4. ATAD-Vorschriften,
5. NCST-Gesetz

6. zwischenstaatliche Abkommen, Verträge, Gesetze, Verordnungen, Leitlinien, Standards oder sonstigen Übereinkünfte, die zur Einhaltung, Erleichterung, Ergänzung oder Umsetzung der in den Absätzen 1, 2, 3, 4 und 5 genannten Rechtsvorschriften, Verordnungen, Leitlinien oder Standards geschlossen oder erlassen wurden, und
7. ähnliche Gesetze, Verordnungen, Regelungen oder Abkommen zum automatischen Informationsaustausch oder zur Steuerberichterstattung und alle offiziellen Auslegungen dieser Gesetze, Verordnungen, Regelungen oder Abkommen sowie veröffentlichte Verwaltungsanweisungen in diesem Zusammenhang, unabhängig davon, ob sie bereits in Kraft sind oder zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt werden.

„**Anlageziel**“ bezeichnet das Anlageziel der Gesellschaft, wie im Prospekt dargelegt.

„**Anlagepolitik**“ bezeichnet die Anlagerichtlinien der Gesellschaft, wie im Prospekt dargelegt.

„**Anlagebefugnisse und -beschränkungen**“ bezeichnet die Anlagebefugnisse und -beschränkungen der Gesellschaft, wie im Prospekt dargelegt.

„**Anlagebezogene Aufwendungen**“ bezeichnet Kosten und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit den beabsichtigten und tatsächlichen Anlagen der Gesellschaft und den beabsichtigten und tatsächlichen Veräußerungen von Anlagen der Gesellschaft anfallen, einschließlich der Gebühren und Honorare beauftragter externer Berater, sowie Kosten und Aufwendungen im Zusammenhang mit nicht stattgefundenen Transaktionen, „Added-Value“-Finanzierungsgebühren (d. h. zusätzliche Servicegebühren in Verbindung mit der Bereitstellung von Finanzierung (außerhalb des Markts)) und Erneuerungs-/Verbesserungskosten im Zusammenhang mit den Anlagen.

„**Anleger**“ bezeichnet einen Anleger, der Anteile gezeichnet hat oder der Anteile von einem anderen Anleger erworben hat (vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass dieser Begriff ggf. die Anteilsinhaber einschließt).

„**IRS**“ hat die in Abschnitt 15.4 festgelegte Bedeutung.

„**Kommanditist**“ bezeichnet den eingetragenen Inhaber einer Stammaktie (*actionnaire commanditaire*).

„**Liquide Vermögenswerte**“ hat die in Abschnitt 2 festgelegte Bedeutung.

„**Sperrfrist**“ hat die in Abschnitt 8.1 festgelegte Bedeutung.

„**Lux GAAP**“ bezeichnet die luxemburgischen allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätze.

„**Geschäftsführer**“ bezeichnet ein Mitglied der Geschäftsführung.

„**Vertriebsstelle**“ bezeichnet die PATRIZIA Institutional Clients & Advisory GmbH.

„**Vertriebsgebühr**“ hat die in Abschnitt 16.5 festgelegte Bedeutung.

„**MiFID II**“ bezeichnet die Richtlinie 2014/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU.

„**NCST-Gesetz**“ (Non-Cooperative State or Territory) bezeichnet das luxemburgische Gesetz vom 10. Februar 2021 in Bezug auf Zinszahlungen an verbundene Unternehmen, die in einem Land oder Gebiet ansässig sind, das auf der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke aufgeführt ist, in seiner jeweils gültigen Fassung.

„**Nettoinventarwert**“ bezeichnet den Nettoinventarwert der Gesellschaft, der gemäß Abschnitt 11 dieses Prospekts und der Satzung bestimmt wird.

„**Nettoinventarwert je Anteil**“ bezeichnet den Nettoinventarwert je Anteil der betreffenden Anteilsklasse, der gemäß Abschnitt 11 dieses Dokuments und der Satzung ermittelt wird.

„**Kündigungsfrist**“ hat die in Abschnitt 8.1 festgelegte Bedeutung.

„**Betriebs- und Verwaltungskosten**“ bezeichnet:

1. alle Kosten und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Erstellung und Verteilung der Berichte und Abschlüsse in Bezug auf die Gesellschaft und die gemäß der Satzung erforderlichen Bewertungen und Bescheinigungen entstehen, einschließlich der damit zusammenhängenden Honorare der Wirtschaftsprüfer,
2. alle Honorare und Aufwendungen, die von Rechtsanwälten, Buchhaltern und anderen professionellen Beratern im Zusammenhang mit der Gesellschaft erhoben werden, und
3. alle anderen Gebühren, Kosten und Aufwendungen in Verbindung mit dem Betrieb und der Verwaltung der Gesellschaft im Allgemeinen, einschließlich (ohne Einschränkung) der angemessenen Gebühren und Aufwendungen, die in Bezug auf die durch die Satzung vorgeschriebenen oder zulässigen Versicherungen entstehen,

wie in Abschnitt 16.5 näher ausgeführt.

„**Stammaktie**“ bezeichnet eine Stammaktie (*action ordinaire de commanditaire*) des Kapitals der Gesellschaft, die in einer bestimmten Anteilsklasse ausgegeben wird.

„**Organisationskosten**“ bezeichnet Auslagen, Kosten und Aufwendungen, die der Gesellschaft, dem AIFM und seinen verbundenen Unternehmen in Verbindung mit der Strukturierung, dem Aufbau, der Aufrechterhaltung und dem Betrieb der Gesellschaft entstehen, wie in Abschnitt 16.1 näher dargelegt.

„**Teil II des Gesetzes von 2010**“ bezeichnet Teil II des luxemburgischen Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen in seiner jeweils gültigen Fassung.

„**Gesellschaft**“ bezeichnet **PATRIZIA Infrastructure Invest**, eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (*société en commandite par actions*), die als Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (*société d'investissement à capital*

variable) qualifiziert ist und durch Teil II des Gesetzes von 2010 geregelt ist; für die Zwecke dieses Prospekts bezeichnet „**Gesellschaft**“ ggf. auch den General Partner, der im Namen von **PATRIZIA Infrastructure Invest** handelt.

„**Gesellschaftsunterlagen**“ bezeichnet die folgenden Dokumente:

- a) Prospekt
- b) Satzung des General Partner und der Gesellschaft
- c) AIFM-Vertrag
- d) Zentralverwaltungsvertrag
- e) Verwahrstellenvertrag
- f) Halbjahres- und Jahresberichte der Gesellschaft und
- g) Basisinformationsblatt für jede Anteilsklasse, die Kleinanlegern zur Verfügung steht, gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 1286/2014 in ihrer jeweils gültigen Fassung und der Delegierten Verordnung (EU) 2017/653 der Kommission. Basisinformationsblätter für PRIIPs werden Kleinanlegern vor der Zeichnung von Anteilen der Gesellschaft zur Verfügung gestellt und werden i) in Papierform, ii) auf einem anderen dauerhaften Datenträger als Papier, iii) elektronisch, z. B. in einem Data Room für Anleger oder auf einer Website für die Gesellschaft oder (iv) auf Anfrage bei der Gesellschaft und/oder dem AIFM zur Verfügung gestellt.

„**Pass-Through-Zahlungen**“ hat die in Abschnitt 15.4 festgelegte Bedeutung.

„**PATRIZIA**“ bezeichnet die gesamte PATRIZIA Group, die aus verschiedenen PATRIZIA-Unternehmen besteht, die den gleichen wirtschaftlichen Eigentümer haben.

„**Zahlstelle**“ bezeichnet Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. in ihrer Eigenschaft als Zahlstelle oder jede andere Person, die zu einem späteren Zeitpunkt als Zahlstelle der Gesellschaft beauftragt wird.

„**Person**“ bezeichnet eine Kapitalgesellschaft, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einen Trust, eine Personengesellschaft, einen Nachlass, eine nicht rechtsfähige Vereinigung oder eine andere juristische Person.

„**Säule 2**“ bezeichnet die Regeln für ein Steuersystem, das darauf abzielt, per Gesetz einen globalen effektiven Mindeststeuersatz („**ETR**“) von 15 % einzuführen, wie in der Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates vom 15. Dezember 2022 in ihrer jeweils gültigen Fassung, einschließlich der lokalen Umsetzung und Leitlinien, festgelegt.

„**Portfolioverwalter**“ bezeichnet PATRIZIA Infrastructure Ltd., die als delegierter Portfolioverwalter des AIFM in Bezug auf die Gesellschaft fungiert.

„**Portfolioverwaltungsvertrag**“ bezeichnet den Portfolioverwaltungsvertrag zwischen der Gesellschaft, dem Portfolioverwalter und dem AIFM.

„**Professioneller Anleger**“ bezeichnet einen Anleger, der im Sinne von MiFID II als professioneller Kunde angesehen wird oder auf Antrag als ein professioneller Kunde behandelt werden kann.

„**Ausgeschlossene Person**“ bezeichnet eine Person, eine Körperschaft, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einen Trust, eine Personengesellschaft, einen Nachlass oder eine andere juristische Person, wenn nach alleiniger Auffassung des Verwaltungsrats der Besitz von Anteilen durch eine solche Person den Interessen der bestehenden Anteilshaber oder der Gesellschaft abträglich sein könnte, wenn er zu einem Verstoß gegen ein Gesetz oder eine Vorschrift, sei es in Luxemburg oder in einem anderen Land, führen könnte oder wenn der Gesellschaft dadurch steuerliche oder andere regulatorische Nachteile entstehen (z. B. dass das Vermögen der Gesellschaft als „Planvermögen“ für die Zwecke des U.S. Department of Labor Regulations under Employee Retirement Income Security Act of 1974 in seiner jeweils gültigen Fassung angesehen wird) oder ihr Geldbußen oder Strafen drohen könnten, die sonst nicht entstehen oder drohen würden. Dazu zählt unter anderem jeder Anleger, der bewirkt, dass die Gesellschaft aufgrund der Nichteinhaltung der FATCA-Bestimmungen durch diesen Anleger steuerpflichtig wird. Der Begriff „ausgeschlossene Person“ umfasst ferner jeden Anleger, der der Definition von „US-Person“ entspricht.

„**Prospekt**“ bezeichnet den vorliegenden Prospekt der Gesellschaft, in seiner jeweils geänderten oder ergänzten Fassung.

„**Anlaufphase**“ hat die in Abschnitt 3.5 festgelegte Bedeutung.

„**Register wirtschaftlicher Eigentümer**“ bezeichnet das luxemburgische Register wirtschaftlicher Eigentümer, das gemäß dem Gesetz vom 13. Januar 2019 in seiner geänderten Fassung eingerichtet wurde.

„**Gesetz zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer**“ bezeichnet das luxemburgische Gesetz vom 13. Januar 2019 zur Einrichtung eines Registers wirtschaftlicher Eigentümer in seiner jeweils gültigen Fassung.

„**RCS**“ bezeichnet das luxemburgische Handels- und Gesellschaftsregister (*Registre de Commerce et des Sociétés*).

„**Rücknahmetag**“ bezeichnet, sofern in diesem Prospekt nicht anders festgelegt, den letzten Geschäftstag eines jeden Kalenderquartals.

„**Rücknahmepreis**“ bezeichnet den Preis, zu dem ein Anteil zurückgenommen wird, d. h. den Nettoinventarwert je Anteil, berechnet am jeweiligen Rücknahmetag, wie in Abschnitt 7 dargelegt.

„**Register- und Transferstelle**“ bezeichnet Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. in ihrer Eigenschaft als Register- und Transferstelle oder eine andere Person, die als Register- und Transferstelle für die Gesellschaft beauftragt wird.

„**Geregelter Markt**“ bezeichnet einen geregelten Wertpapiermarkt, der einen regulären Geschäftsbetrieb unterhält, anerkannt und für das Publikum offen ist.

„**RESA**“ bezeichnet das luxemburgische Amtsblatt (*Recueil Electronique des Sociétés et Associations*).

„**Kleinanleger**“ bezeichnet einen Anleger, bei dem es sich nicht um einen professionellen Anleger handelt.

„**S.à r.l.**“ bedeutet *société à responsabilité limitée* (Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach luxemburgischem Recht).

„**Anhang**“ bezeichnet einen Anhang zu diesem Prospekt.

„**Abschnitt**“ bezeichnet einen Abschnitt dieses Prospekts.

„**Anteil**“ bezeichnet die Komplementäranteile und die Stammaktien.

„**Anteilsinhaber**“ bezeichnet den eingetragenen Inhaber eines Anteils.

„**Zeichnungsvereinbarung**“ bezeichnet die Vereinbarung zwischen einem Anleger und der Gesellschaft, wonach der Anleger Anteile einer bestimmten Anteilsklasse in Höhe eines bestimmten Betrags zeichnet.

„**Zeichnungstag**“ hat die in Abschnitt 5.4 festgelegte Bedeutung.

„**Zeichnungspreis**“ bezeichnet in Bezug auf eine Anteilsklasse den Preis, zu dem Anteile dieser Klasse ausgegeben werden, bis die Gesellschaft ihren ersten Nettoinventarwert berechnet.

„**Tochtergesellschaft**“ bezeichnet eine Gesellschaft oder eine andere juristische Person, an der die Gesellschaft eine Beteiligung von mehr als fünfzig Prozent (50 %) hält.

„**Aufsichtsbehörde**“ bezeichnet die luxemburgische Finanzaufsichtsbehörde, die *Commission de Surveillance du Secteur Financier*, bzw. jede Behörde, die an ihre Stelle tritt.

„**Aussetzungszeitraum**“ hat die in Abschnitt 3.7 festgelegte Bedeutung.

„**Nachhaltigkeitsrisiko**“ bezeichnet Ereignisse oder Umstände im Bereich Umwelt, Soziales oder Staats-/Unternehmensführung, deren Eintreten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Wert einer Anlage haben könnte.

„**Zielfonds**“ hat die in Abschnitt 2 festgelegte Bedeutung.

„**Taxonomie-Verordnung**“ bezeichnet die Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088.

„**Übertragung**“ bezeichnet den Verkauf, die Abtretung, die Verpfändung oder jede andere Übertragung von Anteilen.

„**Wirtschaftlicher Eigentümer**“ hat die in Abschnitt **HAFTUNGSAUSSCHLUSS** festgelegte Bedeutung.

„**OGA**“ bezeichnet einen Organismus für gemeinsame Anlagen.

„**Zugrunde liegender Anleger**“ hat die in Abschnitt 5.8 festgelegte Bedeutung.

„Komplementäranteile“ bezeichnet die unbeschränkt haftenden Anteile (*action de l'actionnaire commandité*), die der General Partner der Gesellschaft in seiner Eigenschaft als Komplementär (*actionnaire commandité*) hält.

„Komplementär“ bezeichnet den General Partner als Inhaber der Komplementäranteile und Komplementär (*actionnaire gérant commandité*) der Gesellschaft, der uneingeschränkt für jegliche Verpflichtungen haftet, die nicht aus dem Vermögen der Gesellschaft erfüllt werden können.

„US-Person“ bezeichnet US-Bürger oder Personen mit ständigem Wohnsitz in den USA oder Kapitalgesellschaften oder Personengesellschaften oder Nachlässe oder Trusts, die nach den Gesetzen von US-Bundesstaaten oder Hoheitsgebieten der USA gegründet wurden, mit Ausnahme von Nachlässen oder Trusts, deren Einkünfte aus Quellen außerhalb der Vereinigten Staaten bei der Berechnung des Bruttoeinkommens für US-Einkommensteuerzwecke nicht berücksichtigt werden, oder Unternehmen, Personengesellschaften oder andere juristische Personen – ungeachtet der Nationalität, des Orts der Domizilierung, des Standorts oder des Geschäftssitzes –, wenn ihr Eigentum nach geltendem US-Einkommensteuerrecht einer oder mehreren US-Personen oder Personen, die als „US-Person“ gemäß Regulation S des U.S. Securities Act of 1933 oder des U.S. Internal Revenue Code of 1986 in der jeweils gültigen Fassung definiert sind, zugerechnet wird.

„Bewertungstag“ bezeichnet den letzten Geschäftstag eines jeden Monats und jeden anderen Tag, den der AIFM nach freiem Ermessen für die Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil in den einzelnen Anteilklassen festlegt.

„Abzugsteuerpflichtige Zahlungen“ hat die in Abschnitt 15.4 festgelegte Bedeutung.

„Abwicklungszeitraum“ hat die in Abschnitt 3.6 festgelegte Bedeutung.

1. VERWALTUNGS- UND LEITUNGSSTRUKTUR

1.1 Die Gesellschaft

Die Gesellschaft ist eine Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (*société d'investissement à capital variable*), die nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg als Kommanditgesellschaft auf Aktien (*société en commandite par actions*) gegründet wurde. Die Gesellschaft wurde gemäß den Bestimmungen von Teil II des Gesetzes von 2010 gegründet.

Als luxemburgische Kommanditgesellschaft auf Aktien (*société en commandite par actions*) gibt es in der Gesellschaft zwei (2) Kategorien von Anteilsinhabern:

- (a) den Komplementär (*actionnaire commandité*), der die Komplementäranteile hält (*actions de l'actionnaire commandité*) und uneingeschränkt für Verpflichtungen der Gesellschaft haftet, die nicht aus dem Vermögen der Gesellschaft erfüllt werden können, und
- (b) die Kommanditisten (*actionnaires commanditaires*), die die Stammaktien halten (*actions ordinaires des commanditaires*) und deren Haftung auf die Höhe der von ihnen gezeichneten Anteile an der Gesellschaft beschränkt ist.

Gemäß dem Gesetz von 1915 wird die Führung der Geschäfte der Gesellschaft allein vom General Partner in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer (*gérant*) der Gesellschaft wahrgenommen. Der General Partner wiederum hat gemäß dem Gesetz von 2013 dem AIFM die Verantwortung für die Portfolioverwaltung und das Risikomanagement der Gesellschaft übertragen.

Die Gesellschaft erfüllt die Voraussetzungen eines AIF nach dem Gesetz von 2013. Das Nettovermögen der Gesellschaft muss innerhalb der ersten zwölf (12) Monate nach ihrer Zulassung durch die CSSF 1.250.000 Euro erreichen.

Die Gesellschaft wurde beim RCS unter der Nummer B291216 registriert.

Die Gesellschaft kann verschiedene Anteilsklassen mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten, unter anderem im Hinblick auf ihre Ausschüttungspolitik, ihre Gebührenstruktur, den Mindestbetrag für Erstzeichnungen, Rücknahmerechte, Währung oder ihre Zielanleger, anbieten. Anteilsklassen können von Zeit zu Zeit auf Beschluss der Geschäftsführung nach eigenem Ermessen aufgelegt werden.

Anteilsinhaber derselben Anteilsklasse werden in Bezug auf ihre Rechte und Pflichten als Anteilsinhaber anteilig zur Anzahl der von ihnen in der Anteilsklasse gehaltenen Anteile behandelt. Alle Anleger in einer an Kleinanleger vertriebenen Anteilsklasse werden gleich und nicht bevorzugt behandelt. Dementsprechend werden einzelnen Anlegern oder anderen Anlegergruppen innerhalb derselben Anteilsklasse, deren Anteile an Kleinanleger vertrieben werden, keine besonderen wirtschaftlichen Vorteile gewährt.

Anleger sollten jedoch beachten, dass einige Anteilsklassen möglicherweise nicht allen Anlegern zur Verfügung stehen. Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, einer bestimmten Gruppe potenzieller Anleger nur eine Anteilsklasse oder mehrere Anteilsklassen zur Zeichnung anzubieten, z. B. potenziellen Anlegern in einer

bestimmten Rechtsordnung, um lokalen Gesetzen, Gepflogenheiten oder Geschäftspraktiken zu entsprechen oder aus steuerlichen oder sonstigen Gründen.

1.2 Satzung

Die Gesellschaft wird durch die Satzung geregelt, die am 20. November 2024 errichtet, am 2. Dezember 2024 im RCS hinterlegt und am 2. Dezember 2024 im RESA bekanntgemacht wurde.

Mit der Zeichnung von Anteilen durch einen Anleger erkennt der Anleger die Satzung und diesen Prospekt an. Im Falle von Widersprüchen zwischen der Satzung und diesem Prospekt ist die Satzung maßgeblich.

1.3 General Partner

Der General Partner wurde am 25. Oktober 2024 durch notarielle Urkunde in Form einer luxemburgischen S.à r.l. auf unbestimmte Dauer im Großherzogtum Luxemburg gegründet. Die Satzung des General Partner wurde beim RCS unter der Nummer B290.693 hinterlegt. Das eingezahlte Kapital des General Partner beträgt 12.001 Euro.

1.4 AIFM

Allgemeine Informationen

Die Gesellschaft hat Universal-Investment-Luxembourg S.A. mit dem AIFM-Vertrag zum externen Verwalter alternativer Investmentfonds im Sinne des Gesetzes von 2013 bestellt. Der AIFM ist von der CSSF gemäß Kapitel 2 des Gesetzes von 2013 als Verwalter alternativer Investmentfonds zugelassen und untersteht der ständigen Aufsicht durch die CSSF.

Der AIFM wurde am 17. März 2000 als Aktiengesellschaft (*société anonyme*) nach luxemburgischem Recht für unbestimmte Dauer gegründet. Er hat seinen Sitz in 15, rue de Flaxweiler, L-6776 Grevenmacher, und ist beim RCS unter der Nummer B 75014 eingetragen.

Die Satzung des AIFM wurde im Mémorial C (ersetzt durch das elektronische Amtsblatt (*Recueil électronique des sociétés et associations* – „RESA“) bekanntgemacht und beim Handels- und Gesellschaftsregister Luxemburg (RCS) hinterlegt.

Der Zweck des AIFM ist die Gründung und/oder Verwaltung von luxemburgischen und/oder ausländischen Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren („OGAW“), die unter die Richtlinie 2009/65/EG in ihrer jeweils gültigen Fassung fallen, und/oder Organismen für gemeinsame Anlagen („OGA“) im Sinne des Gesetzes von 2010 und des Gesetzes von 2007 in ihrer jeweils gültigen Fassung und die Ausübung jeglicher Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Gründung und Verwaltung solcher OGAW und/oder OGA.

Der Zweck des AIFM ist die Gründung und/oder Verwaltung von luxemburgischen und/oder ausländischen AIF, die nach der AIFM-Richtlinie zugelassen sind. Die Verwaltung von AIF umfasst mindestens die in Anhang I Nummer 1 Buchstaben a und/oder b der AIFM-Richtlinie aufgeführten Anlageverwaltungsfunktionen für

AIF und soweit möglich die weiteren in Anhang I Nummer 2 der AIFM-Richtlinie aufgeführten Funktionen.

Der AIFM kann sonstige Geschäfte tätigen und sonstige Maßnahmen ergreifen, die seinen Interessen förderlich sind oder anderweitig seinem Geschäftszweck dienen oder nutzen, sofern diese Maßnahmen mit Kapitel 15 des Gesetzes von 2010, dem Gesetz von 2007 und/oder dem Gesetz von 2013 vereinbar sind.

Darüber hinaus kann der AIFM administrative Tätigkeiten für Verbriefungsgesellschaften im Sinne des Gesetzes vom 22. März 2004 in seiner jeweils gültigen Fassung ausüben.

Des Weiteren kann der AIFM gemäß Artikel 101 Absatz 3 Buchstabe a des Gesetzes von 2010 und Artikel 5 Absatz 4 des Gesetzes von 2013 folgende Dienstleistungen für Organismen für gemeinsame Anlagen erbringen:

- Individuelle Verwaltung einzelner Portfolios mit Ermessensspielraum, einschließlich Portfolios von Pensionsfonds, im Rahmen eines Mandats von Anlegern, sofern die betreffenden Portfolios eines oder mehrere der in Anhang II Abschnitt B des geänderten Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor genannten Instrumente gemäß und im Rahmen von Artikel 101 Absatz 3 Buchstabe a des Gesetzes von 2010 und Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe a des Gesetzes von 2013 enthalten.

- Als ergänzende Dienstleistungen:

i) Anlageberatung gemäß und im Rahmen von Artikel 101 Absatz 3 Buchstabe b des Gesetzes von 2010 und Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe b Ziffer i des Gesetzes von 2013.

ii) Entgegennahme und Übermittlung von Aufträgen für Finanzinstrumente gemäß Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe b Ziffer iii des Gesetzes von 2013.

Der AIFM hat drei (3) Mitglieder, die den Aufsichtsrat bilden („**Aufsichtsrat**“). Sie bilden den Verwaltungsrat. Darüber hinaus hat der AIFM eine Geschäftsführung, die sich aus drei vom Aufsichtsrat ernannten Mitgliedern zusammensetzt, die mit der täglichen Geschäftsführung des AIFM betraut sind und den AIFM gegenüber Dritten gemäß den Bestimmungen des Gesetzes von 2013 und im Rahmen der Satzung vertreten („**Geschäftsführung**“). Die Geschäftsführung stellt sicher, dass der AIFM und die jeweiligen Dienstleister ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den einschlägigen Gesetzen und Vorschriften sowie diesem Prospekt wahrnehmen. Die Geschäftsführung erstattet dem Aufsichtsrat regelmäßig oder, wenn erforderlich, auf Ad-hoc-Basis Bericht. Der Aufsichtsrat übt die ständige Aufsicht über die Leitung des AIFM durch die Geschäftsführung aus, kann jedoch nicht in die Geschäftsführung des AIFM eingreifen.

Der AIFM unterliegt den Anforderungen der AIFM-Richtlinie, von Teil II des Gesetzes von 2010, Kapitel 2 des Gesetzes von 2013, dieses Prospekts und der Satzung. Als AIFM nimmt er insbesondere die folgenden Funktionen gemäß dem AIFM-Vertrag wahr:

- Vermögensverwaltung, insbesondere die Portfolioverwaltung und das Risikomanagement in Bezug auf diese Anlagen, und
- administrative Unterstützung der Gesellschaft (z. B. Domizilierungsstelle, Funktion des Gesellschaftssekretärs).

Der AIFM handelt bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben unabhängig von der Verwahrstelle und ausschließlich im Interesse der Anteilsinhaber.

Der AIFM verfügt jederzeit über ausreichendes und angemessenes Haftungskapital gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes von 2013 und der AIFM-Richtlinie, um potenzielle Haftungsrisiken abzudecken, die durch Fahrlässigkeit im Geschäftsverkehr entstehen.

Der AIFM kann im Rahmen der geltenden Gesetze und deren Durchführungsbestimmungen die Aufgaben an externe Dienstleister auslagern und sich auf die Überwachung der ordnungsgemäßen Ausführung dieser Aufgaben durch diese Dienstleister beschränken. Eine solche Auslagerung darf jedoch nicht dazu führen, dass sich die Pflichten des AIFM gegenüber der Gesellschaft und den Anteilsinhabern ändern. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass im Falle einer Auslagerung interner Aufgaben der AIFM diese Kosten selbst trägt.

Der AIFM kann gemäß den Bestimmungen des Gesetzes von 2013 und vorbehaltlich der Zustimmung der Gesellschaft und in eigener Verantwortung sowie auf eigene Kosten und unter eigener Kontrolle Aufgaben an andere Unternehmen delegieren, die für diesen Zweck geeignet sind und über die erforderlichen Qualifikationen, Erfahrung und Ressourcen verfügen. Die Anteilsinhaber werden in einem solchen Fall über die Übertragung unterrichtet.

Soweit der AIFM Tätigkeiten ausgelagert hat und sich in diesem Zusammenhang Interessenkonflikte ergeben können, werden die Anteilsinhaber auf der Website des AIFM unter www.universal-investment.lu in den Richtlinien über Interessenkonflikte davon Kenntnis gesetzt. Sollten sich im Laufe eines Geschäftsjahres Interessenkonflikte ergeben, werden den Anlegern die entsprechenden Informationen auf einem dauerhaften Datenträger zur Verfügung gestellt. Der AIFM stellt die Einhaltung von Artikel 12 der ELTIF-Verordnung sicher.

Der AIFM hat Richtlinien und Verfahren festgelegt, um eine faire Behandlung der Anleger zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang hat der AIFM Richtlinien zur Ausübung von Stimmrechten, Richtlinien zur bestmöglichen Ausführung, Richtlinien für den Umgang mit Beschwerden, Richtlinien zur Behandlung von Gebühren, Provisionen und nichtmonetären Vorteilen sowie Richtlinien zu Interessenkonflikten erstellt und auf seiner Website veröffentlicht. Diese Grundsätze werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst und können von den Anlegern eingesehen werden. Grundsätzlich soll sichergestellt werden, dass die Anleger vergleichbarer Anlegergruppen gleich behandelt werden. Wann immer ein Anleger eine Vorzugsbehandlung erhält oder Anspruch auf eine solche Behandlung hat, setzt der AIFM die Anleger in geeigneter Weise gemäß Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe j des Gesetzes von 2013 hiervon in Kenntnis.

Abberufung des AIFM

Der AIFM-Vertrag wurde für unbestimmte Zeit geschlossen und kann von jeder Partei unter Einhaltung einer Frist von sechs (6) Monaten gegenüber der anderen Partei schriftlich gekündigt werden.

Unbeschadet der ordentlichen Kündigung kann der AIFM-Vertrag von den Parteien aus wichtigem Grund, wie darin näher definiert, gekündigt werden. Durch einen Beschluss der Gesellschafterversammlung kann der General Partner aufgefordert werden, den AIFM-Vertrag zu kündigen und den AIFM abzugeben. Der Beschluss wird wie folgt gefasst:

- Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens fünfzig Prozent (50 %) des Grundkapitals anwesend oder vertreten sind.
- Der Beschluss gilt als angenommen, wenn mindestens zwei Drittel (2/3) der abgegebenen Stimmen dafür gestimmt haben.

Im Falle der Abberufung des AIFM bestellt der General Partner einen neuen AIFM.

1.5 Portfolioverwalter

(a) Bestellung des Portfolioverwalters

Der AIFM und die Gesellschaft haben PATRIZIA Infrastructure Ltd. („**Portfolioverwalter**“) zum beauftragten Portfolioverwalter für Portfolioverwaltungsleistungen im Zusammenhang mit der Gesellschaft bestellt.

Der Portfoliomanager verwaltet unter der Aufsicht des AIFM die Vermögenswerte der Gesellschaft gemäß dem Anlageziel und der Anlagepolitik sowie den Anlagebefugnissen und -beschränkungen und erbringt in diesem Zusammenhang die hier näher beschriebenen Dienstleistungen. Die Dienstleistungen, die er im Rahmen eines Portfolioverwaltungsvertrags erbringt, umfassen unter anderem: Festlegung der Anlagestrategie der Gesellschaft, Bestimmung und Überwachung der Vermögensaufteilung und des Portfolioaufbaus, Ermittlung, Beschaffung und Bewertung neuer Anlagen (einschließlich Direktinvestitionen/Co-Investments und Zielfonds), Vorbereitung und Verhandlung von Investitionen, Entscheidungen über Investitionen und Veräußerungen, Ausübung der Rechte der Gesellschaft in Bezug auf ihre Investitionen und laufende Überwachung der tatsächlichen Investitionen.

Der Portfolioverwalter hat Anspruch auf eine von der Gesellschaft gezahlte Portfolioverwaltungsgebühr, wie in diesem Prospekt und/oder dem Portfolioverwaltungsvertrag näher ausgeführt.

Der Portfolioverwalter ist berechtigt, vorbehaltlich der Zustimmung des AIFM die Dienstleistungen, mit denen er betraut wurde, (ganz oder teilweise) an ein anderes Unternehmen zu übertragen; die Kosten für eine solche Übertragung werden vom Portfolioverwalter getragen. Der

Portfolioverwalter ernennt PATRIZIA Pty Ltd (Canberra) zum Unterportfolioverwalter.

Der Portfolioverwalter ist ferner berechtigt, (auf eigene Kosten) weitere Dienstleister innerhalb oder außerhalb von PATRIZIA zu beauftragen, die ihn bei der Erbringung eines Teils der Dienstleistungen, mit denen er betraut wurde, zu unterstützen.

(b) Abberufung des Portfolioverwalters

Der Portfolioverwalter kann gemäß den Bestimmungen des Portfolioverwaltungsvertrags abberufen werden.

Darüber hinaus endet der Portfolioverwaltungsvertrag automatisch mit dem Datum der Liquidation der Gesellschaft.

1.6 Verwahrstelle

Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. wurde in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Gesetzes von 2010, des Gesetzes von 2013 und der ELTIF-Verordnung gemäß den Bestimmungen des Verwahrstellenvertrags zur Verwahrstelle für die Gesellschaft bestellt.

Gemäß dem Verwahrstellenvertrag, der Satzung und dem luxemburgischen Recht nimmt die Verwahrstelle die üblichen Pflichten einer AIF-Verwahrstelle in Bezug auf die Verwahrung von Vermögenswerten, die Überwachung der Barmittel und die Aufsichtspflichten wahr und übt diese Funktionen gemäß dem Gesetz von 2010, dem Gesetz von 2013 und der ELTIF-Verordnung mit der gebotenen Sorgfalt aus.

Die Verwahrstelle gewährleistet allgemein, dass die Zahlungsströme der Gesellschaft ordnungsgemäß überwacht werden, und insbesondere, dass alle Zahlungen von oder im Namen von Anlegern bei der Zeichnung von Anteilen der Gesellschaft eingehen und dass sämtliche Barmittel auf Geldkonten gebucht werden, die auf den Namen der Gesellschaft eröffnet wurden.

Darüber hinaus wird die Verwahrstelle

- sicherstellen, dass der Verkauf, die Ausgabe, die Rücknahme und die Löschung von Anteilen nach luxemburgischem Recht und der Satzung erfolgen,
- sicherstellen, dass der Wert der Anteile nach luxemburgischem Recht, der Satzung und den in Artikel 19 des Gesetzes von 2013 festgelegten Verfahren berechnet wird,
- die Weisungen des AIFM und/oder der Geschäftsführung ausführen, es sei denn, diese verstoßen gegen geltendes luxemburgisches Recht oder die Satzung oder eine Bestimmung des Verwahrstellenvertrags,
- sicherstellen, dass bei Transaktionen mit Vermögenswerten der Gesellschaft der Gegenwert innerhalb der vereinbarten Frist oder der

üblichen Fristen, die im Zusammenhang mit der betreffenden Transaktion marktüblich sind, an die Gesellschaft überwiesen wird, und

- sicherstellen, dass die der Gesellschaft zurechenbaren Erträge in Übereinstimmung mit den geltenden luxemburgischen Gesetzen und Vorschriften sowie der Satzung verwendet werden.

Gemäß den Bestimmungen der Satzung, des Verwahrstellenvertrags und des Gesetzes von 2013 kann die Verwahrstelle unter bestimmten Bedingungen und zur wirksamen Wahrnehmung ihrer Aufgaben einen Teil oder alle ihre Verwahrungsaufgaben in Bezug auf Finanzinstrumente an eine oder mehrere Unterverwahrstellen übertragen, die von der Verwahrstelle von Zeit zu Zeit bestellt werden. Bei der Auswahl und Bestellung einer Unterverwahrstelle wendet die Verwahrstelle wie im Gesetz von 2013 vorgeschrieben alle gebotene Kompetenz und Sorgfalt auf, um sicherzustellen, dass sie die Vermögenswerte der Gesellschaft nur einer Unterverwahrstelle anvertraut, die einen angemessenen Schutz bieten kann. Die Haftung der Verwahrstelle, wie nachfolgend dargelegt, bleibt von einer solchen Übertragung unberührt. Eine Aufstellung etwaiger Unterverwahrstellen kann am Sitz des AIFM angefordert werden.

Die Verwahrstelle haftet gegenüber der Gesellschaft bzw. ihren Anlegern für den Verlust eines von der Verwahrstelle oder einer Unterverwahrstelle verwahrten Finanzinstruments gemäß den Bestimmungen des Gesetzes von 2013 und der ELTIF-Verordnung. Die Verwahrstelle haftet gegenüber der Gesellschaft bzw. ihren Anlegern auch für sämtliche sonstige Verluste, die diese infolge der fahrlässigen oder vorsätzlichen Nichterfüllung ihrer Pflichten aus dem Gesetz von 2013 erleiden. Ist der Verlust eines Finanzinstruments jedoch auf ein äußeres Ereignis zurückzuführen, das nach vernünftigem Ermessen nicht von der Verwahrstelle kontrolliert werden kann und dessen Konsequenzen trotz aller angemessenen Anstrengungen nicht hätten vermeiden werden können, wird die Verwahrstelle von ihrer Haftung für den Verlust eines Finanzinstruments befreit, wenn die Verwahrstelle dies gemäß den im Gesetz von 2013 und in der AIFM-Verordnung dargelegten Bedingungen nachweisen kann.

Im Falle eines effektiven Vertriebs von Anteilen der Gesellschaft an Kleinanleger hat die Verwahrstelle nicht die Möglichkeit, sich im Falle eines Verlusts von Finanzinstrumenten der Gesellschaft, die von der Verwahrstelle oder einem Dritten verwahrt wurden, von einer Haftung zu befreien.

Die Verwahrstelle kann Finanzinstrumente bei einer Unterverwahrstelle in Sammelverwahrung nehmen. Die Verwahrstelle stellt jedoch sicher, dass diese Vermögenswerte in einer Weise verwahrt werden, dass aus den Büchern und Aufzeichnungen dieser Unterverwahrstellen ohne Weiteres ersichtlich ist, dass sie von den eigenen Vermögenswerten und/oder den Vermögenswerten der Unterverwahrstellen getrennt sind.

1.7 Zahlstelle

Die Zahlstelle ist für die Entgegennahme von Zahlungen für die Zeichnung von Anteilen und die Einzahlung dieser Zahlungen auf das Bankkonto der Gesellschaft verantwortlich. Gegebenenfalls nimmt die Zahlstelle auf Anweisung der Gesellschaft Zahlungen an die Anteilsinhaber vor oder veranlasst Zahlungen an die

Anteilsinhaber, jedoch vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Mitteln zur Durchführung dieser Zahlungen, und unterrichtet die Gesellschaft und den AIFM über die Beträge und Zahlungsempfänger aller auf diese Weise ausgeführten Zahlungen. Die Zahlstelle zahlt oder veranlasst die Zahlung von Erlösen aus der Rücknahme von Anteilen, jedoch erst, nachdem alle in der Satzung dargelegten Bedingungen erfüllt sind.

1.8 Zentralverwaltungsstelle

Gemäß dem Verwaltungsvertrag hat der AIFM Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. zur Zentralverwaltungsstelle der Gesellschaft in Luxemburg bestellt. Die Zentralverwaltungsstelle ist unter anderem für die Bestimmung des Nettoinventarwerts je Anteil unter der Aufsicht der Gesellschaft und für die ordnungsgemäße Buchführung der Gesellschaft gemäß der Satzung und dem luxemburgischen Recht verantwortlich.

1.9 Register- und Transferstelle

Der AIFM hat Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. zur Register- und Transferstelle der Gesellschaft in Luxemburg bestellt.

Die Register- und Transferstelle ist unter anderem verantwortlich für die Bearbeitung von Zeichnungen von Anteilen, die Einhaltung der geltenden Know-Your-Customer-Anforderungen und die Einhaltung der Bestimmungen zur Bekämpfung der Geldwäsche, die Bearbeitung von Zeichnungen oder Rücknahmen von Anteilen gemäß der Satzung und dem luxemburgischen Recht und in diesem Zusammenhang für die Verwahrung des Anteilsregisters und für den Versand von Auszügen, Berichten, Mitteilungen und anderen Dokumenten an die Anteilsinhaber sowie für die Berichterstattung der Gesellschaft.

1.10 Unabhängiger Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat Deloitte, Luxembourg, mit Sitz in 20 Bd de Kockelscheuer, L-1821 Gasperich, Großherzogtum Luxemburg, zum unabhängigen Wirtschaftsprüfer bestellt.

Der unabhängige Wirtschaftsprüfer prüft, ob der Jahresabschluss der Gesellschaft ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage der Gesellschaft vermittelt und ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss übereinstimmt.

2. ANLAGEZIEL UND -POLITIK

Das Hauptziel der Gesellschaft besteht darin, eine attraktive Rendite aus Kapital zu erzielen, das in Vermögenswerte investiert ist, die gemäß Teil II des Gesetzes von 2010 und für einen ELTIF gemäß der ELTIF-Verordnung zulässig sind, während gleichzeitig die Anlagerisiken durch Diversifizierung und bestimmte andere Anlagen verringert werden.

Die Gesellschaft kann direkt oder indirekt in alle alternativen Anlageklassen investieren, unter anderem in Infrastruktur (Eigenkapital- und Schuldinstrumente) mit geografischem Schwerpunkt unter anderem in Europa und der OECD, und strebt danach, stets mindestens fünf Prozent (5 %) liquide Vermögenswerte in der

Gesellschaft zu halten. Falls liquide Vermögenswerte unter den Mindestwert von fünf Prozent (5 %) fallen, wird sich die Gesellschaft nach besten Kräften bemühen, die erforderlichen Maßnahmen für die erneute Einhaltung dieser Schwelle zu ergreifen.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch direkt, indirekt oder über Co-Investments in Kapitalbeteiligungen (einschließlich Aktien, Anteile oder andere Kapitalbeteiligungen) an Zielfonds (jeweils ein „**Zielfonds**“) investieren, deren Schwerpunkt darin besteht, über Kapitalbeteiligungen, eigenkapitalähnliche Instrumente und andere qualifizierte Unternehmensfinanzierungsinstrumente (wie Aktionärsdarlehen und vorrangige oder nachrangige Anleihen) in Unternehmen zu investieren, die direkt oder indirekt in alle alternativen Anlageklassen investieren, unter anderem in Immobilien, Infrastruktur, Private Equity und Anleihen, und die hauptsächlich in Europa und der OECD ansässig sind. Dies kann Zielfonds mit Sitz in jedem beliebigen Land mit oder ohne Rechtspersönlichkeit beinhalten, die der Gesellschaft ganz oder teilweise gehören, unabhängig davon, ob sie börsennotiert sind oder nicht. Die Gesellschaft kann die Beteiligungen an Zielfonds am Primär- oder Sekundärmarkt erwerben.

Die Gesellschaft ist als ELTIF gemäß der ELTIF-Verordnung qualifiziert und soll in langfristige Vermögenswerte investiert sein. Langfristige Vermögenswerte sind in der Regel illiquide Vermögenswerte, die geduldiges Kapital auf Basis von Zeichnungen erfordern, die für einen beträchtlichen Zeitraum getätigt wurden, möglicherweise erst spät eine Kapitalrendite bieten und im Allgemeinen ein langfristiges wirtschaftliches Profil aufweisen. Aufgrund der Art der in diesem Abschnitt beschriebenen Anlagestrategie und der als Teil der Strategie identifizierten Anlagechancen bietet die Gesellschaft Anlegern die Möglichkeit, an langfristigen Anlagechancen zu partizipieren, die geduldiges Kapital erfordern, das für einen beträchtlichen Zeitraum investiert bleibt. Die Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Kapital in langfristige Investitionen in der Realwirtschaft zu lenken.

Die Gesellschaft investiert nur in i) zulässige Anlagevermögenswerte und ii) sonstige Anlagen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b der ELTIF-Verordnung („**liquide Vermögenswerte**“).

3. **ANLAGEBEFUGNISSE UND -BESCHRÄNKUNGEN**

3.1 Allgemeine Anlagebeschränkungen

Die Gesellschaft unterliegt den folgenden allgemeinen Richtlinien gemäß dem CSSF-Rundschreiben 02/80, der ELTIF-Verordnung und der ELTIF RTS. Dementsprechend darf die Gesellschaft unter anderem nicht mehr als zwanzig Prozent (20 %) ihres Nettovermögens in die Zeichnung von Wertpapieren ein und desselben Emittenten investieren, außer während Anlaufphase, des Abwicklungszeitraums und des Aussetzungszeitraums (jeweils wie unten definiert).

Das Anlageziel, die Anlagepolitik und die Anlagebefugnisse und -beschränkungen der Gesellschaft stehen ferner mit der ELTIF-Verordnung und der ELTIF RTS im Einklang. Jede der Anlagen der Gesellschaft unterliegt stets der ELTIF-Verordnung im Allgemeinen und den ELTIF-Anlagebeschränkungen im Besonderen.

Die Gesellschaft kann darüber hinaus Barmittel oder Barmitteläquivalente, einschließlich Geldmarktinstrumente, Anlagen in Anteilen von Geldmarktfonds, in Aktien oder in festverzinslichen Wertpapieren, für Ausschüttungen oder Rücknahmen und zum Zwecke des Liquiditätsmanagements oder als Zwischenanlage vor der Anlage eines Restbetrags, der nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen investiert wurde, innerhalb der nach der ELTIF-Verordnung zulässigen Grenzen halten.

Die Gesellschaft schließt keine Wertpapierfinanzierungsgeschäfte im Sinne des Artikels 3 Nummer 11 der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und die Weiterverwendung ab.

Die Gesellschaft beabsichtigt nicht, Indizes zu verwenden, die unter die Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 fallen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann die Gesellschaft in ihren Vertriebsunterlagen oder anderen Dokumenten Indizes verwenden, um den Anlegern einen Überblick über die Wertentwicklung der Gesellschaft im Vergleich zu diesen Indizes zu geben.

3.2 ELTIF-Anlagebeschränkungen

Im Folgenden sind einige der wichtigsten Anlagebeschränkungen der ELTIF-Verordnung („**ELTIF-Anlagebeschränkungen**“) aufgeführt; dabei handelt es sich jedoch nicht um eine erschöpfende Auflistung.

Begriffe, die in diesem Prospekt nicht anders definiert sind, haben die Bedeutung, die ihnen in den Begriffsbestimmungen der ELTIF-Verordnung zugewiesen ist:

- (a) Außer während der Anlaufphase, des Abwicklungszeitraums und des Aussetzungszeitraums (jeweils wie unten definiert) müssen mindestens 55 % des Kapitals der Gesellschaft in Anlagen investiert werden, die als zulässige Anlagevermögenswerte qualifiziert sind, wie z. B. a) Aktien oder aktienähnliche Instrumente, die von qualifizierten Portfoliounternehmen im Sinne der ELTIF-Verordnung begeben werden, b) Schuldinstrumente, die von einem qualifizierten Portfoliounternehmen begeben werden, c) Darlehen, die die Gesellschaft einem qualifizierten Portfoliounternehmen gewährt, d) Anteile an ELTIF, EuVECA, EuSEF, OGAW und EU-AIF, die von EU-AIFM verwaltet werden, sofern diese ELTIF, EuVECA, EuSEF, OGAW und EU-AIF in zulässige Anlagen im Sinne des Artikels 9 Absätze 1 und 2 der ELTIF-Verordnung investieren und selbst nicht mehr als 10 % ihres Vermögens in einen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen investiert haben, e) Sachwerte im Sinne der ELTIF-Verordnung, f) einfache, transparente und standardisierte Verbriefungen oder g) Anleihen, die nach Rechtsvorschriften der Union über ökologisch nachhaltige Anleihen von einem qualifizierten Portfoliounternehmen begeben werden. Für die Zwecke

der Feststellung, ob die Anlagegrenze eingehalten wird, werden Investitionen im Sinne des vorstehenden Buchstabens d von der Gesellschaft nur in Höhe des Betrags der Investitionen dieser Organismen für gemeinsame Anlagen in die in den vorstehenden Buchstaben a, b, c, e, f und g genannten zulässigen Anlagevermögenswerte berücksichtigt (aber keine anderen Anlagen, die von diesen Organismen für gemeinsame Anlagen gehalten werden, wie z. B. liquide Vermögenswerte).

- (b) Außer während der Anlaufphase, des Abwicklungszeitraums und des Aussetzungszeitraums darf keine Investition in einen einzelnen Sachwert 20 % des Kapitals der Gesellschaft übersteigen.
- (c) In Bezug auf qualifizierte Portfoliounternehmen (im Sinne der ELTIF-Verordnung) kann die Gesellschaft in Ländern außerhalb der Europäischen Union investieren, die (zum Zeitpunkt des Erwerbs einer Anlage) i) nicht als Drittland mit hohem Risiko eingestuft sind, das in dem gemäß Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates erlassenen delegierten Rechtsakt aufgeführt ist und ii) nicht in Anhang I der Schlussfolgerungen des Rates über die überarbeitete EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke aufgeführt sind.
- (d) Erfüllt ein qualifiziertes Portfoliounternehmen, nachdem die Gesellschaft in es investiert hat, nicht mehr die Bedingung, dass es entweder nicht börsennotiert ist oder, falls es börsennotiert ist, eine Marktkapitalisierung von weniger als 1.500.000.000 EUR aufweist, so wird eine solche Anlage für die Dauer von drei (3) Jahren ab dem Zeitpunkt, zu dem die Bedingung nicht mehr erfüllt ist, weiterhin auf die vorstehend in Buchstabe (a) genannte Grenze von 55 % angerechnet.
- (e) Außer während der Anlaufphase und des Abwicklungszeitraums können bis zu 45 % des Kapitals der Gesellschaft in liquiden Vermögenswerten gehalten werden. Für liquide Vermögenswerte gelten die folgenden Vorschriften zur Risikostreuung:
 - o Gemäß der ELTIF-Verordnung darf das in liquiden Vermögenswerten angelegte Vermögen zu keinem Zeitpunkt, außer während der Anlaufphase und des Abwicklungszeitraums, 45 % des Kapitals der Gesellschaft übersteigen.
 - o Außer während der Anlaufphase, des Abwicklungszeitraums und des Aussetzungszeitraums darf kein einzelner liquider Vermögenswert 10 % des Kapitals der Gesellschaft übersteigen, wenn dieser liquide Vermögenswert von einem einzelnen Emittenten begeben wurde, vorbehaltlich der in Artikel 13 der ELTIF-Verordnung genannten Ausnahmen.

- (f) Außer während der Anlaufphase, des Abwicklungszeitraums und des Aussetzungszeitraums darf der Wert der einfachen, transparenten und standardisierten Verbriefungen im Portfolio der Gesellschaft zusammengenommen nicht über 20 % des Werts des Kapitals der Gesellschaft hinausgehen.
- (g) Die Gesellschaft darf (zum Zeitpunkt des Erwerbs einer Anlage) gemäß Artikel 15 der geänderten ELTIF-Verordnung nicht mehr als 30 % der Anteile oder Aktien eines einzelnen ELTIF, EuVECA, EuSEF, OGAW oder eines EU-AIF, der von einem EU-AIFM verwaltet wird, erwerben.
- (h) Die Gesellschaft wird keine Leerverkäufe tätigen und kein direktes oder indirektes Engagement in Rohstoffen, einschließlich über Finanzderivate, Rohstoffe repräsentierende Zertifikate, auf Rohstoffen beruhende Indizes oder sonstige Mittel oder Instrumente, die ein solches Engagement ergäben, eingehen.
- (i) Gemäß der ELTIF-Verordnung darf von einem Finanzderivat einzig und allein Gebrauch gemacht werden, um Risiken aus Positionen in den in Artikel 9 Absatz 1 der ELTIF-Verordnung genannten Vermögenswerten abzusichern.
- (j) Außer während der Anlaufphase, des Abwicklungszeitraums und des Aussetzungszeitraums darf das Engagement gegenüber einer Gegenpartei bei Geschäften mit OTC-Derivaten zusammengenommen nicht mehr als 10 % des Kapitals der Gesellschaft ausmachen.
- (k) Für die Zwecke der Feststellung, ob die in den vorstehenden Buchstaben (a), (b), (e), (f) und (j) festgelegten Anlagegrenzen eingehalten werden, werden die Vermögenswerte der Gesellschaft und der Organismen für gemeinsame Anlagen, in die die Gesellschaft investiert hat, zusammengefasst.
- (l) Unternehmen, Einrichtungen und andere Emittenten, die zur Erstellung des konsolidierten Abschlusses im Sinne der Richtlinie 2013/34/EU oder nach anerkannten internationalen Rechnungslegungsvorschriften in die Unternehmensgruppe einbezogen werden, werden für die Berechnung der in den vorstehenden Buchstaben (b), (e) zweiter Gedankenstrich, (f) und (k) genannten Obergrenzen als ein einziges Portfoliounternehmen oder eine einzige Einrichtung angesehen.

3.3 Fremdfinanzierung

Die Gesellschaft kann direkt und/oder indirekt Hebeleffekte nutzen, Schulden aufnehmen und andere Kreditunterstützung für beliebige Zwecke bereitstellen, einschließlich der Finanzierung des gesamten oder eines Teils des für eine Investition erforderlichen Kapitals oder als Umlaufkapital, einschließlich Währungsabsicherung und laufender Ausgaben, auch auf gesamtschuldnerischer,

kreuzbesicherter oder sonstiger Basis, sofern die Gesellschaft gemäß der ELTIF-Verordnung nur Barkredite aufnimmt, vorausgesetzt, eine solche direkte Kreditaufnahme durch die Gesellschaft, die zum gegebenen Zeitpunkt ausstehend ist,

- (a) macht – wenn sie mit einem Engagement der Gesellschaft zusammengefasst wird, das über ihre Investition hinaus für die Kreditaufnahme durch Portfoliounternehmen erfolgt (z. B. wenn die Gesellschaft für die Verbindlichkeiten eines Portfoliounternehmens bürgt) – nicht mehr als 50 % des Nettoinventarwerts der Gesellschaft aus,
- (b) dient allgemein der Tätigkeit von Investitionen oder der Bereitstellung von Liquidität, unter anderem zur Begleichung von Kosten und Ausgaben, vorausgesetzt, dass der Bestand der Gesellschaft an Barmitteln und Barmitteläquivalenten nicht ausreicht, um die betreffende Investition zu tätigen,
- (c) lautet auf die gleiche Währung wie die Vermögenswerte, die mit den aufgenommenen Barmitteln erworben werden sollen, oder auf eine andere Währung, sofern diese Fremdwährungsposition ordnungsgemäß abgesichert wurde, und
- (d) die Kreditlaufzeit ist nicht länger als die Laufzeit der Gesellschaft,

wobei keine Abhilfemaßnahmen erforderlich sind, wenn die vorstehenden Beschränkungen aus einem anderen Grund als einer gestiegenen Verschuldung (einschließlich der Ausübung von Rechten, die mit einer Anlage verbunden sind) überschritten werden.

Der maximale aggregierte Hebeleffekt auf Ebene der Gesellschaft, der nach der Brutto-Methode und der Commitment-Methode gemäß der AIFMD berechnet wird, beträgt 250 % bzw. 200 %.

Die Geschäftsführung kann im Namen und für Rechnung der Gesellschaft die Kreditaufnahme der Gesellschaft u. a. durch die Verpfändung des Vermögens der Gesellschaft besichern.

Die vorgenannten Obergrenzen für die Kreditaufnahme werden vorübergehend ausgesetzt, wenn die Gesellschaft zusätzliches Kapital aufnimmt oder ihr bestehendes Kapital verringert. Die Aussetzung muss auf den unbedingt erforderlichen Zeitraum beschränkt werden und unter gebührender Berücksichtigung der Interessen der Anleger erfolgen und darf keinesfalls zwölf (12) Monate überschreiten.

Für die Zwecke der Feststellung, ob die Obergrenzen für die Kreditaufnahme (vgl. Buchstabe (a) oben) eingehalten werden, werden die Position der Barkreditaufnahme der Gesellschaft und des Organismus für gemeinsame Anlagen, in den die Gesellschaft investiert hat, zusammengefasst.

3.4 Absicherung

Innerhalb der in der ELTIF-Verordnung festgelegten Grenzen kann die Gesellschaft zum Schutz ihrer gegenwärtigen und künftigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Währungsschwankungen Geschäfte abschließen, die den Kauf oder Verkauf von Devisenterminkontrakten, den Kauf oder Verkauf von Kauf- oder Verkaufsoptionen auf Währungen, den Kauf oder Verkauf von Währungen auf Termin oder den Tausch von Währungen auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zum Gegenstand haben, sofern diese Geschäfte entweder an Börsen oder im Freiverkehr mit angesehenen Finanzinstituten getätigt werden, die auf diese Art von Geschäften spezialisiert und Teilnehmer der Freiverkehrsmärkte sind. Das Ziel der vorgenannten Geschäfte setzt voraus, dass ein direkter Zusammenhang zwischen dem geplanten Geschäft und den abzusichernden Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten besteht, und impliziert, dass Geschäfte in einer bestimmten Währung (einschließlich einer Währung, die einen starken Bezug zum Wert der Rechnungswährung steht (sogenanntes „**Cross Hedging**“)) grundsätzlich weder die Gesamtbewertung dieser Vermögenswerte und Verbindlichkeiten noch die Dauer überschreiten dürfen, während der diese Vermögenswerte gehalten werden oder voraussichtlich erworben werden oder für die diese Verbindlichkeiten eingegangen werden oder voraussichtlich eingegangen werden.

Anteilsinhaber sollten beachten, dass die Gesellschaft in keiner Weise verpflichtet ist, Sicherungsgeschäfte abzuschließen. Die Gesellschaft kann im Rahmen ihrer Absicherungsstrategie Fremdwährungen in Verbindung mit dem Kauf oder Verkauf zugrunde liegender Anlagen kaufen und verkaufen. Die Fremdwährungsgeschäfte der Gesellschaft können für die Abrechnung von Anlagen als Spotgeschäfte abgeschlossen werden. Die Gesellschaft kann auch Kontrakte zur Terminabrechnung von Fremdwährungen durch Terminkontrakte, Optionsvereinbarungen oder andere Währungssicherungsinstrumente abschließen. Die Gesellschaft kann Fremdwährungsgeschäfte als Absicherungsinstrument eingehen und wird nicht gesondert Fremdwährungen kaufen oder verkaufen.

Die Gesellschaft kann auch bestimmte Techniken des aktiven Währungs-, Kredit- und Zinsmanagements im Zusammenhang mit den Währungs-, Kredit- und Zinsrisiken, die mit den von ihr gehaltenen Anlagen verbunden sind, zu Absicherungszwecken einsetzen.

Die von der Gesellschaft im Zusammenhang mit diesen Geschäften gestellten Sicherheiten können mit Zustimmung der Verwahrstelle auf Sicherheitskonten von anderen Gegenparteien als der Verwahrstelle hinterlegt werden, die auf den Namen der Gesellschaft im Auftrag der Gesellschaft eröffnet wurden, und in bar gehalten oder von diesen Gegenparteien im Auftrag der Gesellschaft in Barmitteläquivalenten oder Staatsanleihen angelegt werden, je nach Anweisung der Gesellschaft.

3.5 Anlaufphase

Die vorgenannten Anlagebefugnisse und -beschränkungen müssen während einer Anlaufphase von fünf (5) Jahren nach der Gründung der Gesellschaft nicht eingehalten werden, mit Ausnahme von Anlagen in Wertpapieren desselben Emittenten, bei denen die Gesellschaft für einen Zeitraum von sechs (6) Monaten

nach dem Datum ihrer Genehmigung von den Anforderungen von Teil II des Gesetzes von 2010 abweichen kann („**Anlaufphase**“).

3.6 Abwicklungszeitraum

Der Abwicklungszeitraum umfasst die fünf (5) Jahre nach Ende der Laufzeit der Gesellschaft („**Abwicklungszeitraum**“).

Um die Anteile ihrer Anleger nach Ende der Laufzeit der Gesellschaft zurücknehmen zu können, unterrichtet die Gesellschaft die CSSF spätestens ein (1) Jahr vor dem Zeitpunkt des Endes der Laufzeit der Gesellschaft über die geordnete Veräußerung ihrer Vermögenswerte. Auf Ersuchen der CSSF legt die Gesellschaft dieser einen nach Vermögenswerten aufgeschlüsselten Zeitplan für die geordnete Veräußerung ihrer Vermögenswerte während des Abwicklungszeitraums vor.

3.7 Aussetzungszeitraum

Für den Fall, dass die Gesellschaft zusätzliches Kapital aufnimmt oder ihr bestehendes Kapital herabsetzt und dies ihre Fähigkeit beeinträchtigen könnte, bestimmte Diversifizierungsanforderungen (wie hierin weiter ausgeführt) zu erfüllen, kann die Gesellschaft diese Anforderungen vorübergehend aussetzen, sofern eine solche Aussetzung nicht länger als zwölf (12) Monate dauert („**Aussetzungszeitraum**“).

3.8 Investitionsstruktur

Entsprechend der endgültigen Investitionsstruktur können Investitionen über eine oder mehrere Tochtergesellschaften in Form von Fremd- oder Eigenkapital oder einer Kombination davon getätigt werden.

Wenn die Gesellschaft über Tochtergesellschaften investiert, sollten diese Investitionen für die Zwecke der ELTIF-Anlagebeschränkungen nach dem Look-Through-Ansatz berechnet werden, und die zugrunde liegenden Investitionen der Tochtergesellschaften sollten so behandelt werden, als handele es sich um Direktinvestitionen der Gesellschaft.

3.9 Passive Verstöße

Soweit nach der ELTIF-Verordnung zulässig, werden Abweichungen von den in den Anlagebefugnissen und -beschränkungen festgelegten angestrebten Anlagevorgaben nicht als Verstoß angesehen, wenn eine solche Abweichung das Ergebnis von Veränderungen des Kurses oder Werts von Vermögenswerten der Gesellschaft ist, die ausschließlich durch Marktbewegungen verursacht wurden; unter solchen Umständen ergreifen die Gesellschaft und der AIFM jedoch alle notwendigen Maßnahmen, um die Gesellschaft wieder in den Rahmen der in den Anlagebefugnissen und -beschränkungen festgelegten Vorgaben zurückzuführen, es sei denn, der AIFM und/oder die Geschäftsführung sind nach vernünftigem Ermessen der Auffassung, dass dies den Interessen der Gesellschaft schaden würde.

3.10 Nachhaltigkeitsbezogene Angaben

Anleger werden darauf hingewiesen, dass Informationen zu den nachhaltigen Investitionen/ökologischen oder sozialen Merkmalen der Gesellschaft in Anhang 2 zum Prospekt Vorvertragliche Informationen zu den in Artikel 8 Absätze 1, 2 und 2a der Verordnung (EU) 2019/2088 und Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2020/852 genannten Finanzprodukten zu finden sind.

4. **RISIKOFAKTOREN**

Bevor sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten potenzielle Anleger alle in diesem Prospekt und der Satzung enthaltenen Informationen sorgfältig prüfen, insbesondere die in Anhang 3 zum Prospekt beschriebenen Risikofaktoren und Anlageerwägungen.

5. **DAS ANGEBOT**

5.1 Beschreibung der Anteile

Die Gesellschaft gibt voll eingezahlte Anteile aus. Anteile werden nur in Form von Namensanteilen ausgegeben. Es werden keine effektiven Stücke ausgegeben. Die Ausgabe oder Zuteilung von Anteilen kann über Clearstream oder andere zentralisierte Verwaltungssysteme erfolgen. Anteile können verschiedenen Anteilsklassen angehören. Das Register der Anteilsinhaber ist ein schlüssiger Nachweis für das Eigentum an den Anteilen, und die Gesellschaft behandelt den eingetragenen Eigentümer der Anteile als deren Eigentümer.

Bei der Ausgabe sind die Anteile berechtigt, in gleicher Weise an den Gewinnen und Verlusten der betreffenden Anteilsklasse, an Zahlungen der Gesellschaft an die Anteilsinhaber sowie an den Liquidationserlösen der Gesellschaft zu partizipieren.

Mit den Anteilen sind keine Vorzugs- oder Vorkaufsrechte verbunden. Soweit Kleinanlegern Anteilsklassen angeboten werden können, müssen alle Anteilsinhaber innerhalb einer Anteilsklasse gleich behandelt werden, und eine Vorzugsbehandlung oder spezielle wirtschaftliche Vorteile für einzelne Anteilsinhaber oder Gruppen von Anteilsinhabern innerhalb der betreffenden Klasse sind ausgeschlossen. Die Anteilsinhaber sind berechtigt, an den Gewinnen und Verlusten, den Zahlungen der Gesellschaft an die Anteilsinhaber und den Liquidationserlösen anteilig zu den eingezahlten Einlagen, geteilt durch den geltenden Ausgabepreis für die betreffende Einlage, zu partizipieren.

Es können Anteilsbruchteile mit vier (4) Dezimalstellen ausgegeben werden, die berechtigt sind, anteilig an den Gewinnen und Verlusten, den Zahlungen der Gesellschaft an die Anteilsinhaber und den Liquidationserlösen zu partizipieren.

5.2 Anteilsklassen

Die Gesellschaft kann verschiedene Anteilsklassen mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten, unter anderem im Hinblick auf ihre Ausschüttungspolitik, ihre Gebührenstruktur, den Mindestbetrag für Erstzeichnungen und den Mindesthaltebetrag oder ihre Zielanleger, anbieten.

Die Geschäftsführung kann jederzeit und nach eigenem Ermessen beschließen, weitere Anteilsklassen aufzulegen. Der Prospekt wird dann entsprechend aktualisiert.

Anleger sollten jedoch beachten, dass einige Anteilsklassen möglicherweise nicht allen Anlegern zur Verfügung stehen. Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, einer bestimmten Gruppe potenzieller Anleger nur eine Anteilsklasse oder mehrere Anteilsklassen zur Zeichnung anzubieten, z. B. potenziellen Anlegern in einer bestimmten Rechtsordnung, um lokalen Gesetzen, Gepflogenheiten oder Geschäftspraktiken zu entsprechen oder aus steuerlichen, regulatorischen oder sonstigen Gründen.

Die Geschäftsführung legt für die Gesellschaft fest, wie die Erträge ausgeschüttet werden sollen, und kann von Zeit zu Zeit zu einem bestimmten Zeitpunkt und für einen bestimmten Zeitraum, wie von ihr festgelegt, Ausschüttungen in Form von Bargeld oder Anteilen gemäß der für diese Anteilsklasse festgelegten Ausschüttungspolitik beschließen. Die Ausschüttungspolitik kann von Anteilsklasse zu Anteilsklasse unterschiedlich sein. Liegt die Ausschüttungsquote über den Anlageerträgen der Anteilsklasse, können die Ausschüttungen aus dem Kapital der Gesellschaft sowie aus den Anlageerträgen und den realisierten und nicht realisierten Kapitalgewinnen gezahlt werden. Ausschüttungen sind in Bezug auf keine Anteilsklasse garantiert. In jedem Fall darf keine Ausschüttung erfolgen, wenn dadurch das Nettovermögen der Gesellschaft unter das im Gesetz von 2010 vorgeschriebene Mindesteigenkapital fallen würde, das derzeit (Angabe rein zur Information) eine Million zweihundertfünfzigtausend Euro (1.250.000 EUR) beträgt.

Anteilsklassen können als thesaurierende Anteilsklassen, ausschüttende Anteilsklassen und/oder Anteilsklassen mit anderen Merkmalen angeboten werden.

In der Regel thesaurieren **„thesaurierende Anteilsklassen“** ihre Erträge ganz oder teilweise, während **„ausschüttende Anteilsklassen“** oder sonstige ausschüttungsberechtigte Anteilsklassen Dividenden ausschütten. Wenn Dividenden an die Inhaber von Anteilen ausgeschüttet werden, verringert sich ihr Nettoinventarwert je Anteil um einen Betrag, der dem Betrag der ausgeschütteten Dividende je Anteil entspricht, während der Nettoinventarwert je Anteil der Anteile einer thesaurierenden Anteilsklasse von der Ausschüttung an Inhaber anderer Anteile unberührt bleibt oder nur teilweise (im Falle einer teilweisen Thesaurierung) beeinflusst wird.

Ausschüttungen, die nicht innerhalb von fünf (5) Jahren, nachdem sie beschlossen wurden, eingefordert werden, werden gemäß den geltenden Gesetzen und Vorschriften bei der *Caisse de Consignation* in Luxemburg hinterlegt.

Anteile der Gesellschaft können entweder abgesichert oder nicht abgesichert sein.

Die Gesellschaft bietet verschiedene Anteilsklassen an, wie in Anhang 1 zum Prospekt Anteilsklassen beschrieben.

5.3 Rechnungswährung

Die Rechnungswährung der Gesellschaft ist der Euro.

5.4 Zeichnung von Anteilen

Anteile können nur von Anlegern erworben werden, die auf eigene Rechnung oder für und im Namen eines Dritten, der als Anleger qualifiziert ist, investieren. Anträge für Folgezeichnungen können über dasselbe Kommunikationsmittel wie bei der Erstzeichnung an die Gesellschaft oder die Zentralverwaltungsstelle übermittelt werden.

Die Gesellschaft kann nach freiem Ermessen einen Antrag auf Erst- oder Folgezeichnung annehmen oder ablehnen.

Sofern von der Gesellschaft genehmigt, wird der Zeichnungsantrag von der Register- und Transferstelle bearbeitet.

Die Gesellschaft nimmt Zeichnungsanträge für Anteile monatlich an jedem Bewertungstag (jeweils ein „**Zeichnungstag**“) an. Der erste Zeichnungstag wird voraussichtlich der 15. Dezember 2024 sein. Die Geschäftsführung kann beschließen, den ersten Zeichnungstag um bis zu zwölf (12) Monate zu verschieben.

Annahmeschluss für Zeichnungsanträge ist der Geschäftstag zwölf (12) Geschäftstage vor dem jeweiligen Zeichnungstag um 16.00 Uhr MEZ/MESZ („**Annahmeschluss**“).

Ausnahmsweise ist im Monat des ersten Zeichnungstages der Annahmeschluss für Zeichnungsanträge der Geschäftstag zwei (2) Geschäftstage vor dem jeweiligen Zeichnungstag um 16.00 Uhr MEZ/MESZ.

Vorsorglich wird auf Folgendes hingewiesen: Wenn ein Anleger eine Plattform oder eine andere Form eines Finanzintermediärs ist, gilt ein etwaiger Mindestzeichnungsbetrag auch für diese Plattform bzw. diesen Finanzintermediär.

Die Zahlung durch die Anleger erfolgt nach den Bestimmungen dieses Prospekts.

Die Gesellschaft erlaubt keine Zeichnungen von Anteilen gegen Sacheinlage von Vermögenswerten oder Dienstleistungen.

Während eines Zeitraums von zwei (2) Wochen (d. h. vierzehn (14) Kalendertagen) nach Unterzeichnung des Erstzeichnungsvertrags für Anteile an der Gesellschaft durch einen Kleinanleger kann jeder Kleinanleger durch schriftliche Mitteilung an die Gesellschaft (oder, wenn ein Kleinanleger über einen Finanzintermediär investiert, durch schriftliche Mitteilung an diesen Finanzintermediär) seine Zeichnung widerrufen und erhält den Zeichnungsbetrag ohne Abzüge zurück.

5.5 Zeichnungsbeschränkung für Anteile

Die Gesellschaft beschränkt bzw. verhindert das Eigentum an Anteilen durch eine ausgeschlossene Person.

Die Gesellschaft kann beschließen, dass Anteile keiner ausgeschlossenen Person angeboten oder an sie verkauft werden, oder eine solche Person auffordern, ihr Informationen zu übermitteln, die sie für notwendig erachtet, um zu entscheiden, ob es sich um eine ausgeschlossene Person handelt oder nicht.

Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, in einem bestimmten Land nur eine oder mehrere Anteilklassen zur Zeichnung anzubieten, um den dortigen Gesetzen, Gepflogenheiten, Geschäftspraktiken oder den geschäftlichen Zielen der Gesellschaft Rechnung zu tragen.

5.6 Zeichnungsverfahren

Eingegangene Zeichnungsanträge können nach alleinigem Ermessen der Geschäftsführung jederzeit angenommen, zurückgestellt, in eine Warteposition gestellt und/oder abgelehnt werden. Die Geschäftsführung und der AIFM stellen sicher, dass die Anleger gleichberechtigt behandelt werden.

Jeder Zeichnungsbetrag kann zur Deckung der in Abschnitt 16 beschriebenen Gebühren (einschließlich der darauf entfallenden Steuern) und des Anteils dieses Anlegers an allen Gebühren, Kosten und Ausgaben der Gesellschaft, einschließlich der Organisations-, Betriebs- und Angebotskosten, verwendet werden.

Falls die Geschäftsführung feststellt, dass der Gesamtbetrag der Erstzeichnung für Anteile der Gesellschaft nicht ausreicht, kann das Angebot von Anteilen der Gesellschaft nach alleinigem Ermessen der Geschäftsführung beendet werden. In diesem Fall werden die betreffenden Anleger von ihrer Verpflichtung zur Zahlung ihrer Zeichnungsbeträge entbunden, und die bereits in die Gesellschaft eingebrachten Beträge werden den Anlegern unverzinst zurückerstattet. Die Geschäftsführung kann jedoch beschließen, das Angebot wieder aufzunehmen und die Gesellschaft zu einem späteren Zeitpunkt zu gründen.

5.7 Ausgabe von Anteilen

Bis die Gesellschaft ihren ersten Nettoinventarwert berechnet, werden die Anteile zum Zeichnungspreis angeboten und danach zum Nettoinventarwert je Anteil, der für den jeweiligen Zeichnungstag berechnet wird, zuzüglich eines etwaigen Zeichnungsaufschlags für die betreffende Anteilkategorie.

Zeichnungsanträge für Anteile, die bis Annahmeschluss eingehen, werden zu dem für den jeweiligen Zeichnungstag ermittelten Nettoinventarwert bearbeitet. Zeichnungsanträge für Anteile, die nach dem Annahmeschluss eingehen, werden zu dem für den nächstfolgenden Zeichnungstag ermittelten Nettoinventarwert bearbeitet.

Die Zahlung des Zeichnungspreises, der in der Währung der jeweiligen Anteilkategorie anzuweisen ist, muss bei der Register- und Transferstelle im Namen der Gesellschaft spätestens zwanzig (20) Geschäftstage nach dem entsprechenden Zeichnungstag eingehen, kann aber jederzeit vor Ablauf dieser Frist eingezahlt werden.

Darüber hinaus werden hinzukommenden Anteilsinhabern sämtliche Steuern, Provisionen und sonstigen Gebühren, die gegebenenfalls in den jeweiligen Ländern anfallen, in denen die Anteile verkauft werden, berechnet.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Nettoinventarwert je Anteil sowohl steigen als auch fallen kann. Ein Anteilsinhaber erhält möglicherweise nicht den gesamten investierten Betrag zurück. Die Gesellschaft, die Verwaltungsratsmitglieder oder die Berater können keine Garantie für die künftige Entwicklung oder den künftigen Ertrag der Gesellschaft geben.

5.8 Zeichnung über einen Finanzintermediär

Anleger können nur über einen regulierten Intermediär (wie Banken, Versicherungsgesellschaften usw.) in die Gesellschaft investieren, der die Anteile an der Gesellschaft im Namen oder als Treuhänder für diesen Anleger hält (diese Intermediäre werden im Folgenden als „**Finanzintermediäre**“ bezeichnet). Daher ist in Bezug auf diejenigen Anleger, die indirekt über einen Finanzintermediär in die Gesellschaft investieren („**zugrunde liegende Anleger**“) jeder Verweis in diesem Prospekt auf „Anleger“ als Verweis auf den betreffenden Finanzintermediär und/oder gegebenenfalls die zugrunde liegenden Anleger zu verstehen, und alle Sanktionen, Strafen und Anforderungen, die einem Anleger auferlegt werden können, gelten in Bezug auf den betreffenden Finanzintermediär für den betreffenden Anteil der Anteile des betreffenden Finanzintermediärs, der dem bzw. den betreffenden zugrunde liegenden Anlegern entspricht, und dies gemäß und vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Prospekts. Ebenso werden die Stimmrechte von den Finanzintermediären ausgeübt, und zwar entsprechend den Bedingungen der jeweiligen Vereinbarung des Finanzintermediärs mit den zugrunde liegenden Anlegern. Die Ausübung des Stimmrechts erfolgt entweder durch eine getrennte Stimmabgabe nach den Stimmweisungen der zugrunde liegenden Anleger oder durch Ausübung der Stimmrechte gemäß einer Stimmrechtsvollmacht zur Stimmabgabe im Namen der betreffenden zugrunde liegenden Anleger. Jeder zugrunde liegende Anleger muss ein qualifizierter Anleger sein; dies wird vom Finanzintermediär überprüft. Darüber hinaus wird jede Beteiligung eines Finanzintermediärs für Rechnung eines einzelnen zugrunde liegenden Anlegers als eine von den anderen Beteiligungen dieses Finanzintermediärs getrennte Beteiligung (z. B. zu Ausschüttungszwecken oder zur Wiederanlage) gemäß und vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Prospekts behandelt.

Anteilsinhaber werden darauf hingewiesen, dass Anteile auch über anerkannte externe Clearingstellen wie z. B. Clearstream gecleart werden können. In diesem Fall können Anteile über Wertpapierkonten gehalten und übertragen werden, die im Rahmen dieser Systeme gemäß den geltenden Gesetzen und Vorschriften sowie den Betriebsvorschriften der Systeme geführt werden. Die betreffende Clearingstelle ist ein „Finanzintermediär“, wie oben definiert.

Die Gesellschaft weist die Anleger darauf hin, dass jeder Anleger seine Anlegerrechte (insbesondere das Recht zur Teilnahme an den Anlegerversammlungen) nur dann in vollem Umfang direkt gegenüber der Gesellschaft geltend machen kann, wenn er in seinem eigenen Namen im Anlegerregister der Gesellschaft eingetragen ist. In den Fällen, in denen ein zugrunde liegender Anleger über einen Finanzintermediär in die Gesellschaft

investiert, der die Anlage in seinem eigenen Namen, aber für Rechnung des zugrunde liegenden Anlegers tätig, können nicht unbedingt alle Anlegerrechte vom zugrunde liegenden Anleger unmittelbar durch den zugrunde liegenden Anleger gegenüber der Gesellschaft geltend gemacht werden. Der zugrunde liegende Anleger handelt nicht als Anleger der Gesellschaft und hat keine direkten Rückgriffsrechte gegen die Gesellschaft oder den AIFM. Anlegern wird geraten, sich über ihre Rechte zu informieren.

5.9 Aussetzung von Zeichnungen

Die Gesellschaft gibt keine Anteile während eines Zeitraums aus, in dem die Bestimmung des Nettoinventarwerts je Anteil kraft der Befugnisse gemäß der Satzung und wie im Abschnitt „Vorübergehende Aussetzung der Bestimmung des Nettoinventarwerts je Anteil“ dargelegt ausgesetzt wurde.

Die Anteilsinhaber werden über die Aussetzung unterrichtet und Zeichnungsanträge, die während des Aussetzungszeitraums eingehen oder nicht bearbeitet werden, können durch schriftliche Mitteilung zurückgezogen werden; diese Mitteilung muss vor Ende des Aussetzungszeitraums bei der Gesellschaft eingehen. Zeichnungsanträge, die nicht auf diese Weise widerrufen werden, werden von der Register- und Transferstelle am ersten Bewertungstag nach dem Ende des Aussetzungszeitraums auf der Grundlage des an diesem Bewertungstag ermittelten Nettoinventarwerts je Anteil der betreffenden Anteilsklasse bearbeitet.

5.10 Auslagerung durch die dem Berufsgeheimnis unterliegenden Dienstleister der Gesellschaft

Die Anleger werden darauf hingewiesen, dass die Dienstleister der Gesellschaft, die dem Berufsgeheimnis gemäß Artikel 41 des luxemburgischen Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor in seiner geänderten Fassung unterliegen (z. B. die Verwahrstelle und die Zentralverwaltungsstelle) von Zeit zu Zeit bestimmte ihrer Dienstleistungen an andere Dienstleister auslagern können, wobei mit der Auslagerung die Weitergabe von ihnen anvertrauten Informationen (einschließlich der Daten der Anleger) im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit oder ihres Mandats mit der Gesellschaft einhergehen kann.

Nähere Auskünfte zu diesen etwaigen Auslagerungsvereinbarungen, einschließlich der Art der ausgelagerten Dienstleistungen, der Art der im Rahmen der Auslagerung übermittelten Daten und des Landes, in dem die jeweiligen Dienstleister, an die die Dienstleistungen ausgelagert wurden, ihren Sitz haben, erteilt die Gesellschaft.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass dieser Abschnitt 5.10 unabhängig von jeglichen Verpflichtungen zum Schutz personenbezogener Daten, die von der Gesellschaft und ihren Dienstleistern gemäß den Bestimmungen der DSGVO und den für sie geltenden Durchführungsgesetzen zu erfüllen sind, und unbeschadet dieser Verpflichtungen gilt.

5.11 Datenschutz

Bestimmte personenbezogene Daten der Anleger (insbesondere Name, Adresse und Anlagebetrag) können von der Gesellschaft, dem General Partner und dem AIFM erhoben und/oder verarbeitet und verwendet werden.

Die Gesellschaft, der General Partner und der AIFM verpflichten sich, die Privatsphäre und die Integrität aller personenbezogenen Daten, die im Zusammenhang mit der Gesellschaft verarbeitet werden, zu schützen. Die Gesellschaft, der General Partner und der AIFM verarbeiten personenbezogene Daten gemäß den geltenden Datenschutzgesetzen, unter anderem der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr („**DSGVO**“).

Der Anteilsinhaber bestätigt, dass er die Datenschutzerklärung unter <https://www.universal-investment.com/en/privacy-notice-investors-ubos> gelesen und verstanden hat. Diese Datenschutzerklärung kann von Zeit zu Zeit geändert werden und ist über den vorgenannten Link jederzeit einsehbar.

5.12 Late Trading

Der Preis für die Anteile steht nicht im vornherein fest. Folglich ist es nicht möglich, im Voraus den Nettoinventarwert Vje Anteil zu kennen, zu dem Anteile gezeichnet oder zurückgenommen werden.

5.13 Market Timing

Die Gesellschaft ist nicht für Anleger mit einem kurzfristigen Anlagehorizont gedacht. Aktivitäten, die sich nachteilig auf die Interessen der Anteilsinhaber auswirken können (z. B. die Anlagestrategien beeinträchtigen oder sich auf die Kosten auswirken), wie z. B. Market Timing oder die Nutzung der Gesellschaft als Vehikel für übermäßigen oder kurzfristigen Handel, sind nicht zulässig.

Die Gesellschaft erkennt zwar an, dass Anteilsinhaber ein berechtigtes Bedürfnis haben, ihre Anlagen von Zeit zu Zeit anzupassen, kann aber nach eigenem Ermessen Maßnahmen ergreifen, um Aktivitäten zu verhindern, die nach ihrer Auffassung nachteilig für die Interessen der Anteilsinhaber sind.

Dementsprechend kann die Gesellschaft, wenn sie feststellt oder vermutet, dass ein Anteilsinhaber an solchen Aktivitäten beteiligt ist, Zeichnungsanträge dieses Anteilsinhabers aussetzen, annullieren, ablehnen oder anderweitig behandeln und alle Maßnahmen ergreifen, die zum Schutz der Gesellschaft und ihrer Anteilsinhaber angemessen oder notwendig sind.

6. ÜBERTRAGUNG VON ANTEILEN

Sofern in diesem Abschnitt 6 nicht anders festgelegt, können Anteile ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Geschäftsführung und der anderen Anteilsinhaber übertragen werden.

(a) Eine Übertragung von Anteilen ist jedoch nichtig,

- (i) wenn die betreffende Übertragung zum Verstoß gegen eine Bestimmung der Satzung oder des Prospekts führt,
 - (ii) wenn die betreffende Übertragung zum Verstoß gegen Gesetze oder Vorschriften im Großherzogtum Luxemburg oder im Ausland führt,
 - (iii) wenn die betreffende Übertragung den Interessen der bestehenden Anteilsinhaber oder der Gesellschaft schaden könnte,
 - (iv) wenn die betreffende Übertragung dazu führt, dass der Gesellschaft oder zulässigen Anlagevermögenswerten steuerliche oder andere regulatorische Nachteile entstehen (z. B. dass die Vermögenswerte der Gesellschaft als „Planvermögen“ für die Zwecke des Department of Labor Regulations under Employee Retirement Income Security Act of 1974 in seiner jeweils gültigen Fassung angesehen werden) oder ihr Geldbußen oder Strafen drohen könnten, die sonst nicht entstehen oder drohen würden, oder
 - (v) wenn der Übertragungsempfänger eine ausgeschlossene Person ist.
- (b) Eine Übertragung von Anteilen setzt jedoch voraus, dass
- (i) der Übertragungsempfänger der Gesellschaft in einer für die Gesellschaft zufriedenstellenden Form zusichert, dass er keine ausgeschlossene Person ist und dass die Übertragung nicht zu einem Verstoß gegen Gesetze oder Vorschriften im Großherzogtum Luxemburg oder im Ausland führt, und
 - (ii) der Übertragungsempfänger keine ausgeschlossene Person ist.

Sobald der Übertragende seine Anteile rechtsgültig übertragen hat, haftet er nicht mehr für die von ihm übertragenen Anteile, weder im Rahmen der Satzung noch gegenüber der Gesellschaft.

7. ABGLEICH VON ANTRÄGEN

Der AIFM sieht die Möglichkeit vor, von ausscheidenden Anteilhabern gestellte Anträge auf Übertragung von Anteilen des ELTIF mit Zeichnungsanträgen von potenziellen Anlegern analog zu Artikel 19 (2a) der ELTIF-Verordnung abzugleichen und ganz oder teilweise auszuführen. Hierfür hat der AIFM eine Abgleich-Strategie entwickelt, die den Anteilhabern am Sitz des AIFM zur Einsichtnahme zur Verfügung steht.

In den ersten vierundzwanzig (24) Monaten nach dem ersten Zeichnungstag kann der Verwaltungsrat Anträge für den Abgleich unter den unten beschriebenen Bedingungen annehmen:

- i. es liegen genügend Zeichnungsanträge vor, die den Rücknahmeanträgen für den Abgleich entsprechen; und

- ii. die Abrechnung des Zeichnungspreises für einen neuen Anleger erfolgt im Einklang mit der Abgleich-Strategie und den Verfahren des AIFM.

Zur Vermeidung von Missverständnissen gilt dieser Abschnitt zum Abgleich von Anträgen nur für Anteilinhaber, die den Abgleich gemäß Artikel 19 (2a) der ELTIF-Verordnung nutzen, und nicht im Falle einer Übertragung von Anteilen gemäß Abschnitt 6.

8. RÜCKNAHME VON ANTEILEN

8.1 Ablauf von Rücknahmen

Anteilinhaber sind berechtigt, die Rücknahme ihrer Anteile zu den nachstehend beschriebenen Bedingungen zu beantragen.

Der Rücknahmeantrag muss die persönlichen Angaben zum Anteilinhaber und die Anzahl der zurückzugebenden Anteile enthalten. Fehlende Angaben können die Bearbeitung des Rücknahmeantrags verzögern, während der Anteilinhaber um Klärung gebeten wird.

Der erste Rücknahmetag ist der letzte Geschäftstag des Kalenderquartals, das auf den dritten (3) Jahrestag nach der Annahme des ersten Zeichnungsantrags für Anteile der Gesellschaft folgt („**Sperrfrist**“).

Rücknahmeanträge für Anteile einer Anteilsklasse müssen unwiderruflich sein und innerhalb der geltenden Kündigungsfrist bei der Register- und Transferstelle eingehen.

Die Kündigungsfrist beträgt mindestens zwölf (12) Monate vor dem jeweiligen Rücknahmetag (**Kündigungsfrist**“).

Rücknahmeanträge werden innerhalb eines (1) Monats nach dem betreffenden Rücknahmetag zum Rücknahmepreis ausgeführt. Rücknahmeanträge, die nach der Kündigungsfrist bei der Register- und Transferstelle eingehen, werden am nächsten Rücknahmetag auf der Grundlage des für diesen Rücknahmetag festgelegten Rücknahmepreises bearbeitet.

Die Gesellschaft unternimmt angemessene Anstrengungen, das Vermögen der Gesellschaft zu veräußern, um Barmittel zur Ausführung der Rücknahmeanträge bereitzustellen. Die Gesellschaft kann nach eigenem Ermessen beschließen, Hebelfinanzierungen einzusetzen, um Rücknahmeanträge gemäß den Bestimmungen dieses Prospekts und der ELTIF-Verordnung auszuführen, oder sonstige Erträge oder Rücklagen zu verwenden, um solche Rücknahmeanträge auszuführen.

Die Gesellschaft kann nach eigenem Ermessen, jedoch mit Zustimmung des betreffenden Anteilinhabers, beschließen, die Zahlung des Rücknahmeerlöses an diesen Anteilinhaber ganz oder teilweise *in Sachwerten* zu leisten, indem sie diesem Anteilinhaber Anlagen aus dem im Zusammenhang mit der Gesellschaft gebildeten Vermögenspool zuweist, deren Wert an dem Rücknahmetag, an dem der Rücknahmepreis berechnet wird, dem Wert der zurückzunehmenden Anteile entspricht. Art und Beschaffenheit der in einem solchen Fall zu übertragenden Vermögenswerte werden auf gerechte und angemessene Weise und ohne

Beeinträchtigung der Interessen der anderen Anteilsinhaber bestimmt und die Bewertung wird durch einen Sonderbericht des Wirtschaftsprüfers bestätigt. Die mit einer solchen Übertragung verbundenen Kosten werden vom Übertragungsempfänger getragen. Die Gesellschaft kann Rücknahmen in Form von Sachleistungen gemäß der ELTIF-Verordnung vornehmen, vorausgesetzt, dass

- (a) alle Anteilsinhaber gleichberechtigt behandelt werden,
- (b) der Anteilsinhaber schriftlich die Rückzahlung in Form eines Anteils an den Vermögenswerten der betreffenden Anteilsklasse der Gesellschaft beantragt und
- (c) die Übertragung dieser Vermögenswerte durch keinerlei spezielle Vorschrift eingeschränkt wird.

Wenn der Gesamtwert der Anträge auf Rücknahme von Anteilen i) fünfzig Prozent (50 %) der liquiden Vermögenswerte der Gesellschaft am Rücknahmetag oder ii) auf das Quartal bezogen fünf Prozent (5 %) eines Nettoinventarwerts (bestimmt am Rücknahmetag) übersteigt oder iii) wenn die liquiden Vermögenswerte der Gesellschaft weniger als 5 % des Nettoinventarwerts der Gesellschaft betragen oder durch Rücknahmen unter diesen Wert fallen würden, verringert die Gesellschaft den Umfang der Anträge auf Rücknahme von Anteilen auf die betreffende Obergrenze, außer die Geschäftsführung beschließt in ihrem absoluten und alleinigen Ermessen etwas anderes, um einen höheren Prozentsatz unter Berücksichtigung der Anlagen der Gesellschaft und der Interessen der verbleibenden Anteilsinhaber zuzulassen. Die Verringerung wird auf alle Anteilsinhaber, die eine Rücknahme von Anteilen beantragt haben, entsprechend der Anzahl der Anteile oder des Gesamtgeldbetrags, für die bzw. den sie eine Rücknahme beantragt haben, angewendet. Die Rücknahmeanträge, die nicht angenommen wurden, werden automatisch am nächstmöglichen Rücknahmetag erneut eingereicht. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass es keine Obergrenze für die Anzahl der erneuten Einrichtungen gibt. Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt anteilig an die betreffenden Anteilsinhaber.

Zahlungsverfahren

Die Zahlung für zurückgenommene Anteile erfolgt spätestens zwanzig (20) Geschäftstage nach dem betreffenden Rücknahmetag, sofern alle für die Rücknahme erforderlichen Unterlagen bei der Register- und Transferstelle eingegangen sind und sofern nicht rechtliche Zwänge wie Devisenkontrollen oder Kapitalverkehrsbeschränkungen oder andere Umstände, die sich der Kontrolle der Gesellschaft entziehen, die Überweisung der Rücknahmeerlöse in das Land, in dem der Rücknahmeantrag gestellt wurde, unmöglich oder undurchführbar machen. Auf Antrag des Anteilsinhabers veranlasst die Register- und Transferstelle die für die Umrechnung der Rücknahmegelder von der Rechnungswährung in die gewünschte Währung erforderliche Währungstransaktion. Eine solche Währungstransaktion wird mit der Verwahrstelle oder einer Vertriebsstelle auf Risiko und Kosten des Anteilsinhabers abgewickelt.

Bei Zahlung des Rücknahmepreises werden die entsprechenden Anteile sofort im Anteilsregister gelöscht. Dem Anteilsinhaber werden sämtliche Steuern, Provisionen und sonstigen Gebühren, die in den jeweiligen Ländern anfallen, in denen die Anteile verkauft werden, berechnet.

8.2 Zwangsrücknahme von Anteilen, die von einer ausgeschlossenen Person gehalten werden

Stellt die Gesellschaft zu irgendeinem Zeitpunkt fest, dass sich Anteile im Besitz einer ausgeschlossenen Person befinden, sei es im alleinigen Besitz oder im gemeinsamen Besitz mit einer anderen Person, sei es direkt oder indirekt, kann die Gesellschaft nach ihrem Ermessen und ohne Haftung die Anteile zum Rücknahmepreis zwangsweise zurücknehmen, nachdem sie die ausgeschlossene Person mit einer Frist von mindestens zehn (10) Geschäftstagen davon in Kenntnis gesetzt hat, und mit der Rücknahme ist die ausgeschlossene Person nicht mehr Eigentümer dieser Anteile.

Die Gesellschaft kann einen Anteilsinhaber auffordern, ihr Informationen zu übermitteln, die sie für notwendig erachtet, um festzustellen, ob der Eigentümer der Anteile möglicherweise eine ausgeschlossene Person ist oder sein könnte.

Die Gesellschaft kann Anteile zum Rücknahmepreis zwangsweise zurücknehmen, um den Kommanditaktionären Barmittel zukommen zu lassen, insbesondere als Ersatz für Kapitalausschüttungen.

Die mit der Zwangsrücknahme verbundenen Kosten und Aufwendungen werden vom betreffenden Anteilsinhaber getragen.

8.3 Aussetzung von Rücknahmen

Die Gesellschaft nimmt keine Anteile während eines Zeitraums zurück, in dem die Bestimmung des Nettoinventarwerts je Anteil kraft der Befugnisse gemäß der Satzung und wie im Abschnitt „Vorübergehende Aussetzung der Bestimmung des Nettoinventarwerts je Anteil“ dargelegt ausgesetzt wurde.

Die Anteilsinhaber werden über die Aussetzung unterrichtet und Zeichnungsanträge, die während des Aussetzungszeitraums eingehen oder nicht bearbeitet werden, können durch schriftliche Mitteilung zurückgezogen werden; diese Mitteilung muss vor Ende des Aussetzungszeitraums bei der Gesellschaft eingehen. Rücknahmeanträge, die nicht auf diese Weise widerrufen werden, werden von der Register- und Transferstelle am ersten Bewertungstag nach dem Ende des Aussetzungszeitraums auf der Grundlage des an diesem Bewertungstag ermittelten Nettoinventarwerts je Anteil der betreffenden Anteilsklasse bearbeitet.

8.4 Rückkauf von Anteilen nach Ermessen der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung kann jederzeit, jedoch vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der betroffenen Anteilsinhaber, einen Rückkauf von Anteilen der Gesellschaft beschließen, um z. B. verfügbare Liquidität an die Anteilsinhaber zurückzuzahlen. Der Beschluss der Geschäftsführung zum Rückkauf von Anteilen ist wirksam und gilt *anteilig* für die von den einzelnen Anteilsinhabern gehaltenen Anteile für alle Anteilsinhaber. Die Geschäftsführung setzt die Anteilsinhaber

rechtzeitig im Voraus von diesem Beschluss in Kenntnis. Die entsprechende Mitteilung enthält den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Rückkaufs und den jeweiligen Kaufpreis je Anteil. Der Kaufpreis je Anteil im Falle eines Rückkaufs von Anteilen wird auf der Grundlage der Bestimmungen von Abschnitt 11 für die Berechnung des Nettoinventarwerts ohne Hinzurechnung einer Rückkaufgebühr oder eines Aufschlags berechnet. Anteile, die von der Gesellschaft zurückgekauft wurden, werden entwertet.

9. **UMTAUSCH VON ANTEILEN IN ANTEILE EINER ANDEREN ANTEILSKLASSE**

Ein Umtausch von Anteilen zwischen Anteilsklassen ist nicht möglich.

10. **AUSSCHÜTTUNGEN**

Die Anteilsinhaber beschließen auf Vorschlag der Geschäftsführung über die jährlichen Ausschüttungen, d. h. ob und in welchem Umfang verfügbare Liquidität aus dem Vermögen der Gesellschaft ausgeschüttet werden soll. Die Geschäftsführung kann jederzeit die Zahlung von Zwischendividenden beschließen.

Sachausschüttungen können nur mit Zustimmung des betreffenden Anteilsinhabers, einer gesonderten Bewertung und nach dem Grundsatz der gleichberechtigten Behandlung vorgenommen werden.

Solche Ausschüttungen oder Zwischendividenden dürfen nur vorgenommen werden, wenn das Nettovermögen der Gesellschaft nicht unter das gesetzlich festgelegte Minimum (derzeit 1.250.000 Euro) fällt.

Der Betrag der Dividende wird pro Anteil einer Anteilsklasse beschlossen und an jeden der Anteilsinhaber im Verhältnis zur Anzahl der von ihm gehaltenen Anteile ausgeschüttet.

Alle diese Zahlungen erfolgen nach Abzug von Einkommen-, Quellen- und ähnlichen Steuern, die von der Gesellschaft zu zahlen sind, einschließlich Quellensteuern auf Zinsen oder Dividenden, die die Gesellschaft erhält, und Kapitalertragsteuern oder Quellensteuern auf den Verkauf von Beteiligungen an den Anlagen der Gesellschaft.

Liquidität kann auch durch den Rückkauf von Anteilen ausgeschüttet werden, wie in Abschnitt 7.4 näher ausgeführt.

11. **NETTOINVENTARWERT**

11.1 **Bewertungstag und Währung**

Der Nettoinventarwert der Anteile lautet auf Euro. Er wird vom AIFM oder von einem Beauftragten des AIFM monatlich am letzten Geschäftstag („**Bewertungstag**“) berechnet und mit drei (3) Dezimalstellen angegeben.

11.2 **Unabhängigkeit der Bewertung**

Die Bewertung der Vermögenswerte der Gesellschaft beim AIFM ist funktional getrennt und unabhängig von der Portfolioverwaltung. Darüber hinaus ist die

operative Bewertung unabhängig von der Risikomanagementfunktion. Durch die Vergütungspolitik und andere Maßnahmen wird sichergestellt, dass Interessenkonflikte gemindert werden und eine unzulässige Beeinflussung der Beschäftigten verhindert wird.

11.3 Bestimmung des Nettoinventarwerts

Für die Gesellschaft wird der Nettoinventarwert nach luxemburgischem Recht und gemäß der Satzung der Gesellschaft an jedem Bewertungstag ermittelt. Der AIFM behält sich das Recht vor, nach einer Zeichnung oder Rücknahme von Anteilen eine zusätzliche Bewertung vorzunehmen. Der betreffende Tag gilt als Bewertungstag. Die Anteilsinhaber der Gesellschaft werden über weitere Bewertungstage informiert. Die Rechnungswährung der Gesellschaft ist der Euro.

Der Nettoinventarwert darf nicht niedriger sein als das im Gesetz von 2010 vorgeschriebene Mindestkapital von 1.250.000 EUR, außer in den ersten zwölf (12) Monaten nach Gründung der Gesellschaft.

11.4 Berechnung des Nettoinventarwerts

Der Nettoinventarwert ergibt sich aus der Berechnung des Gesamtwerts aller Vermögenswerte der Gesellschaft („**Vermögenswerte**“) abzüglich des Gesamtwerts aller Verbindlichkeiten der Gesellschaft („**Verbindlichkeiten**“) (zusammen der „**Nettoinventarwert**“). Der Nettoinventarwert je Anteil eines einzelnen Anteils einer Anteilsklasse ergibt sich aus der Teilung des Nettoinventarwerts dieser Anteilsklasse durch die Anzahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile dieser Anteilsklasse. Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden auf der Grundlage ihres Werts am jeweiligen Bewertungstag bewertet. Der Wert der Vermögenswerte wird vom AIFM gemäß den Bewertungsrichtlinien des AIFM und nach folgenden Grundsätzen bestimmt:

An einer Börse notierte Vermögenswerte werden zum letzten bekannten Kurs zum Zeitpunkt der Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil bewertet. Ist ein Vermögenswert an mehreren Börsen notiert, ist der letzte verfügbare Kurs an jener Börse maßgebend, die der Hauptmarkt für diesen Vermögenswert ist.

Alle Vermögenswerte, die nicht auf die Währung der Gesellschaft lauten, werden zum letzten verfügbaren Mittelkurs zum Zeitpunkt der Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil bewertet.

- a) Vermögenswerte, die nicht an einer Börse notiert sind, die aber an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, der anerkannt, für das Publikum offen ist und an dem regelmäßig Handel betrieben wird, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zum Zeitpunkt der Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil sein darf und den der AIFM für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Vermögenswerte verkauft werden können.
- b) Ist ein Vermögenswert nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt notiert oder wird dort gehandelt oder spiegeln im Falle von Vermögenswerten, die an einer Börse oder an einem anderen Markt notiert sind oder gehandelt werden, wie oben erwähnt, die Preise gemäß den Regeln

unter a) oder b) den tatsächlichen Marktwert der entsprechenden Vermögenswerte nicht angemessen wider, so wird der Wert solcher Vermögenswerte im Rahmen einer vorsichtigen Bewertung auf der Grundlage des nach vernünftigem Ermessen zu erwartenden Verkaufspreises ermittelt.

- c) Direkte Infrastrukturinvestitionen erfolgen in der Regel über eine ein- oder mehrstufige Struktur von Infrastrukturprojektgesellschaften unter Einsatz von Eigen- und Fremdkapitalinstrumenten, wobei die Fremdkapitalinstrumente unterschiedliche Rangstufen haben können. Die zugrunde liegenden Anlagen (z. B. Windparks, Photovoltaikanlagen, Wasserkraftwerke, Autobahnen) erhalten ihren Wert in der Regel durch regelmäßige Cashflows, sodass der Wert der Investitionen mit Hilfe eines DCF-Modells auf der Grundlage der Erträge und Betriebskosten ermittelt werden könnte, was den IPEV-Leitlinien entspricht. In besonderen Situationen, abhängig vom Entwicklungsstadium des Infrastrukturprojekts, der Verfügbarkeit aktueller Marktdaten und/oder der Finanzierungsstruktur (z. B. durch Private Debt), kann der AIFM (ggf. mit Unterstützung eines unabhängigen Bewerter) verschiedene Bewertungsmethoden gemäß den IPEV-Leitlinien anwenden, wie z. B. den kostenbasierten Ansatz oder den marktbasieren Ansatz.

Der Bewertungsprozess umfasst im Allgemeinen die folgenden Schritte:

1. Beim Erwerb wird eine Due-Diligence-Prüfung durchgeführt, um sicherzustellen, dass genügend Informationen zur Verfügung stehen, um den Wert des Vermögenswerts ordnungsgemäß zu bewerten und zu prüfen, ob der Kaufpreis marktkonform ist. Die Bewertung beim Ersterwerb erfolgt in der Regel durch den AIFM, ggf. mit Unterstützung eines unabhängigen Bewerter.
2. Mindestens jährlich führt der AIFM eine Bewertung durch, ggf. mit Unterstützung eines unabhängigen Bewerter.
3. In jedem Bewertungszyklus wird bei einer stabilen Marktlage und einer stabilen finanziellen Situation des Vermögenswerts die letzte Bewertung beibehalten. Mindestens vierteljährlich überprüft der AIFM die Bewertung, um festzustellen, ob eine Bewertungsanpassung oder ein überarbeitetes Bewertungsgutachten erforderlich ist. Eine mögliche Anpassung oder Aktualisierung der Bewertung erfolgt nach Ermessen des AIFM unter Berücksichtigung der internen Schwelle des Fonds und wird dann im nächsten Bewertungszyklus nach Abschluss der Anpassung berücksichtigt.

Die vorgenannte Überprüfung der Bewertung umfasst:

- Klärung mit dem Risikomanagement, ob bestimmte Ereignisse die Bewertung erheblich beeinflussen könnten.
- Klärung mit der Portfolioverwaltung, ob bestimmte Ereignisse die Bewertung erheblich beeinflussen könnten.

- Überprüfung auf allgemeine bedeutende Marktereignisse aus öffentlich zugänglichen Quellen.
 - Überprüfung auf wesentliche Änderungen der in das Bewertungsmodell einfließenden Parameter wie aktuelle Preise und Terminpreise, Rohstoffschätzung, Geschäftspläne der Projekte, risikofreie Zinssatzkurve, Finanzdaten des Portfoliounternehmens.
- d) Anteile an Zielfonds und Investmentgesellschaften werden in der Regel auf der Grundlage des letzten verfügbaren Nettoinventarwerts des Zielfonds oder der letzten verfügbaren Bilanz eines Zielfonds (wenn dieser keine Nettoinventarwerte ausweist) oder gegebenenfalls seines persönlich haftenden Gesellschafters bewertet. Der AIFM stützt sich grundsätzlich auf die von den Zielfonds oder Komplementären bereitgestellten Informationen, es sei denn, es gibt Anhaltspunkte dafür, dass diese Informationen nicht korrekt sein könnten; in dieser Hinsicht erfüllt der AIFM die allgemeinen Sorgfaltspflichten. Ist zum Zeitpunkt der Berechnung des Nettoinventarwerts kein aktueller Nettoinventarwert eines Zielfonds verfügbar, kann der AIFM sowohl geschätzte Nettoinventarwerte als auch die zuletzt veröffentlichten Nettoinventarwerte verwenden. Gegebenenfalls passt der AIFM die Nettoinventarwerte der Zielfonds oder die Bilanzdaten und Werte von Investmentgesellschaften an, wenn er der Auffassung ist, dass dies den beizulegenden Zeitwert genauer widerspiegelt. Zielfonds und Investmentgesellschaften melden ihre Nettoinventarwerte (den Anlegern wird der Wert der Anlagen (Kapitalkonten) mitgeteilt) in der Regel an bestimmten Bewertungstagen und mit einer gewissen Verzögerung. Der AIFM kann diese Nettoinventarwerte (bzw. die Werte der Anlegerbestände) um die vom Zielfonds bzw. vom Komplementär (bei Investmentgesellschaften) angekündigten zwischenzeitlichen Cashflows anpassen. Diese Regelung gilt ausdrücklich auch zum Geschäftsjahresende. Teilt ein Zielfonds oder eine Investmentgesellschaft keine Nettoinventarwerte mit, ist der AIFM befugt, nach eigenem Ermessen nach dem Grundsatz des beizulegenden Zeitwerts eine Bewertung des Zielfonds oder der Investmentgesellschaft vorzunehmen, die er für angemessen hält.

Der Bewertungsprozess umfasst im Allgemeinen die folgenden Schritte:

1. Beim Erwerb wird eine Due-Diligence-Prüfung durchgeführt, um sicherzustellen, dass die Bewertungsmethodik und die Dokumentation des Zielfonds den Standards des Fonds entsprechen.
2. Der Wert der Zielfonds beruht in jedem Bewertungszyklus in erster Linie auf den letzten Kapitalkontenabschlüssen der Zielfonds, bereinigt um die zugehörigen Zahlungsströme in dem betreffenden Zeitraum (wie oben beschrieben).
3. Darüber hinaus findet in jedem Bewertungszyklus eine Überprüfung der Bewertung statt, um festzustellen, ob unter Berücksichtigung der internen Schwelle des Fonds eine Bewertungsanpassung an die jüngste Bewertung erforderlich ist oder nicht; dies liegt im Ermessen des AIFM. Diese Überprüfung umfasst:

- Klärung mit dem Risikomanagement, ob bestimmte Ereignisse die Bewertung erheblich beeinflussen könnten.
 - Klärung mit der Portfolioverwaltung, ob bestimmte Ereignisse die Bewertung erheblich beeinflussen könnten.
 - Überprüfung auf allgemeine bedeutende Marktereignisse aus öffentlich zugänglichen Quellen.
4. Jährliche Kontrolle der Bewertung, die Backtest-Analysen beinhaltet. Um die Qualität des Kapitalkontoabschlusses zu gewährleisten, werden Backtests durchgeführt. Dabei wird der Jahresabschluss mit dem Kapitalkontoabschluss des Zielfonds verglichen.

Es liegt im Ermessen des AIFM, unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit festzustellen, ob das obige Bewertungsverfahren im Bewertungszyklus auf alle Zielfonds oder auf einen repräsentativen Teil des gesamten Pools von Zielfonds angewendet wird.

- e) Bankeinlagen werden zu ihrem Nominalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen bewertet. Festgelder werden in der Regel zum Nominalwert mit abgegrenzten Zinsen bewertet. Eine Ausnahme bilden kündbare Festgelder, die bei Kündigung nicht zum Nominalwert zuzüglich Zinsen zurückgezahlt werden. Diese werden zum Marktwert bewertet.
- f) Direkte Schuldtitel, die nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt, an dem regelmäßig Handel betrieben wird, der anerkannt und für das Publikum offen ist, notiert sind oder gehandelt werden, werden in der Regel nach dem DCF-Modell (einkommensbasierter Ansatz) gemäß den IPEV-Richtlinien bewertet.

In besonderen Situationen, abhängig vom jeweiligen Schuldinstrument, der Verfügbarkeit aktueller Marktdaten und/oder Bedingungen, kann der AIFM (gegebenenfalls mit Unterstützung eines unabhängigen Bewerter) verschiedene Bewertungstechniken gemäß den IPEV-Richtlinien anwenden, wie den Kostenansatz oder den Marktansatz.

Der Bewertungsprozess umfasst im Allgemeinen die folgenden Schritte:

1. Beim Erwerb wird eine Due-Diligence-Prüfung durchgeführt, um sicherzustellen, dass genügend Informationen zur Verfügung stehen, um den Wert des Instruments ordnungsgemäß zu bewerten und zu prüfen, ob der Kaufpreis marktkonform ist. Die Bewertung beim Ersterwerb erfolgt in der Regel durch den AIFM, ggf. mit Unterstützung eines unabhängigen Bewerter.
2. Mindestens vierteljährlich führt der AIFM eine Bewertung durch, ggf. mit Unterstützung eines unabhängigen Bewerter.
3. In jedem Bewertungszyklus überprüft der AIFM die Bewertung, um festzustellen, ob eine Bewertungsanpassung oder ein überarbeitetes Bewertungsgutachten erforderlich ist. Eine mögliche Anpassung oder Aktualisierung der Bewertung erfolgt nach Ermessen des AIFM unter

Berücksichtigung der internen Schwelle des Fonds und wird dann im nächsten Bewertungszyklus nach Abschluss der Anpassung berücksichtigt.

Die vorgenannte Überprüfung der Bewertung umfasst:

- Klärung mit dem Risikomanagement, ob bestimmte Ereignisse die Bewertung erheblich beeinflussen könnten.
- Klärung mit der Portfolioverwaltung, ob bestimmte Ereignisse die Bewertung erheblich beeinflussen könnten.
- Überprüfung auf allgemeine bedeutende Marktereignisse aus öffentlich zugänglichen Quellen.

Es liegt im Ermessen des AIFM, unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit festzustellen, ob das obige Bewertungsverfahren im Bewertungszyklus auf alle Schuldinstrumente oder auf einen repräsentativen Teil des gesamten Pools von Schuldinstrumenten angewendet wird.

- g) Die auf Vermögenswerte, Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente entfallenden anteiligen Zinsen werden mit einbezogen, soweit sie nicht im Kurswert berücksichtigt sind.
- h) Bei Derivaten muss bei der Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil unterschieden werden zwischen i) Derivaten, die an der Börse oder an anderen geregelten Märkten gehandelt werden (z. B. Optionen), die grundsätzlich zu ihrem letzten verfügbaren Börsen- oder Marktpreis bewertet werden, und ii) Derivaten, die nicht an einer Börse notiert sind (OTC-Derivate), die anhand unabhängiger Preisquellen bewertet werden Falls bei einem Derivat nur eine einzige unabhängige Quelle für Preisdaten verfügbar ist, wird die Plausibilität der ermittelten Bewertung anhand von Berechnungsmodellen, die von der Gesellschaft und den Wirtschaftsprüfern der Gesellschaft anerkannt sind, auf der Grundlage des Marktwerts des Basisinstruments überprüft, das dem Derivat zugrunde liegt.

Eine Berichtigung des Nettoinventarwerts je Anteil aufgrund von Fehlbewertungen erfolgt immer dann, wenn die vom AIFM festgelegten Toleranzschwellen für eine Neubewertung überschritten wurden.

Alle berechneten Nettoinventarwerte können nach Ermessen des Verwaltungsrats des AIFM auf das nächste Hundertstel eines Anteils der Rechnungswährung auf- oder abgerundet werden.

Der Fondsnachtrag kann besondere Bewertungsregeln für die Vermögenswerte der Gesellschaft vorsehen.

Alle anderen Wertpapiere oder sonstigen Vermögenswerte werden zu ihrem Marktwert bewertet, der in gutem Glauben vom AIFM gemäß den vom AIFM festgelegten Verfahren ermittelt wird.

Die Organisationskosten werden von der Gesellschaft über einen Zeitraum von fünf (5) Jahren abgeschrieben und spiegeln sich im Nettoinventarwert wider.

- i) Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen:
1. alle Darlehen, aufgelaufenen Zinsen auf Darlehen der Gesellschaft (einschließlich Kreditkosten) und sonstige Verbindlichkeiten,
 2. alle fälligen oder zu zahlenden Kosten (einschließlich Verwaltungs- und Managementgebühren, Beratungshonorare, einschließlich transaktionsbezogener Beratungshonorare, Depotbankgebühren, Gebühren sonstiger Stellen usw.), die der Gesellschaft zuzurechnen sind,
 3. alle bekannten gegenwärtigen und künftigen Verbindlichkeiten, einschließlich Zahlungsverpflichtungen in bar oder in Sachwerten aus fälligen vertraglichen Verbindlichkeiten und beschlossenen, aber noch nicht ausgezahlten Dividenden der Gesellschaft,
 4. angemessene Rückstellungen für künftige Steuerzahlungen und sonstige von der Geschäftsführung genehmigte und gebildete Rückstellungen sowie Rücklagen für verschiedene Verbindlichkeiten der Gesellschaft,
 5. alle anderen Verbindlichkeiten der Gesellschaft jeglicher Art, die die Geschäftsführung als notwendig oder dienlich für den Betrieb der Gesellschaft erachtet, werden in Übereinstimmung mit den luxemburgischen Gesetzen verbucht,
 6. alle Kosten der Gesellschaft für die Erfüllung regulatorischer Anforderungen,
 7. Liquidationskosten für die Liquidation der Gesellschaft, sobald sie offenkundig werden.
 8. Die Gesellschaft kann Verwaltungskosten und sonstige regelmäßige oder wiederkehrende Kosten auf der Grundlage von Schätzbeträgen für jährliche oder sonstige Zeiträume im Voraus festsetzen und diese zu gleichen Teilbeträgen über diese Zeiträume abschreiben.
 9. Die Bewertungsregeln und Wertbestimmungen werden gemäß den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen angewendet und ausgelegt.

11.5 Vorübergehende Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil

Die Ermittlung des NIW der Anteile einer Anteilsklasse kann vom AIFM ausgesetzt werden

- i) in Zeiten, in denen infolge politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder geldpolitischer Ereignisse oder anderer Umstände, die außerhalb der Kontrolle, Verantwortung und Befugnis des AIFM liegen, die Veräußerung

der Vermögenswerte der Gesellschaft nach vernünftigem Ermessen nicht durchführbar ist, ohne dass dies den Interessen der Anteilsinhaber ernsthaft schadet, oder

- ii) während eines Ausfalls der Kommunikationsmittel, die normalerweise für die Ermittlung des Preises eines Vermögenswerts der Gesellschaft verwendet werden, oder wenn aus irgendeinem Grund der Wert eines Vermögenswerts der Gesellschaft, der im Zusammenhang mit der Bestimmung des NIW wesentlich ist (über die Wesentlichkeit entscheidet der AIFM nach eigenem Ermessen), nicht so schnell und genau wie erforderlich ermittelt werden kann oder
- iii) solange der Wert einer hundertprozentigen (direkten oder indirekten) Tochtergesellschaft der Gesellschaft nicht genau bestimmt werden kann oder
- iv) so lange, wie Geldüberweisungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Anlagen nach Auffassung des AIFM nicht zu normalen Wechselkursen durchgeführt werden können oder
- v) bei Einberufung einer Hauptversammlung zum Zwecke der Auflösung der Gesellschaft oder
- vi) in einem Zeitraum, in dem einer der Hauptmärkte oder eine der anderen Börsen, an denen ein Teil der Vermögenswerte der Gesellschaft notiert ist, außer aufgrund von üblichen Feiertagen geschlossen ist oder in dem der Handel an diesen eingeschränkt oder ausgesetzt ist oder
- vii) wenn die Preise von Anlagen aus einem anderen Grund nicht unverzüglich oder genau ermittelt werden können.

Die Aussetzung der Ermittlung des Nettoinventarwerts unter den oben genannten Umständen muss dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Anteilsinhaber entsprechen und in ihrem besten Interesse sein. Der AIFM veröffentlicht die betreffende Aussetzung, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben ist, und setzt davon auch diejenigen Anteilsinhaber in Kenntnis, die einen Antrag auf Zeichnung oder Rücknahme von Anteilen gestellt haben, für die die Berechnung des Nettoinventarwerts ausgesetzt wurde.

11.6 Alternative Bewertungsmethoden

Der AIFM kann nach eigenem Ermessen andere Bewertungsmethoden zulassen und anwenden, wenn er dies zwecks einer angemesseneren Bewertung eines Vermögenswerts der Gesellschaft für angemessen hält. Er kann auch eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten zulassen, wenn er dies zwecks einer angemesseneren Bewertung eines Vermögenswerts der Gesellschaft für angemessen hält. Wendet der AIFM eine der anderen oben genannten Bewertungsmethoden an, so ist dies im Jahresbericht der Gesellschaft unter Angabe des betreffenden Vermögenswerts offenzulegen.

11.7 Aktualisierter Nettoinventarwert

Wenn der AIFM der Ansicht ist, dass der berechnete Nettoinventarwert der Anteile nicht den tatsächlichen Wert der Anteile an der Gesellschaft an einem bestimmten Bewertungstag widerspiegelt oder wenn es seit der Berechnung des Nettoinventarwerts der Anteile erhebliche Bewegungen an den relevanten Börsen und/oder Märkten gegeben hat, kann der AIFM beschließen, den Nettoinventarwert der Anteile am selben Tag zu aktualisieren. Unter diesen Umständen werden alle Zeichnungs- und Rücknahmeanträge, die für diesen Bewertungstag eingegangen sind, gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Satzung auf der Grundlage des nach Treu und Glauben aktualisierten Nettoinventarwerts der Anteile ausgeführt.

11.8 Toleranzschwelle

Eine Berichtigung des Nettoinventarwerts aufgrund von Fehlbewertungen erfolgt immer dann, wenn die vom AIFM festgelegte Toleranzschwelle für eine Neubewertung überschritten wurde.

Die Gesellschaft beachtet das CSSF-Rundschreiben 02/77 in seiner geänderten, ergänzten oder ersetzten Fassung sowie das CSSF-Rundschreiben 24/856 über den Schutz der Anleger im Falle eines Fehlers bei der Berechnung des Nettoinventarwerts und die Korrektur der Folgen, die sich aus der Nichteinhaltung der geltenden Anlagevorschriften ergeben.

Der AIFM hat interne Regeln für Fehler bei der Berechnung des Nettoinventarwerts und für die Korrektur der Folgen, die sich aus der Nichteinhaltung der Anlagevorschriften ergeben, festgelegt. Der maximale Schwellenwert für die Korrektur von Fehlern bei der Berechnung des Nettoinventarwerts ist auf 1% festgelegt.

11.9 Rechnungslegungsgrundsätze

Die Berechnung des Nettoinventarwerts der Anteile der Gesellschaft erfolgt gemäß luxemburgischem Recht und den allgemein anerkannten luxemburgischen Rechnungslegungsgrundsätzen (LUX GAAP).

12. **DAUER, LIQUIDATION UND VERSCHMELZUNG DER GESELLSCHAFT**

12.1 Dauer

Die Gesellschaft wurde für eine unbegrenzte Dauer gegründet.

12.2 Automatische Auflösung

Die Gesellschaft wird nicht aufgelöst, wenn der General Partner geschäftsunfähig wird, sich auflöst, zurücktritt, in den Ruhestand tritt, zahlungsunfähig wird oder in Konkurs geht oder aus einem anderen gesetzlich vorgesehen Grund, aus dem der General Partner handlungsunfähig ist. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die Übertragung des unbeschränkt haftenden Anteils durch den General Partner nicht zur Auflösung der Gesellschaft führt. Im Falle der Rechts- oder Handlungsunfähigkeit des General Partner im Sinne des vorstehenden Absatzes ernennt die Hauptversammlung einen neuen General Partner nach dem in der Satzung vorgesehenen Verfahren.

Unbeschadet einer freiwilligen Auflösung wird die Gesellschaft aufgelöst, wenn es nicht mehr mindestens einen (1) beschränkt haftenden Gesellschafter und einen (1) unbeschränkt haftenden Gesellschafter gibt, die unterschiedliche juristische oder natürliche Personen sind.

12.3 Freiwillige Auflösung

Auf Vorschlag des General Partner und sofern gesetzlich oder gemäß der Satzung nicht anders vorgesehen, kann die Gesellschaft durch einen Beschluss der Gesellschafter aufgelöst werden, der in der für die Änderung der Satzung erforderlichen Weise, wie in Artikel 34 der Satzung vorgesehen, gefasst wird.

Sinkt das Kapital unter die Schwelle von zwei Dritteln ($2/3$) des in Abschnitt 1.1 festgelegten Mindestkapitals, wird der Hauptversammlung von der Geschäftsführung die Frage vorgelegt, ob die Gesellschaft aufgelöst werden soll. Die Hauptversammlung, für die keine Beschlussfähigkeitserfordernisse bestehen, entscheidet mit einfacher Mehrheit der bei der Versammlung vertretenen Aktien.

Die Frage der Auflösung der Gesellschaft wird ferner der Hauptversammlung vorgelegt, wenn das Kapital unter ein Viertel ($1/4$) des Mindestkapitals fällt. In diesem Fall ist die Hauptversammlung nicht beschlussfähig, und die Auflösung kann von Anteilshabern beschlossen werden, die ein Viertel ($1/4$) der auf der Versammlung vertretenen Aktien halten.

Die Versammlung muss so einberufen werden, dass sie innerhalb eines Zeitraums von vierzig (40) Tagen nach dem Tag stattfindet, an dem festgestellt wurde, dass das Nettovermögen der Gesellschaft unter zwei Drittel ($2/3$) bzw. unter ein Viertel ($1/4$) des gesetzlichen Mindestbetrags gefallen ist.

12.4 Liquidation

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft nach einem Insolvenzverfahren wird die Liquidation von einem oder mehreren Liquidatoren durchgeführt (dies können natürliche oder juristische Personen sein), die von den Anteilshabern bestellt werden (mit einfacher Stimmenmehrheit), die deren Befugnisse und Vergütung festlegen. Diese Liquidatoren müssen von der CSSF zugelassen sein und alle Garantien für die Ehrenhaftigkeit und die fachlichen Fähigkeiten bieten.

Nach Begleichung aller Schulden und Verbindlichkeiten der Gesellschaft sowie der Liquidationskosten wird das Nettovermögen an die Anteilshaber anteilig zur Anzahl der von ihnen gehaltenen Anteile ausgezahlt.

Beträge, die bis zum Abschluss der Liquidation der Gesellschaft nicht an die Begünstigten ausgezahlt werden konnten, werden für den gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraum bei der Verwahrstelle hinterlegt. Nach Ablauf dieser Frist werden sie bei der *Caisse de Consignation* in Luxemburg für die Begünstigten hinterlegt.

13. **GESETZLICHE OFFENLEGUNGSPFLICHTEN**

Der AIFM stellt potenziellen Anlegern alle Informationen in Bezug auf Artikel 21 des Gesetzes von 2013 sowie alle wesentlichen Änderungen derselben zur Verfügung. Sofern hier nicht ausdrücklich anders angegeben, können diese

Informationen auch am Sitz des AIFM angefordert oder im Jahresbericht (siehe Abschnitt 18.3) eingesehen werden.

14. **RISIKO- UND LIQUIDITÄTSMANAGEMENT**

14.1 Risikomanagement

Der AIFM hat eine eigene Risikomanagementfunktion eingerichtet, die wirksame Grundsätze und Verfahren für das Risikomanagement umsetzt, um alle Risiken, die für das Anlageziel der Gesellschaft wesentlich sind, insbesondere das Markt-, Kredit-, Liquiditäts-, Kontrahenten- und operative Risiko sowie alle anderen relevanten Risiken, zu ermitteln, zu messen, zu steuern und zu überwachen. Darüber hinaus gewährleistet das Risikomanagementverfahren eine unabhängige Überprüfung der Bewertungsgrundsätze und -verfahren gemäß Artikel 70 Absatz 3 der AIFM-Verordnung.

Das Risikoprofil der Gesellschaft trägt der Größe, der Portfoliostruktur und dem Anlageziel der Gesellschaft Rechnung.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die Gesellschaft keine Derivatgeschäfte abschließen darf, die nicht der Absicherung gegen Zins- und Währungsschwankungen nach geltendem luxemburgischem Recht dienen.

Der AIFM wendet ein umfassendes Verfahren an, das auf qualitativen und quantitativen Risikomessungen basiert, mit denen die Risiken der Gesellschaft bewertet werden.

Das Risikomanagementteam beim AIFM überwacht die Einhaltung dieser Bestimmungen gemäß den Anforderungen der geltenden Rundschreiben oder Vorschriften der CSSF oder einer europäischen Behörde, die befugt ist, entsprechende Vorschriften oder technische Standards zu erlassen, die auf die Gesellschaft anwendbar sind.

14.2 Hebelfinanzierung

Gemäß dem Gesetz von 2013 unterrichtet der AIFM die zuständigen Behörden und die Anleger über den Umfang der Hebelfinanzierung nach der Brutto-Methode und der Commitment-Methode gemäß Artikel 7 und 8 der AIFM-Verordnung.

Die Gesellschaft hat eine Obergrenze für die Hebelfinanzierung festgelegt, die gemäß Abschnitt 3.3 eingesetzt werden kann.

14.3 Liquiditätsmanagement

Der AIFM wendet angemessene Methoden für das Liquiditätsmanagement an und setzt Verfahren ein, die es ihm ermöglichen, das Liquiditätsrisiko der Gesellschaft zu überwachen, unter anderem durch den Einsatz von Stresstests unter normalen und außergewöhnlichen Liquiditätsbedingungen. Der AIFM stellt sicher, dass die Anlage- und Finanzierungsstrategie, das Liquiditätsprofil, die Richtlinien für Ausschüttungen an die Anleger und die Rücknahmerichtlinien der Gesellschaft mit ihrem Liquiditätsbedarf in Einklang stehen.

15. BESTEUERUNG

Dieser Abschnitt ist eine kurze Zusammenfassung bestimmter wichtiger luxemburgischer Steuergrundsätze in Bezug auf die Gesellschaft. Die Zusammenfassung basiert auf den in Luxemburg geltenden und anwendbaren Gesetzen und Vorschriften. Die Bestimmungen können kurzfristig geändert werden, möglicherweise auch rückwirkend.

Der Abschnitt erhebt nicht den Anspruch, eine vollständige Zusammenfassung des derzeit in Luxemburg geltenden Steuerrechts und der Steuerpraxis zu sein, und enthält keine Aussagen zur steuerlichen Behandlung einer Investition in die Gesellschaft in einer anderen Rechtsordnung. Darüber hinaus befasst sich dieser Abschnitt nicht mit der Besteuerung der Gesellschaft in einer anderen Rechtsordnung oder der Besteuerung von Tochtergesellschaften oder Zwischengesellschaften der Gesellschaft oder von zulässigen Anlagevermögenswerten, an denen die Gesellschaft eine Beteiligung in irgendeiner Rechtsordnung hält.

Potenziellen Anlegern wird geraten, ihre Steuerberater zu den möglichen steuerlichen Folgen der Zeichnung, des Kaufs, des Besitzes, der Rücknahme, des Umtauschs oder des Verkaufs ihrer Anteile an der Gesellschaft nach den Gesetzen des Landes ihrer Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes, des Sitzes oder der Gründung zu konsultieren.

15.1 Steuerliche Behandlung der Gesellschaft

Zum Datum des Prospekts unterliegt die Gesellschaft keiner luxemburgischen Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer, Vermögenssteuer oder Zeichnungssteuer.

Auf die Ausgabe von Anteilen durch die Gesellschaft fällt keine weitere Stempelsteuer oder sonstige Steuer an, mit Ausnahme einer pauschalen Eintragungsgebühr von 75 EUR, die bei der Gründung und bei jeder künftigen Änderung der Satzung zu entrichten ist.

Dividenden und etwaige Zinsen, die die Gesellschaft aus Anlagen erhält, können in den betreffenden Ländern Steuern und/oder Quellensteuern zu unterschiedlichen Steuersätzen unterliegen, wobei diese Steuern und/oder Quellensteuern in der Regel nicht erstattungsfähig sind (wenngleich die Gesellschaft möglicherweise Quellensteuerermäßigungen oder -befreiungen im Rahmen bestimmter von Luxemburg geschlossener Doppelbesteuerungsabkommen in Anspruch nehmen kann, was von Fall zu Fall geprüft wird). Insbesondere werden die Anleger darauf hingewiesen, dass Luxemburg eine Quellensteuer (zum Satz von derzeit 15 %) auf von luxemburgischen Unternehmen ausgeschüttete Dividenden erhebt. Die Gesellschaft ist möglicherweise im Ausland steuerpflichtig.

15.2 Anwendung der Säule-2-Regelungen auf die Gesellschaft

Im Folgenden wird ein sehr allgemeiner (und nicht erschöpfender) Überblick über die möglichen Auswirkungen der Säule-2-Regelungen auf die Gesellschaft gegeben.

Die Säule-2-Regelungen sehen die Einführung sogenannter Ergänzungssteuern vor, um den effektiven Steuersatz bestimmter Steuerpflichtiger in einer Rechtsordnung auf einen Mindeststeuersatz von 15 % anzuheben.

Gemäß Artikel 2 Absatz 1 des luxemburgischen Gesetzes vom 22. Dezember 2023, mit dem die Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates vom 15. Dezember 2022 in luxemburgisches Recht umgesetzt wird („**Säule-2-Gesetz**“), gelten die luxemburgischen Säule-2-Regelungen grundsätzlich für jede luxemburgische Geschäftseinheit, die einer multinationalen Unternehmensgruppe („**MNE-Gruppe**“) (d. h. jede Gruppe, die mindestens eine Einheit oder eine Betriebsstätte umfasst, welche nicht im Steuerhoheitsgebiet der obersten Muttergesellschaft, wie im Säule-2-Gesetz definiert, gelegen ist) oder einer großen inländischen Gruppe angehören, welche in den Konzernabschlüssen ihrer obersten Muttergesellschaft in mindestens zwei der vier Geschäftsjahre, die dem geprüften Geschäftsjahr unmittelbar vorausgehen, einen jährlichen Umsatzerlös von mindestens 750.000.000 EUR aufweist („**luxemburgische Geschäftseinheit**“).

Infolgedessen kann eine luxemburgische Geschäftseinheit – sofern bestimmte andere Bedingungen erfüllt sind – einer der folgenden Säule-2-Ergänzungssteuern unterliegen: a) einer anerkannten nationalen Ergänzungssteuer (anwendbar auf Geschäftsjahre ab dem 31. Dezember 2023), b) einer Primärerergänzungssteuerregelung (anwendbar auf Geschäftsjahre ab dem 31. Dezember 2023) oder c) einer Sekundärerergänzungssteuerregelung (anwendbar auf Geschäftsjahre ab dem 31. Dezember 2024). Die anerkannte nationale Ergänzungssteuer, die Primärerergänzungssteuerregelung und die Sekundärerergänzungssteuerregelung werden zusammen als „**Säule-2-Ergänzungssteuern**“ bezeichnet. Die Säule-2-Ergänzungssteuern werden länderspezifisch nach einem Top-Down-Ansatz berechnet und angewendet.

Auch wenn die Gesellschaft voraussichtlich nicht als oberste Muttergesellschaft im Sinne des Säule-II-Gesetzes betrachtet wird, könnte sie dennoch Teil einer multinationalen Unternehmensgruppe sein, die in den Anwendungsbereich des Säule-2-Gesetzes fällt (z. B. wenn die Gesellschaft mit einem Anteilinhaber vollkonsolidiert wird und der Schwellenwert von 750.000.000 EUR erreicht wird). In diesem Fall könnten die luxemburgischen Säule-2-Ergänzungssteuern von der Gesellschaft und/oder einer luxemburgischen Tochtergesellschaft erhoben werden, vorbehaltlich spezifischer Ausschlüsse, Wahlmöglichkeiten und Sonderregelungen.

Die Säule-2-Ergänzungssteuern können auch lokal anfallen, entweder in der Rechtsordnung eines bestimmten Anteilinhabers oder einer bestimmten Anlage. Darüber hinaus können Säule-2-Ergänzungssteuern an anderer Stelle in der Struktur anfallen, auch wenn die Gesellschaft nicht Teil einer multinationalen Unternehmensgruppe ist, die in den Anwendungsbereich der Säule-2-Vorschriften fällt (z. B. wenn eine Tochtergesellschaft vollkonsolidiert wird und die Schwelle von 750.000.000 EUR erreicht wird).

Potenzielle Anleger müssen eine eigene Säule-2-Bewertung nach den für das Land ihrer steuerlichen Ansässigkeit geltenden nationalen Vorschriften vornehmen und alle Informationen zur Verfügung stellen, die für die Bewertung potenzieller Auswirkungen von Säule 2 auf die Geschäftsstruktur (einschließlich ihrer Anlagen) relevant sein könnten.

15.3 Steuerliche Behandlung der Anteilshaber

Die Anteilshaber unterliegen in Luxemburg keiner Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer, Übertragungssteuer oder Quellensteuer auf den Besitz, den Verkauf, den Kauf, die Übertragung oder den Rückkauf von Anteilen an der Gesellschaft (ausgenommen Anteilshaber, die ihren Sitz, ihren Wohnsitz oder eine ständige Niederlassung in Luxemburg haben).

15.4 FATCA

Die im Hiring Incentives to Restore Employment Act enthaltenen Bestimmungen über die Steuerehrlichkeit bezüglich Auslandskonten (kurz „**FATCA**“) sehen im Allgemeinen eine Meldepflicht und gegebenenfalls eine Quellensteuer in Höhe von 30 % für i) bestimmte Einkünfte aus US-Quellen (einschließlich Dividenden und Zinsen) („**abzugsteuerpflichtige Zahlungen**“) und ii) frühestens zwei Jahre nach Bekanntmachung der endgültigen Vorschriften zur Definition von „ausländischen Pass-Through-Zahlungen“ im U.S. Federal Register für einen Teil bestimmter Zahlungen von Nicht-US-Unternehmen aus Nicht-US-Quellen, die FFI-Abkommen (wie unten definiert) abgeschlossen haben, soweit diese abzugsteuerpflichtigen Zahlungen zuzurechnen sind („**Pass-Through-Zahlungen**“), vor. Grundsätzlich soll mit diesen Regelungen sichergestellt werden, dass direkte und indirekte Beteiligungen von US-Personen an Nicht-US-Konten und Nicht-US-Unternehmen dem Internal Revenue Service („**IRS**“) gemeldet werden. Die Quellensteuer von 30 % wird erhoben, wenn die erforderlichen Informationen zum US-Eigentum nicht vorgelegt werden.

Im Allgemeinen unterliegen alle abzugsteuerpflichtigen Zahlungen und in Zukunft auch Pass-Through-Zahlungen, die ein ausländisches Finanzinstitut („**FFI**“) erhält, einer Quellensteuer von 30 % (einschließlich des Anteils, der auf Nicht-US-Anleger entfällt), es sei denn, das FFI schließt ein Abkommen mit dem IRS („**FFI-Abkommen**“) oder erfüllt die Bedingungen eines anwendbaren zwischenstaatlichen Abkommens („**IGA**“). Im Rahmen eines FFI-Abkommens oder eines anwendbaren IGA ist ein FFI grundsätzlich verpflichtet, Informationen, Zusicherungen und Erklärungen über den Verzicht auf die Anwendbarkeit von Nicht-US-Gesetzen vorzulegen, die für die Einhaltung der neuen Vorschriften erforderlich sind, einschließlich Informationen über seine direkten und indirekten US-Kontoinhaber.

Darüber hinaus kann gemäß FATCA der Anteil eines Nicht-US-Anlegers an abzugsteuerpflichtigen Zahlungen und Pass-Through-Zahlungen, die ein FFI erhält, einer Quellensteuer von 30 % unterworfen werden, es sei denn, der betreffende Anleger legt dem FFI Informationen, Zusicherungen und Erklärungen über den Verzicht auf die Anwendbarkeit von Nicht-US-Gesetzen vor, die für die Einhaltung der Vorschriften erforderlich sind, einschließlich Informationen über bestimmte direkte und indirekte US-Eigentümer dieses Nicht-US-Anlegers.

Die Regierungen von Luxemburg und den Vereinigten Staaten haben ein IGA bezüglich FATCA („**luxemburgisches IGA**“) geschlossen, das durch das Gesetz vom 24. Juli 2015 („**luxemburgisches FATCA-Gesetz**“) umgesetzt wurde. Unter der Voraussetzung, dass die Gesellschaft alle anwendbaren Bestimmungen des luxemburgischen IGA beachtet, müsste die Gesellschaft kein FFI-Abkommen mit dem IRS schließen und wäre stattdessen verpflichtet, Informationen über die

Kontoinhaber einzuholen und diese Informationen an die luxemburgische Regierung zu melden, die ihrerseits diese Informationen an den IRS melden würde.

Nach den aktuellen in Luxemburg geltenden FATCA-Vorschriften ist die Gesellschaft ein „vertriebsbeschränkter Fonds“ („Restricted Fund“) gemäß Anhang II Abschnitt IV Absatz E Nummer 5 des zwischen Luxemburg und den USA geschlossenen IGA. Gemäß Definition in Anhang II Abschnitt IV Absatz E Nummer 5 des zwischen Luxemburg und den USA geschlossenen IGA ist ein vertriebsbeschränkter Fonds ein nicht meldendes luxemburgisches Finanzinstitut im Sinne von Section 1471 des „US Internal Revenue Code“. Daher dürfen Anteile der Gesellschaft folgenden Personen und Instituten nicht angeboten oder an sie verkauft, übertragen oder geliefert werden:

- spezifizierten US-Personen im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe ff des zwischen Luxemburg und den USA geschlossenen IGA,
- nicht teilnehmenden Finanzinstituten im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe r des zwischen Luxemburg und den USA geschlossenen IGA und
- passiven ausländischen Rechtsträgern, die keine Finanzinstitute sind (passive NFFE) und an denen mindestens eine US-Person substantiell beteiligt ist, wie in den betreffenden Verordnungen des US-Finanzministeriums festgelegt.

Die Gesellschaft oder der benannte Dritte kann Informationen über einen Anleger (einschließlich der vom Anleger gemäß diesem Abschnitt zur Verfügung gestellten Informationen) an jede Person weitergeben, die von einer Steuerbehörde oder einer anderen Behörde zur Übermittlung von Informationen aufgefordert wird, einschließlich der Übermittlung in Länder, die keine strengen Datenschutz- oder ähnliche Gesetze haben, damit die Gesellschaft die geltenden Gesetze oder Vorschriften oder Vereinbarungen mit einer Behörde einhalten kann.

Jeder Anleger hat das Recht auf Auskunft über die von dem meldenden Finanzinstitut in Luxemburg verarbeiteten und an die luxemburgischen Steuerbehörden übermittelten Daten und das Recht auf Berichtigung dieser Daten, soweit erforderlich. Die von dem meldenden Finanzinstitut in Luxemburg erhaltenen Daten werden gemäß der DSGVO sowie allen Durchführungsbestimmungen und verfügbaren Leitlinien der zuständigen Datenschutzbehörden verarbeitet.

Unter bestimmten Umständen kann die Gesellschaft die Beteiligung eines Anlegers an der Gesellschaft, der die Vorschriften nicht erfüllt, zurücknehmen oder ein in den Vereinigten Staaten organisiertes Anlagevehikel gründen und betreiben, das für die Zwecke von Section 7701 des Internal Revenue Code of 1986 in der jeweils geltenden Fassung als „inländische Gesellschaft“ behandelt wird, und die Beteiligung eines solchen Anlegers auf ein solches Anlagevehikel übertragen. Jegliche Steuern, die durch die Nichteinhaltung der FATCA-Vorschriften durch einen Anleger anfallen, sind von diesem Anleger zu tragen.

Potenzielle Anleger sollten bezüglich der Bestimmungen von FACTA und deren Anwendbarkeit auf ihre persönliche Situation ihren Steuerberater konsultieren.

15.5 Gemeinsamer Meldestandard („CRS“)

Die in diesem Abschnitt definierten Begriffe haben die Bedeutung, die ihnen im luxemburgischen CRS-Gesetz (wie in diesem Abschnitt definiert) zugewiesen wurde, sofern in diesem Prospekt nicht anders angegeben.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat einen globalen Standard für den jährlichen automatischen Austausch von Finanzinformationen zwischen Steuerbehörden („CRS“) entwickelt. Der CRS wurde durch das Gesetz vom 18. Dezember 2015 über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und Steuerangelegenheiten und zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/107/EU („CRS-Gesetz“) in luxemburgisches Recht umgesetzt.

Die Verordnung kann der Gesellschaft und ihren Anlegern Verpflichtungen auferlegen, wenn die Gesellschaft tatsächlich als meldendes Finanzinstitut im Sinne des CRS angesehen wird. Unter diesem Gesichtspunkt könnte die Gesellschaft verpflichtet sein, eine Due-Diligence-Prüfung durchzuführen und (unter anderem) eine Bestätigung der steuerlichen Ansässigkeit (durch Selbstauskunft der Anleger), die Steueridentifikationsnummer und die CRS-Klassifizierung der Anleger anfordern, um ihre eigenen rechtlichen Verpflichtungen gemäß dem CRS-Gesetz zu erfüllen.

Jeder Anleger muss der Gesellschaft oder einem von der Gesellschaft benannten Dritten („**benannter Dritter**“) in der Form und zu dem Zeitpunkt, wie von der Gesellschaft nach vernünftigem Ermessen festgelegt (einschließlich durch elektronische Bescheinigung), alle Informationen, Zusicherungen, Verzichtserklärungen und Formulare in Bezug auf den Anleger (oder die beherrschende(n) Person(en) des Anlegers, falls zutreffend) vorlegen, die von der Gesellschaft oder dem benannten Dritten nach vernünftigem Ermessen angefordert werden, damit sie ihre jeweiligen CRS-Vorschriften erfüllen können („**Informationen**“).

Jeder Anleger hat das Recht auf Auskunft über die von dem meldenden Finanzinstitut in Luxemburg verarbeiteten und an die luxemburgischen Steuerbehörden übermittelten Daten und das Recht auf Berichtigung dieser Daten, soweit erforderlich. Die von dem meldenden Finanzinstitut in Luxemburg erhaltenen Daten werden gemäß der DSGVO sowie allen Durchführungsbestimmungen und verfügbaren Leitlinien der zuständigen Datenschutzbehörden verarbeitet.

Jeder Anleger wird darüber informiert, dass die oben genannten Daten und Informationen den luxemburgischen Steuerbehörden jährlich zu den im CRS-Gesetz festgelegten Zwecken gemeldet werden. Die luxemburgischen Steuerbehörden leiten die gemeldeten Informationen schließlich in eigener Verantwortung an die zuständige Behörde des meldepflichtigen Staats weiter. Meldepflichtige Personen, Kontoinhaber, die natürliche Personen sind, und beherrschende Personen von passiven NFE werden über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und darüber, dass ein Teil dieser Informationen als Grundlage für die jährliche Meldung an die luxemburgischen Steuerbehörden dient, informiert.

Jeder Anleger verpflichtet sich, das meldende Finanzinstitut in Luxemburg innerhalb von dreißig (30) Tagen nach Erhalt dieser Mitteilungen zu informieren, wenn darin enthaltene personenbezogene Daten nicht korrekt sind, und alle Nachweise für etwaige Änderungen der Informationen, sobald diese erforderlich sind, vorzulegen.

Nach den einschlägigen luxemburgischen Vorschriften kann die Nichteinhaltung der oben genannten Rechtsvorschriften in Bezug auf die Sorgfalts- und Meldepflichten zu Geldbußen in Höhe von 250.000 EUR und bis zu 0,5 % der Beträge, die hätten gemeldet werden müssen, führen.

Im Falle einer Zeichnung von Anteilen kann die Gesellschaft oder ein benannter Dritter vom Anleger vorab eine Selbstauskunft verlangen.

Für die Zwecke der Anwendung des CRS-Gesetzes kann die Gesellschaft Informationen über jeden Anteilinhaber oder jede beherrschende Person (einschließlich der vom Anteilinhaber oder von der beherrschenden Person gemäß diesem Abschnitt zur Verfügung gestellten Informationen), die in einem meldepflichtigen Staat im Sinne des (regelmäßig aktualisierten) Großherzoglichen Dekrets zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 4 des CRS-Gesetzes steuerlich ansässig sind, an die luxemburgischen Steuerbehörden weiterleiten, wobei Letztere für die Übermittlung der relevanten Informationen an die zuständigen ausländischen Behörden derjenigen Staaten zuständig sind, die meldepflichtige Staaten sind.

Potenzielle Anleger sollten bezüglich der CRS-Vorschriften und deren Anwendbarkeit auf ihre persönliche Situation ihren Steuerberater konsultieren.

16. **GEBÜHREN UND AUFWENDUNGEN**

Die nachstehend aufgeführten Gebühren, Aufwendungen und Entschädigungen können zwischen den verschiedenen Anteilsklassen auf der Grundlage ihres jeweiligen Nettovermögens innerhalb eines Zeitraums, zu Bedingungen und in einer Weise erhoben werden, wie von der Geschäftsführung für gerecht und angemessen erachtet, wobei jede Anteilsklasse ihre eigenen Gebühren, Aufwendungen und Entschädigungen trägt, die ihr direkt und ausschließlich zuzurechnen sind.

16.1 Organisationskosten

Die Gesellschaft übernimmt alle Zahlungen, Gebühren, Kosten, Aufwendungen und sonstigen Verbindlichkeiten, die im Zusammenhang mit der Gründung und Organisation der Gesellschaft und des General Partner anfallen, sowie alle Zahlungen, Gebühren, Kosten, Aufwendungen und sonstigen Verbindlichkeiten, die im Zusammenhang mit dem Angebot und dem Verkauf von Anteilen an Anleger anfallen, einschließlich aller Ausgaben für Rechtsberatung, Beratung, Buchhaltung, Bewertung, Analyse und Berichte, Steueranalyse, Übertragungssteuern, Einreichung, Kapitalbeschaffung, Druck, Versand, Zeichnungsabwicklung und Einreichungsgebühren und -kosten, Due-Diligence-Kosten der teilnehmenden Broker/Händler und/oder Vertriebsgesellschaften, die durch detaillierte und aufgeschlüsselte Rechnungen belegt sind, Gebühren, Kosten und Ausgaben von Plattformberatern und vom Portfolioverwalter beauftragten ESG-Beratern, Kosten im Zusammenhang mit der Erstellung von

Vertriebsunterlagen, Design- und Websitekosten, Gebühren für die Teilnahme an von teilnehmenden Brokern/Händlern und/oder Vertriebsgesellschaften gesponserten Vertriebsseminaren, elektronische Datenbanken, Unterkunft, Verpflegung, Reisen und damit verbundene und ähnliche Gebühren, Kosten und Aufwendungen.

Die Gesellschaft zahlt oder trägt darüber hinaus ihren Anteil an den Zahlungen, Gebühren, Kosten, Aufwendungen und sonstigen Verbindlichkeiten, die im Zusammenhang mit der Gründung und Organisation der Gesellschaft anfallen und ihr von der Geschäftsführung (oder deren Beauftragtem) nach eigenem Ermessen nach Treu und Glauben zurechnet wurden, einschließlich aller Ausgaben für Rechtsberatung, Beratung, Buchhaltung, Einreichung, Kapitalbeschaffung, Druck, Versand, Zeichnungsabwicklung und Einreichungsgebühren und -kosten, Due-Diligence-Kosten der teilnehmenden Broker/Händler und/oder Vertriebsgesellschaften, die durch detaillierte und aufgeschlüsselte Rechnungen belegt sind, Gebühren, Kosten und Ausgaben von Plattformberatern und ESG-Beratern, Kosten im Zusammenhang mit der Erstellung von Vertriebsunterlagen, Design- und Websitekosten, Gebühren für die Teilnahme an von teilnehmenden Brokern/Händlern und/oder Vertriebsgesellschaften gesponserten Vertriebsseminaren, elektronische Datenbanken, Unterkunft, Verpflegung, Reisen und damit verbundene und ähnliche Gebühren, Kosten und Aufwendungen.

Die Organisationskosten werden von der Gesellschaft über einen Zeitraum von fünf (5) Jahren abgeschrieben.

16.2 Anlagebezogene Kosten

Die Gesellschaft trägt alle anlagebezogenen Kosten, und der AIFM und der Portfolioverwalter werden von der Gesellschaft für alle anlagebezogenen Kosten, die ihnen entstanden sind, entschädigt.

16.3 AIFM-Gebühr

Der AIFM hat Anspruch auf eine jährliche Verwaltungsgebühr, die im AIFM-Vertrag näher bestimmt wird.

16.4 Portfolioverwaltungsgebühr

Der Portfolioverwalter hat Anspruch auf eine jährliche Portfolioverwaltungsgebühr aus dem Vermögen der Gesellschaft, deren Höhe in Anhang 1 zum Prospekt Anteilklassen näher bestimmt wird.

Darüber hinaus erhält der Portfolioverwalter die folgenden Transaktionsgebühren:

- a) Gebühr bei Erwerb: bis zu 1,5 % des von der Gesellschaft investierten Betrags beim Erwerb eines direkten Vermögenswerts oder eines Co-Investment.
- b) Gebühr bei Veräußerung: bis zu 1 % des Verkaufserlöses, den die Gesellschaft bei der Veräußerung eines direkten Vermögenswerts oder eines Co-Investment erzielt.

Für den Fall, dass ein von PATRIZIA verwalteter Zielfonds eine Verwaltungsgebühr erhebt, wird der auf diesen Zielfonds entfallende Anteil der Verwaltungsgebühr der jeweiligen Anteilsklasse der Gesellschaft um diesen Betrag gekürzt, wobei er nicht unter Null sinken kann.

16.5 Vertriebsgebühr

Der Portfolioverwalter zahlt der PATRIZIA Institutional Clients & Advisory GmbH in ihrer Funktion als Vertriebsstelle eine Vergütung für ihre Vertriebsleistungen im Rahmen des Vertriebs-Rahmenvertrags („**Vertriebsgebühr**“). Die Vertriebsgebühr wird vom Portfolioverwalter aus seiner jährlichen Portfolioverwaltungsgebühr gezahlt.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die Vertriebsgebühr zu keinem Zeitpunkt die von der Gesellschaft zu zahlende jährliche Portfolioverwaltungsgebühr erhöht, sondern effektiv den entsprechenden Betrag reduziert, den der Portfolioverwalter erhält.

16.6 Betriebs- und Verwaltungskosten

Die Gesellschaft trägt alle Betriebs- und Verwaltungskosten der Gesellschaft und des General Partner und entschädigt den AIFM für alle Betriebs- und Verwaltungskosten, die ihm im Zusammenhang mit der Gesellschaft entstanden sind, sowie alle Kosten, die unter anderem Folgendes umfassen:

- a) Betriebskosten, einschließlich aller Steuern, Abgaben, Stempelgebühren, behördlichen und ähnlichen Gebühren, Provisionen, Devisenkosten, Bankgebühren, Registrierungsgebühren im Zusammenhang mit Anlagen, Versicherungs- und Sicherheitskosten (z. B. Versicherungskosten, Haftungsversicherung der leitenden Angestellten usw.) und Kosten in Verbindung mit der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen,
- b) Gebühren, Kosten und Aufwendungen für die Errichtung, die Aufrechterhaltung, den Betrieb, die Verwaltung, den Schutz und die Auflösung einer Investmentholdinggesellschaft, gegebenenfalls einschließlich der Personalkosten einer solchen Gesellschaft,
- c) Kosten im Zusammenhang mit der Genehmigung des Vertriebs oder den Vertriebstätigkeiten (z. B. Erstellung von Vertriebsunterlagen durch interne und/oder externe Parteien, einschließlich ernannter Vertriebspartner), Kosten im Zusammenhang mit dem Vertrieb und an die Vertriebsstelle(n) zu zahlende Gebühren und etwaige Übersetzungskosten,
- d) übliche Makler- und sonstige Transaktionsgebühren und -kosten (unter anderem Rechtsberatungs-, Buchhaltungs-, Sachverständigen- und sonstige Beraterhonorare), die bei Transaktionen im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung oder dem geplanten Erwerb oder der geplanten Veräußerung des Portfolios anfallen, sowie damit verbundene Ausgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung der Vermögenswerte, unabhängig davon, ob die Transaktionen zustande gekommen sind oder nicht,

- e) Buchhaltung, Due-Diligence, Rechtsberatung, ESG- und andere Dienstleister in Bezug auf das Portfolio und die Gesellschaft (vorbehaltlich der Zustimmung der Gesellschaft zu einer solchen Beauftragung) sowie alle anderen Gebühren und Aufwendungen, die der Gesellschaft entstehen, einschließlich Domizilierungsgebühren und -kosten der Gesellschaft,
- f) Kosten im Zusammenhang mit einer (unabhängigen) Bewertung der Anlagen der Gesellschaft nach den Bewertungsgrundsätzen der Gesellschaft, einschließlich zusätzlicher Gutachten oder Bestätigungen des externen Wirtschaftsprüfers,
- g) Kosten im Zusammenhang mit der Berichterstattung und Veröffentlichung, einschließlich der Kosten für die Erstellung und/oder Hinterlegung der Satzung und aller anderen die Gesellschaft betreffenden Dokumente, einschließlich des Prospekts und der Erläuterungen und Registrierungserklärungen bei allen Behörden, die für die Gesellschaft oder das Angebot von Anteilen der Gesellschaft zuständig sind; die Kosten für die Erstellung in den Sprachen, die für die Anteilsinhaber, einschließlich der wirtschaftlichen Eigentümer der Anteile, erforderlich sind, und für die Verteilung von Jahresberichten und allen anderen regelmäßigen Berichten und sonstigen Berichten oder Dokumenten, die nach den geltenden Gesetzen oder Vorschriften der oben genannten Behörden erforderlich sind, sowie die Kosten und Ausgaben in Verbindung mit lokalen Vertretern, die gemäß den Vorgaben dieser Behörden ernannt werden,
- h) die Kosten für die Einberufung von Hauptversammlungen oder die schriftliche Konsultation der Anteilsinhaber,
- i) Kosten im Zusammenhang mit der Bestimmung des NIW und der Bewertung der Vermögenswerte,
- j) die Kosten für die Erstellung, den Druck und die Verteilung aller Bewertungen, Abrechnungen, Abschlüsse sowie Performance- und Anlageberichte,
- k) die Honorare und Auslagen der Wirtschaftsprüfer in Bezug auf die Gesellschaft,
- l) die Kosten für die Änderung und Ergänzung der Satzung, des Prospekts, der Verträge und Dokumente im Zusammenhang mit der Gesellschaft und alle ähnlichen Verwaltungskosten,
- m) Kosten und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit anlegerbezogenen Tätigkeiten und Anforderungen anfallen, einschließlich der Erstellung, des Drucks und des Versands von Berichten und Informationen an die Anteilsinhaber und der Kosten für Berichtsdienstleistungen (wie z. B. die Berichterstattungspflicht für deutsche Versicherungsunternehmen, die dem deutschen Versicherungsaufsichtsgesetz auf der Grundlage der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht herausgegebenen Standards unterliegen, die Berichterstattungspflicht im Rahmen des

Tripartite Template (TPT) für Solvency II, herausgegeben vom Fondsverband, oder die Berichterstattung im Hinblick auf die Eigenmittelanforderungen an Kreditinstitute),

- n) Kosten, die anfallen, damit die Gesellschaft die gesetzlichen und behördlichen Anforderungen erfüllen kann, sowie Gebühren und Ausgaben, die mit der Registrierung und Aufrechterhaltung der Registrierung der Gesellschaft bei staatlichen Stellen oder der Notierung von Anteilen an der Luxemburger Börse oder an Börsen in anderen Ländern verbunden sind, und
- o) alle anderen Steuern und alle Gebühren oder sonstigen Abgaben, die von einer staatlichen Behörde im Zusammenhang mit den Anlagen der Gesellschaft oder anderweitig erhoben werden,
- p) Kosten und Ausgaben für Rechts- und Steuerberatung, Buchhaltung und andere Kosten und Aufwendungen im Zusammenhang mit den Transaktionen der Gesellschaft (einschließlich Strukturierungsgebühren), unabhängig davon, ob eine solche Transaktion erfolgreich abgeschlossen wird,
- q) Kosten, die im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Rechts-, Steuer- und sonstigen Finanzberatern sowie sonstigen Fachleuten und Beratern entstehen,
- r) Kosten im Zusammenhang mit der Klärung, Vorbereitung und Erfüllung steuerlicher Pflichten im jeweiligen Vertriebsland (z. B. Kosten im Zusammenhang mit der Beauftragung externer Dienstleister, Registrierungen, Bestellung von Steuervertretern, Ermittlung von steuerlichen Informationen, Abgabe von Steuererklärungen, Veröffentlichungen),
- s) nicht erstattungsfähige Mehrwertsteuern (oder ähnliche Abgaben oder Steuern) im Zusammenhang mit solchen Kosten und Ausgaben,
- t) Gebühren, Kosten und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Gründung, dem Management und dem Betrieb von Immobilien-/Infrastrukturgesellschaften, in die die Gesellschaft investiert, der Gesellschaft, des General Partner und jeder anderen Person, die in Verbindung mit oder zum Zweck der Anlage oder des Erhalts von Ausschüttungen von der Gesellschaft, den Immobiliengesellschaften oder Beteiligungen gegründet wurde, einschließlich des gesamten oder eines anteiligen Teils (je nach Fall) der Gebühren, Kosten und Ausgaben von Verwaltungsratsmitgliedern, Geschäftsführern und Dienstleistern, Beratern, abgestellten Mitarbeitern, Angestellten und sonstigem Personal (unabhängig davon, ob sie direkt bei der Gesellschaft oder den Immobiliengesellschaften angestellt sind oder anderweitig vom General Partner, dem AIFM, dem Portfolioverwalter oder PATRIZIA in Rechnung gestellt werden (einschließlich Gemeinkosten wie Raummiete und Versorgungsleistungen), wobei in jedem Fall alle diese Gebühren, Kosten und Ausgaben marktüblich sind und im jeweiligen Halbjahres- und/oder Jahresbericht offengelegt werden,

- u) Kosten und Gebühren für die Erstellung und Umsetzung von Basisinformationsblättern für PRIIPs oder ähnlichen Dokumenten für die Gesellschaft,
- v) Kosten im Zusammenhang mit der Umsetzung und Einhaltung einer ESG-Strategie (Umwelt, Soziales, Governance), einschließlich der Kosten für
 - i) die diesbezügliche (rechtliche, geschäftliche und fachliche) Beratung,
 - ii) die Einholung von (umwelt)technischen Zertifizierungen und iii) die Vorbereitung und Erstellung von ESG-Berichten (z. B. im Rahmen der EET-Berichterstattung) (gesetzlich, durch Vorschriften oder vertraglich vorgeschrieben) und
- w) alle anderen Kosten und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit oder Verwaltung der Gesellschaft und des Portfolios, die anfallen, um das Anlageziel zu erreichen und die Anlagepolitik umzusetzen, einschließlich der Kosten für die Due-Diligence-Prüfung von Anlagen.

Der AIFM erhält keine Erstattung seiner internen Verwaltungskosten wie Gehälter, Büroräume oder Büroausstattung und darüber hinaus auch keine Erstattung von Kosten und/oder Ausgaben im Zusammenhang mit seinen eigenen Beratern oder Dienstleistern.

16.7 Gebühren der Verwahrstelle, Zahlstelle, Zentralverwaltungsstelle und Register- und Transferstelle

Die Verwahrstelle, die Zahlstelle, die Zentralverwaltungsstelle und die Register- und Transferstelle haben Anspruch auf eine jährliche Verwahr- und Verwaltungsgebühr, die in den jeweiligen Dienstleistungsverträgen näher bestimmt wird.

16.8 Mehrwertsteuer

Alle vorstehend angeführten Kosten und Ausgaben beziehen sich auf Nettobeträge ohne Mehrwertsteuer oder sonstige Steuern, die die Gesellschaft unter Umständen zahlen muss.

16.9 Schadloshaltung

Die Gesellschaft stellt den General Partner und seine jeweiligen Geschäftsführer, leitenden Angestellten und Beschäftigten aus seinem Vermögen, soweit gesetzlich zulässig, von jeglicher Haftung und allen Ansprüchen, Schäden und Verbindlichkeiten frei, denen sie aufgrund ihrer Eigenschaft als Geschäftsführer, leitende Angestellte oder Beschäftigte des General Partner aufgrund von Handlungen ausgesetzt sein könnten, die sie in Verbindung mit der Gesellschaft vorgenommen oder unterlassen werden, es sei denn, diese Handlungen wurden durch grobe Fahrlässigkeit, kriminelles Verhalten oder vorsätzliches Fehlverhalten verursacht, und hält sie gegen eine solche Haftung oder Ansprüche, Schäden und Verbindlichkeiten schadlos.

Der AIFM und der General Partner treten Ansprüche aus Versicherungsverhältnissen in dem Umfang an die Gesellschaft ab, in dem die

Versicherungsentgelte als Nebenkosten dem Vermögen der Gesellschaft belastet worden sind, es sei denn, eine Abtretung ist aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen oder unzulässig. Die Abtretung erfolgt nur unter der Bedingung, dass die Gesellschaft nicht zweimal für einen Verlust entschädigt werden kann und dass im Falle einer Entschädigung durch den AIFM ihre (potenziellen) Regressansprüche unberührt bleiben. Der Portfolioverwalter, die Verwahrstelle, die Zahlstelle, die Register- und Transferstelle und die Zentralverwaltungsstelle werden von der Gesellschaft gemäß den Bestimmungen der jeweiligen Dienstleistungsverträge schadlos gehalten.

17. **RISIKOFAKTOREN UND ANLAGEERWÄGUNGEN**

Bevor sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten potenzielle Anleger alle in diesem Prospekt und der Satzung enthaltenen Informationen sorgfältig prüfen, insbesondere die in Anhang 3 zum Prospekt beschriebenen Risikofaktoren und Anlageerwägungen.

18. **GESELLSCHAFTSDOKUMENTE, ÄNDERUNGEN DER GESELLSCHAFTSDOKUMENTE UND BERICHTERSTATTUNG**

18.1 Gesellschaftsdokumente

Die Gesellschaftsdokumente können von den Anteilshabern am eingetragenen Sitz der Gesellschaft eingesehen werden.

Die Gesellschaftsdokumente umfassen:

- (i) Prospekt
- (ii) Satzung des General Partner und der Gesellschaft
- (iii) AIFM-Vertrag
- (iv) Zentralverwaltungsvertrag
- (v) Verwahrstellenvertrag
- (vi) Halbjahres- und Jahresberichte der Gesellschaft
- (vii) Für jede Anteilsklasse, die Kleinanlegern zur Verfügung steht, wird gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 1286/2014 in ihrer jeweils gültigen Fassung und der Delegierten Verordnung (EU) 2017/653 der Kommission ein Basisinformationsblatt veröffentlicht. Basisinformationsblätter für PRIIPs werden Kleinanlegern vor der Zeichnung von Anteilen der Gesellschaft zur Verfügung gestellt und werden i) in Papierform, ii) auf einem anderen dauerhaften Datenträger als Papier, iii) elektronisch, z. B. in einem Data Room für Anleger oder auf einer Website für die Gesellschaft oder (iv) auf Anfrage bei der Gesellschaft und/oder dem AIFM zur Verfügung gestellt.

18.2 Änderungen am Prospekt

Dieser Prospekt kann von Zeit zu Zeit von der Geschäftsführung mit vorheriger Genehmigung der CSSF geändert werden. Wesentliche Änderungen müssen den Anteilssinhavern schriftlich oder auf elektronischem Wege mitgeteilt werden.

18.3 Berichte

(a) Jahres- und Halbjahresbericht

Die Gesellschaft veröffentlicht geprüfte Jahresberichte. Ein Papierexemplar des Jahresberichts einschließlich des geprüften Jahresabschlusses für die Gesellschaft kann von den Anteilssinhavern am eingetragenen Sitz der Gesellschaft innerhalb von 180 Tagen nach Ende eines jeden Geschäftsjahres kostenlos angefordert werden.

Darüber hinaus erstellt die Gesellschaft gemäß den Anforderungen des Gesetzes von 2010 einen ungeprüften Halbjahresbericht und verteilt diesen innerhalb von drei (3) Monaten nach dem Zeitraum, auf den er sich bezieht, an die Anleger.

Die folgenden Informationen werden im Jahresbericht oder im Rahmen einer anderen angemessenen regelmäßigen Berichterstattung bereitgestellt, gegebenenfalls auf Ad-hoc-Basis:

- Daten zur historischen Wertentwicklung der Gesellschaft, soweit verfügbar,
- Änderung der Haftung der Verwahrstelle,
- Verlust eines Finanzinstruments,
- Änderungen zum maximalen Umfang, in dem der AIFM für Rechnung der Gesellschaft Hebelfinanzierungen einsetzen kann, sowie etwaige Rechte zur Weiterverwendung von Sicherheiten oder sonstige Garantien, die im Rahmen der Hebelfinanzierung gewährt wurden,
- Gesamtbetrag der von der Gesellschaft eingesetzten Hebelfinanzierung,
- jegliche neuen Regelungen zur Steuerung der Liquidität der Gesellschaft,
- prozentualer Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft, die schwer zu liquidieren sind und für die deshalb besondere Regelungen gelten,
- das aktuelle Risikoprofil der Gesellschaft und die vom AIFM zur Steuerung dieser Risiken eingesetzten Risikomanagement-Systeme, Änderungen der vom AIFM gemäß Artikel 21 Absatz 4 Buchstabe c des Gesetzes von 2013 eingesetzten Risikomanagement-Systeme sowie deren voraussichtliche Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Anleger,

- Informationen über den Erwerb gemäß Artikel 29 Absatz 2 der AIFM-Richtlinie, wenn die Gesellschaft die Kontrolle über ein nicht börsennotiertes Unternehmen gemäß Artikel 26 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 5 der AIFM-Richtlinie erlangt,
- Kapitalflussrechnung,
- Informationen über Beteiligungen an Instrumenten, in die Haushaltsmittel der Union eingeflossen sind,
- Informationen über den Wert der einzelnen qualifizierten Portfoliounternehmen und den Wert anderer Vermögenswerte, in die die Gesellschaft investiert hat, einschließlich des Werts der verwendeten Finanzderivate,
- Informationen über die Rechtsräume, in denen die Vermögenswerte der Gesellschaft belegen sind.

(b) Sonstige Finanzinformationen

Alle sonstigen Finanzinformationen über die Gesellschaft, einschließlich der regelmäßigen Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil und der Ausgabepreise der Anteile, werden am eingetragenen Sitz der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

Der AIFM unterrichtet die Anleger mindestens einmal jährlich darüber, in welchen Rechtsräumen die Gesellschaft investiert hat.

Wenn ein Kleinanleger dies wünscht, stellt der AIFM zudem zusätzliche Informationen über die Anlagegrenzen des Risikomanagements der Gesellschaft, die diesbezüglichen Risikomanagementmethoden und die aktuellen Entwicklungen bei den bedeutendsten Risiken und Renditen der Vermögenswertkategorien bereit.

19. HAUPTVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE

Die jährliche Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder an einem anderen Ort in Luxemburg und zu einer Zeit, wie in der Einberufung der Versammlung angegeben, innerhalb von sechs (6) Monaten nach dem Ende des Geschäftsjahres statt.

Die formalen Voraussetzungen und Regeln für die jährliche Hauptversammlung, andere Hauptversammlungen und schriftliche Konsultationen sind in der Satzung festgelegt.

Sofern in diesem Prospekt, der Satzung oder im Gesetz keine besonderen Mehrheitserfordernisse festgelegt sind, werden Beschlüsse der Hauptversammlung mit der einfachen Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Anteile gefasst.

20. **RECHTSVORSCHRIFTEN, ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND**

Anteilsinhaber sind rechtlich an die Bedingungen ihrer Zeichnungsvereinbarung und die Bedingungen dieses Prospekts gebunden.

Die Beziehung zwischen den Anteilsinhabern und der Gesellschaft wird in jeder Hinsicht nach den Gesetzen des Großherzogtums Luxemburg geregelt und ausgelegt. Streitigkeiten, die zwischen den Anteilsinhabern, der Gesellschaft, dem AIFM und der Verwahrstelle entstehen, werden nach luxemburgischem Recht beigelegt und unterliegen der Gerichtsbarkeit des Bezirksgerichts von Luxemburg, jedoch mit der Maßgabe, dass die Gesellschaft, der AIFM und die Verwahrstelle sich der Gerichtsbarkeit der Länder unterwerfen können, in denen die Anteile angeboten und verkauft werden.

Soweit anwendbar, wird die Anerkennung und Vollstreckung eines Urteils, das von den Gerichten eines EU-Mitgliedstaats im Geltungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung) („**Verordnung (EU) Nr. 1215/2012**“) ergangen ist, von den luxemburgischen Gerichten verweigert, wenn auf Antrag i) eines Berechtigten (im Falle der Anerkennung) oder ii) der Person, gegen die die Vollstreckung beantragt wird (im Falle der Vollstreckung), die luxemburgischen Gerichte feststellen, dass einer der in Artikel 45 oder 46 der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 genannten Umstände vorliegt. Eine erneute Prüfung der Begründetheit einer Forderung, die sich aus einer solchen ausländischen Entscheidung ergibt, findet nicht statt, mit Ausnahme der Prüfung der Vereinbarkeit einer solchen Entscheidung mit der luxemburgischen öffentlichen Ordnung (*ordre public*).

**ANHANG 1 ZUM PROSPEKT
ANTEILSKLASSEN**

Bezeichnung der Anteilsklasse	Verwaltungsgebühr – bis zu BP des NIW	Agio – bis zu % des Zeichnungsbetrags	Ausschüttend/ Thesaurierend	Erläuterung	Zielkunden	Mindest-Investitionsvolumen Endkunde	Gesamtkostenquote (TER) – bis zu ¹	Ausgabepreis
AD	180	5 %	Ausschüttend	Anteilsklasse Retail, ausschüttend – Deutschland	Privatanleger, einschl. Sparpläne	100 €	2,14 %	100 €
AC		5 %	Thesaurierend	Anteilsklasse Retail, thesaurierend – Deutschland			2,14 %	100 €
ADI	180	5 %	Ausschüttend	Anteilsklasse Retail, ausschüttend – Italien	Privatanleger	10.000 €	2,14 %	100 €
ACI		5 %	Thesaurierend	Anteilsklasse Retail, thesaurierend – Italien			2,14 %	100 €

¹ Hinweis für den Anleger: Die nachstehenden Zahlen sind nur eine Schätzung auf der Grundlage der erwarteten Ergebnisse und können von Zeit zu Zeit abweichen.

BD	180	5 %	Ausschüttend	Anteilsklasse Retail, ausschüttend – International	Privatanleger	10.000 €	2,14 %	100 €
BC		5 %	Thesaurierend	Anteilsklasse Retail, thesaurierend – International			2,14 %	100 €
CD	120	-	Ausschüttend	Anteilsklasse Retail Clean, ausschüttend	Privatanleger	10.000 €	1,54 %	100 €
CA		-	Thesaurierend	Anteilsklasse Retail Clean, thesaurierend			1,54 %	100 €
DD	150	-	Ausschüttend	Anteilsklasse Professional, ausschüttend	Professionelle Anleger	100.000 €	1,84 %	100 €
DA		-	Thesaurierend	Anteilsklasse Professional, thesaurierend			1,84 %	100 €
ED	110	-	Ausschüttend	Anteilsklasse Professional Clean, ausschüttend	Professionelle Anleger	100.000 €	1,44 %	100 €

EA	110	-	Thesaurierend	Anteilsklasse Professional Clean, thesaurierend	Professionelle Anleger	100.000 €	1,44 %	100 €
FD	100	-	Ausschüttend	Anteilsklasse Institutional Clean, ausschüttend	Institutionelle Anleger	1.000.000 €	1,34 %	100 €
FA		-	Thesaurierend	Anteilsklasse Institutional Clean, thesaurierend			1,34 %	100 €
GD	90	-	Ausschüttend	Anteilsklasse Seed Investor, ausschüttend	Institutionelle Anleger	1.000.000 €	1,24 %	100 €
GA		-	Thesaurierend	Anteilsklasse Seed Investor, thesaurierend			1,24 %	100 €
HD	80	-	Ausschüttend	Anteilsklasse Seed Investor, ausschüttend	Institutionelle Anleger	10.000.000 €	1,14%	100 €

ANHANG 2 ZUM PROSPEKT
VORVERTRAGLICHE INFORMATIONEN ZU DEN IN ARTIKEL 8
ABSÄTZE 1, 2 UND 2A DER VERORDNUNG (EU) 2019/2088 UND ARTIKEL 6
ABSATZ 1 DER VERORDNUNG (EU) 2020/852 GENANNTEN
FINANZPRODUKTEN

Name des Produkts: PATRIZIA
 INFRASTRUCTURE INVEST

Unternehmenskennung (LEI-Code):
 5299009K6QJG3S93EP62

Ökologische und/oder soziale Merkmale

Wurden mit diesem Finanzprodukt nachhaltige Investitionen angestrebt?	
●● <input type="checkbox"/> Ja	●● <input checked="" type="checkbox"/> Nein
<input type="checkbox"/> Es wurden damit nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel getätigt: ___ % <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> Es wurden damit nachhaltige Investitionen mit einem sozialen Ziel getätigt: ___ %	<input type="checkbox"/> Es wurden damit ökologische/soziale Merkmale beworben und obwohl keine nachhaltigen Investitionen angestrebt werden, enthält es einen Mindestanteil von ___ % an nachhaltigen Investitionen <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> mit einem sozialen Ziel <input checked="" type="checkbox"/> Es wurden damit ökologische/soziale Merkmale beworben, aber keine nachhaltigen Investitionen getätigt.



Mit **Nachhaltigkeitsindikatoren** wird gemessen, inwieweit die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht werden.

Welche ökologischen und/oder sozialen Merkmale werden mit diesem Finanzprodukt beworben?

Diese Gesellschaft bewirbt ökologische und soziale Merkmale im Sinne des Artikels 8 der Offenlegungsverordnung (SFDR).

Bei Direktanlagen werden die folgenden Kernthemen berücksichtigt:

Ökologische Kernthemen sind CO₂-Emissionen, Wasser und Abfall. Soziale Kernthemen sind Inklusion und Diversität.

Bei indirekten Anlagen werden ökologische und/oder soziale Merkmale indirekt gemäß der Artikel-8- oder Artikel-9-Anlagestrategie des Zielfonds indirekt gefördert.

- ***Welche Nachhaltigkeitsindikatoren werden zur Messung der Erreichung der einzelnen ökologischen oder sozialen Merkmale, die durch dieses Finanzprodukt beworben werden, herangezogen?***

Die Direktinvestitionen dürfen keinen direkten Bezug zur Herstellung von oder zum Handel mit Folgendem haben:

- Umstrittene Waffen (P) > 0 % Umsatz
- Tabak (P) > 0 % Umsatz
- Alkohol (P) > 0 % Umsatz
- Glücksspiel (P) > 0 % Umsatz
- Pornografie (P) > 0 % Umsatz

Die Investition darf nicht in einem Land angesiedelt sein, das auf der FATF-Liste der Länder mit hohem Risiko steht, die wegen erheblicher strategischer Mängel in ihren Systemen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Finanzierung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen einen „Aufruf zur Handlung“ erhalten haben.

Der Portfolioverwalter geht keine Geschäftsbeziehungen zu Mietern, Dienstleistern, Anlegern oder Investmentgesellschaften ein, die von den Vereinten Nationen oder der EU (ausgenommen die USA), dem Vereinigten Königreich und Australien sanktioniert werden.

Nachhaltigkeitsindikatoren für Direktanlagen:

1) Durchschnittliches Rating bei E, S und G von mindestens C- (D ist nicht akzeptabel), basierend auf einer internen Ratingskala von A bis D. Ist eine Anlage in einer Kategorie mit D bewertet, muss ein Plan für die nachhaltige Transformation des Vermögenswerts über einen zum Zeitpunkt des Erwerbs festgelegten Zeitraum aufgestellt werden. Das

Rating umfasst die folgenden Module: Klimawandel, Abwassermanagement, Umweltverschmutzung, Biodiversität, Gleichberechtigung, Vielfalt und Inklusion, Stakeholder-Management, Arbeitnehmer- und Lieferkettenmanagement, Richtlinien-Governance und Strategie.

2) Keine festgestellten wesentlichen Verstöße gegen den UN Global Compact oder die OECD-Rahmenregelungen für multinationale Unternehmen und bestehende Richtlinien, die auf den UN Global Compact ausgerichtet sind, oder die Fähigkeit des Fondsmanagers, solche Richtlinien im Rahmen seiner Beteiligung an der Direktinvestition festzulegen. Nicht konforme Investitionen unterliegen Beschränkungen.

3) Bewertung anhand eines Schwellenwerts für die CO₂-Intensität, um sicherzustellen, dass neue Investitionen den NZAM-Verpflichtungen des Fondsmanagers entsprechen. Nicht konforme Investitionen unterliegen Beschränkungen.

Nachhaltigkeitsindikator für indirekte Anlagen:

Die Gesellschaft investiert ausschließlich in Zielfonds, die als Artikel-8- oder Artikel-9-Fonds nach der Offenlegungsverordnung klassifiziert sind.

- ***Welches sind die Ziele der nachhaltigen Investitionen, die mit dem Finanzprodukt teilweise getätigt werden sollen, und wie trägt die nachhaltige Investition zu diesen Zielen bei?***

Nicht zutreffend

- ***Inwiefern werden die nachhaltigen Investitionen, die mit dem Finanzprodukt teilweise getätigt werden sollen, keinem der ökologischen oder sozialen nachhaltigen Anlageziele erheblich schaden?***

Nicht zutreffend

--- ***Wie wurden die Indikatoren für nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt?***

Nicht zutreffend

--- ***Wie stehen die nachhaltigen Investitionen mit den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte in Einklang? Nähere Angaben:***

Bei den **wichtigsten nachteiligen Auswirkungen** handelt es sich um die bedeutendsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren in den Bereichen Umwelt, Soziales und Beschäftigung, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

Nicht zutreffend

In der EU-Taxonomie ist der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ festgelegt, nach dem taxonomiekonforme Investitionen die Ziele der EU-Taxonomie nicht erheblich beeinträchtigen dürfen, und es sind spezifische EU-Kriterien beigefügt.

Der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ findet nur bei denjenigen dem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen Anwendung, die die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten berücksichtigen. Die dem verbleibenden Teil dieses Finanzprodukts zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Alle anderen nachhaltigen Investitionen dürfen ökologische oder soziale Ziele ebenfalls nicht erheblich beeinträchtigen.



Werden bei diesem Finanzprodukt die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt?

Ja

Nein

Welche Anlagestrategie wird mit diesem Finanzprodukt verfolgt?

Die **Anlagestrategie** dient als Richtschnur für Investitionsentscheidungen, wobei bestimmte Kriterien wie beispielsweise Investitionsziele oder die Risikotoleranz berücksichtigt werden.



Die ökologischen und/oder sozialen Merkmale werden bei Direktanlagen fortwährend berücksichtigt.

Der Due-Diligence-Prozess für neue Direktinvestitionen umfasst:

1) Ausschlüsse zur Sicherstellung des Mindestschutzes

2) Richtlinienbasierte Filter (Screening) unter Berücksichtigung internationaler Standards und Richtlinien und keine festgestellten wesentlichen Verstöße gegen den UN Global Compact oder die OECD-Rahmenregelungen für multinationale Unternehmen und bestehende Richtlinien, die auf den UN Global Compact ausgerichtet sind, oder die Fähigkeit des Fondsmanagers, solche Richtlinien im Rahmen seiner Beteiligung an der Direktinvestition festzulegen.

3) ESG-Rating

4) Bewertung anhand eines Schwellenwerts für die CO₂-Intensität, um sicherzustellen, dass neue Investitionen den NZAM-Verpflichtungen des Fondsmanagers entsprechen.

Diese Gesellschaft investiert nur in Zielfonds, die Artikel 8 oder 9 der Offenlegungsverordnung entsprechen.

Die Gesellschaft wendet eine dynamische Vermögensallokation an und kann direkt oder indirekt in alle in Artikel 10 Absatz 1 der ELTIF-Verordnung genannten zulässigen Anlagevermögenswerte investieren, unter anderem in Infrastruktur (Aktien und Schuldtitel). Die Gesellschaft kann auch direkt oder indirekt in Kapitalbeteiligungen (einschließlich Aktien, Anteile oder andere Kapitalbeteiligungen) an Zielfonds investieren, deren Schwerpunkt darin besteht, über Kapitalbeteiligungen, eigenkapitalähnliche Instrumente und andere qualifizierte Unternehmensfinanzierungsinstrumente (wie Aktionärsdarlehen und vorrangige oder nachrangige Anleihen) in Unternehmen zu investieren, die direkt oder indirekt in alle alternativen Anlageklassen investieren, unter anderem in Infrastruktur, Immobilien, Private Equity und Schuldtitel.

Die Gesellschaft investiert nur in i) zulässige Anlagevermögenswerte und ii) Anlagen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b der ELTIF-Verordnung, insbesondere einschließlich übertragbarer Wertpapiere, Bankeinlagen, Zielfonds und Geldmarktinstrumente, die die entsprechenden Kriterien erfüllen.

Bei der Vermögensallokation ist der ökologische oder soziale Mindestschutz für Investitionen angegeben, die unter die Kategorie „Andere Investitionen“ fallen.

- ***Worin bestehen die verbindlichen Elemente der Anlagestrategie, die für die Auswahl der Investitionen zur Erfüllung der beworbenen ökologischen oder sozialen Ziele verwendet werden?***

Die oben beschriebenen Nachhaltigkeitsindikatoren zur Messung der Verwirklichung der einzelnen von der Gesellschaft beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale sind die verbindlichen Elemente der Anlagestrategie der Gesellschaft.

- ***Um welchen Mindestsatz wird der Umfang der vor der Anwendung dieser Anlagestrategie in Betracht gezogenen Investitionen reduziert?***

Nicht zutreffend

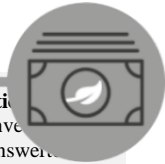
- ***Wie werden die Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung der Unternehmen, in die investiert wird, bewertet?***

Vor dem Erwerb wird eine proprietäre Due-Diligence-Analyse zur Nachhaltigkeit durchführt (deren Ergebnisse in den Erwerbsprozess einfließen) und in regelmäßigen Abständen überprüft, um die Vollständigkeit und Qualität der Unternehmensführung eines Portfoliounternehmens gegenüber der anfänglichen Due-Diligence-Analyse zur Nachhaltigkeit zu verfolgen. Dem Governance-Teil der Due-Diligence-Analyse liegt in erster Linie der UN Global Compact zugrunde. Bei jeder Investition stellt der Fondsmanager sicher, dass keine wesentlichen Verstöße gegen den UN Global Compact oder die

Die Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung umfassen solide Managementstrukturen, die Beziehungen zu den Arbeitnehmern, die Vergütung von Mitarbeitern sowie die Einhaltung der Steuervorschriften.

Rahmenregelungen der OECD für multinationale Unternehmen vorliegen.

Die Gesellschaft investiert in Zielfonds, die ihre Offenlegungspflichten gemäß Artikel 8 oder Artikel 9 der Offenlegungsverordnung erfüllen. Die Anwendung von Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung liegt daher in der Verantwortung der Manager des Zielfonds.

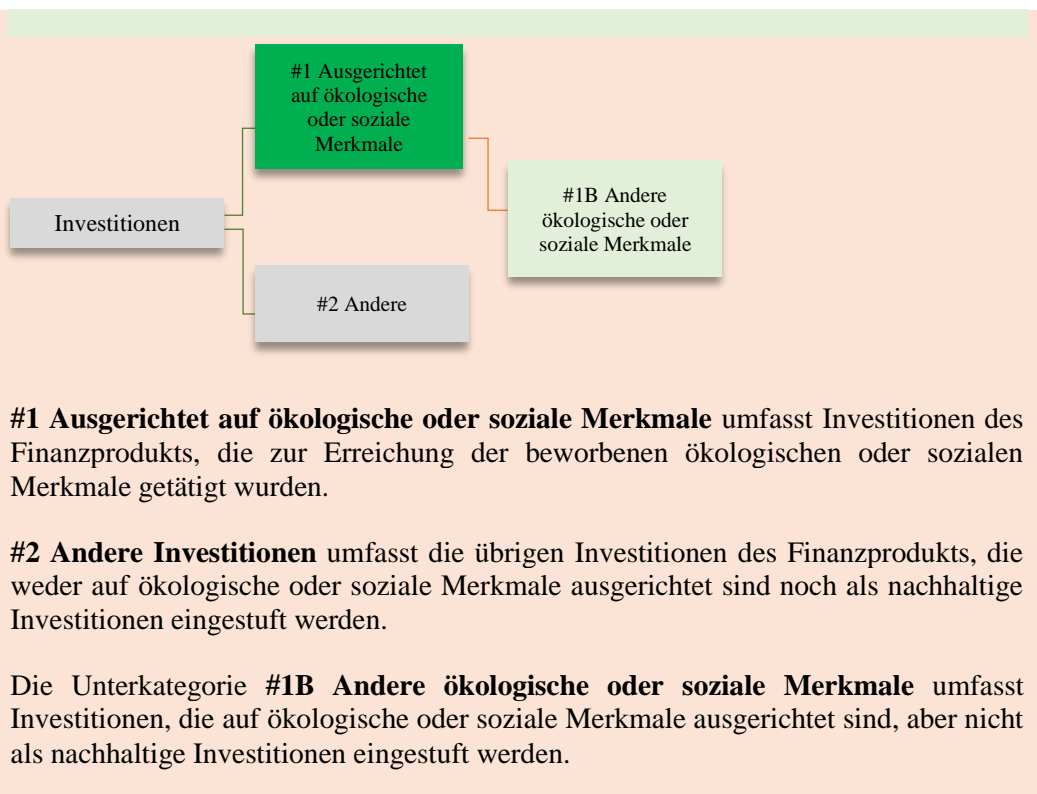


Die Vermögensallokation
jeweiligen Anteil der Inve
in bestimmte Vermögenswerte

Welche Vermögensallokation ist für dieses Finanzprodukt geplant?

Die Vermögensallokation der Gesellschaft und den Umfang, in dem die Gesellschaft direkte oder indirekte Risikopositionen in Beteiligungsunternehmen hält, finden Sie in den Anlagebeschränkungen und -richtlinien.

Der Mindestanteil der Investitionen der Gesellschaft, die getätigt werden, um die beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale zu erfüllen, beträgt 51 % des Werts der Vermögenswerte der Gesellschaft.



- *Inwiefern werden durch den Einsatz von Derivaten die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht?*

Der Einsatz von Derivaten erfolgt gemäß den Anforderungen der Anlagegrundsätze des Prospekts. Soweit Derivate erworben werden dürfen, dienen diese nicht ausdrücklich der Erreichung der ökologischen und/oder sozialen Merkmale der Gesellschaft und werden unter „Andere Investitionen“ erfasst. Bei der Auswahl der Derivate wird ein ökologischer und/oder sozialer Mindestschutz gewährleistet. Daher

dürfen Derivate mit einem nicht nachhaltigen Basiswert kein wesentlicher Bestandteil des Portfolios sein.

Taxonomiekonforme Tätigkeiten, ausgedrückt durch den Anteil der:

- **Umsatzerlöse**, die den Anteil der Einnahmen aus umweltfreundlichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln

- **Investitionsausgaben** (CapEx), die die umweltfreundlichen Investitionen der Unternehmen, in die investiert wird, aufzeigen, z. B. für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft

- **Betriebsausgaben** (OpEx), die die umweltfreundlichen betrieblichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln



In welchem Mindestmaß sind nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel mit der EU-Taxonomie konform?

Die Gesellschaft hat keinen Mindestanteil an nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel, die mit der EU-Taxonomie konform sind, festgelegt.

Die Gesellschaft trägt zu den folgenden Umweltzielen der Taxonomie bei:

- Klimaschutz
- Nachhaltige Nutzung und Schutz der Wasserressourcen
- Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft
- Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

Indirekte Anlagen verwirklichen Umweltmerkmale gemäß ihrer Anlagestrategie; diese Merkmale können sich gegebenenfalls auch positiv auf Umweltziele gemäß der Taxonomie auswirken.

Der Mindestanteil der nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel gemäß Definition der EU-Taxonomie beträgt 0 %.

- **Wird mit dem Finanzprodukt in EU-taxonomiekonforme Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie investiert?**

Ja:

In fossiles Gas In Kernenergie

Nein

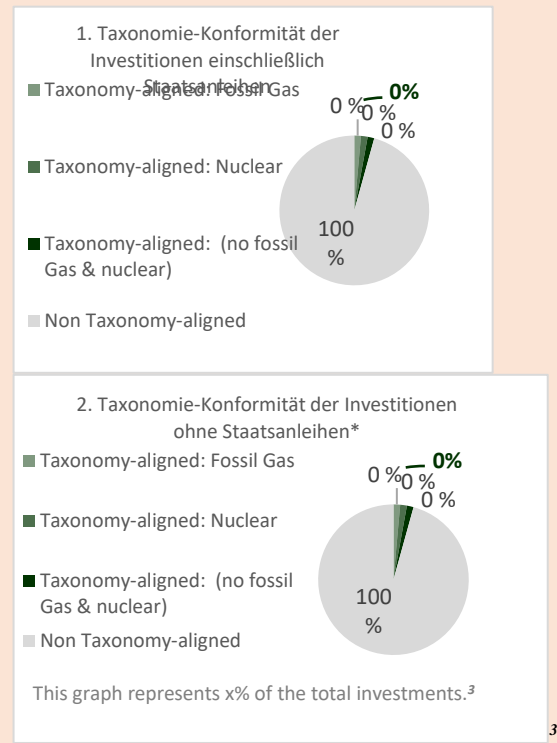
Mit Blick auf die EU-Taxonomiekonformität umfassen die Kriterien für **fossiles Gas** die Begrenzung der Emissionen und die Umstellung auf voll erneuerbare Energie oder CO₂-arme Kraftstoffe bis Ende 2035. Die Kriterien für

In den beiden nachstehenden Diagrammen ist in Grün der Mindestprozentsatz der Investitionen zu sehen, die mit der EU-Taxonomie konform sind. Da es keine geeignete Methode zur Bestimmung der Taxonomie-Konformität von Staatsanleihen* gibt, zeigt die erste Grafik die Taxonomie-Konformität in Bezug auf alle Investitionen des Finanzprodukts

² Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie sind nur dann EU-taxonomiekonform, wenn sie zur Eindämmung des Klimawandels („Klimaschutz“) beitragen und kein Ziel der EU-Taxonomie erheblich beeinträchtigen – siehe Erläuterung am linken Rand. Die vollständigen Kriterien für EU-taxonomiekonforme Wirtschaftstätigkeiten im Bereich fossiles Gas und Kernenergie sind in der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1214 der Kommission festgelegt.

Kernenergie beinhalten umfassende Sicherheits- und Abfallentsorgungsvorschriften. **Ermöglichende Tätigkeiten** wirken unmittelbar ermöglichend darauf hin, dass andere Tätigkeiten einen wesentlichen Beitrag zu den Umweltzielen leisten. **Übergangstätigkeiten** sind Tätigkeiten, für die es noch keine CO₂-armen Alternativen gibt und die unter anderem Treibhausgasemissionswerte aufweisen, die den besten Leistungen entsprechen.

einschließlich der Staatsanleihen, während die zweite Grafik die Taxonomie-Konformität nur in Bezug auf die Investitionen des Finanzprodukts zeigt, die keine Staatsanleihen umfassen.



* Für die Zwecke dieser Diagramme umfasst der Begriff „Staatsanleihen“ alle Risikopositionen gegenüber Staaten.


- **Wie hoch ist der Mindestanteil der Investitionen in Übergangstätigkeiten und ermöglichende Tätigkeiten?**

Es wurde kein Mindestanteil der Investitionen in Übergangstätigkeiten und ermöglichende Tätigkeiten festgelegt.



Wie hoch ist der Mindestanteil nachhaltiger Investitionen mit einem Umweltziel, die nicht mit der EU-Taxonomie konform sind?

Es wurde kein Mindestanteil nachhaltiger Investitionen mit einem Umweltziel, die nicht mit der EU-Taxonomie konform sind, festgelegt.

 sind nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel, die **die Kriterien** für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten gemäß der EU-Taxonomie **nicht berücksichtigen**.

³ Da es keine Taxonomie-Konformität gibt, hat dies keine Auswirkungen auf das Diagramm, wenn Staatsanleihen ausgeschlossen werden (d. h. der Prozentsatz der taxonomiekonformen Anlagen bleibt weiter bei 0 %); die Verwaltungsgesellschaft ist daher der Ansicht, dass dies nicht erwähnt werden muss.



Wie hoch ist der Mindestanteil der sozial nachhaltigen Investitionen?

Es wurde kein Mindestanteil der sozial nachhaltigen Investitionen festgelegt.



Welche Investitionen fallen unter „#2 Andere Investitionen“, welcher Anlagezweck wird mit ihnen verfolgt und gibt es einen ökologischen oder sozialen Mindestschutz?

Die Kategorie „#2 Andere Investitionen“ umfasst entweder Liquidität (Barmittel) oder Äquivalente und Sicherungsinstrumente.

Bei anderen Investitionen, die nicht unter die Nachhaltigkeitsstrategie der Gesellschaft fallen, wird sichergestellt, dass diese nicht entgegen der allgemeinen Nachhaltigkeitsstrategie verwendet werden. Soweit Derivate erworben werden dürfen, wird sichergestellt, dass die den Derivaten zugrunde liegenden Basiswerte mit der Nachhaltigkeitsstrategie konform sind. Bezieht sich das Derivat auf einen Index, wird sichergestellt, dass der Index Nachhaltigkeitsmerkmale aufweist. Aufgrund der am Markt verfügbaren Finanzinstrumente können die Nachhaltigkeitsmerkmale des zugrunde liegenden Referenzindex von den Merkmalen der Gesellschaft abweichen. Derivate, deren zugrunde liegende Basiswerte als nicht auf die Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet eingestuft werden können, sowie Währungspositionen, die nicht der Währung der Gesellschaft entsprechen oder nicht auf EUR und andere OECD-Währungen lauten, dürfen nicht als wesentliche Komponente in die Gesellschaft aufgenommen werden. Der Einsatz von Derivaten zum Ausgleich nachteiliger Marktschwankungen ist nicht eingeschlossen. Darüber hinaus können Investitionen ausdrücklich von der Nachhaltigkeitsstrategie ausgeschlossen werden, die keiner ausdrücklichen Überprüfung des ökologischen und/oder sozialen Mindestschutzes unterliegen.



Wurde ein Index als Referenzwert bestimmt, um festzustellen, ob dieses Finanzprodukt auf die beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale ausgerichtet ist?

Nicht zutreffend

- *Inwiefern ist der Referenzwert kontinuierlich auf die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen und sozialen Merkmale ausgerichtet?*

Nicht zutreffend

- *Wie wird die kontinuierliche Ausrichtung der Anlagestrategie auf die Indexmethode sichergestellt?*

Nicht zutreffend

- *Wie unterscheidet sich der bestimmte Index von einem relevanten breiten Marktindex?*

Nicht zutreffend

Bei den **Referenzwerten** handelt es sich um Indizes, mit denen gemessen wird, ob das Finanzprodukt die beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht.

- *Wo kann die Methode zur Berechnung des bestimmten Indexes eingesehen werden?*

Nicht zutreffend



Wo kann ich im Internet weitere produktspezifische Informationen finden?

Weitere produktspezifische Informationen sind abrufbar unter:

https://www.universal-investment.com/-/media/Project/Universal-Investment-Reference-Page/Universal-Investment/Fondsmittelungen/PATRIZIA_INFRASTRUCTURE_-INVEST_Web-Dokument.pdf

ANHANG 3 ZUM PROSPEKT RISIKOFAKTOREN UND ANLAGEERWÄGUNGEN

Sofern nicht anders angegeben, schließen Bezugnahmen in diesem Dokument auf die Anlagen der Gesellschaft auch Bezugnahmen auf die Anlagen eines Anlagevehikels ein, in das die Gesellschaft investieren kann, wie z. B. andere Organismen für gemeinsame Anlagen oder Tochtergesellschaften, soweit es sich um zulässige Anlagevermögenswerte handelt.

Potenzielle Anleger sollten die mit einer Anlage in die Gesellschaft verbundenen Risiken sorgfältig abwägen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die nachfolgend dargelegten Risiken und alle in diesem Prospekt und den anderen Gesellschaftsdokumenten enthaltenen Informationen. Potenzielle Anleger sollten ihre eigenen Rechts-, Steuer- und Finanzberater hinsichtlich aller dieser Risiken und einer Anlage in die Gesellschaft im Allgemeinen konsultieren.

Dieses Angebot kann als „Blind Pool“-Angebot bezeichnet werden, da die Gesellschaft nicht auf bereits ermittelte zulässige Anlagevermögenswerte beschränkt ist. Die Anteilsinhaber müssen sich in Bezug auf die Anlage in und die Verwaltung nicht spezifizierter zulässiger Anlagevermögenswerte vollständig auf die Fähigkeiten der Gesellschaft und des AIFM verlassen und haben nur begrenzte Möglichkeiten, die relevanten wirtschaftlichen, finanziellen und sonstigen Informationen über die spezifischen zulässigen Anlagevermögenswerte, in die die Gesellschaft investiert, selbst zu bewerten.

Da sich das Anlageprogramm der Gesellschaft im Laufe der Zeit ändern kann, kann eine Anlage in die Gesellschaft außerdem Risikofaktoren unterliegen, die nicht in diesem Prospekt beschrieben sind.

1 Allgemeine Informationen

Diese Darstellung kann nur auf allgemeine Risiken einer Anlage in die Gesellschaft eingehen, nicht aber auf mögliche individuelle Risiken einzelner Anleger. Es wird daher erwartet und nachdrücklich empfohlen, dass die Anleger vor einer Anlage in die Gesellschaft selbst alle Risiken eingehend prüfen und gegebenenfalls eigene fachkundige Berater hinzuziehen.

Im Allgemeinen gelten die folgenden Erläuterungen für die wichtigsten Einzelrisiken, die mit einer Anlage in die Gesellschaft verbunden sind. Die beschriebenen Risikofaktoren können jedoch nicht nur einzeln, sondern auch zusammen auftreten. Infolgedessen können die beschriebenen Auswirkungen auch über die Summe der Einzelauswirkungen hinaus verstärkt werden und der Vermögensverlust kann größer sein.

Der folgende Überblick über die wichtigsten Risikofaktoren erhebt keinen Anspruch auf erschöpfende Darstellung aller mit der Anlage verbundenen Risiken. Zusätzlich zu den nachfolgend beschriebenen Risiken können die Wertentwicklung der Gesellschaft und Zahlungen an den Anleger durch verschiedene weitere Risiken und Unwägbarkeiten beeinflusst werden, die derzeit nicht bekannt sind. Die Reihenfolge, in der die nachfolgenden Risiken aufgeführt werden, sagt nichts über die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts oder über das Ausmaß oder die Bedeutung bei Eintritt einzelner Risiken aus.

Grundsätzlich besteht das Risiko eines Totalverlusts der Kapitaleinlage. Aufgrund der Konzeption der Gesellschaft tritt ein Totalverlust erst dann ein, wenn der überwiegende Teil der getätigten Investitionen abgeschrieben werden muss. Dieses Anlageangebot eignet sich daher nur für Anleger, die bei unerwarteten nachteiligen Entwicklungen einen Verlust hinnehmen können.

Es kann nicht zugesichert werden, dass die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden. Anleger müssen bedenken, dass eine Anlage in die Anteile der Gesellschaft eine unternehmerische Investition darstellt, die neben den Ertragschancen auch Risiken birgt. Veräußert der Anleger Anteile zu einem

Zeitpunkt, in dem der Wert der von der Gesellschaft gehaltenen Vermögenswerte gegenüber dem Zeitpunkt des Erwerbs gesunken ist oder der Marktwert der Anteile anderweitig beeinträchtigt ist, so erhält der Anleger das von ihm in die Anteile der Gesellschaft investierte Kapital nicht oder nicht vollständig zurück oder muss Wertberichtigungen an den Anteilen der Gesellschaft vornehmen.

2 Mangelnde Kontrolle und Abhängigkeit vom AIFM

Die Anteilsinhaber haben keinen Einfluss und keine Kontrolle über das Tagesgeschäft der Gesellschaft. Insbesondere verfügt der AIFM über einen weiten Ermessensspielraum bei Investitionen bzw. Desinvestitionen/Veräußerungen. Darüber hinaus trifft der AIFM auch alle anderen wesentlichen Entscheidungen. Der AIFM kann Entscheidungen treffen, die im Nachhinein betrachtet wirtschaftlich nachteilig sind. Der AIFM ist dabei grundsätzlich nicht verpflichtet, die Anteilsinhaber in seine Entscheidungen einzubeziehen. Dies gilt nicht für Angelegenheiten, an denen ein Investmentausschuss beteiligt werden muss. Der Investmentausschuss hat jedoch nur eine beratende Funktion. Empfehlungen des Investmentausschusses sind für den AIFM nicht bindend. Ein Anleger sollte keine Anteile erwerben, wenn er nicht an die Verwaltungs- und Anlageentscheidungen des AIFM gebunden sein möchte. Der Erfolg der Gesellschaft hängt von der Leistung des AIFM und der von ihm beauftragten Dritten sowie ihren Geschäftsführern und Beschäftigten ab. Der Tod, die Beeinträchtigung oder das Ausscheiden einer oder mehrerer Personen in Schlüsselpositionen beim AIFM oder bei einem Dritten sowie finanzielle oder betriebliche Schwierigkeiten des AIFM oder des Dritten können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Es gibt keine Garantie, dass Personen in Schlüsselpositionen überhaupt oder von gleichwertiger Qualität ersetzt werden können. Wenn diese Risiken eintreten, kann die Rentabilität der Gesellschaft nachteilig beeinflusst werden. Dies wiederum kann zu geringeren oder gar keinen Erträgen für die Anteilsinhaber führen. Im schlimmsten Fall können die Anteilsinhaber einen Totalverlust ihrer Anlage erleiden.

3 Bewertungsrisiken

Aufgrund des illiquiden und privaten Charakters direkt gehaltener Vermögenswerte kann die begrenzte Verfügbarkeit von Informationen die Fähigkeit der Gesellschaft und ihrer Beauftragten beeinträchtigen, relevante und aktuelle Unterlagen zu erhalten, was die Fähigkeit der Gesellschaft einschränkt, den Wert der Portfoliovermögenswerte zu bestimmen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Gesellschaft externe Bewerter beauftragen muss, um die Daten zu prüfen und eine ordnungsgemäße Bewertung vorzunehmen, was zu zusätzlichen Kosten führen kann, die sich nachteilig auf die Rendite der Gesellschaft auswirken.

Unabhängig davon, ob die Bewertung der Portfoliovermögenswerte von der Gesellschaft, dem AIFM, einem externen Bewerter oder einer anderen beauftragten Person durchgeführt wird, stellt die begrenzte Verfügbarkeit entsprechender Informationen ein erhebliches Risiko für die Genauigkeit und Vollständigkeit der Bewertung der Portfoliovermögenswerte und damit auch für die Bewertung der Gesellschaft selbst dar. Die Bewertung der Portfoliovermögenswerte kann nur auf der Grundlage der relevanten Informationen erfolgen, die zum Zeitpunkt der Bewertung zur Verfügung stehen. Wenn zu diesem Zeitpunkt nur sehr begrenzte oder gar keine Informationen direkt über die Portfoliovermögenswerte verfügbar sind, kann sich die Partei, die die Bewertung vornimmt, zur Schätzung des beizulegenden Zeitwerts ausschließlich auf nicht unternehmensspezifische Sektor- und/oder Brancheninformationen stützen und gegebenenfalls Annahmen zugrunde legen, die potenzielle Marktteilnehmer beim Kauf der Portfoliovermögenswerte in einem hypothetischen Markt treffen würden. Aufgrund dieser erheblichen Einschränkung der Verfügbarkeit von Informationen über Portfoliovermögenswerte können diese geschätzten beizulegenden Zeitwerte erheblich von den Werten abweichen, die verwendet worden wären, wenn Informationen verfügbar gewesen wären und/oder ein Markt für die Portfoliovermögenswerte existiert hätte, und die Abweichungen können erheblich sein. Mögliche Unterschiede und die damit verbundenen Auswirkungen auf die

Wertentwicklung werden dann im nächsten Bewertungszyklus der Gesellschaft nach Erhalt der Informationen und/oder bei einer etwaigen Veräußerung des Portfoliovermögenswerts berücksichtigt. Die Gesellschaft und ihre Beauftragten können auch beschließen, den Wert des Portfoliovermögenswerts zu Anschaffungskosten oder die letzte Bewertung beizubehalten, wenn nicht genügend zuverlässige Informationen über den Portfoliovermögenswert und/oder den Sektor/die Branche verfügbar sind, die eine Neubewertung eines Portfoliovermögens rechtfertigen, wobei dieser Wert dann als der beizulegende Zeitwert zum Zeitpunkt dieser Bewertung angesehen wird.

Insbesondere wird in Bezug auf Anlagen in Zielfonds und Investmentgesellschaften darauf hingewiesen, dass diese Zielfonds und Investmentgesellschaften ihre Nettoinventarwerte (den Anlegern wird der Wert der Anlagen (Kapitalkonten) mitgeteilt) in der Regel an bestimmten Bewertungstagen und mit einer gewissen Verzögerung melden. Diese Bewertungstermine können sich sowohl hinsichtlich des Bewertungszeitpunkts als auch der Bewertungshäufigkeit erheblich vom Bewertungstag der Gesellschaft unterscheiden. Der Bewerter kann diese Nettoinventarwerte (bzw. die Werte der Anlegerbestände) um die vom Zielfonds bzw. General Partner angekündigten zwischenzeitlichen Cashflows anpassen, die dann als der beizulegende Zeitwert des Vermögenswerts zum Zeitpunkt der Bewertung der Gesellschaft aufzufassen sind.

Gemäß der AIFM Level-2-Regel erfolgt die Bewertung der sonstigen Vermögenswerte mindestens einmal jährlich und immer dann, wenn es Hinweise darauf gibt, dass der zuletzt ermittelte Wert nicht mehr angemessen ist. Dies stellt in Verbindung mit der potenziellen erheblichen Einschränkung bewertungsbezogener Informationen ein erhebliches Risiko für die Genauigkeit und Vollständigkeit der Bewertung der Gesellschaft dar, die den Anlegern als Grundlage für die Zeichnung oder Rücknahme von Anteilen der Gesellschaft dient. Die potenzielle Bewertungsdifferenz ergibt sich aus den zum Zeitpunkt der Bewertung verwendeten geschätzten Informationen zur Bewertung der Portfoliovermögenswerte und den tatsächlichen endgültigen Informationen zur Bewertung der Portfoliovermögenswerte, die nach der Bewertung möglicherweise verfügbar sind. Dies könnte dazu führen, dass die Bewertung der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Transaktion des Anlegers anders ausfällt, als wenn die Bewertung der Gesellschaft zu einem späteren Zeitpunkt mit den endgültigen Informationen über die Bewertung der Portfoliovermögenswerte berechnet würde, was wiederum positive oder negative Auswirkungen auf die Wertentwicklung für den Anleger haben könnte, der in die Gesellschaft einsteigt oder aus ihr aussteigt, sowie positive oder negative Auswirkungen auf die Wertentwicklung für die bestehenden Anleger, die bereits in der Gesellschaft investiert sind. Es gibt keinen Ausgleichs-, Saldierungs- oder Kompensationsmechanismus, da dieses Risiko einer Beeinträchtigung der Wertentwicklung aufgrund der zeitlichen und informatorischen Diskrepanz zwischen der Bewertung der Portfoliovermögenswerte und der Bewertung der Gesellschaft damit zusammenhängt, dass in illiquide, private und schwer zu bewertende Gesellschaften und Vermögenswerte investiert wird.

4 Risiken in Verbindung mit indirekten/mehrstufigen Investitionen

In diesem Fall entstehen der Gesellschaft zusätzliche Kosten, die auf den verschiedenen Beteiligungsstufen anfallen. Diese Kosten können höher sein als bei einer Direktinvestition. Im Vergleich zu einer Direktinvestition muss die Gesellschaft auch strukturelle Risiken (z. B. steuerliche und rechtliche Risiken) und personelle Risiken (z. B. durch das Management oder die Beschäftigten verursachte Risiken und gegebenenfalls Schadenersatz) der zwischengeschalteten Investmentgesellschaften tragen. Darüber hinaus kann es sich bei der Beteiligung der Gesellschaft an einer Beteiligungsgesellschaft um eine Minderheitsbeteiligung handeln, sodass bei Beschlüssen der Aktionäre/Gesellschafter der Beteiligungsgesellschaft das Risiko besteht, dass die Interessen der Gesellschaft nicht gegen die Mehrheit der Stimmen durchgesetzt werden können. Wenn diese Risiken eintreten, kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden. Dies wiederum kann zu

geringeren oder gar keinen Erträgen für die Anteilsinhaber führen. Im schlimmsten Fall können die Anteilsinhaber einen Totalverlust ihrer Anlage erleiden.

5 Rendite- und Wahrscheinlichkeitsprognosen

Die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen beruhen auf Daten aus allgemein zugänglichen Quellen. Die in der Vergangenheit mit alternativen Anlagen erzielten Renditen sind keine Garantie dafür, dass in der Zukunft ähnliche Renditen erzielt werden können. Wenn diese Risiken eintreten, kann die Rentabilität der Gesellschaft nachteilig beeinflusst werden. Dies wiederum kann zu geringeren oder gar keinen Erträgen für die Anteilsinhaber führen. Im schlimmsten Fall können die Anteilsinhaber einen Totalverlust ihrer Anlage erleiden.

6 Währungsrisiken

Die Gesellschaft kann in anderen Währungen als dem Euro investieren. Eine Abwertung anderer Währungen gegenüber dem Euro kann zu Wechselkursverlusten für die Gesellschaft führen. Eine Aufwertung bei anderen Währungen kann eine Reinvestition und Kreditaufnahme erfordern, um das eingeforderte Kapital der Beteiligungsgesellschaften zahlen zu können. Weder die Gesellschaft noch die verbundenen Unternehmen sind verpflichtet, ihre Anlagen gegen Wechselkursschwankungen abzusichern. Wenn diese Risiken eintreten, kann die Rentabilität der Gesellschaft nachteilig beeinflusst werden. Dies wiederum kann zu geringeren oder gar keinen Erträgen für die Anteilsinhaber führen. Im schlimmsten Fall können die Anteilsinhaber einen Totalverlust ihrer Anlage erleiden.

7 Gesetzesänderungen

Änderungen bestehender Gesetze durch die Behörden in den Anlageländern sowie künftige Änderungen der Gesetzgebung können nachteilige Folgen für die Gesellschaft und ihre Kommanditaktionäre haben. Solche Änderungen können sich beispielsweise auf die steuerliche Behandlung der Einkünfte der Gesellschaft oder ihrer Kommanditaktionäre auswirken. Dies wiederum kann zu geringeren oder gar keinen Erträgen für die Anteilsinhaber führen. Im schlimmsten Fall müssen die Anteilsinhaber mit einem Totalverlust ihrer Anlage rechnen.

8 Probleme bei der Ermittlung attraktiver Anlagechancen

Die Ermittlung und der Abschluss attraktiver Investitionen oder die Realisierung von Gewinnen aus ihnen ist ein wettbewerbsintensives Geschäft, das mit erheblicher Unsicherheit verbunden ist. Im Hinblick auf potenzielle Investitionen konkurriert die Gesellschaft mit anderen Anlagevehikeln sowie mit Finanzinstituten und institutionellen Anlegern, die möglicherweise über umfangreichere Ressourcen verfügen als die Gesellschaft. Dies kann dazu führen, dass die Gesellschaft Anlageobjekte nicht oder nur zu überhöhten Preisen erwerben kann. Dies kann die Rendite solcher Projekte deutlich schmälern.

9 Liquidität einer Investition in die Gesellschaft (Liquiditätsrisiko)

Investitionen in Infrastrukturanlagen sind in der Regel nicht an einer Börse notiert und können in der Regel nur an eine begrenzte Anzahl von Anlegern verkauft werden. Dies bedeutet, dass sie als eher eingeschränkt fungibel angesehen werden können, was zu Unsicherheit darüber führt, ob die Gesellschaft in der Lage sein wird, die Infrastrukturinvestitionen innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu verkaufen. Bei der Veräußerung von illiquiden Infrastrukturinvestitionen kann der Erlös unter ihrem inneren Wert liegen. Wenn diese Risiken eintreten, kann die Rentabilität der Gesellschaft nachteilig beeinflusst werden. Dies wiederum kann zu geringeren oder gar keinen Erträgen für die Anteilsinhaber führen. Im schlimmsten Fall können die Anteilsinhaber einen Totalverlust ihrer Anlage erleiden.

10 Risiken in Verbindung mit einer Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen

Die Zahlungsverpflichtungen der Gesellschaft gegenüber den verbundenen Unternehmen werden aus den Erlösen der Ausgabe von Anteilen der Gesellschaft erfüllt. Wenn ein Kommanditaktionär seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Gesellschaft nicht nachkommt, kann die Gesellschaft folglich auch ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den verbundenen Unternehmen nicht nachkommen und den mitunter sehr nachteiligen Regelungen für Zahlungsausfälle der verbundenen Unternehmen ausgesetzt sein. Wenn diese Risiken eintreten, kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden. Dies wiederum kann zu geringeren oder gar keinen Erträgen für die Anteilsinhaber führen. Im schlimmsten Fall können die Anteilsinhaber einen Totalverlust ihrer Anlage erleiden.

11 Interessenkonflikte

Bei Investmentgesellschaften ist die Gesellschaft nur einer von mehreren Anlegern und genießt keinen besonderen Status, hat aber die gleichen Rechte und Pflichten wie die anderen Anleger.

Der AIFM verwaltet allein oder gemeinsam oder mit anderen Partnern neben dem Portfolio der Gesellschaft auch die Anlagen anderer Unternehmen, die andere oder ähnliche Anlagemerkmale aufweisen. Es bestehen keine gesonderten Vereinbarungen zugunsten der Gesellschaft über die Verteilung von Anlagechancen zwischen der Gesellschaft und den derzeitigen und zukünftigen Anlagekonzepten, für die der AIFM Verwaltungs-, Beratungs- oder sonstige Aufgaben wahrnimmt.

Wenn diese Risiken eintreten, kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden. Dies wiederum kann zu geringeren oder gar keinen Erträgen für die Anteilsinhaber führen. Im schlimmsten Fall können die Anteilsinhaber einen Totalverlust ihrer Anlage erleiden.

12 Kontrahentenrisiko

Die Tatsache, dass Vertragspartner ihre Verpflichtungen aus den mit ihnen geschlossenen Verträgen nicht erfüllen, kann sich nachteilig auf das Anlageziel der Gesellschaft und damit auch auf die Rendite der Kommanditaktionäre auswirken. Wenn diese Risiken eintreten, kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden. Dies wiederum kann zu geringeren oder gar keinen Erträgen für die Anteilsinhaber führen. Im schlimmsten Fall müssen die Anteilsinhaber mit einem Totalverlust ihrer Anlage rechnen.

13 Anlagen mit Dritten (Co-Investments)

Die Gesellschaft kann über ihre Tochtergesellschaft(en) mit Dritten über Gesellschaften oder andere Rechtsträger Co-Investments tätigen. In diesen Fällen hält die Gesellschaft möglicherweise nicht beherrschende Anteile an bestimmten Anlagen. Zu den Risiken in Verbindung mit der Beteiligung Dritter an einer Investition gehört die Möglichkeit, dass ein externer Partner oder Anleger finanziell nicht in der Lage ist, eine Investition fortzuführen oder dass er mit einer Investition in Verzug gerät, was sich nachteilig auf die Investition auswirkt, und/oder dass er wirtschaftliche oder geschäftliche Interessen oder Ziele hat, die nicht mit denen der Gesellschaft vereinbar sind, oder dass er Maßnahmen ergreift, die der Anlagestrategie der Gesellschaft zuwiderlaufen.

14 Operative Risiken

Operative Risiken entstehen durch unzureichend gestaltete interne Prozesse, menschliches Versagen oder den Ausfall von Systemen beim AIFM selbst oder durch externe Ereignisse. Diese Risiken können die Wertentwicklung des Investmentfonds oder des von den Kommanditaktionären investierten Kapitals beeinträchtigen. Im schlimmsten Fall müssen die Anteilsinhaber mit einem Totalverlust ihrer Anlage rechnen.

15 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko beschreibt die Auswirkungen spezifischer Entwicklungen bei einer Gegenpartei (z. B. Rating-Herabstufung), die neben den allgemeinen Tendenzen an den Kapitalmärkten den Kurs des Wertpapiers der Gegenpartei beeinflussen. Auch bei sorgfältiger Auswahl kann nicht ausgeschlossen werden, dass Verluste aufgrund der Verschlechterung der Qualität der Vermögenswerte von Gegenparteien entstehen.

16 Kreditaufnahme

Die Kreditaufnahme ist mit besonderen Risiken verbunden, die zu einem erheblichen Anstieg des Anlagerisikos führen können. Die Kreditaufnahme eröffnet die Möglichkeit höherer Renditen und eines höheren Gesamtertrags, birgt aber auch ein höheres Verlustrisiko und höhere Zinskosten. Übersteigen die Zinskosten die Rendite einer Anlage, kann die finanzierende Bank gezwungen sein, die Anlage zu verkaufen. Im schlimmsten Fall erhält die Gesellschaft dann keine Zuflüsse aus der betreffenden Investition. Auch die Finanzierungskosten können sich im Laufe der Zeit nachteilig verändern. Möglicherweise ist es nicht möglich, Finanzierungen zu ersetzen oder (zu gleich guten Konditionen) zu verlängern. In der Regel haben Finanzierungspartner Vorrang. Erst wenn ihre Ansprüche befriedigt wurden, können die Ansprüche der Gesellschaft befriedigt werden. Wenn diese Risiken eintreten, kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden. Dies wiederum kann zu geringeren oder gar keinen Erträgen für die Anteilsinhaber führen. Im schlimmsten Fall können die Anteilsinhaber einen Totalverlust ihrer Anlage erleiden.

17 Ausschüttungen

Ausschüttungen durch die Gesellschaft sind nicht garantiert. Es kann sein, dass keine Ausschüttungen erfolgen oder nicht in dem erwarteten Umfang. Die Anteilsinhaber müssen damit rechnen, dass ihnen keine Liquidität von der Gesellschaft zufließt.

18 Richtlinie mit Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken (Anti-Tax-Avoidance-Directive, ATAD)

Im Rahmen ihres Pakets zur Bekämpfung der Steuervermeidung veröffentlichte die Europäische Kommission am 28. Januar 2016 einen Entwurf der Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung („ATAD“). ATAD 1 wurde am 12. Juli 2016 mit der Richtlinie (EU) 2016/1164 des Rates verabschiedet. Darüber hinaus hat der Rat am 29. Mai 2017 ATAD 2 verabschiedet. Darin sind bestimmte empfohlene Mindeststandards festgelegt, die mit den Aktionsplänen zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung in Einklang stehen und an die sich die EU-Mitgliedstaaten halten müssen.

Am 18. Dezember 2018 stimmte das luxemburgische Parlament für das Gesetz zur Umsetzung von ATAD 1 in luxemburgisches Recht. Das Gesetz zur Umsetzung von ATAD 1 in luxemburgisches Recht, das am 1. Januar 2019 in Kraft trat, enthält unter anderem Vorschriften zur Verhinderung hybrider Strukturen oder von Situationen, in denen ein Mitgliedstaat ein Finanzinstrument und/oder ein bestimmtes Unternehmen anders behandelt als ein anderer Mitgliedstaat, der ebenfalls von dieser Struktur oder Situation betroffen ist.

Zweck von ATAD 2 ist die Ausweitung der Vorschriften zur Verhinderung hybrider Gestaltungen im Sinne der ATAD. Während ATAD 1 Vorschriften über hybride Gestaltungen zwischen Mitgliedstaaten enthält, ergänzt ATAD 2 diese um Vorschriften über hybride Gestaltungen mit Drittländern, die für alle Steuerpflichtigen gelten, die in einem oder mehreren Mitgliedstaaten körperschaftsteuerpflichtig sind, einschließlich der in einem oder mehreren Mitgliedstaaten belegenen Betriebsstätten von Unternehmen, die steuerlich in einem Drittland ansässig sind.

Umgekehrt hybride Gestaltungen sind Gestaltungen zwischen Unternehmen, die in ihrem Heimatland als transparent und im Rechtssystem der verbundenen Anleger als nicht transparent behandelt werden. Erfasst werden nur hybride Gestaltungen zwischen dem Hauptsitz und einer Betriebsstätte, zwischen Betriebsstätten, zwischen verbundenen Unternehmen und solche, die sich aus einer strukturierten Gestaltung ergeben.

Dies kann Auswirkungen auf den Steuerstatus der Gesellschaft und ihrer Kommanditaktionäre haben. Je nachdem, wie die jeweiligen Steuersysteme der Anleger die Gesellschaft behandeln, könnte diese schließlich zu einer steuerpflichtigen Gesellschaft in Luxemburg werden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass das luxemburgische Einkommenssteuergesetz Organismen für gemeinsame Anlagen grundsätzlich von der Anwendung der Vorschriften für umgekehrt hybride Gestaltungen ausnimmt. Um diese Auswirkungen so weit wie möglich zu begrenzen, kann der General Partner beschließen, die Umwandlung der Gesellschaft in eine steuerlich nicht transparente Gesellschaftsform einzuleiten oder einige Kommanditaktionäre einem oder mehreren alternativen Anlagevehikeln zuzuordnen. Der General Partner kann auch beschließen, diese nachteiligen Steuereffekte denjenigen Kommanditaktionären zuzuweisen, die sie verursacht haben.

19 Einhaltung von Gesetzen zu Datenschutz und -sicherheit

Am 25. Mai 2018 trat die DSGVO in Kraft; sie ersetzt die bisher geltenden Datenschutzgesetze in der Europäischen Union. Die DSGVO zielt darauf ab, die Datenschutzgesetze in der Europäischen Union zu harmonisieren und gleichzeitig zu modernisieren, um neuen technologischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Die DSGVO gilt automatisch für Unternehmen, die personenbezogene Daten verarbeiten (Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter), in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ohne dass es einer nationalen Umsetzung bedarf. Die DSGVO hat eine größere extraterritoriale Wirkung und hat daher erhebliche Auswirkungen auf Verantwortliche und Auftragsverarbeiter, die eine Niederlassung in der Europäischen Union haben, die Waren oder Dienstleistungen für betroffene Personen in der Europäischen Union anbieten oder das Verhalten betroffener Personen innerhalb der Europäischen Union überwachen. Die neuen Vorschriften stellen sowohl an die Verantwortlichen als auch an die Auftragsverarbeiter strengere betriebliche Anforderungen und sehen bei Nichteinhaltung erhebliche Strafen vor, die je nach Art und Schwere des Verstoßes bis zu 4 % des weltweiten Jahresumsatzes oder 20 Mio. Euro (je nachdem, welcher Wert höher ist) betragen können.

Es ist zu erwarten, dass sich die Gesetzgebung im Bereich des Datenschutzes weiterentwickelt. Die derzeitige Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation wird durch die Verordnung der Europäischen Kommission über Privatsphäre und elektronische Kommunikation („**Datenschutzverordnung für elektronische Kommunikation**“) aufgehoben werden, die durch die Aktualisierung des Rechtsrahmens das Vertrauen und die Sicherheit im digitalen Binnenmarkt stärken soll. Die Datenschutzverordnung für elektronische Kommunikation wird gerade verhandelt und soll in naher Zukunft in Kraft treten. Die Einhaltung aktueller und künftiger Gesetze zu Datenschutz, Datensicherheit und Informationssicherheit könnte sich erheblich auf die laufenden und geplanten Datenschutz- und Informationssicherheitspraktiken auswirken. Dazu gehören die Erhebung, Verwendung, Weitergabe, Aufbewahrung und Sicherung personenbezogener Daten sowie einige der laufenden und geplanten Geschäftstätigkeiten der Gesellschaft, des General Partner und des AIFM. Die Nichteinhaltung solcher Gesetze könnte Geldbußen, Sanktionen oder andere Strafen nach sich ziehen, die das Betriebsergebnis und das gesamte Geschäft erheblich beeinträchtigen und sich auf die Reputation auswirken könnten.

20 Risiken in Verbindung mit relevanten Nachhaltigkeitsrisiken im Sinne der Offenlegungsverordnung

Im Rahmen ihres Anlageprozesses bezieht die Gesellschaft alle relevanten finanziellen Risiken in ihre Anlageentscheidungen ein und bewertet sie fortlaufend. Dabei werden auch alle relevanten Nachhaltigkeitsrisiken im Sinne der Offenlegungsverordnung berücksichtigt, die einen wesentlichen nachteiligen Einfluss auf die Rendite einer Anlage haben könnten.

Nachhaltigkeitsrisiken können daher zu einer erheblichen Verschlechterung des Finanzprofils, der Liquidität, der Rentabilität oder der Reputation der zugrunde liegenden Anlagen führen. Sofern Nachhaltigkeitsrisiken nicht bereits im Bewertungsprozess der Anlagen berücksichtigt werden, können diese wesentlich negative Auswirkungen auf den erwarteten/geschätzten Marktpreis und/oder die Liquidität der Anlage und somit auf die Rendite der Gesellschaft haben. Nachhaltigkeitsrisiken können auf alle bekannten Risikoarten erheblich einwirken und als Faktor zur Wesentlichkeit dieser Risikoarten beitragen.

Im Rahmen der Auswahl der Vermögenswerte für die Investmentgesellschaft wird neben den Anlagezielen und -strategien auch der Einfluss der Risikoindikatoren, einschließlich der Nachhaltigkeitsrisiken, bewertet.

Die Beurteilung der Risikoquantifizierung umfasst Aspekte der Nachhaltigkeitsrisiken und setzt diese zu anderen Faktoren (insbes. Preis und zu erwartende Rendite) bei der Investitionsentscheidung in Relation.

Generell werden Risiken (einschließlich Nachhaltigkeitsrisiken) bereits im Anlagebewertungsprozess (Preisindikation) auf Basis der potenziellen wesentlichen Auswirkungen von Risiken auf die Rendite des Investmentvermögens berücksichtigt. Dennoch kann es je nach Vermögenswert und aufgrund externer Faktoren zu negativen Auswirkungen auf die Rendite der Gesellschaft kommen.

Weitere Informationen darüber, wie Nachhaltigkeitsrisiken in den Anlageprozess der Gesellschaft einbezogen werden und wie sich Nachhaltigkeitsrisiken möglicherweise auf die Rendite auswirken, finden Sie auf der Website von Universal-Investment.

Diese Gesellschaft bewirbt ökologische und/oder soziale Merkmale im Sinne von Artikel 8 der Offenlegungsverordnung. Bei den Investitionen, die diesem Finanzprodukt zugrunde liegen, werden jedoch weder EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten berücksichtigt noch werden nachhaltige Investitionen im Sinne des Artikels Nummer 17 der Offenlegungsverordnung angestrebt.

Die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren („PAI“) werden im Anlageprozess auf AIFM-Ebene nicht berücksichtigt, da der AIFM keine fondsübergreifende Gesamtstrategie zur Berücksichtigung von PAI verfolgt. Negative Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren sind nicht Bestandteil der Anlagestrategie der Gesellschaft und werden daher nicht verbindlich berücksichtigt. Informationen zu den ökologischen und/oder sozialen Merkmalen finden Sie in Anhang 2 zum Prospekt Vorvertragliche Informationen zu den in Artikel 8 Absätze 1, 2 und 2a der Verordnung (EU) 2019/2088 und Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2020/852 genannten Finanzprodukten.

21 Investition im Ausland

Jede Investition der Gesellschaft, insbesondere im Ausland, birgt das Risiko nachteiliger politischer Entwicklungen, einschließlich Verstaatlichung, Beschlagnahme ohne angemessene Entschädigung,

Terror- oder Kriegshandlungen und Änderungen der Regierungspolitik. Darüber hinaus können ausländische Rechtsordnungen Beschränkungen zur Verhinderung von Kapitalflucht auferlegen, die den Umtausch oder die Rückführung von Fremdwährungen erschweren oder unmöglich machen könnten. Darüber hinaus können Gesetze und Vorschriften anderer Länder Beschränkungen oder Genehmigungen vorschreiben, die im Herkunftsland des Anlegers nicht bestehen, und Finanzierungs- und Strukturierungsalternativen erfordern, die sich erheblich von den im Herkunftsland des Anlegers üblichen unterscheiden. Es kann keine Zusicherung gegeben werden, dass sich das politische oder wirtschaftliche Umfeld oder bestimmte rechtliche oder regulatorische Risiken nicht nachteilig auf eine Anlage der Gesellschaft auswirken können. Unter Umständen ist es der Gesellschaft nicht möglich, in bestimmte zulässige Anlagevermögenswerte zu investieren, da die Gesellschaft oder bestimmte Anleger oder potenzielle Anleger nachteiligen steuerlichen, regulatorischen oder sonstigen nachteiligen Folgen ausgesetzt sein könnten; dies kann die Anlagemöglichkeiten der Gesellschaft einschränken.

Für Emittenten gelten im Allgemeinen unterschiedliche Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Finanzberichterstattungsstandards je nach Land. Das Handelsvolumen, die Volatilität der Kurse und die Liquidität der Emittenten können auf den Märkten der einzelnen Länder unterschiedlich sein. Auch die Geschäftszeiten, die Gepflogenheiten und der Zugang zu diesen Märkten für externe Anleger können voneinander abweichen. Darüber hinaus ist das Maß der staatlichen Aufsicht und Regulierung von Wertpapierbörsen, Wertpapierhändlern sowie börsennotierten und nicht börsennotierten Unternehmen in jedem Land anders. Die Gesetze einiger Länder können die Möglichkeiten des AIFM einschränken, in Wertpapiere bestimmter Emittenten mit Sitz in diesen Ländern zu investieren. Darüber hinaus kann es sein, dass es keine angemessenen Rechtsmittel zur Beilegung von Streitigkeiten gibt, und in einigen Ländern kann die Verfolgung solcher Streitigkeiten von einem stark befangenen Rechtssystem abhängig sein.

Zudem haben die Märkte jeweils unterschiedliche Clearing- und Abwicklungsverfahren. Verzögerungen bei der Abrechnung können vorübergehend dazu führen, dass ein Teil der Vermögenswerte der Gesellschaft nicht angelegt wird und keine Rendite erwirtschaftet. Wenn der AIFM aufgrund von Abrechnungsproblemen nicht in der Lage ist, Wertpapiere wie geplant zu erwerben, könnten ihm attraktive Anlagechancen entgehen. Wenn ein im Portfolio gehaltenes Wertpapier aufgrund von Abrechnungsproblemen nicht verkauft werden kann, könnte der AIFM und somit die Gesellschaft Verluste erleiden, wenn der Wert des Portfoliotitels anschließend sinkt, oder er könnte, wenn er bereits einen Vertrag über den Verkauf des Wertpapiers abgeschlossen hat, dem Käufer gegenüber haften.

Anlagen in außereuropäischen Wertpapieren sind mit bestimmten Faktoren verbunden, die typischerweise nicht mit Anlagen in europäischen Wertpapieren verbunden sind. Dazu gehören Risiken, die sich aus den Unterschieden zwischen den europäischen und den ausländischen Wertpapiermärkten ergeben, einschließlich des Fehlens einheitlicher Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Finanzberichterstattungsstandards und -praktiken und Offenlegungspflichten sowie einer schwächeren staatlichen Aufsicht und Regulierung.

Ein Emittent von Wertpapieren kann in einem anderen Land als dem Land, auf dessen Währung das Instrument lautet, ansässig sein. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Werte und die relativen Renditen von Anlagen an den Wertpapiermärkten verschiedener Länder und die damit verbundenen Risiken unabhängig voneinander ändern.

Diese Risiken können in Schwellenländern noch größer sein.

22 Wettbewerbsumfeld

Die Gesellschaft wird in einem Wettbewerbsumfeld tätig sein, in dem ein erhebliches Maß an Unsicherheit bei der Ermittlung und dem Abschluss von Anlagegeschäften in zulässige Anlagevermögenswerte besteht. Es kann andere Anlageinstrumente geben, die ähnliche oder identische Ziele verfolgen und auf ähnliche Vermögenswerte abzielen.

23 Markterwägungen

Die Geschäftsführung ist zwar der Ansicht, dass derzeit viele attraktive Anlagen in zulässige Anlagevermögenswerte der Art, in die die Gesellschaft investieren kann, verfügbar sind, doch kann nicht garantiert werden, dass solche Anlagen nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft verfügbar sind oder dass verfügbare Anlagen die Anlagekriterien der Gesellschaft erfüllen, wenn die Gesellschaft einen erheblichen Kapitalbetrag aufbringt.

Wenngleich die Geschäftsführung davon ausgeht, dass sie die Anlagestrategie der Gesellschaft erfolgreich umsetzen kann, gibt es keine Garantie dafür, dass die Gesellschaft in der Lage sein wird, genügend geeignete Anlagen in zulässige Anlagevermögenswerte zu finden, um das Kapital der Gesellschaft im Hinblick auf den potenziell großen Umfang der Gesellschaft angemessen einzusetzen.

24 Begrenzte Liquidität

Da den Anteilsinhabern ein bestimmtes Rücknahmeverfahren auferlegt werden kann, bietet eine Anlage in die Gesellschaft möglicherweise nur eine begrenzte Liquidität. Die Gesellschaft ist daher nur für Anleger geeignet, die keine sofortige Liquidität benötigen.

25 Konzentration und Diversifizierung

Wenngleich die Gesellschaft bestimmten Anlagebeschränkungen unterliegt, kann es zu einer Konzentration in bestimmten Emittenten, Branchen oder Ländern kommen. Wenn die Gesellschaft beschließt, die Anlagen der Gesellschaft auf einen bestimmten Emittenten, eine bestimmte Branche oder ein bestimmtes Land zu konzentrieren, wird die Gesellschaft anfälliger für Wertschwankungen, die sich aus ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen ergeben, die diesen Emittenten, diese Branche oder dieses Land betreffen.

26 Abwicklungsrisiken

Die Gesellschaft tätigt regelmäßig Investitionen, die außerhalb etablierter Clearingsysteme abgewickelt werden. Dies betrifft zum Beispiel i) Anlagen in nicht börsennotierte Unternehmen, ii) Anlagen, die nur auf Vereinbarungen beruhen und über die der Anleger keinen Nachweis in Form eines Wertpapiers hat, und iii) Anlagen in Wertpapieren, bei denen die Lieferung der Wertpapiere nicht gleichzeitig mit der Zahlung des Kaufpreises erfolgt. Darüber hinaus kann die Abrechnung von Investitionen oder Dividenden und/oder Veräußerungen aufgrund von Umständen, die nicht in der Macht der Geschäftsführung liegen (technische Probleme, hoheitliche Beschränkungen, höhere Gewalt usw.), erschwert oder unmöglich werden.

27 Emittentenrisiko

Der Wert eines Wertpapiers kann aus einer Reihe von Gründen sinken, die sich direkt auf den Emittenten zurückführen lassen, wie z. B. die Leistung der Geschäftsleitung, die finanzielle Hebelung und eine verringerte Nachfrage nach den Waren oder Dienstleistungen des Emittenten.

28 Rücknahmen gegen Sachwerte

Die Gesellschaft geht zwar davon aus, dass sie Anteilsinhabern bei einer Rücknahme von Anteilen Barmittel auszahlt, es kann jedoch nicht garantiert werden, dass die Gesellschaft über ausreichende Barmittel verfügt, um Rücknahmeanträge zu erfüllen, oder dass sie in der Lage ist, Anlagen zum Zeitpunkt der beantragten Rücknahme zu günstigen Preisen zu veräußern. Unter den vorgenannten Umständen und unter anderen Umständen, die der AIFM für angemessen hält, kann ein Anteilsinhaber bei einer Rücknahme Sachwerte aus dem Portfolio der Gesellschaft gemäß Abschnitt 8.1 erhalten. Auf diese Weise gezahlte Beträge sind unter Umständen nicht ohne Weiteres marktfähig oder veräußerbar und müssen von dem betreffenden Anteilsinhaber möglicherweise für einen unbestimmten Zeitraum gehalten werden. Daher eignet sich eine Anlage in die Anteile nur für erfahrene Anleger, die keine sofortige Liquidität benötigen und in der Lage sind, die finanziellen Risiken dieser Anlage auf unbestimmte Zeit zu tragen.

29 Portfolioumschlag

Die Gesellschaft ist bei der Durchführung von Transaktionen im Allgemeinen nicht durch eine Beschränkung in Bezug auf ihre jeweiligen Portfolioumschlagsraten eingeschränkt. In Anbetracht der Anlageziele und -politik der Gesellschaft kann es sein, dass die Portfolioumschlagsrate der Gesellschaft 100 % pro Jahr übersteigt, was für die Gesellschaft erhebliche Transaktionskosten zur Folge hat.

30 Ausfall von Intermediären

Es besteht immer die Möglichkeit, dass die Institute, einschließlich Maklerfirmen und Banken, mit denen die Gesellschaft Geschäfte tätigt oder denen Wertpapiere zu Verwahrungszwecken anvertraut wurden, in finanzielle Schwierigkeiten geraten, was ihre operativen Fähigkeiten beeinträchtigen oder zu Verlusten für die Gesellschaft führen kann.

31 Risiko in Verbindung mit Finanzintermediären

Zeichnung, Umtausch und Rücknahme von Anteilen der Gesellschaft können über Finanzintermediäre (z. B. Nominees) erfolgen. Es können Fehler bei der Berechnung des NIW, Verstöße gegen die Anlagevorschriften und andere Fehler auftreten, und es kann eine Kontaktaufnahme mit den Endanlegern der Gesellschaft zwecks Schadloshaltung oder zu anderen Zwecken, wie im CSSF-Rundschreiben 24/856 näher dargelegt, erforderlich sein. Diese Endanleger sind der Gesellschaft und dem AIFM möglicherweise nicht bekannt. Obwohl angemessene vertragliche Vereinbarungen getroffen werden, um die Endanleger bei Bedarf zu erreichen, können die Gesellschaft und der AIFM nicht garantieren, dass dies tatsächlich möglich sein wird. Die Gesellschaft und der AIFM stellen den betreffenden Finanzintermediären jedoch alle Informationen zur Verfügung, die sie benötigen, um ihrerseits mit ihren jeweiligen Kunden, die Endanlegern der Gesellschaft sind, in Kontakt zu treten.

32 Aussetzung des Handels

Jede Börse hat gewöhnlich das Recht, den Handel mit allen an ihr gehandelten Wertpapieren auszusetzen oder zu beschränken. Eine solche Aussetzung könnte es der Gesellschaft unmöglich machen, ihre Positionen zu liquidieren, sodass sie möglicherweise Verluste erleidet. Darüber hinaus gibt es keine Garantie dafür, dass außerbörsliche Märkte stets liquide genug sind, damit die Gesellschaft Positionen glattstellen kann.

33 Illiquidität von Anlagen; nicht regulierte Geschäfte

Die Gesellschaft kann in Wertpapiere investieren, die gesetzlichen oder anderen Übertragungsbeschränkungen unterliegen oder deren Marktliquidität eingeschränkt sein kann. Die

Marktpreise für solche Wertpapiere sind in der Regel volatil und möglicherweise nicht ohne Weiteres feststellbar, und die Gesellschaft ist möglicherweise nicht in der Lage, sie zu verkaufen, wenn sie dies wünscht, oder im Falle einer Veräußerung den ihrer Meinung nach angemessenen Wert zu erzielen. Der Verkauf beschränkt handelbarer und illiquider Wertpapiere erfordert häufig mehr Zeit und führt zu höheren Maklergebühren oder Händlerrabatten und anderen Veräußerungskosten als der Verkauf von Wertpapieren, die an nationalen Wertpapierbörsen oder im Freiverkehr gehandelt werden können. Die Gesellschaft ist möglicherweise nicht in der Lage, solche Anlagen mit eingeschränkter Liquidität ohne Weiteres zu veräußern, und in einigen Fällen kann es ihr vertraglich untersagt sein, solche Anlagen während eines bestimmten Zeitraums zu veräußern. Darüber hinaus können unter bestimmten Umständen behördliche oder aufsichtsrechtliche Genehmigungen erforderlich sein, damit die Gesellschaft eine Anlage veräußern kann. Eingeschränkt handelbare Wertpapiere werden möglicherweise zu einem niedrigeren Preis verkauft als vergleichbare Wertpapiere, die keinen Beschränkungen für den Weiterverkauf unterliegen.

Unternehmen, deren Wertpapiere nicht öffentlich gehandelt werden, unterliegen nicht denselben Offenlegungs- und Berichtspflichten, die für Unternehmen mit öffentlich gehandelten Wertpapieren generell gelten, und der Handel dieser nicht öffentlich gehandelten Wertpapiere wird auch nicht von einer staatlichen Behörde reguliert. Dementsprechend stehen die durch diese Regelungen gewährten Schutzvorkehrungen bei solchen Anlagen nicht zur Verfügung. Wenn der AIFM es für angemessen hält, können diese Anlagen einen wesentlichen Teil des Vermögens der Gesellschaft darstellen.

34 Einsatz von Hebelfinanzierungen

Der Einsatz von Hebelfinanzierungen, wie unter Abschnitt 3 „Anlagebefugnisse und -beschränkungen“ beschrieben, kann zwar die Rendite des investierten Kapitals erhöhen, schafft aber auch ein größeres Verlustpotenzial. Es kann nicht zugesichert werden, dass die Gesellschaft bei der Aufnahme von Krediten in der Lage sein wird, ihre Kreditverpflichtungen zu erfüllen.

Das Hebelrisiko ist das mit der Aufnahme von Fremdkapital und anderen Anlagetechniken verbundene Risiko. Die Hebelfinanzierung ist eine spekulative Technik, die die Gesellschaft einem höheren Risiko aussetzen und ihre Kosten erhöhen kann. Die Wertsteigerungen und -minderungen des Portfolios der Gesellschaft werden verstärkt, wenn die Gesellschaft Hebelfinanzierungen einsetzt. Beispielsweise kann eine Hebelfinanzierung zu größeren Schwankungen des Nettoinventarwerts der Gesellschaft führen oder dazu, dass die Gesellschaft mehr verliert als sie investiert hat. Es kann nicht zugesichert werden, dass die Hebelstrategie der Gesellschaft erfolgreich sein wird. Wird eine Hebelfinanzierung eingesetzt, sind der Nettoinventarwert und der Marktwert der Anteile schwankungsanfälliger, und die Rendite für die Anteilshaber schwankt tendenziell mit den Änderungen der kurzfristigen Zinssätze für die Hebelfinanzierung. Die Gesellschaft zahlt (und die Anteilshaber tragen) alle Kosten und Aufwendungen im Zusammenhang mit einer Hebelfinanzierung. Jeder Rückgang des Nettoinventarwerts der Anlagen der Gesellschaft wird vollständig von den Anteilshabern getragen. Wenn der Marktwert des Portfolios der Gesellschaft sinkt, führt die Hebelwirkung daher zu einem stärkeren Rückgang des Nettoinventarwerts für die Anteilshaber, als wenn die Gesellschaft nicht gehebelt wäre.

35 Beherrschende Beteiligung

Die Gesellschaft kann eine beherrschende Beteiligung an den Wertpapieren eines Emittenten erwerben. Dies kann die Gesellschaft zusätzlichen Haftungsrisiken für Umweltschäden, Produktmängel, Versäumnisse bei der Beaufsichtigung der Geschäftsführung, Verstöße gegen behördliche Vorschriften und andere Arten von Haftung aussetzen, bei denen die beschränkte

Haftung, die im Allgemeinen charakteristisch für den Geschäftsbetrieb ist, möglicherweise nicht zum Tragen kommt.

36 Risiken einer Anlage über Finanzintermediäre

Jeder Anleger kann seine Anlegerrechte nur dann in vollem Umfang direkt gegenüber der Gesellschaft geltend machen, wenn die Anleger selbst und auf ihren Namen im Anteilsregister der Gesellschaft eingetragen sind.

Investiert ein Anleger über einen Finanzintermediär in die Gesellschaft, der auf seinen Namen, aber im Auftrag des Anlegers in die Gesellschaft investiert, können bestimmte Rechte, die mit der Eigenschaft als Anteilsinhaber verbunden sind, nur über diesen Finanzintermediär ausgeübt werden.

37 Infrastrukturrisiken

37.1 Projektrisiken

Infrastrukturprojekte sind mit zahlreichen Risiken behaftet, darunter Bau-, Umwelt-, Regulierungs-, Genehmigungs-, Inbetriebnahme-, Betriebs-, wirtschaftliche, geschäftliche, politische und finanzielle Risiken. Bei Projekten in der frühen Entwicklungsphase besteht das Risiko des Nichterhalts oder von erheblichen Verzögerungen beim Erhalt von i) behördlichen, umweltrechtlichen oder sonstigen Genehmigungen oder Erlaubnissen, ii) Finanzierung und iii) des Nichtabschlusses oder von erheblichen Verzögerungen beim Abschluss von Pachtverträgen oder iv) Verträgen über Lieferung, Betrieb und Abnahme. Darüber hinaus kann nicht zugesichert werden, dass diese Projekte rentabel sind oder einen Cashflow generieren, der ausreicht, um die Schulden zu bedienen oder eine Rendite zu erzielen oder die investierten Beträge wiederzuerlangen.

37.2 Vertragsparteienrisiko

Infrastrukturprojekte können einen engen Kundenkreis haben. Sollten Kunden oder Vertragsparteien ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen oder eine Behörde die zugrunde liegenden Vermögenswerte enteignen, könnten erhebliche Einnahmen wegfallen, die nicht ersetzt werden können. Soweit Infrastrukturprojekte durch Konzessionsverträge mit staatlichen Stellen geregelt sind, besteht das Risiko, dass diese Stellen ihren Verpflichtungen aus dem entsprechenden Vertrag nicht nachkommen oder dazu nicht in der Lage sind, insbesondere auf lange Sicht. Es besteht auch das Risiko, dass Vertragspartner wie Betreiber, Entwicklungsunternehmen, Ausrüstungslieferanten, Abnehmer oder andere Subunternehmer ihre Verpflichtungen aus Verträgen, die für den Betrieb wesentlich sind, ganz oder teilweise nicht erfüllen. Ein derartiger Ausfall kann sich nachteilig auf die Rentabilität auswirken und in der Folge zu einer erheblichen Beeinträchtigung führen.

37.3 Bauliche Risiken

Infrastrukturprojekte können mit erheblichen baulichen Risiken verbunden sein, einschließlich des Risikos erheblicher Verzögerungen oder Kostensteigerungen aufgrund einer Reihe unvorhergesehener Faktoren, wie z. B. politischer Widerstand, regulatorische Verzögerungen oder Verzögerungen bei Genehmigungen, Verzögerungen bei der Bereitstellung von Standorten, Arbeitskräften und Materialien, Streiks, Streitigkeiten, Umweltprobleme, höhere Gewalt oder das Versäumnis eines oder mehrerer an der Infrastrukturinvestition Beteiligten, ihre vertraglichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen fristgerecht zu erfüllen. Eine wesentliche Verzögerung oder Kostensteigerung bei nicht absorbierten Kosten könnte die finanzielle Tragfähigkeit eines Infrastrukturprojekts erheblich beeinträchtigen und zu einer wesentlichen Beeinträchtigung führen.

37.4 Operative und technische Risiken

Infrastrukturprojekte können betrieblichen und technischen Risiken ausgesetzt sein, einschließlich des Risikos eines mechanischen Ausfalls, eines Mangels an Ersatzteilen, der Nichtbeachtung von Spezifikationen für den Bau, Streiks, Arbeitskämpfen, Arbeitsniederlegungen und anderen Arbeitsunterbrechungen sowie anderer unvorhergesehener Ereignisse, die sich nachteilig auf den Betrieb auswirken. Es kann nicht garantiert werden, dass dieses Risiko ganz oder teilweise gemindert werden kann oder dass diese Parteien ihre Verpflichtungen erfüllen oder dass eine Versicherung zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen verfügbar ist. Ein Betriebsausfall kann zu Geldstrafen, Enteignungen, Kündigungen oder Verlusten von Lizenzen, Konzessionen oder Verträgen führen, von denen das Infrastrukturprojekt abhängt. Darüber hinaus hängt die langfristige Rentabilität von Infrastrukturprojekten zum Teil vom effizienten Betrieb und einer effizienten Instandhaltung ab. Ein ineffizienter Betrieb und eine ineffiziente Instandhaltung oder Einschränkungen hinsichtlich der Kompetenzen, Erfahrung oder Ressourcen von Betriebsgesellschaften können die Renditen schmälern.

37.5 Umweltrisiken

Infrastrukturprojekte sind wichtige Faktoren in ihrem lokalen Umfeld und können erhebliche Auswirkungen auf dieses Umfeld haben oder besonders anfällig für Ereignisse oder Veränderungen in diesem Umfeld oder für Anforderungen politischer oder administrativer Stellen in Bezug auf ihre Umweltauswirkungen sein. Ein Eigentümer oder Betreiber eines Infrastrukturprojekts kann für frühere, gegenwärtige und zukünftige Schäden durch Umweltschadstoffe, die am Standort des Projekts vorhanden sind oder von dem Projekt ausgehen oder anderweitig auf das Projekt zurückzuführen sind, sowie für die Kosten der Sanierung und unter bestimmten Umständen für Geldbußen oder andere Strafen haftbar gemacht werden. Eine solche Haftung kann den Wert des Infrastrukturprojekts übersteigen und zu Ansprüchen gegen den Eigentümer oder Betreiber führen, was den Verlust anderer Projekte des Eigentümers oder Betreibers oder den Verlust einer Lizenz, einer Konzession oder eines Vertrags, von dem ein Portfoliounternehmen abhängig ist, zur Folge haben kann. Umwelthaftungen können aus einer Vielzahl von Faktoren resultieren, einschließlich Änderungen von Gesetzen oder Vorschriften und des Vorliegens von Bedingungen, die zum Zeitpunkt des Erwerbs oder Betriebs unbekannt oder nicht vorhersehbar waren.

37.6 Dokumentations- und sonstige rechtliche Risiken

Infrastrukturprojekte werden häufig durch eine Reihe komplexer rechtlicher Dokumente geregelt. Infolgedessen kann das Risiko von Streitigkeiten über die Auslegung oder Durchsetzbarkeit der Dokumentation und der damit verbundenen Kosten und Verzögerungen höher sein als bei anderen Investitionen. Solche Risiken können durch Rechtsunsicherheit und Probleme der Rechtsanwendung noch verstärkt werden. Infrastrukturprojekte können durch künftige Änderungen von Gesetzen und Vorschriften beeinträchtigt werden.

Weitere rechtliche Risiken betreffen Klagen von Interessengruppen sowie Klagen und/oder Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Besitz, dem Betrieb und der Veräußerung von Infrastrukturprojekten, die erhebliche nachteilige Auswirkungen haben können.

37.7 Kündigung von Projektverträgen

Projektverträge für Infrastrukturprojekte können unter bestimmten Umständen gekündigt werden. In manchen Fällen (z. B. Kündigung wegen höherer Gewalt) deckt die zu zahlende Entschädigung nur die Schulden und reicht möglicherweise nicht aus, um die Investition

zurückzuzahlen. In anderen Fällen (z. B. Kündigung wegen des Ausfalls eines Portfoliounternehmens) deckt der zu zahlende Entschädigungsbetrag möglicherweise weder den vollen Schuldbetrag noch den Nennwert der Investition (oder den am Markt für diese Investition gezahlten Betrag). In der Regel sind die Kreditgeber durch eine Überbesicherung abgesichert. In anderen Fällen decken die Entschädigungen vielleicht die Schulden und die ursprüngliche Rendite der Investition, aber nicht unbedingt die für den Erwerb gezahlten Beträge.

37.8 Strategische Vermögensrisiken

Infrastrukturprojekte können für öffentliche oder staatliche Einrichtungen von erheblichem strategischem Wert sein. Strategische Projekte sind Vermögenswerte, die ein nationales oder regionales Profil haben und monopolistische Merkmale aufweisen können. Aufgrund ihrer Beschaffenheit könnten diese Projekte zusätzliche Risiken mit sich bringen, die in anderen Wirtschaftszweigen nicht üblich sind. Angesichts des nationalen oder regionalen Profils und/oder ihrer Unersetzbarkeit können strategische Vermögenswerte ein höheres Risiko für terroristische Handlungen oder politische Aktionen darstellen. Da es sich bei den von öffentlichen Infrastrukturprojekten erbrachten Dienstleistungen um wesentliche Leistungen handelt, ist auch die Wahrscheinlichkeit höher, dass die erbrachten Leistungen ständig nachgefragt und zunehmend reguliert werden. Stellt der Eigentümer solcher Projekte diese Leistungen nicht zur Verfügung oder hält die dafür geltenden Vorschriften nicht ein, können die Nutzer dieser Leistungen erheblichen Schaden erleiden, und aufgrund der Merkmale des strategischen Projekts ist der Eigentümer möglicherweise nicht in der Lage, für Ersatz zu sorgen oder den Schaden zu mindern, was zu Verlusten aufgrund von Ansprüchen Dritter oder möglichen behördlichen Maßnahmen führen könnte.

37.9 Regulierung in Bezug auf Infrastrukturanlagen

Infrastrukturprojekte können einer umfassenden Regulierung durch Behörden auf mehreren Ebenen unterliegen. Darüber hinaus sind ihre Tätigkeiten von behördlichen Genehmigungen, Lizenzen, Konzessionen, Pachtverträgen oder Verträgen abhängig, die im Allgemeinen sehr komplex sind und zu Streitigkeiten über die Auslegung oder Durchsetzbarkeit führen können. Kommt ein Infrastrukturprojekt diesen Vorschriften oder vertraglichen Verpflichtungen nicht nach, kann es mit Geldstrafen belegt werden oder seine Betriebsrechte verlieren oder beides. Hängt der Betrieb eines Infrastrukturprojekts von einer Konzession oder einem Pachtvertrag mit der öffentlichen Hand ab, kann die Konzession oder der Pachtvertrag dazu führen, dass das Projekt nicht in einer Art und Weise unterhalten werden kann, dass der Cashflow und die Rentabilität maximiert werden.

Die Pachtverträge oder Konzessionen können auch Klauseln enthalten, die für Vertragspartner, bei denen es sich um eine öffentliche Verwaltung, eine Behörde und/oder eine andere staatliche Stelle handelt, vorteilhafter sind als Klauseln in typischen Geschäftsverträgen. Beispielsweise kann ein Pachtvertrag oder eine Konzession es der öffentlichen Verwaltung, Behörde oder staatlichen Stelle ermöglichen, den Pachtvertrag oder die Konzession unter bestimmten Umständen zu kündigen, ohne dass sie eine angemessene Entschädigung zahlen muss.

Darüber hinaus kann eine Vertragspartei, bei der es sich um öffentliche Verwaltung, eine Behörde oder andere staatliche Stelle handelt, unabhängig von ihren vertraglichen Rechten möglicherweise nach eigenem Ermessen die Regulierung des Betriebs eines Infrastrukturprojekts ändern oder verschärfen oder Gesetze oder Vorschriften mit Auswirkungen auf den Betrieb umsetzen. Staatliche Stellen verfügen über einen großen Ermessensspielraum bei der Umsetzung von Vorschriften, die sich auf diese Unternehmen auswirken könnten, und da Infrastrukturprojekte grundlegende, alltägliche Leistungen

bereitstellen und nur in begrenztem Maße dem Wettbewerb ausgesetzt sind, können diese Einrichtungen von politischen Erwägungen beeinflusst werden und Entscheidungen treffen, die sich in erheblichem Maße nachteilig auswirken. Die öffentlichen Entscheidungsprozesse sind oft schwerfällig und langwierig. Eine solche Entscheidungsfindung kann daher sehr viel Zeit in Anspruch nehmen und zu erheblichen Verzögerungen führen. Die Verabschiedung neuer Gesetze oder Vorschriften oder Änderungen in der Auslegung bestehender Gesetze oder Vorschriften oder personelle Änderungen, die zur Folge haben, dass andere Personen die politische Kontrolle über diese Gesetze oder Vorschriften übernehmen, könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen haben und die Schaffung neuer Geschäftsmodelle und die Umstrukturierung eines Infrastrukturprojekts erforderlich machen, um die regulatorischen Anforderungen zu erfüllen, was kostspielig und/oder zeitaufwändig sein kann. Solche Änderungen können auch die Veräußerung eines Infrastrukturprojekts zu ungünstigeren Bedingungen erforderlich machen.

37.10 Risiko in Verbindung mit Hoheitsrechten

Konzessionen, die einem Infrastrukturprojekt von einer staatlichen Stelle erteilt werden, unterliegen besonderen Risiken, einschließlich des Risikos, dass eine staatliche Stelle hoheitliche Rechte ausübt und Maßnahmen ergreift, die den Rechten des Infrastrukturprojekts gemäß dem entsprechenden Konzessionsvertrag zuwiderlaufen. Es kann nicht garantiert werden, dass die staatliche Stelle keine Gesetze erlässt, Vorschriften auferlegt oder geltende Gesetze ändert oder nicht gegen das Gesetz verstößt, sodass es zu einer wesentlichen Beeinträchtigung kommen kann.

37.11 Erschließungs- und Entwicklungsrisiken

Ein Infrastrukturprojekt kann Beteiligungen an unbebauten Grundstücken erwerben, die erst dann Erträge erzielen, wenn die Erschließung und Entwicklung abgeschlossen ist und das Projekt in Betrieb ist. Dementsprechend unterliegt es den Risiken, die üblicherweise mit solchen Projekten und Entwicklungstätigkeiten verbunden sind. Zu diesen Risiken gehören Risiken in Bezug auf die Verfügbarkeit, die Kosten und den rechtzeitigen Erhalt von Flächennutzungs-, Bau- und anderen behördlichen Genehmigungen, die Kosten und den rechtzeitigen Abschluss der Bauarbeiten (einschließlich Risiken wie Wetter, Arbeitsbedingungen, Materialengpässe und Kostenüberschreitungen) sowie die Verfügbarkeit von Bau- als auch von dauerhaften und/oder Brückenfinanzierungen zu günstigen Konditionen. Diese Risiken könnten zu erheblichen Verzögerungen oder Kosten führen und unter bestimmten Umständen den Abschluss der Entwicklungstätigkeiten verhindern. Kommt es bei der Projektentwicklung zu erheblichen Kostenüberschreitungen, können diese die Renditen schmälern und die Verfügbarkeit von Kapital für andere Infrastrukturprojekte verringern. In Entwicklung befindliche Liegenschaften oder für die Entwicklung erworbene Liegenschaften können vom Zeitpunkt des Erwerbs bis zum Abschluss der Entwicklung einen geringen oder überhaupt keinen Cashflow generieren und auch noch lange nach dem Abschluss der Entwicklung Betriebsdefizite aufweisen. Darüber hinaus können sich die Marktbedingungen im Zuge der Entwicklung ändern, sodass solche Infrastrukturprojekte für potenzielle Mieter oder Käufer weniger attraktiv sind als zum Zeitpunkt des Entwicklungsbeginns, was sowohl den Cashflow als auch die Verkaufspreise drücken könnte.

37.12 Weitere Infrastrukturrisiken

Anlagen im Infrastruktursektor können einer Vielzahl weiterer Risiken unterliegen, die nicht alle vorhersehbar oder quantifizierbar sind. Solche Risiken können unter anderem sein: i) das Risiko, dass die eingesetzte Technologie nicht effektiv oder effizient ist, ii) das Risiko von Ausfällen der Ausrüstung, Unterbrechung der Kraftstoffversorgung, Verlust von Verkaufs-

und Lieferverträgen, Anwendung von Preisgleitklauseln in Energieverträgen oder bei der Kraftstoffversorgung, Konkurs wichtiger Kunden oder Lieferanten und deliktische Haftung, die über den Versicherungsschutz hinausgeht, iii) das Risiko von Wertänderungen bei Infrastrukturprojekten im Infrastruktursektor, deren Betrieb von Veränderungen der Preise und der Versorgung mit Energieträgern beeinflusst wird (einschließlich Veränderungen in der internationalen Politik, Energieeinsparung, des Erfolgs von Explorationsprojekten, der Steuer- und sonstigen Politik verschiedener Regierungen und des Wirtschaftswachstums von Ländern, die große Energieverbraucher sind, sowie anderer Faktoren), iv) die Risiken in Verbindung mit der Beschäftigung von Personal und gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräften und v) das Risiko, dass Regierungen beschließen, den Verkauf von Vermögenswerten oder Privatisierungstransaktionen nicht weiter zu verfolgen.

Es kann nicht garantiert werden, dass geeignete Infrastrukturprojekte gefunden werden und sich wie erwartet entwickeln, insbesondere vor dem Hintergrund sich verändernder Marktbedingungen.

Die Gesellschaft finanziert nur Infrastrukturprojekte, die von Managern angeboten/empfohlen werden, die nach ihrer Überzeugung bei der Suche, Überprüfung und Verhandlung des Erwerbs von Infrastrukturprojekten die größte Sorgfalt walten lassen, um das Ziel des betreffenden Infrastrukturprojekts zu erreichen. Allerdings kann auch hier keine Garantie dafür gegeben werden, dass die Manager erwartungsgemäß handeln und insbesondere geeignete Infrastrukturprojekte finden, die sich wie erwartet entwickeln, insbesondere vor dem Hintergrund sich verändernder Marktbedingungen.

Bei der Evaluierung der Manager von Infrastrukturprojekten stützt sich der Portfolioverwalter auf schriftliche und mündliche Informationen, die von diesen Managern zur Verfügung gestellt oder vorgelegt werden. Diese werden eingehend überprüft, aber nicht von einem externen Prüfer bestätigt, obwohl es in der Regel geprüfte Abschlüsse der Infrastrukturprojekte gibt, die von diesen Managern in der Vergangenheit gemanagt wurden.

Die Erfahrung und das Wissen der Projektmanager ist von großer Bedeutung für die erfolgreiche Auswahl und Verwaltung von Infrastrukturprojekten sowie für deren Leistung. Sachwertinvestitionen sind häufig von den Aktivitäten einzelner Personen abhängig. Es kann nicht garantiert werden, dass diese Personen während der gesamten Laufzeit des Infrastrukturprojekts für den AIFM oder den Portfolioverwalter tätig sein werden und dass erforderlichenfalls ein gleichwertiger Ersatz gefunden wird. Falsche Entscheidungen von Managern können dazu führen, dass Rückflüsse an die Gesellschaft ausbleiben.

Der Portfolioverwalter hat nur begrenzten Einfluss auf die Entscheidungen der Manager von Infrastrukturprojekten hinsichtlich des Erwerbs von Eigenkapitaloptionen und Eigenkapital oder der Veräußerung von Beteiligungen an Infrastrukturprojekten oder auf die Auswahl von Vertragsparteien, die maßgeblich für die Wertschöpfung der Projekte verantwortlich sein können und somit einen direkten Einfluss auf das Ertragspotenzial des Projekts haben. Diese Entscheidungen werden von den Projektmanagern selbst getroffen.

Da die Entwicklung von Infrastrukturprojekten und damit auch die zu leistenden Zahlungen aus deren Finanzierung einer Vielzahl von relevanten Einflussfaktoren unterliegen, ist es schwierig, den Verlauf der Zahlungsströme im Projekt und damit auch den Verlauf der Zahlungen aus dieser Investition vollständig und verlässlich zu prognostizieren. Insgesamt kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein Ausfall den Wert der Finanzierung einzelner oder mehrerer Infrastrukturprojekte oder der entsprechenden Zahlungsströme mindert oder ganz aufzehrt. Wenn mehrere Infrastrukturprojekte, in die die Gesellschaft investiert ist, insolvent

werden, kann dies im Extremfall zum Totalverlust der von den Anlegern in die Gesellschaft getätigten Investitionen führen.

Die Kosten für den Erwerb und die Verwaltung von Infrastrukturprojekten können höher sein als geplant, z. B. wenn neue Kostenarten hinzukommen oder wenn geplante oder bekannte Kosten die vorgesehenen Beträge übersteigen.

Investitionen in Infrastrukturprojekte sind häufig in hohem Maße fremdfinanziert. Es kann nicht garantiert werden, dass die Zinssätze unverändert bleiben und dass die erforderliche Anschlussfinanzierung (für die Finanzierung, die vor der Finanzierung für die Gesellschaft bereitgestellt wurde) gewährt wird, insbesondere im Falle einer Veränderung des makroökonomischen Umfelds und/oder der Marktbedingungen seit der Investition.

Die Bewertung von Infrastrukturprojekten kann im Laufe der Zeit aufgrund der allgemeinen und spezifischen Marktsituation erheblich und dauerhaft von der ursprünglichen Bewertung abweichen. Nachteilige Entwicklungen können dazu führen, dass Infrastrukturprojekte ganz oder teilweise abgeschrieben werden müssen. Dies führt zu Verlusten für die Gesellschaft. Eine Investition in die Gesellschaft ist daher nur für Anleger geeignet, die im Falle unerwarteter nachteiliger Entwicklungen einen Verlust hinnehmen können.

Sollten andere Investoren der Infrastrukturprojekte ihren Einlagepflichten nicht nachkommen, können die verbleibenden Investoren verpflichtet sein, diesen Ausfall durch vorzeitige Inanspruchnahme zu kompensieren. Soweit dies bedeutet, dass die Gesellschaft weniger Investitionen in andere Infrastrukturprojekte tätigen kann, hat eine ungeplante Entwicklung eines bestehenden individuellen Infrastrukturprojekts erhebliche Auswirkungen auf die Wertentwicklung der Vermögenswerte der Gesellschaft (Diversifikationsrisiko). Wenn die Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt bereits mit allen für Investitionszwecke zur Verfügung stehenden Mitteln Zeichnungsverpflichtungen für Infrastrukturprojekte eingegangen ist, kann die Gesellschaft in Bezug auf Infrastrukturprojekte in Verzug geraten und unterläge in diesem Fall den häufig ungünstigen Ausfallregeln (im Einzelfall bis zum Ausschluss) der Infrastrukturprojekte (Sanktionsrisiko).

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Liquidität der von der Gesellschaft finanzierten Investitionen in Infrastrukturprojekte in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht stark eingeschränkt ist. Insbesondere werden die Investitionen in der Regel nicht öffentlich gehandelt und können daher während der Laufzeit des Infrastrukturprojekts gelegentlich mit einem erheblichen Abschlag verkauft werden. Es ist nicht sichergestellt, dass sich ein geeigneter Markt für diese Investition entwickeln wird. Daher muss von einer langfristigen Kapitalbindung ausgegangen werden.

Die Infrastrukturprojekte dürften im Großherzogtum Luxemburg selten dem Gesetz unterliegen. Der rechtliche Rahmen kann daher auch erheblich vom europäischen Standard abweichen. Dies kann zu weniger Rechtssicherheit führen, beispielsweise bei der Durchsetzung von Ansprüchen.

Bei Investitionen im Infrastrukturbereich können zusätzliche Kosten entstehen, insbesondere durch die teilweise oder vollständige Verweigerung notwendiger staatlicher Konzessionen und Genehmigungen sowie deren nachteilige Änderung oder Aufhebung, die Beseitigung von Baufehlern und baulichen Mängeln an Infrastrukturanlagen, den Ausfall oder die ineffiziente Nutzung von Infrastrukturanlagen aus technischen Gründen sowie Preissteigerungen bei den für Infrastrukturanlagen benötigten Rohstoffen und die Beseitigung von durch Infrastrukturanlagen verursachten Umweltschäden.

Darüber hinaus können Infrastrukturanlagen auch besonderen unkontrollierbaren Risiken wie Naturkatastrophen (Erdbeben, Überschwemmungen, Stürme, Blitzschlag, Feuer usw.), Arbeitskonflikten, Krieg und Bürgerkrieg oder Terrorismus ausgesetzt sein. Unter bestimmten Umständen können diese Risiken nicht vollständig oder zu wirtschaftlichen Konditionen versichert werden. Der Eintritt eines solchen Risikos würde sich auf den Wert der Investitionen in die Gesellschaft auswirken.

38 Private-Equity-Risiken

38.1 Illiquide zugrunde liegende Anlagen

Es wird davon ausgegangen, dass Private-Equity-Anlagen vorwiegend illiquide sind, und es gibt keine Garantie dafür, dass diese Anlagen Renditen erwirtschaften können, dass die Renditen risikoangepasst sind oder dass mit der Umsetzung der Anlagestrategie die Ziele der Private-Equity-Anlage erreicht werden. In einigen Fällen kann es der Gesellschaft untersagt sein, bestimmte Private-Equity-Anlagen während eines bestimmten Zeitraums zu veräußern. Der realisierbare Wert einer Anlage kann zu einem bestimmten Zeitpunkt geringer sein als der innere Wert. Darüber hinaus kann es bei einigen Private-Equity-Anlagen sehr lange dauern, bis sie veräußert werden können.

38.2 Langfristige Investition

Die Gesellschaft kann auch Private-Equity-Investitionen tätigen, die möglicherweise nicht zu attraktiven Bewertungen verkauft werden können, bevor die Gesellschaft aufgelöst werden kann. Die Gesellschaft muss möglicherweise Private-Equity-Anlagen zu einem ungünstigen Zeitpunkt veräußern, wenn sie aufgelöst wird.

38.3 Abhängigkeit vom Management der Portfoliounternehmen

Die Managementteams der Portfoliounternehmen, in die die Gesellschaft investieren kann, sind für die Führung der Geschäfte der Portfoliounternehmen verantwortlich. Diesen Teams können Vertreter anderer Finanzinvestoren angehören, mit denen die Gesellschaft nicht verbunden ist, und es kann zu Interessenkonflikten kommen. Es kann nicht garantiert werden, dass das bestehende Managementteam eines Portfoliounternehmens in der Lage sein wird, dieses Portfoliounternehmen entsprechend den Erwartungen der Gesellschaft zu führen.

38.4 Verbesserung des Geschäftsbetriebs

Der Erfolg der Private-Equity-Anlagestrategie der Gesellschaft kann zum Teil von der Fähigkeit des jeweiligen Managers abhängen, den Geschäftsbetrieb eines Portfoliounternehmens umzustrukturieren und zu verbessern. Es kann nicht garantiert werden, dass der Manager in der Lage sein wird, solche Maßnahmen erfolgreich zu identifizieren und umzusetzen.

38.5 Umweltbelange

Der reguläre Betrieb oder der Eintritt eines Unfalls im Zusammenhang mit einem Vermögenswert eines Portfoliounternehmens könnte erhebliche Umweltschäden verursachen, die erhebliche finanzielle Schwierigkeiten für diesen Vermögenswert oder dieses Portfoliounternehmen bedeuten können, wenn diese Schäden nicht durch eine Versicherung abgedeckt sind. Durch neue und strengere Umwelt- oder Arbeitsschutzgesetze, Vorschriften und Genehmigungsaufgaben könnten einem Portfoliounternehmen erhebliche zusätzliche Kosten entstehen.

Selbst in Fällen, in denen die Gesellschaft vom Verkäufer in Bezug auf eine Investition gegen Forderungen aufgrund von Verstößen gegen Umweltgesetze und -vorschriften schadlos gehalten wird, kann nicht zugesichert werden, dass der Verkäufer finanziell in der Lage ist, den Schaden zu ersetzen, oder dass die Gesellschaft solche Entschädigungsansprüche durchsetzen kann.

38.6 Gehebelte Kapitalstrukturen

Die Gesellschaft wird voraussichtlich Portfoliounternehmen umfassen, deren Kapitalstruktur sich durch eine erhebliche Hebelung auszeichnet. Investitionen in gehebelte Unternehmen bieten die Chance auf Kapitalzuwachs, sind aber auch mit einem hohen Risiko verbunden. Die gehebelte Kapitalstruktur solcher Portfoliounternehmen macht die Portfoliounternehmen anfälliger für nachteilige wirtschaftliche Faktoren wie steigende Zinssätze, Konjunkturabschwünge oder eine Verschlechterung der Verfassung der Portfoliounternehmen, und für diese Portfoliounternehmen können restriktive Covenants für Finanzierung und Betrieb gelten. Diese Hebelwirkung kann schwerwiegendere nachteilige Folgen für diese Portfoliounternehmen haben. Darüber hinaus können steigende Zinssätze erhebliche Auswirkungen auf die Rentabilität oder Überlebensfähigkeit solcher Unternehmen haben.

39 Investitionen in Schuldtitel

39.1 Risiken in Verbindung mit Infrastruktur-Fremdkapitalbeteiligungen

Infrastruktur-Fremdkapitalbeteiligungen sind relativ illiquide, insbesondere in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Die Fähigkeit der Gesellschaft, Änderungen an ihren Investitionen als Reaktion auf veränderte wirtschaftliche und andere Bedingungen vorzunehmen, ist begrenzt. Infrastruktur-Fremdkapitalbeteiligungen, die von der Gesellschaft gezeichnet oder erworben wurden, können aus einer Vielzahl von Gründen notleidend werden. Solche notleidenden Infrastruktur-Fremdkapitalbeteiligungen können umfangreiche Verhandlungen zur Kreditabwicklung und/oder Restrukturierungen erfordern, die unter anderem eine erhebliche Senkung des Zinssatzes und eine erhebliche Abschreibung des Kapitalbetrags solcher Anleihen nach sich ziehen können. Doch selbst wenn eine Restrukturierung erfolgreich abgeschlossen wurde, besteht das Risiko, dass bei Fälligkeit eines solchen Infrastruktur-Schuldtitels keine Ersatzfinanzierung zur Verfügung steht. Der Erwerb von Beteiligungen an Infrastrukturdarlehen birgt viele der gleichen Risiken wie Investitionen in Infrastrukturdarlehen und darüber hinaus das Risiko der Illiquidität und der mangelnden Kontrolle. Möglicherweise hält der AIFM es für notwendig oder sinnvoll, die Sicherheiten, die zur Absicherung eines oder mehrerer der von der Gesellschaft erworbenen Infrastrukturdarlehen gestellt wurden, zu verwerten. Der Verwertungsprozess kann langwierig und teuer sein. Kreditnehmer wehren sich häufig gegen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, indem sie alle möglichen Ansprüche, Gegenansprüche und Einreden gegen den Inhaber eines Infrastrukturdarlehens geltend machen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Haftungsansprüche und Einreden des Kreditgebers, selbst wenn diese Vorbringen jeder Grundlage entbehren, nur um die Zwangsvollstreckung in die Länge zu ziehen. In einigen Ländern können Zwangsvollstreckungsmaßnahmen bis zu mehreren Jahren oder länger dauern. Während des Zwangsvollstreckungsverfahrens kann der Kreditnehmer jederzeit Konkurs anmelden, was zur Folge hätte, dass die Zwangsvollstreckung ausgesetzt wird und sich das Zwangsvollstreckungsverfahren weiter verzögert. Eine Zwangsvollstreckung beschädigt in der Regel das Ansehen des als Sicherheit dienenden Objekts in der Öffentlichkeit und kann zu Problemen bei der Vermietung und Verwaltung des Objekts führen. Darüber hinaus können bestimmte Hypothekendarlehen, in die die Gesellschaft investiert, so strukturiert sein, dass der gesamte oder ein wesentlicher Teil des Kapitalbetrags erst bei Fälligkeit gezahlt wird, was das Risiko eines Ausfalls zu diesem Zeitpunkt erhöht.

39.2 Investitionen in Schuldinstrumente im Allgemeinen

Die Gesellschaft kann Fremdkapitalbeteiligungen, einschließlich besicherter Schuldinstrumente, erwerben. Neben dem Risiko des Ausfalls des Kreditnehmers werden die Sicherheiten in Zeiten, in denen die Gesellschaft versucht, die Kontrolle über den zugrunde liegenden Infrastrukturvermögenswert zu erlangen, möglicherweise unzulänglich verwaltet oder verlieren anderweitig an Wert. Es kann sein, dass ein wesentlicher Teil der Investitionen der Gesellschaft in Fremdkapitalbeteiligungen kein Rating einer anerkannten Ratingagentur hat. Die Kreditqualität kann sich regelmäßig verbessern oder verschlechtern.

Es besteht das Risiko einer ungünstigen Entwicklung des Markts für Fremdkapitalbeteiligungen, was letztlich dazu führen kann, dass die Gesellschaft aufgrund eines Zusammenbruchs des betreffenden Markts keine Fremdkapitalbeteiligungen zu rentablen Bedingungen erwerben kann.

39.3 Wettbewerb um Fremdkapitalbeteiligungen

Die von der Gesellschaft zu tätigen Investitionen sind von Natur aus spekulativ, und es besteht die Möglichkeit eines teilweisen oder vollständigen Verlusts des investierten Kapitals. Es besteht das Risiko, dass die von der Gesellschaft angestrebten Renditen nicht erreicht werden.

Die Ermittlung und Strukturierung von Transaktionen mit Fremdkapitalbeteiligungen der Art, wie sie von der Gesellschaft angestrebt werden, ist ein Bereich, in dem starker Wettbewerb herrscht. Darüber hinaus hängt die Verfügbarkeit von Anlagemöglichkeiten im Allgemeinen von den Marktbedingungen ab. Darüber hinaus kann die Gesellschaft einem zunehmenden Wettbewerb um attraktive Anlagen seitens bestehender Fonds und neuer Investoren mit ähnlichen Anlagezielen ausgesetzt sein, von denen einige möglicherweise über größere finanzielle Ressourcen als die Gesellschaft verfügen. Dementsprechend kann nicht zugesichert werden, dass die Gesellschaft in der Lage sein wird, in Zukunft attraktive Investitionen zu ermitteln und abzuschließen oder das zugesagte Kapital vollständig zu investieren.

39.4 Marktrisiko

Da die Gesellschaft in verzinsliche Darlehen investieren kann, können sich Zinsänderungen auf die Bewertung der Darlehen und den Nettoinventarwert der Gesellschaft auswirken. Bei Fälligkeit der einzelnen Darlehen besteht das Risiko von Zinsänderungen. Steigende Zinssätze können bei Fälligkeit des Darlehens zu einem Refinanzierungsproblem führen.

39.5 Vorrangige Forderungen

Je nach den Gesetzen und Vorschriften der jeweiligen Länder, in denen die Gesellschaft investieren kann, kann sie einen Anspruch auf Sicherheiten haben, der im Vergleich zu den Ansprüchen anderer Gläubiger, wie z. B. den Steuer- und Sozialversicherungsbehörden, nachrangig ist. Daher ist die Gesellschaft im Falle eines Ausfalls des Schuldners möglicherweise nicht in der Lage, einen Teil oder die gesamte Forderung aus der als Sicherheit für das Darlehen gestellten Infrastruktur zurückzuerlangen.

39.6 Mit immateriellen Vermögenswerten besicherte Fremdkapitalbeteiligungen

Ein Teil der Fremdkapitalbeteiligungen kann auch mit immateriellen Vermögenswerten des Kreditnehmers besichert sein (z. B. Bürgschaften auf erstes Anfordern oder Bürgschaften Dritter). In diesem Fall können die Ansprüche der Gesellschaft gegenüber einem Kreditnehmer den Ansprüchen anderer abgesicherter Gläubiger, zu deren Gunsten Sicherheiten für Sachvermögen des betreffenden Kreditnehmers gestellt wurden, nachgeordnet sein. In einem

solchen Fall sind die durch materielle Vermögenswerte abgesicherten Gläubiger in der Regel berechtigt, ihre Ansprüche gegenüber dem Kreditnehmer aus den Erlösen aus der Verwertung dieser materiellen Sicherheiten zu befriedigen, bevor die Ansprüche der abgesicherten Gläubiger, zu deren Gunsten immaterielle Sicherheiten gestellt wurden, aus diesen Erlösen bezahlt werden.

39.7 Laufzeit von Fremdkapitalbeteiligungen

Die Laufzeit einer Fremdkapitalbeteiligung kann länger sein als die Laufzeit anderer gleichrangiger verbriefter Forderungen des betreffenden Kreditnehmers. Unter sonst gleichen Umständen werden Fremdkapitalbeteiligungen mit längerer Laufzeit zu einem höheren Zinssatz verzinst, auch um die Gesellschaft für das höhere Risiko zu entschädigen, das mit einer Anlage mit längerer Laufzeit verbunden ist. Ein Darlehensnehmer ist möglicherweise in der Lage, Kreditverbindlichkeiten mit kürzerer Laufzeit zurückzahlen, jedoch nicht, Darlehen aus einer Fremdkapitalbeteiligung mit längerer Laufzeit zu tilgen.

39.8 Angestrebte Renditen

Die Gesellschaft tätigt Investitionen auf der Grundlage der Schätzungen oder Prognosen des Portfolioverwalters zur Kapitalrendite. Den Anteilsinhabern kann nicht zugesichert werden, dass die tatsächliche Kapitalrendite der angegebenen angestrebten Rendite für die Anteilsinhaber entspricht oder darüber hinausgeht.

39.9 Konzentrationsrisiko

Aufgrund der Art der Vermögenswerte (umfangreiche infrastrukturbesicherte Darlehen) ist die Gesellschaft anfällig für eine Emittentenkonzentration.

40 Risiken in Verbindung mit Investitionen in erneuerbare Energien

Investitionen der Gesellschaft können über Unternehmen, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind, und/oder direkt getätigt werden. Im Allgemeinen entwickeln, bauen, erneuern und/oder erwerben Unternehmen für erneuerbare Energien Anlagen von Dritten zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, zur Energiespeicherung, zur Übertragung von Energie, andere Energieinfrastrukturen und/oder ergänzende Investitionen, Nutzungsrechte zum Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, der Energiespeicherung, der Übertragung von Energie, von anderer Energieinfrastruktur und/oder halten andere Vermögenswerte, wenn diese Vermögenswerte ergänzend dem Hauptzweck eines solchen Unternehmens dienen oder notwendig sind oder bloß der Entwicklung seiner Aktivitäten dienlich sind. Daher ist die Gesellschaft einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die mit den Aktivitäten von Unternehmen für erneuerbare Energien verbunden sind:

40.1 Erwerbsrisiko

Es kann nicht garantiert werden, dass alle Erwerbe von Kraftwerken und/oder Infrastrukturen oder Betreibergesellschaften frei von Belastungen Dritter sind. Die Gesellschaft unterliegt daher dem Risiko, dass ein bestimmter Erwerb oder eine bestimmte Investition nicht oder nur zu erheblich höheren Kosten durchgeführt werden kann. Einem Unternehmen für erneuerbare Energien können auch unvorhergesehene Kosten entstehen, um seine Rechtsstellung in Bezug auf einen bestimmten Erwerb oder eine bestimmte Investition durchzusetzen. Wenn in einem solchen Fall keine Entschädigung von dem betreffenden Verkäufer (oder seinem Bürgen) erlangt werden kann, kann die Fähigkeit dieses Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft

gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Kommt ein Erwerb nicht zustande oder kann nicht abgeschlossen werden, trägt die Gesellschaft alle damit verbundenen Kosten. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.2 Risiko von Verzögerungen bei Anlagen für erneuerbare Energien

Die Gesellschaft unterliegt dem Risiko, dass sich die Fertigstellung bestimmter Anlagen verzögert, z. B. aufgrund längerer Genehmigungsverfahren, verspäteter Lieferung einzelner Komponenten, von schlechtem Wetter, Materialfehlern, Konstruktionsfehlern, Streiks oder anderen ungeplanten Verzögerungen bei der Erschließung oder dem Bau, ohne dass eine Entschädigung erfolgt. Wenn ein solches Risiko eintritt, könnten sich die Erzeugung und Lieferung von Energie und/oder die Erzielung sonstiger Einkünfte erheblich verzögern, was die Fähigkeit dieses Unternehmens für erneuerbaren Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflussen kann. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.3 Entwicklungsrisiko

Die Gesellschaft unterliegt dem Risiko einer erfolglosen Entwicklung (in einer späten Entwicklungsphase). Während der Entwicklung der betreffenden Standorte, Anlagen und/oder Infrastrukturen besteht die Möglichkeit, dass das Unternehmen für erneuerbare Energien z. B. nicht in der Lage ist, bestimmte oder alle erforderlichen Rechte oder Genehmigungen, ausreichende Finanzierungen, Versicherungen oder Garantien zu erhalten, die veranschlagten Investitionsausgaben einzuhalten oder hinreichende Ressourcen für Planung, Konstruktion und Transport zu sichern. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass die Beschaffenheit oder der Zustand des vorgesehenen Baugebiets von geologischen, geophysikalischen oder geotechnischen Untersuchungen oder Befunden abweicht. Fehler oder Abweichungen von der Planung während der Entwicklungsphase können zu zusätzlichen Kosten oder Aufwendungen für das Unternehmen für erneuerbare Energien oder im schlimmsten Fall zum Scheitern der Entwicklung der betreffenden Standorte, Anlagen und/oder Infrastrukturen führen. Wenn keine Entschädigung von Dritten (oder ihren Bürgen) erlangt werden kann, kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.4 Risiko in Verbindung mit der Bauleitung

Sofern die Planung, die Entwicklung und der Bau von Kraftwerken, Anlagen und/oder Infrastrukturen von Dritten übernommen werden, liegen diese Tätigkeiten außerhalb der direkten Kontrolle der Unternehmen für erneuerbare Energien. Bei der Planung, der Entwicklung und dem Bau der entsprechenden Standorte, Anlagen und/oder Infrastrukturen besteht die Möglichkeit, dass das Unternehmen für erneuerbare Energien nicht in der Lage ist, den verantwortlichen Dritten kontinuierlich zu beaufsichtigen. Fehler oder Abweichungen von der Planung während der Entwicklungsphase können zu zusätzlichen Kosten oder Aufwendungen für das Unternehmen für erneuerbare Energien führen. Wenn keine

Entschädigung von dem betreffenden Dritten (oder seinem Bürgen) erlangt werden kann, kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.5 Risiko von Baufehlern oder -mängeln

Die Gesellschaft unterliegt dem Risiko, dass die Kraftwerke, Anlagen und/oder Infrastrukturen aufgrund von Baufehlern oder -mängeln nicht voll funktionsfähig sind. Wenn ein Dritter potenziell für die Reparatur oder Behebung eines solchen Mangels haftet, besteht das Risiko, dass dieser Dritte die Reparatur oder Behebung nicht innerhalb der vereinbarten Frist oder überhaupt nicht durchführt. Dies könnte zu Betriebsausfällen oder Störungen der Kraftwerke, Anlagen und/oder Infrastrukturen sowie zu Verzögerungen bei der Energieerzeugung oder -versorgung führen. Darüber hinaus kann der Dritte die Ansprüche des Unternehmens für erneuerbare Energien bestreiten oder es kann keine Einigung über das Vorliegen eines Fehlers oder eines Mangels erzielt werden.

Außerdem kann es sein, dass der Dritte finanziell nicht mehr in der Lage ist, die entsprechende Entschädigung an das Unternehmen für erneuerbare Energien zu zahlen, und dass die betreffenden Mängel nicht ausreichend oder überhaupt nicht durch eine andere Gewährleistung abgedeckt sind. Selbst wenn solche Mängel von der Gewährleistung abgedeckt sind, besteht die Möglichkeit, dass diese Mängel erst nach Ablauf der Gewährleistungsfrist auftreten oder dass die entsprechenden Schäden über den Umfang der Gewährleistung hinausgehen und daher nicht vollständig ersetzt werden.

Wenn eines der oben genannten Risiken eintritt, kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.6 Risiko in Verbindung mit dem Fehler vorgeschriebener behördlicher Genehmigungen

Für den Bau und den Betrieb von Kraftwerken, Anlagen und/oder Infrastrukturen müssen in den meisten Ländern behördliche Genehmigungen eingeholt werden. Selbst bei sorgfältiger Planung und Prüfung kann nicht garantiert werden, dass alle erforderlichen Genehmigungen oder Lizenzen für den Bau und den Betrieb der jeweiligen Kraftwerke, Anlagen und/oder Infrastrukturen in den betreffenden Ländern erteilt wurden oder werden. Die Gesellschaft unterliegt auch dem Risiko, dass eine bestimmte Genehmigung oder Lizenz geändert oder entzogen wird oder abläuft und nicht verlängert werden kann, was zur Aussetzung oder Verzögerung des Betriebs des betroffenen Kraftwerks, der Anlage und/oder der Infrastrukturen führen kann. Darüber hinaus kann die Inbetriebnahme der Kraftwerke, Anlagen und/oder Infrastrukturen von bestimmten behördlichen Auflagen abhängig gemacht werden. Dies kann auch den Betrieb der Standorte, Anlagen und/oder Infrastrukturen verzögern und/oder die Betriebskosten erhöhen. Wenn ein solches Risiko eintritt, kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig

beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.7 Risiko in Verbindung mit unbekanntem Verbindlichkeiten

Die Gesellschaft unterliegt dem Risiko, dass ein Unternehmen für erneuerbare Energien vertraglich oder gesetzlich Verbindlichkeiten übernimmt, die vor dem Erwerb der betreffenden Betriebsgesellschaften oder der Anlagen für erneuerbare Energien bestanden, aber vom Verkäufer oder früheren Eigentümer gegenüber dem betreffenden Unternehmen für erneuerbare Energien und/oder der Gesellschaft nicht offengelegt wurden, unabhängig davon, ob die Gesellschaft, der AIFM und/oder der Portfolioverwalter eine Due-Diligence-Prüfung durchgeführt hat oder nicht. Solche Verbindlichkeiten i) sind möglicherweise nicht durch eine Gewährleistung des Verkäufers oder Eigentümers der betreffenden Anteile oder Vermögenswerte abgedeckt, ii) entstehen oder treten möglicherweise erst nach Ablauf der Gewährleistungsfrist auf oder iii) gehen möglicherweise über den Umfang der betreffenden Gewährleistung hinaus und können daher nicht in vollem Umfang eingefordert werden.

Darüber hinaus kann nicht garantiert werden, dass die Unternehmen für erneuerbare Energien immer alle Verunreinigungen oder Belastungen auf unbebauten Liegenschaften oder in fertigen Objekten, die sie erwerben, vollständig untersuchen, ermitteln und bewerten können. Bei bestimmten Investitionen, Anlagen oder Liegenschaften im Bereich der erneuerbaren Energien wird möglicherweise keine Due-Diligence-Prüfung durchgeführt, und das Risiko oder das Vorhandensein von Belastungen auf der betreffenden Liegenschaft kann selbst dann falsch eingeschätzt oder ermittelt werden, wenn eine entsprechende Due-Diligence-Prüfung durchgeführt wird. Darüber hinaus ist der Ausgleich oder die Entschädigung durch die Verkäufer der betreffenden Investitionen, Immobilien oder Grundstücke im Bereich der erneuerbaren Energien in der Regel begrenzt oder ausgeschlossen und daher nicht oder nicht ausreichend verfügbar.

Die Beseitigung von Verunreinigungen oder anderen Belastungen auf Liegenschaften, die für die weitere Nutzung dieser Liegenschaften erforderlich ist oder von den Aufsichtsbehörden angeordnet wird, dürfte für die Unternehmen für erneuerbare Energien mit hohen Kosten verbunden sein. Wenn eines der oben genannten Risiken eintritt, kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.8 Due-Diligence-Risiken

Teil der Strategie der Gesellschaft ist der Erwerb von Anlagen für erneuerbare Energien in Sektoren, in denen sie zunächst keine Portfoliopräsenz hat. Solche Erwerbe sind mit einer Reihe von besonderen Risiken verbunden, z. B. dass wesentliche Risiken oder Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den erworbenen Anlagen für erneuerbare Energien vor deren Erwerb nicht erkannt wurden. Um diese Risiken zu mindern, führen die Gesellschaft, der AIFM und/oder der Portfolioverwalter bestimmte Due-Diligence-Prüfungen in Bezug auf die potenziellen Investitionen der Gesellschaft durch. Eine solche Due-Diligence-Prüfung kann eine Überprüfung der von Unternehmen, die in regulierten Branchen tätig sind, offenzulegenden Informationen wie wesentliche Dokumente, Managementpräsentationen, Befragungen des Managements und bestimmte unabhängige Berichte über Projekte und ihre

Vermögenswerte sowie unabhängige Analysen umfassen. Der Umfang der durchgeführten Due-Diligence-Prüfung ist jedoch unterschiedlich, und es kann nicht garantiert werden, dass eine solche Due-Diligence-Prüfung gründlich oder schlüssig ist und dass alle wesentlichen Risiken potenzieller Investitionen ermittelt werden. Darüber hinaus könnten die Kosten im Zusammenhang mit einer solchen Due-Diligence-Prüfung beträchtlich sein. Es kann sein, dass die Gesellschaft bei Ausschreibungen nicht den Zuschlag erhält und in diesem Fall die im Zusammenhang mit nicht erfolgreichen Geboten angefallenen Kosten nicht erstattungsfähig sind.

40.9 Verjährung von Ansprüchen und der Vollstreckung

Die Gesellschaft ist dem Risiko ausgesetzt, dass Rechtsmängel oder andere Mängel in Bezug auf die von einem Unternehmen für erneuerbare Energien erworbenen Anteile oder Liegenschaften nicht durch eine Gewährleistung oder Garantie des jeweiligen Verkäufers oder Emittenten abgedeckt sind oder die entsprechenden Mängel erst nach Ablauf der entsprechenden Gewährleistungsfrist auftreten oder dass die entsprechenden Schäden den Umfang der Gewährleistung übersteigen und daher nicht vollständig ersetzt werden können.

Darüber hinaus besteht das Risiko, dass der betreffende Schuldner seinen Verpflichtungen aus dem vereinbarten Gewährleistungs-, Haftungs- und Freistellungsvertrag nicht nachkommt oder die bei der Übergabe der betreffenden Objekte festgestellten Mängel nicht beheben kann, auch wenn die betreffenden Ansprüche nicht verjährt sind. Werden technische Mängel festgestellt, so trägt das Unternehmen für erneuerbare Energien die Beweislast dafür, dass diese Mängel bereits zum Zeitpunkt des Erwerbs dieser Objekte vorhanden waren. Gleiches gilt für Garantien, die Dritte zugunsten der Unternehmen für erneuerbare Energien abgegeben haben. In diesem Zusammenhang trägt die Gesellschaft das Risiko, dass die Unternehmen für erneuerbare Energien keine ausreichenden Nachweise z. B. für eine Verschlechterung der Effizienz der Kraftwerke erbringen können und daher kein Entschädigungs- oder Ersatzanspruch besteht. In diesem Fall können aufgrund der Mängel zusätzliche Herstellungskosten anfallen. Sollte eines der oben genannten Risiken eintreten, könnte dies die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigen und zu Verlusten aus Anteilen führen.

40.10 Risiko in Verbindung mit Fremdfinanzierung

Die Unternehmen für erneuerbare Energien können den Erwerb oder den Bau von Kraftwerken, Anlagen und/oder Infrastrukturen durch Fremddarlehen oder andere Instrumente finanzieren, entweder allein oder gegebenenfalls gemeinsam mit Dritten in einem Konsortium. Die Gesellschaft unterliegt dem Risiko, dass der Darlehensgeber des jeweiligen Darlehens für den Erwerb von Kraftwerken, Anlagen und/oder Infrastrukturen das Darlehen nicht gewährt oder nicht gewähren kann. In diesem Fall muss eine alternative Finanzierung für den Erwerb dieser Kraftwerke, Anlagen und/oder Infrastrukturen beschafft werden. Ist eine alternative Finanzierung nicht oder nur zu ungünstigeren Konditionen möglich, könnten die betreffenden Unternehmen für erneuerbare Energien insolvent werden und somit einen Teil- oder Totalverlust ihrer Investitionen in erneuerbare Energien erleiden, insbesondere in Bezug auf diejenigen Investitionen in erneuerbare Energien, deren Forderungen gegenüber anderen Gläubigern nachrangig sind. Im Falle einer Minderheitsbeteiligung an einem Konsortium kann der Einfluss eines Unternehmens für erneuerbare Energien begrenzt sein, und wenn Angelegenheiten den Beschlüssen der Konsortialpartner unterliegen (z. B. Kündigung, Stundung, Forderungsverzicht), muss es möglicherweise Mehrheitsentscheidungen akzeptieren, die seiner Ansicht nach nicht im besten Interesse der Gesellschaft und/oder in seinem eigenen Interesse liegen.

40.11 Regulatorische Risiken

Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien und der entsprechende Infrastruktursektor hängen weitgehend von staatlichen Zuschüssen und Genehmigungen oder Lizenzanforderungen ab. Der Bereich der erneuerbaren Energien und der entsprechende Infrastruktursektor sind in vielen Ländern Gegenstand einer starken und sich mitunter rasch ändernden Regulierung. Daher ist die Gesellschaft dem Risiko ausgesetzt, dass die zuständigen Behörden Gesetze erlassen, die die Rechte der Unternehmen für erneuerbare Energien aus bereits geschlossenen Verträgen behindern oder ungültig machen könnten, sowie die Fähigkeit der Unternehmen für erneuerbare Energien behindern oder beeinträchtigen könnten, die erforderlichen Genehmigungen oder Lizenzen zu erhalten, die für Investitionen in erneuerbare Energien in der Entwicklungsphase erforderlich sind. Darüber hinaus können die entsprechenden Lizenzen und Genehmigungen von den zuständigen Behörden nachteilig geändert, widerrufen oder bei Ablauf nicht verlängert werden. Darüber hinaus können die zuständigen Gesetzgebungsorgane, Behörden oder andere staatliche oder kommunale Einrichtungen oder Organisationen bestehende Gesetze, Verordnungen oder Richtlinien in Zukunft ändern oder aufheben. Wenn ein solches Risiko eintritt, kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.12 Risiko einer technischen Unterbrechung oder Störung im Zusammenhang mit Anlagen für erneuerbare Energien

Im Bereich der erneuerbaren Energien sind die Anlagen und Einrichtungen zur Stromerzeugung und -übertragung technisch komplex und sensibel. Aufgrund des Zusammenspiels verschiedener Teile unterschiedlicher Hersteller können technische Störungen auftreten. Es besteht auch die Möglichkeit, dass einzelne Komponenten defekt sind oder die Stromerzeugungskapazität geringer ist als prognostiziert oder dass die (allgemeine) Nutzbarkeit nicht gegeben ist. Die Gesellschaft ist daher dem Risiko ausgesetzt, dass die technischen Defekte oder Fehler außerhalb des Geltungsbereichs der Gewährleistung liegen oder erst nach Ablauf der Gewährleistungsfrist auftreten, was zu zusätzlichen Kosten für die Wiederherstellung oder Reparatur führt, die von den Unternehmen für erneuerbare Energien ohne Entschädigung getragen werden müssen. Darüber hinaus kann es zu Störungen bei der Umwandlung in Strom und der Einspeisung in das örtliche Stromnetz kommen. Bei Störungen im gesamten Netz kann der erzeugte Strom weder gemessen noch erfasst werden. Dadurch kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.13 Risiken in Verbindung mit der allgemeinen technischen Auslegung der Anlage im Zusammenhang mit Investitionen in erneuerbare Energien

Im Bereich der erneuerbaren Energien sind die Anlagen und Einrichtungen zur Stromerzeugung und -übertragung nicht nur technisch hochkomplex und sensibel, sondern die entsprechenden Technologien sind auch relativ neu. Abhängig von der eingesetzten

Technologie gibt es möglicherweise nur begrenzte Langzeiterfahrungen mit der Lebensdauer von Kraftwerken. In einigen Fällen gibt es weltweit nur wenig vergleichbare Anlagen, anhand derer sich die Lebensdauer der Anlagen prognostizieren lässt. Es besteht daher das Risiko, dass die Kraftwerke aus unvorhersehbaren Gründen nicht über den gesamten Prognosezeitraum für den vorgesehenen Zweck genutzt werden können oder den prognostizierten Wirkungsgrad nicht erreichen bzw. halten. Es können zusätzliche Kosten für die Erneuerung oder den Ersatz der Kraftwerke oder ihrer Anlagenteile anfallen. Insbesondere besteht das Risiko einer Beschädigung oder gar Zerstörung der Anlagen durch extreme Witterungsbedingungen wie Stürme, Hagel, Schnee/Eis, Erdbeben und andere geologische Risiken, die in Zukunft verstärkt auftreten dürften und auch in bisher unproblematisch erscheinenden Gebieten oder Regionen auftreten können.

Darüber hinaus besteht aufgrund der geografischen Lage der Standorte der Anlagen (z. B. Flussnähe) die Gefahr einer erhöhten Korrosion oder eines erhöhten Verschleißes von Anlagenteilen, was zu zusätzlichen Wartungskosten oder Aufwendungen führen kann. Durch solche Umstände kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.14 Risiko der Abweichung der prognostizierten Energieerträge bei Anlagen für erneuerbare Energien

Bei Investitionen in erneuerbare Energien hängt die Entscheidung, ob und wo ein Kraftwerk zur Erzeugung erneuerbarer Energien gebaut oder erworben wird, oft von der Prognose der jährlichen Energieerträge ab. Solche Vorhersageberechnungen beruhen in erster Linie auf Wetterdaten (z. B. Windgeschwindigkeit oder Sonneneinstrahlung). Die Gesellschaft unterliegt dem Risiko, dass der tatsächliche Energieertrag aufgrund veränderter klimatischer Bedingungen von den prognostizierten Energieerträgen abweicht. Dies kann zu geringeren Renditen für die Anleger oder sogar zum teilweisen oder vollständigen Verlust ihrer Anlage führen.

40.15 Meteorologische Risiken bei Anlagen für erneuerbare Energien

Bei Anlagen für erneuerbare Energien bestehen die Einnahmen der Unternehmen für erneuerbare Energien fast ausschließlich aus der Vergütung für die Einspeisung des erzeugten Stroms und hängen insbesondere von der aktuellen Erzeugungsmenge ab, die an den Netzbetreiber geliefert wird. Dies wiederum hängt in hohem Maße von den tatsächlichen Witterungsbedingungen ab, die auf die Kraftwerke einwirken, und damit von der nutzbaren Windstärke oder Sonneneinstrahlung am jeweiligen Standort. Die tatsächlichen jährlichen Windgeschwindigkeiten oder Sonneneinstrahlungswerte können häufig von den langfristigen Durchschnittswerten abweichen und starke Schwankungen mit entsprechenden Auswirkungen auf die erzeugte Strommenge sind ebenfalls möglich. Es besteht auch das Risiko, dass es Zyklen von mehreren außergewöhnlich windstillen, regnerischen oder bewölkten Jahren gibt.

Darüber hinaus kann es aufgrund lokaler und globaler Klimaveränderungen zu einer geringeren Windstärke oder Sonneneinstrahlung in verschiedenen europäischen oder OECD-Regionen oder in ganz Europa und allen OECD-Mitgliedstaaten kommen. Zudem könnte eine Zunahme extremer Wetterbedingungen auch zu einer Veränderung der Windstärke oder der Sonneneinstrahlung führen. Solche Wetterbedingungen könnten nicht nur die Windstärke oder

die Sonneneinstrahlung verringern, sondern auch Schäden an den Anlagen für erneuerbare Energien verursachen.

Das Auftreten anderer geologischer Ereignisse wie Erdbeben oder Erdrutsche könnte erhebliche Auswirkungen auf die Existenz der Anlage für erneuerbare Energien haben.

Wenn ein solches Risiko eintritt, kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.16 Meteorologische Einflüsse bei Investitionen in erneuerbare Energien

Bei Investitionen in erneuerbare Energien beruhen die Prognosen für den Energieertrag weitgehend auf historischen Klimadaten und bestimmten IT-basierten Simulationen/Berechnungen. Es besteht das Risiko, dass das Mikroklima solcher Daten vorübergehend oder dauerhaft abweicht. Aufgrund des globalen Klimawandels kann es zu extremen Wetterbedingungen kommen, die zu größeren Schwankungen gegenüber den historisch aufgezeichneten Daten führen können. Klimaveränderungen können vorübergehend oder dauerhaft dazu führen, dass z. B. die Sonneneinstrahlung oder der Wind abnimmt. Dies kann dazu führen, dass über den gesamten Vorhersagezeitraum weniger Strom erzeugt wird. Wenn ein solches Risiko eintritt, kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.17 Risiko der technischen Nichtverfügbarkeit bei Anlagen für erneuerbare Energien

Bei Anlagen für erneuerbare Energien kann die technische Verfügbarkeit von Kraftwerken aufgrund von Abschaltungen oder Betriebsunterbrechungen (z. B. außerplanmäßige Reparatur- oder Wartungsarbeiten) eingeschränkt sein, sodass vorübergehend oder dauerhaft weniger oder gar kein Strom erzeugt wird. Wenn ein solches Risiko eintritt, kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.18 Risiko der Verschlechterung des Wirkungsgrads/des Leistungsverlusts bei Anlagen für erneuerbare Energien

Bei Investitionen in erneuerbare Energien ist die Gesellschaft dem Risiko ausgesetzt, dass eine Verschlechterung des Wirkungsgrads der Kraftwerke zu einer geringeren Stromerzeugung führen kann. Bei vielen Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien wird der Wirkungsgrad von den Herstellern nur teilweise garantiert. Dieser Faktor spielt eine entscheidende Rolle bei der Prognose der Energieerzeugung. Es besteht das Risiko, dass der tatsächliche Wirkungsgrad vom garantierten Wirkungsgrad abweicht (z. B. durch Verschmutzung, Bewuchs, Schnee oder Verschleiß) und dadurch die aktuelle Erzeugungsleistung beeinträchtigt wird. Darüber hinaus

kann der Leistungsverlust, die sogenannte Degradation, tatsächlich höher sein als vom Hersteller garantiert, was dazu führen kann, dass das Kraftwerk einen geringeren Umsatz erzielt. Wenn dieses Risiko eintritt, kann die Fähigkeit des betreffenden zwischengeschalteten Zielunternehmens, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.19 Risiko des Verlusts oder der Beschädigung von Kraftwerken bei Investitionen in erneuerbare Energien

Bei Investitionen in erneuerbare Energien unterliegt die Gesellschaft dem Risiko, dass die Kraftwerke zerstört oder erheblich beschädigt werden und die bestehenden Versicherungen möglicherweise nicht ausreichen, um alle Verluste und Schäden zu decken. Insbesondere können geologische Bedingungen (z. B. Überschwemmungen) zu Schäden an den Kraftwerken oder sogar zum Totalausfall der Kraftwerke führen. Dadurch kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.20 Netzanschlussrisiken bei Investitionen in erneuerbare Energien

Bei Investitionen in erneuerbare Energien unterliegt die Gesellschaft dem Risiko, dass aufgrund einer Unterbrechung des Netzanschlusses oder von Unregelmäßigkeiten in der allgemeinen Stromversorgung kein Strom erzeugt und geliefert werden kann. In einem solchen Fall erhalten die betroffenen Unternehmen für erneuerbare Energien möglicherweise keine oder nur eine geringe Entschädigung gemäß den maßgeblichen vertraglichen oder gesetzlichen Bestimmungen. Dadurch kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.21 Risiko in Verbindung mit staatlichen Subventionen und Anreizen bei Investitionen in erneuerbare Energien

Im Falle von Investitionen in erneuerbare Energien haben viele Länder Anreize in Form von Einspeisevergütungen und andere Anreize für Kraftwerkeigentümer, Händler und Netzintegratoren geschaffen, um die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern. Viele dieser staatlichen Anreize laufen aus, werden schrittweise abgeschafft, enden, sobald die zugewiesenen Mittel erschöpft sind, müssen von der zuständigen Behörde verlängert werden oder werden von den Regierungen aufgrund veränderter Marktbedingungen (wie Marktpreisschwankungen oder Überangebot an erzeugtem Strom) oder Änderungen der nationalen, staatlichen oder lokalen Energiepolitik geändert. Es besteht auch die Möglichkeit, dass die von den Unternehmen für erneuerbare Energien erworbenen Kraftwerke in Ländern betrieben werden, in denen solche Anreize gesetzlich nicht zulässig sind. In einem solchen Fall hängt der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens für erneuerbare Energien weitgehend von

den Marktbedingungen ab und unterliegt Risiken, die zu geringeren Einnahmen führen können. Dies kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflussen. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.22 Risiko in Verbindung mit der Einhaltung der Sicherheitsanforderungen

Betreiben die Unternehmen für erneuerbare Energie auch selbst Kraftwerke und/oder Infrastrukturen, gibt es allgemeine gesetzliche Sicherheitsanforderungen, die sie einhalten müssen. Im Zusammenhang mit der Einhaltung solcher Sicherheitsanforderungen können Schadenersatzansprüche gegen das Unternehmen für erneuerbare Energien entstehen, die nicht durch eine Versicherung abgedeckt sind. Dadurch kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.23 Operative und technische Risiken bei Infrastrukturinvestitionen

Investitionen in Infrastrukturanlagen können betrieblichen und technischen Risiken ausgesetzt sein, einschließlich des Risikos eines mechanischen Ausfalls, eines Mangels an Ersatzteilen, der Nichtbeachtung von Spezifikationen für den Bau, der Nichterreichung des erwarteten Wirkungsgrads, der Verfügbarkeit oder der Leistung, von Kostensteigerungen bei Kraftstoffen oder anderen notwendigen Betriebsmitteln, Pipeline- oder Abnahmeunterbrechungen, Stromausfällen, Streiks, Arbeitskämpfen, Arbeitsniederlegungen und anderen Arbeitsunterbrechungen sowie anderer unvorhergesehener Ereignisse, die sich nachteilig auf den Betrieb auswirken. Wenngleich die Gesellschaft Investitionen anstrebt, bei denen kreditwürdige und angemessen verbürgte und versicherte Dritte einen Großteil dieser Risiken tragen, kann nicht garantiert werden, dass diese Risiken ganz oder teilweise gemindert werden können, dass etwaige Rückstellungen ausreichen oder dass diese Parteien ihre Verpflichtungen erfüllen. Ein Betriebsausfall kann zum Verlust von Lizenzen, Konzessionen oder Verträgen führen, von denen eine Investition abhängt. Darüber hinaus hängt die langfristige Rentabilität von Infrastrukturanlagen nach ihrem Bau zum Teil vom effizienten Betrieb und von der effizienten Instandhaltung der Anlagen ab. Ein ineffizienter Betrieb und eine ineffiziente Instandhaltung oder Einschränkungen hinsichtlich der Kompetenzen, Erfahrung oder Ressourcen von Betriebsgesellschaften können die Renditen schmälern.

40.24 Technologierisiken bei Infrastrukturanlagen

Dieses Risiko besteht, wenn sich die Art und Weise ändert, auf die eine Dienstleistung erbracht oder ein Produkt bereitgestellt wird, und dadurch die bestehende Technologie obsolet wird. Angesichts der massiven Fixkosten, die mit dem Bau von Anlagen im Infrastrukturbereich verbunden sind, und der Tatsache, dass viele Infrastrukturtechnologien fest etabliert sind, könnte jeder mittelfristig eintretende technologische Wandel die Rentabilität eines Unternehmens für erneuerbare Energien gefährden, insbesondere aufgrund der Finanzierungsprognosen, die von einer längeren Projektlaufzeit abhängen. Sollte eine solche Änderung eintreten, gäbe es für diese Vermögenswerte nur sehr wenige alternative Verwendungsmöglichkeiten, wenn sie obsolet würden.

40.25 Risiken in Verbindung mit Nachfrage, Nutzung und Durchsatz bei Infrastrukturinvestitionen

Die Gesellschaft kann in Vermögenswerte investieren, die Risiken in Verbindung mit Nachfrage, Nutzung und Durchsatz bei Infrastrukturanlagen aufweisen. Das Restrisiko in Verbindung mit Nachfrage, Nutzung und Durchsatz kann die Wertentwicklung von Infrastrukturinvestitionen beeinflussen. Sofern sich die Annahmen in Bezug auf die Nachfrage, die Nutzung und den Durchsatz von Anlagen als falsch erweisen, könnten die Renditen für die Gesellschaft beeinträchtigt werden. Die Gesellschaft kann in Infrastrukturanlagen investieren, die ihre Umsätze im Wesentlichen aus der Erhebung von Nutzungsentgelten bei den Nutzern einer bestimmten Infrastruktur gemäß einem Vertrag oder einem regulatorischen und/oder rechtlichen Rahmen erzielen. Die Nutzer dieser direkt und/oder indirekt von der Gesellschaft betriebenen Infrastruktur könnten negativ auf Anpassungen der geltenden Nutzungsentgelte reagieren, oder der öffentliche Druck könnte die zuständigen staatlichen Behörden dazu veranlassen, die Nutzungsentgelte in Frage zu stellen, indem die Nutzungsentgelte gesenkt, die Nutzungsbedingungen gelockert, die Qualität/Quantität der Dienstleistung erhöht und die Bedingungen für die Erbringung der Dienstleistungen verschärft werden. Nutzer von Infrastruktur könnten negativ auf Nutzungsentgelte reagieren, indem sie z. B. die Nutzung der Infrastruktur vermeiden oder sich weigern, das Nutzungsentgelt zu zahlen, was zu einem geringeren Volumen und geringeren Nutzungsumsätzen führt.

Darüber hinaus könnte eine negative öffentliche Meinung oder Lobbyarbeit bestimmter Interessengruppen aufgrund von Faktoren wie der allgemeinen Wirtschaftslage, der negativen Wahrnehmung von Erhöhungen der Nutzungsentgelte bei den Verbrauchern, des Inflationsumfelds, des Volumens und der öffentlichen Meinung über die geltenden Nutzungsentgelte dazu führen, dass die Regierung Druck auf Infrastrukturanlagen ausübt, ihre Nutzungsentgelte zu senken, auf geplante Erhöhungen zu verzichten, die Nutzungsbedingungen zu lockern oder die Qualität der angebotenen Dienstleistungen zu erhöhen. Die Gesellschaft und/oder der AIFM können nicht garantieren, dass eine öffentliche Regulierungsbehörde oder eine andere öffentliche Behörde nicht versuchen wird, bestimmte Nutzerkategorien von den Nutzungsentgelten zu befreien oder niedrigere Nutzungsentgelte auszuhandeln. Sollten Infrastrukturanlagen durch öffentlichen Druck oder staatliche Maßnahmen gezwungen sein, von einer geplanten Erhöhung ihrer Nutzungsentgelte abzusehen oder sie gar zu senken, und nicht in der Lage sein, dies zu kompensieren, um das wirtschaftliche Gleichgewicht des Projekts wiederherzustellen, könnten die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Betriebsergebnisse der Gesellschaft erheblich und nachteilig beeinträchtigt werden.

40.26 Risiko in Verbindung mit dem Wettbewerbsumfeld

Bei der Bewertung einer Investition in erneuerbare Energien analysiert der AIFM das Umfeld, insbesondere den Wettbewerb. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Gesellschaft in Infrastrukturen oder Unternehmen mit Infrastrukturbezug investiert, die sich in einem Umfeld mit starkem oder zunehmendem Wettbewerb entwickeln.

Infrastrukturanlagen konkurrieren möglicherweise mit anderen Infrastrukturanlagen in der Nähe der von ihnen betriebenen Anlagen, deren Präsenz teilweise von staatlichen Plänen und politischen Maßnahmen abhängt. Ein solcher Wettbewerb kann die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Betriebsergebnisse der Gesellschaft wesentlich und nachteilig beeinflussen.

40.27 Risiken durch unvorhergesehene Ereignisse

Die Nutzung von Anlagen für erneuerbare Energien kann durch eine Vielzahl von Ereignissen, die außerhalb der Kontrolle der Gesellschaft und/oder des AIFM liegen, unterbrochen oder anderweitig beeinträchtigt werden, z. B. durch schwere Verkehrsunfälle, Naturkatastrophen

(wie Feuer, Überschwemmungen, Erdbeben und Taifune), von Menschen verursachte Katastrophen (einschließlich Terrorismus), fehlerhafter Planung und Umsetzung, Hangabbruch, Einsturz von Brücken und Tunneln, Straßenabsenkung, Energiepreise, Umweltgesetze oder -vorschriften, allgemeine Wirtschaftslage, Arbeitskämpfe und andere unvorhergesehene Umstände und Vorfälle. Wird die Nutzung einer Anlage für erneuerbare Energien aufgrund solcher Ereignisse für einen bestimmten Zeitraum ganz oder teilweise unterbrochen, könnten die Umsätze dieser Investitionen in erneuerbare Energien erheblich und dauerhaft zurückgehen, insbesondere aufgrund der Kosten für die Instandhaltung oder Wiederherstellung sowie die Stärkung des allgemeinen Vertrauens der Öffentlichkeit in solche Investitionen in erneuerbare Energien. Es kann nicht garantiert werden, dass die Versicherung solcher Anlagen für erneuerbare Energien die Haftung für Ansprüche im Zusammenhang mit der Planung, dem Bau, der Instandhaltung oder dem Betrieb solcher Anlagen für erneuerbare Energien sowie für entgangene Umsätze oder höhere Kosten aufgrund solcher Schäden abdeckt. In einigen Fällen könnten Projektverträge gekündigt werden, wenn die oben beschriebenen Ereignisse so katastrophal wären, dass sie nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder überhaupt behoben werden können. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.28 Vertragsrisiken

Soweit die Gesellschaft in Anlagen für erneuerbare Energien investiert, die durch Pacht- oder Konzessionsverträge mit staatlichen Stellen geregelt sind, besteht das Risiko, dass diese Stellen nicht in der Lage sind, ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag nachzukommen, insbesondere auf lange Sicht. Solche Pacht- oder Konzessionsverträge können auch Klauseln enthalten, die für die öffentliche Vertragspartei günstiger sind als ein typischer Geschäftsvertrag, und die Fähigkeit der Gesellschaft einschränken, die Anlage für erneuerbare Energien so zu betreiben, dass Cashflow und Rentabilität maximiert werden. Beispielsweise kann ein Pachtvertrag oder eine Konzession Kündigungsklauseln enthalten, die es einer staatlichen Stelle ermöglichen, den Vertrag unter bestimmten Umständen zu kündigen, ohne dass sie eine angemessene Entschädigung zahlen muss. Darüber hinaus verfügen staatliche Stellen über einen großen Ermessensspielraum bei der Umsetzung von Vorschriften, die sich auf die Unternehmen auswirken könnten, und da Anlagen für erneuerbare Energien grundlegende, alltägliche Leistungen bereitstellen und nur in begrenztem Maße dem Wettbewerb ausgesetzt sind, können diese Einrichtungen von politischen Erwägungen beeinflusst werden und Entscheidungen treffen, die sich nachteilig auf die Anlagen der Gesellschaft auswirken. Darüber hinaus können Pachtverträge durch den Rechtsnachfolger des Verpächters gekündigt werden.

Aufgrund ihrer Gestaltung sind Investitionen in erneuerbare Energien der Gesellschaft im Allgemeinen an Verträge gebunden, die für ihren Erfolg und die Rendite solcher Investitionen in erneuerbare Energien entscheidend sind. Daher besteht das Risiko, dass die Erträge der Gesellschaft aus den Investitionen in erneuerbare Energien geschmälert werden, wenn diese Verträge geändert werden, rechtliche Mängel aufweisen oder nicht durchsetzbar sind.

40.29 Abhängigkeit von Prognosen

Die Bewertung von Investitionen basiert unter anderem auf Finanzprognosen für das betreffende Unternehmen für erneuerbare Energien. Die prognostizierten Finanzergebnisse beruhen in der Regel primär auf der Einschätzung des AIFM und sind lediglich Schätzungen künftiger Ergebnisse, die auf den zum Zeitpunkt der Erstellung der Prognosen getroffenen Annahmen basieren. Es kann nicht garantiert werden, dass die prognostizierten Ergebnisse erreicht werden, und die tatsächlichen Ergebnisse können erheblich von den Prognosen

abweichen. Viele unvorhersehbare Faktoren, wie z. B. die allgemeine Wirtschaftslage, können die Genauigkeit der Prognosen erheblich beeinträchtigen.

40.30 Umweltrisiken

Die Tätigkeit einiger Unternehmen für erneuerbare Energien kann zahlreichen Gesetzen, Vorschriften und Bestimmungen zum Umweltschutz unterliegen.

Es besteht die Möglichkeit einer bestehenden oder zukünftigen Umweltverschmutzung, einschließlich Boden- und Grundwasserkontamination, aufgrund des Auslaufens gefährlicher Stoffe oder anderer Schadstoffe. Nach verschiedenen Umweltgesetzen, -vorschriften und -bestimmungen der jeweiligen Rechtsordnung kann ein aktueller oder früherer Eigentümer oder Betreiber eines Objekts für die Nichteinhaltung geltender Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften sowie für die Kosten der Untersuchung, Überwachung, Entfernung oder Beseitigung gefährlicher Stoffe haftbar gemacht werden. Diese Gesetze sehen häufig eine Haftung vor, unabhängig davon, ob der Eigentümer oder Betreiber von den gefährlichen Stoffen wusste oder dafür verantwortlich war.

Das Vorhandensein derartiger gefährlicher Stoffe auf einer Liegenschaft kann auch dazu führen, dass Privatpersonen Ansprüche wegen Personenschaden, Sachschaden oder ähnlichen Schäden geltend machen. Personen, die die Beseitigung oder Behandlung gefährlicher Stoffe veranlassen, könnten auch für die Kosten der Beseitigung oder Behandlung dieser Stoffe in der Beseitigungs- oder Behandlungseinrichtung haftbar gemacht werden, unabhängig davon, ob diese Anlage Eigentum dieser Person ist oder jemals von ihr betrieben wurde. Jegliche Haftung von Unternehmen für erneuerbare Energien, die aus der Nichteinhaltung von Vorschriften oder anderen Ansprüchen im Zusammenhang mit Umweltbelangen resultiert, könnte den Wert der Investitionen der Gesellschaft in diese Unternehmen für erneuerbare Energien erheblich beeinträchtigen.

40.31 Risiken in Verbindung mit Rohstoffpreisen

Einige der Investitionen in erneuerbare Energien der Gesellschaft unterliegen einem Rohstoffpreisrisiko, z. B. bei den Preisen für Strom oder Kraftstoffe. Der Betrieb und die Cashflows bestimmter Investitionen in erneuerbare Energien der Gesellschaft hängen in erheblichem Maße von den vorherrschenden Marktpreisen für Strom und Kraftstoff, insbesondere Erdgas, ab. Diese Marktpreise können in Abhängigkeit von einer Vielzahl von Faktoren schwanken, u. a. von den Wetterbedingungen, dem Angebot und der Nachfrage auf dem Auslands- und Inlandsmarkt, von Ereignissen höherer Gewalt, von Änderungen der Gesetze oder behördlichen Vorschriften, von den Preisen und der Verfügbarkeit alternativer Kraftstoffe und Energiequellen, von der internationalen politischen Lage, einschließlich der Lage im Nahen Osten, von den Maßnahmen der Organisation erdölexportierender Länder (und anderer erdöl- und erdgasproduzierender Länder) sowie von der allgemeinen Wirtschaftslage.

40.32 Risiken in Verbindung mit gemeinsamen Anlagen

Da die Gesellschaft in hundertprozentige Zweckgesellschaften oder in Zweckgesellschaften im Miteigentum investieren kann, die für Investitionen oder den Besitz von Vermögenswerten im Bereich der erneuerbaren Energien und der entsprechenden Infrastruktur bestimmt sind, ist die Gesellschaft in hohem Maße von der Geschäftsführung und dem Leitungsorgan der Zweckgesellschaft sowie von der Kontrolle und dem Entscheidungseinfluss abhängig, die in den besagten Zweckgesellschaften von Drittinvestoren ausgeübt werden könnten, die nicht mit der Gesellschaft verbunden sind und deren Interessen von denen der Gesellschaft abweichen und/oder in Konflikt zu ihnen stehen können.

40.33 Risiken am Ende der Nutzungsdauer

Nach Abschluss der Betriebsphase können die Kraftwerke, Anlagen und/oder Infrastrukturen rückgebaut und die Liegenschaft wieder in ihren ursprünglichen Zustand gebracht werden. Bisher liegen nur wenige Informationen und Erfahrungswerte zur Stilllegung und zum Rückbau von Kraftwerken, Anlagen und/oder Infrastrukturen, insbesondere für erneuerbare Energien, vor. Darüber hinaus können bei Rückbau, Entsorgung und Sanierung zusätzliche unvorhergesehene Kosten anfallen, die von den Unternehmen für erneuerbare Energien zu tragen sind.

Wenn die Kraftwerke, Anlagen und/oder Infrastrukturen an Dritte veräußert werden sollen, kann nicht zugesichert werden, dass diese Kraftwerke, Anlagen und/oder Infrastrukturen aufgrund von Konjunkturschwankungen oder sich verändernden Marktbedingungen im Energie- und/oder jeweiligen Infrastruktursektor zum gewünschten Zeitpunkt oder zum gewünschten Kaufpreis veräußert werden können. Wenn eines dieser Risiken eintritt, kann die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflusst werden. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.34 Spezifische Risiken in Verbindung mit Investitionen in erneuerbare Offshore-Energien

In allen vorgenannten Phasen können besondere Risiken entstehen oder sich verstärken, wenn es sich bei den betreffenden Investitionen in erneuerbare Energien um Offshore-Windkraftanlagen handelt. Offshore-Windkraftanlagen gelten als mit höheren allgemeinen, wirtschaftlichen, technischen und ökologischen Risiken behaftet, insbesondere wenn sie sich noch in der Entwicklung oder im Bau befinden. Die Gesellschaft kann solchen zusätzlichen oder verstärkten Risiken ausgesetzt sein, wenn sie in Offshore-Windkraftanlagen investiert. Offshore-Windkraftanlagen beruhen auf relativ neuen technischen Verfahren und Materialien und können daher nicht auf langjährige Erfahrung und umfangreiche Daten zurückgreifen und sind im Allgemeinen auch härteren und bislang unbekanntem Bedingungen ausgesetzt. Die Entwicklung und Projektplanung von Offshore-Windkraftanlagen ist schwieriger, zeitaufwändiger und risikoreicher als bei Onshore-Windkraftanlagen. Geeignete Standorte können z. B. aufgrund ungeeigneter geologischer und geophysikalischer Bedingungen, des Umwelt- und Naturschutzes, des Tourismus oder militärischer Sperrgebiete begrenzt sein. Darüber hinaus kann der Anschluss von Offshore-Windkraftanlagen an das öffentliche Stromnetz zahlreiche technische, rechtliche und regulatorische Probleme verursachen.

Sie können auch unvorhergesehenen Unfällen ausgesetzt sein, z. B. Kollisionen mit Schiffen oder Eisschollen oder Beschädigungen oder Korrosion durch Stürme, Wellen und Meerwasser. Wartungsarbeiten können in kürzeren Intervallen erforderlich sein, bedingt durch Wetter, insbesondere durch Sturm, Wellen und Meerwasser. Die Wartungsarbeiten können von den Wetterbedingungen oder den Gezeiten abhängig sein. Dies kann zu Betriebsunterbrechungen, Umsatzeinbußen und höheren Kosten führen. Stromkabel, die in den Meeresboden eingelegt werden, können höhere Risiken und Kosten verursachen als z. B. Onshore-Stromkabel. Der Betrieb könnte (viel) kapitalintensiver und teurer sein als z. B. bei Onshore-Windkraftanlagen und von einer geringeren Zahl von Dienstleistern, die aufgrund des begrenzten Angebots potenziell teurer sind, abhängig sein. Wenn ein solches Risiko eintritt, kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.35 Absicherung gegen Veränderungen der Zinssätze und Strompreise

Die Gesellschaft bzw. die jeweilige Anlage für erneuerbare Energien kann, ohne dazu verpflichtet zu sein, das Zinsrisiko in Verbindung mit einem ihr gewährten Darlehen oder das Risiko schwankender Strompreise absichern. Selbst wenn der AIFM Sicherungsgeschäfte in Bezug auf Zinssätze oder Strompreise abschließt, um die gegenwärtigen und zukünftigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegen Zins- oder Strompreisschwankungen abzusichern, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Gesellschaft und die Anleger bestimmten weiteren Risiken ausgesetzt sind. Insbesondere kann die Gesellschaft infolge solcher Sicherungsgeschäfte erheblichen Verlusten ausgesetzt sein, und es kann nicht garantiert werden, dass die vom AIFM vorgenommenen Absicherungen wirksam sind.

40.36 Rechtliche Risiken

Da die Investitionen in erneuerbare Energien der Gesellschaft in verschiedenen Ländern getätigt werden, müssen die entsprechenden Transaktionen und Verträge nach den Gesetzen der jeweiligen Rechtsordnungen abgeschlossen werden. Solche Transaktionen oder Verträge können insbesondere aufgrund von Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, die nach Abschluss der betreffenden Verträge eintreten können, aber rückwirkend für die betreffenden Transaktionen gelten, rechtsunwirksam werden.

Für Unternehmen für erneuerbare Energien, die in weniger entwickelten Ländern tätig sind, könnten die dortigen Rechtssysteme relativ unausgereift und unterentwickelt sein. Die Durchsetzung von Ansprüchen in diesen Ländern kann mit sehr hohen Kosten verbunden sein, viel Zeit in Anspruch nehmen oder ist unter Umständen nur auf dem außergerichtlichen Weg möglich. Darüber hinaus sind erneuerbare Energien und der entsprechende Infrastruktursektor in vielen Ländern stark reguliert, was zu unvorhersehbaren Gesetzesänderungen führen kann. Verluste, die aufgrund der oben genannten Umstände entstehen, könnten die Fähigkeit des betreffenden Unternehmens für erneuerbare Energien, das Kapital oder die Zinsen der von ihm begebenen und von der Gesellschaft gehaltenen Schuldinstrumente zurückzuzahlen, oder die Wertentwicklung der von der Gesellschaft gehaltenen Kapitalbeteiligungen nachteilig beeinflussen. Infolgedessen kann die Rentabilität der Gesellschaft beeinträchtigt werden, was zu geringeren Renditen für die Anleger und im schlimmsten Fall zu einem Totalverlust ihrer Anlage führt.

40.37 Liquiditäts- und Marktmerkmale

Unter bestimmten Umständen können Investitionen in erneuerbare Energien relativ illiquide sein, was es schwierig oder unmöglich macht, sie zu den an den verschiedenen Börsen notierten Preisen oder zu den Preisen, die nach Ansicht des AIFM ihren Wert widerspiegeln, zu erwerben oder zu veräußern. Dementsprechend kann die Fähigkeit der Gesellschaft, auf Marktveränderungen zu reagieren, beeinträchtigt sein, und die Gesellschaft muss bei der Liquidation ihrer Investitionen in erneuerbare Energien mit ungünstigen Preisentwicklungen rechnen. Bei der Abrechnung von Transaktionen treten unter Umständen Verzögerungen und administrative Unsicherheiten auf. Die Marktpreise für solche Investitionen in erneuerbare Energien sind in der Regel volatil und möglicherweise nicht ohne Weiteres feststellbar, und die Gesellschaft ist möglicherweise nicht in der Lage, sie zu verkaufen, wenn sie dies wünscht, oder im Falle einer Veräußerung den ihrer Meinung nach angemessenen Wert zu erzielen. Der Verkauf beschränkt handelbarer und illiquider Wertpapiere erfordert häufig mehr Zeit und führt zu höheren Maklergebühren oder Händlererrabatten und anderen Transaktionskosten als der Verkauf von Wertpapieren, die an nationalen Wertpapierbörsen oder im Freiverkehr gehandelt werden können. Die Gesellschaft ist möglicherweise nicht in der Lage, solche

illiquiden Investitionen in erneuerbare Energien ohne Weiteres zu veräußern, und in einigen Fällen kann es ihr vertraglich untersagt sein, solche Investitionen in erneuerbare Energien während eines bestimmten Zeitraums zu veräußern. Eingeschränkt handelbare Wertpapiere werden möglicherweise zu einem niedrigeren Preis verkauft als vergleichbare Wertpapiere, die keinen Beschränkungen für den Weiterverkauf unterliegen.

41 Risiken in Verbindung mit Investitionen in Zielfonds

41.1 Allgemeine externe Risiken in Verbindung mit Investitionen in Zielfonds

Investitionen in Zielfonds unterliegen verschiedenen Risiken, die zu nicht versicherten Verlusten führen können, einschließlich nachteiliger Veränderungen der nationalen oder internationalen Wirtschaftslage, der Rohstoffpreise, der Finanzlage von Käufern und Verkäufern von Vermögenswerten, der Verfügbarkeit von Finanzierungen und deren Konditionen, der Zinssätze, Wechselkurse, Steuersätze, Umweltgesetze und -vorschriften, der Raumordnungsgesetze und anderer staatlicher Vorschriften und fiskalischer Maßnahmen, der relativen Beliebtheit bestimmter Arten von Vermögenswerten oder der Verfügbarkeit von Käufern für den Erwerb von Vermögenswerten, sowie höherer Gewalt, einschließlich Krieg, Terrorismus, Erdbeben, Hurrikans, Vulkanausbrüche oder Überschwemmungen und anderer Faktoren, die außerhalb der Kontrolle des Fondsmanagers liegen.

Einige der Zielfonds im Portfolio sind möglicherweise weniger attraktiv als andere, und einige der Sponsoren solcher Zielfonds sind dem AIFM und/oder dem Portfolioverwalter möglicherweise vertrauter als andere oder sind erfahrener oder angesehener als andere.

41.2 Kein etablierter Markt für Sekundärinvestitionen in Zielfonds

Es gibt keinen etablierten Markt für Sekundärinvestitionen in Zielfonds, und wenngleich das Volumen der Verkäufe von Sekundärinvestitionen in Zielfonds gestiegen ist, ist nicht zu erwarten, dass sich ein liquider Markt für Sekundärinvestitionen in Zielfonds entwickelt. Der AIFM kann auf opportunistischer Basis Beteiligungen an Zielfonds von bestehenden Anlegern dieser Fonds erwerben. Es kann nicht zugesichert werden, dass die Gesellschaft in der Lage sein wird, ausreichende Anlagemöglichkeiten für Sekundärinvestitionen in Zielfonds zu ermitteln, oder dass sie in der Lage sein wird, zu attraktiven Bedingungen ausreichende Sekundärinvestitionen in Zielfonds zu erwerben.

41.3 Unzulängliche Due-Diligence

Es kann nicht garantiert werden, dass die Due-Diligence-Prüfung, die die Experten des AIFM, des Portfolioverwalters und ihre jeweiligen verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit Investitionen in Zielfonds durch die Gesellschaft durchführen, alle Fakten zutage bringt, die im Zusammenhang mit einer solchen Investition relevant sein können.

Für einige Zielfonds sind möglicherweise keine Due-Diligence-Informationen verfügbar. Dies kann die Fähigkeit der Gesellschaft beeinträchtigen, eine grundlegende Due-Diligence-Prüfung des Portfolios dieser Zielfonds durchzuführen.

41.4 Beendigung der Beteiligung der Gesellschaft an einem Zielfonds

Der General Partner oder der Manager eines Zielfonds kann unter anderem die Beteiligung der Gesellschaft an diesem Zielfonds beenden, wenn die Gesellschaft einem Kapitalabruf des Zielfonds nicht nachkommt oder wenn der General Partner oder der Manager dieses Zielfonds feststellt, dass die fortgesetzte Beteiligung der Gesellschaft am Zielfonds wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Zielfonds oder seine Vermögenswerte hätte. Die Gesellschaft kann einem Kapitalabruf möglicherweise nicht nachkommen, wenn ein Anleger

einem Kapitalabruf der Gesellschaft nicht nachkommt und dieser Fehlbetrag nicht durch die anderen Anleger, einen neuen Anleger, eine Kreditaufnahme oder auf andere Weise ausgeglichen werden kann.

41.5 Einschränkungen und Abhängigkeit vom Management/ Schlüsselpersonal der Zielfonds

Die Gesellschaft verlässt sich im Hinblick auf das Tagesgeschäft der Zielfonds auf das Management und die Mitarbeitenden in Schlüsselpositionen. Es kann nicht garantiert werden, dass das Management der Zielfonds weiterhin erfolgreich arbeiten wird oder dass das Schlüsselpersonal den Zielfonds weiterhin ausreichend Zeit und Aufmerksamkeit widmen wird.

41.6 Beschränkungen hinsichtlich der Hebelfinanzierung

Die gehebelte Kapitalstruktur einiger Zielfonds, in die die Gesellschaft direkt oder indirekt investieren kann, erhöht die Anfälligkeit solcher Anlagen für ungünstige finanzielle oder wirtschaftliche Bedingungen, wie z. B. deutlich steigende Zinssätze, gravierende wirtschaftliche Abschwünge oder eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen der Anlage oder des entsprechenden Markts. Unter solchen Bedingungen könnte der Wert der direkten oder indirekten Investition der Gesellschaft in einen Zielfonds erheblich sinken oder die Investition könnte ihren ganzen Wert verlieren. Im Zusammenhang mit solchen Zielfonds kann der Verschuldungsgrad erheblich sein. An den globalen Finanzmärkten haben sich in den letzten Jahren die wirtschaftlichen Bedingungen häufig verändert und auch die Volatilität war hoch. Diese Entwicklungen und neue Entwicklungen könnten, falls sie eintreten, erhebliche Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und die Konditionen von Finanzierungen sowie auf die Kauf- und Verkaufspreise von Vermögenswerten haben und dementsprechend die Fähigkeit der Gesellschaft oder eines Zielfonds, Investitionen zu tätigen oder zu veräußern, die Art der Investitionen, die getätigt werden können, und die mit solchen Investitionen erzielten Renditen beeinträchtigen. Wenn keine Hebelfinanzierung zur Verfügung steht, müssen die Zielfonds möglicherweise einen größeren als den beabsichtigten Anteil des Engagements der Gesellschaft (und damit indirekt auch des Engagements des Anlegers) einsetzen, um bestimmte Zahlungen zu leisten, was dazu führen kann, dass die Zielfonds weniger Investitionen tätigen, als wenn eine Hebelfinanzierung verfügbar wäre.

41.7 Mehrere Kostenebenen

Die Gesellschaft und die Zielfonds, in die sie investiert, machen Management- und/oder Verwaltungsgebühren, Aufwendungen und Performancegebühren geltend. Dies führt zu höheren Kosten für die Anleger als wenn diese Gebühren, Aufwendungen und Kosten nicht von der Gesellschaft erhoben würden und die Anleger direkt in die Zielfonds, in die die Gesellschaft investiert, oder in das Portfolio dieser Zielfonds investieren könnten.

41.8 Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Investmentfondsanteilen, die im Rahmen von Sekundärtransaktionen erworben werden

Erwirbt die Gesellschaft eine Beteiligung an einer Sekundärinvestition in einen Zielfonds, erwirbt die Gesellschaft unter Umständen Eventualverbindlichkeiten des Verkäufers der Beteiligung. Das bedeutet: Wenn der Verkäufer Ausschüttungen von dem betreffenden Zielfonds erhalten hat und dieser Zielfonds anschließend eine oder mehrere dieser Ausschüttungen zurückfordert, kann die Gesellschaft (als Käufer der Beteiligung, auf die diese Ausschüttungen entfallen) verpflichtet sein, Gelder in Höhe dieser Ausschüttungen an den Zielfonds zurückzuzahlen. Zwar kann die Gesellschaft ihrerseits den Verkäufer für die an den

Zielfonds gezahlten Gelder in Anspruch nehmen, es kann jedoch nicht zugesichert werden, dass die Gesellschaft mit einer solchen Forderung Erfolg hat.

41.9 Zielfonds investieren unabhängig

Die Zielfonds, in die die Gesellschaft investiert, investieren im Allgemeinen völlig unabhängig voneinander und können zuweilen Positionen halten oder Anlagestrategien verfolgen, die denen eines anderen Fonds zuwiderlaufen. Dies kann dazu führen, dass sich die Investitionen wirtschaftlich ausgleichen, was jeden Gewinn, der sonst der Gesellschaft zugute käme, zunichte machen kann. Soweit diese Zielfonds solche Positionen halten, besteht die Möglichkeit, dass sie insgesamt keine Gewinne oder Verluste erzielen, obwohl ihnen im Zusammenhang mit diesen Positionen Gebühren und Kosten entstehen. Darüber hinaus kann ein Manager eines solchen Zielfonds entsprechend der Wertentwicklung seiner Anlagen vergütet werden. Dementsprechend kann es häufig vorkommen, dass ein bestimmter Manager für einen bestimmten Zeitraum eine Anreizvergütung für seine Anlagen erhält, obwohl der Wert dieser Zielfonds in diesem Zeitraum insgesamt an Wert verloren hat.

41.10 Anleger ohne direkte Beteiligung an einem Zielfonds

Die Anleger sind nicht direkt an den Zielfonds beteiligt, in die die Gesellschaft investieren kann. Sie halten keine direkte Beteiligung an diesen Zielfonds und haben keine Stimmrechte, keine Klagebefugnis und keine Rückgriffsrechte gegenüber diesen Zielfonds. Darüber hinaus hat keiner der Anleger das Recht, sich an der Kontrolle, dem Management oder der Geschäftstätigkeit eines solchen Zielfonds zu beteiligen oder aufgrund seiner Beteiligung an der Gesellschaft über die Verwaltung eines solchen Zielfonds zu bestimmen.

42 Einsatz von Derivaten

Die Gesellschaft kann in alle Arten von Derivaten investieren, die nach luxemburgischem Regulierungsrecht und der ELTIF-Verordnung zulässig sind. Um dem langfristigen Risiko-Rendite-Profil Rechnung zu tragen, kann die Gesellschaft entweder direkt oder über ihre Tochtergesellschaften Derivate abschließen, wie z. B. inflationsgebundene Derivate oder Zins- und Währungsderivate. Unter anderem kann die Gesellschaft zum Schutz ihrer gegenwärtigen und künftigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Währungsschwankungen Geschäfte abschließen, die den Kauf oder Verkauf von Devisenterminkontrakten, den Kauf oder Verkauf von Kauf- oder Verkaufsoptionen auf Währungen, den Kauf oder Verkauf von Währungen auf Termin oder den Tausch von Währungen auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zum Gegenstand haben.

Im Allgemeinen handelt es sich bei Derivaten um Finanzkontrakte, deren Wert vom Wert eines zugrunde liegenden Vermögenswerts, Referenzzinssatzes oder Index abhängt oder davon abgeleitet wird und die sich auf Aktien, Anleihen, Zinssätze, Währungen oder Wechselkurse, Rohstoffe und damit verbundene Indizes beziehen können.

Der AIFM kann beschließen, keine dieser Strategien einzusetzen, und es kann nicht garantiert werden, dass eine von der Gesellschaft eingesetzte Derivatstrategie erfolgreich sein wird. Eine Beschreibung dieser und anderer Derivate, die die Gesellschaft einsetzen kann, ist unter Abschnitt 3 „Anlagebefugnisse und -beschränkungen“ zu finden. Der Einsatz von Derivaten durch die Gesellschaft ist mit Risiken verbunden, die sich von den Risiken unterscheiden, oder womöglich größer als diese sind, die mit einer direkten Anlage in Wertpapieren und anderen Anlagen verbunden sind. Bestimmte Derivate wie z. B. Verkaufsoptionen, Kaufoptionen und Terminkontrakte können mit spezifischen Risiken verbunden sein, die im Folgenden nicht erläutert werden. Im Folgenden

werden wichtige Risikofaktoren in Verbindung mit den Derivaten, die von der Gesellschaft eingesetzt werden können, allgemein dargelegt.

42.1 Managementrisiko

Derivate sind hoch spezialisierte Instrumente, die andere Anlagetechniken und Risikoanalysen erfordern als Aktien oder Anleihen. Der Einsatz eines Derivats erfordert nicht nur ein Verständnis des Basisinstruments, sondern auch des Derivats selbst, ohne dass die Wertentwicklung des Derivats unter allen möglichen Marktbedingungen beobachtet werden kann.

42.2 Kreditrisiko

Der Einsatz eines Derivats birgt das Risiko, dass ein Verlust entsteht, wenn die Gegenpartei die erforderlichen Zahlungen nicht leistet oder die Vertragsbedingungen anderweitig nicht einhält. Darüber hinaus können Credit Default Swaps zu Verlusten führen, wenn die Gesellschaft die Kreditwürdigkeit des Unternehmens, auf dem der Credit Default Swap basiert, nicht korrekt bewertet.

42.3 Liquiditätsrisiko

Ein Liquiditätsrisiko besteht, wenn ein bestimmtes Derivat schwer zu kaufen oder zu verkaufen ist. Wenn es sich um ein besonders umfangreiches Derivatgeschäft handelt oder der entsprechende Markt nicht liquide ist, wie es bei vielen privat gehandelten Derivaten der Fall ist, kann die Einleitung einer Transaktion oder die Glattstellung einer Position nicht oder nur zu einem ungünstigen Preis möglich sein.

42.4 Hebelungsrisiko

Da viele Derivate eine Hebelkomponente haben, können ungünstige Veränderungen des Werts oder der Höhe des Basiswerts, des Referenzzinssatzes oder des Index zu einem Verlust führen, der wesentlich höher ist als der in das Derivat selbst investierte Betrag. Bestimmte Derivate können ungeachtet des Umfangs der ursprünglichen Anlage potenziell einen unbegrenzten Verlust erleiden. Wenn die Gesellschaft Derivate zur Hebelung einsetzt, sind Anlagen in der Gesellschaft tendenziell volatil, was zu größeren Gewinnen oder Verlusten als Reaktion auf Marktveränderungen führt.

42.5 Mangelnde Verfügbarkeit

Da die Märkte für bestimmte Derivate (einschließlich der Märkte in anderen Ländern) relativ neu sind und sich noch entwickeln, stehen möglicherweise nicht unter allen Umständen geeignete Derivatgeschäfte für das Risikomanagement oder andere Zwecke zur Verfügung. Nach Ablauf eines bestimmten Kontrakts möchte der AIFM die Position der Gesellschaft im Derivat durch Abschluss eines ähnlichen Kontrakts möglicherweise aufrechterhalten, ist dazu jedoch nicht in der Lage, wenn die Gegenpartei des ursprünglichen Kontrakts nicht bereit ist, den neuen Kontrakt abzuschließen, und keine andere geeignete Gegenpartei gefunden werden kann. Es gibt keine Garantie dafür, dass die Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt oder von Zeit zu Zeit Derivatgeschäfte tätigen wird. Die Fähigkeit der Gesellschaft, Derivate einzusetzen, kann auch durch bestimmte Regulierungs- und Steuerbelange eingeschränkt sein.

42.6 Markt- und sonstige Risiken

Wie die meisten anderen Anlagen unterliegen Derivate dem Risiko, dass sich der Marktwert des Instruments in einer Weise ändert, die sich nachteilig auf die Interessen der Gesellschaft auswirkt. Wenn der AIFM die Werte von Wertpapieren, Währungen oder Zinssätzen oder

andere wirtschaftliche Faktoren beim Einsatz von Derivaten für die Gesellschaft falsch prognostiziert, wäre die Gesellschaft möglicherweise in einer besseren Position gewesen, wenn sie das Geschäft gar nicht abgeschlossen hätte. Einige Strategien, die Derivate einsetzen, können zwar das Verlustrisiko verringern, aber auch die Gewinnchancen mindern oder sogar zu Verlusten führen, indem sie günstige Kursbewegungen bei den Anlagen der Gesellschaft neutralisieren. Die Gesellschaft kann auch gezwungen sein, ein Wertpapier zu einem ungünstigen Zeitpunkt oder Preis zu kaufen oder zu verkaufen, weil die Gesellschaft gesetzlich verpflichtet ist, in Verbindung mit bestimmten Derivatgeschäften Gegenpositionen oder eine Forderungsdeckung zu unterhalten.

42.7 Sonstige Derivatrisiken

Weitere Risiken beim Einsatz von Derivaten sind das Risiko einer falschen oder ungenauen Bewertung von Derivaten und die Tatsache, dass Derivate nicht vollkommen mit den zugrunde liegenden Vermögenswerten, Zinssätzen und Indizes korrelieren. Viele Derivate, insbesondere privat gehandelte, sind komplex und oft subjektiv bewertet. Ungenaue Bewertungen können zu erhöhten Barzahlungspflichten gegenüber Gegenparteien oder einem Wertverlust für die Gesellschaft führen. Darüber hinaus korreliert der Wert von Derivaten möglicherweise nicht vollkommen oder überhaupt nicht mit dem Wert der Vermögenswerte, Referenzzinssätze oder Indizes, die sie genau nachbilden sollen. Darüber hinaus kann der Einsatz von Derivaten durch die Gesellschaft dazu führen, dass die Gesellschaft höhere kurzfristige Kapitalgewinne erzielt (die im Allgemeinen zu normalen Einkommensteuersätzen besteuert werden), als wenn die Gesellschaft solche Instrumente nicht eingesetzt hätte.

42.8 Einsatz spezifischer Derivate

Die folgenden Ausführungen beschreiben nur einige der Risiken, die mit Derivaten verbunden sind, in die die Gesellschaft investieren kann. Die Gesellschaft ist beim Einsatz von Derivaten grundsätzlich nicht eingeschränkt und kann beschließen, verschiedene andere Derivate einzusetzen, die mit wesentlich höheren oder anderen Risiken verbunden sind, soweit diese nach der ELTIF-Verordnung zulässig sind.

(a) Swap-Vereinbarungen

Die Gesellschaft kann Swap-Vereinbarungen treffen. Swap-Vereinbarungen können individuell ausgehandelt und gestaltet werden, um ein Engagement in einer Vielzahl unterschiedlicher Arten von Anlagen oder Marktfaktoren zu ermöglichen. Abhängig von ihrer Gestaltung können Swap-Vereinbarungen das Engagement der Gesellschaft in lang- oder kurzfristigen Zinssätzen, unterschiedlichen Währungswerten, Kreditzinsen von Unternehmen oder anderen Faktoren, wie z. B. Wertpapierkurse, Aktienkörbe oder Inflationsraten, erhöhen oder verringern. Swap-Vereinbarungen können viele verschiedene Formen annehmen und sind unter einer Vielzahl von Namen bekannt. Die Gesellschaft ist nicht auf eine bestimmte Form von Swap-Vereinbarungen beschränkt, sofern sie mit dem Anlageziel und der Anlagepolitik der Gesellschaft vereinbar ist. Für gewöhnlich verlagern Swap-Vereinbarungen das Anlagerisiko der Gesellschaft von einer Art von Investition zu einer anderen. Je nachdem, wie sie eingesetzt werden, können Swap-Vereinbarungen die Gesamtvolatilität des Portfolios der Gesellschaft erhöhen oder verringern. Der wichtigste Faktor für die Wertentwicklung von Swap-Vereinbarungen ist die Veränderung des spezifischen Zinssatzes, der Währung, der einzelnen Aktienwerte oder anderer Faktoren, die die Höhe der an die und von der Gesellschaft zu leistenden Zahlungen bestimmen.

Um das mit den zugrunde liegenden Anlagen der Gesellschaft verbundene Zinsrisiko, insbesondere im Zusammenhang mit Anleihen und anderen festverzinslichen Anlagen, zu verringern, kann die Gesellschaft unter anderem Zinsswaps oder Optionsgeschäfte einsetzen. Bei Zinsswaps vereinbart die Gesellschaft mit dem Swap-Kontrahenten die Zahlung eines variablen Zinssatzes auf einen Nennbetrag im Austausch gegen die Zahlung eines festen Zinssatzes auf einen Nennbetrag, der in etwa den Erträgen der Gesellschaft aus den variablen Zinssätzen entspricht.

Der Einsatz von Zinsswaps und -optionen ist eine hoch spezialisierte Tätigkeit, die Anlagetechniken und andere Risiken als bei gewöhnlichen Geschäften mit den Wertpapieren im Portfolio beinhaltet. Je nach Entwicklung der Zinssätze kann der Einsatz von Zinsinstrumenten durch die Gesellschaft die Gesamtpformance der Anteile der Gesellschaft verbessern oder beeinträchtigen. Im Falle eines Anstiegs der Zinssätze könnte der Wert des Zinsswaps oder der Option sinken, was zu einem Rückgang des Nettoinventarwerts der Anteile führen könnte. Liegen die Zinssätze über dem festen Zinssatz, den die Gesellschaft für den Zinsswap zahlt, verringert sich durch den Swap der Nettoertrag. Liegen die Zinssätze hingegen unter dem festen Zinssatz für den Zinsswap, verbessert sich durch den Swap der Nettoertrag.

Zinsswaps und -optionen beinhalten im Allgemeinen keine Lieferung von Wertpapieren oder anderen zugrunde liegenden Vermögenswerten oder Kapital. Dementsprechend ist das Verlustrisiko in Verbindung mit Zinsswaps oder -optionen auf den Nettobetrag der Zinszahlungen beschränkt, zu denen die Gesellschaft vertraglich verpflichtet ist.

Darüber hinaus besteht zu dem Zeitpunkt, zu dem der Zinsswap oder das Optionsgeschäft planmäßig endet, das Risiko, dass die Gesellschaft kein Ersatzgeschäft eingehen kann oder dass die Bedingungen des Ersatzgeschäfts nicht so günstig sind wie die Bedingungen des auslaufenden Geschäfts. In diesem Fall könnten dies nachteilige Auswirkungen auf die Wertentwicklung der Anteile an der Gesellschaft haben.

(b) Kaufoptionen

Mit dem Kauf und dem Verkauf von Kaufoptionen sind Risiken verbunden. Der Verkäufer (Stillhalter) einer gedeckten Kaufoption (d. h. der Stillhalter hält das zugrunde liegende Wertpapier) trägt das Risiko eines Rückgangs des Marktpreises des zugrunde liegenden Wertpapiers unter den Kaufpreis des zugrunde liegenden Wertpapiers, der durch den Gewinn aus der erhaltenen Prämie ausgeglichen wird, wenn die Option aus dem Geld verfällt, und verzichtet auf die Möglichkeit eines Gewinns aus dem zugrunde liegenden Wertpapier über dem Ausübungspreis der Option. Besitzt der Verkäufer der Kaufoption eine Kaufoption, die eine entsprechende Anzahl von Aktien mit einem Ausübungspreis abdeckt, der dem Ausübungspreis der geschriebenen Kaufoption entspricht oder darunter liegt, so ist die Position „vollständig abgesichert“, wenn die besessene Option zur gleichen Zeit oder später als die geschriebene Option verfällt. Der Verkäufer einer ungedeckten, nicht abgesicherten Kaufoption trägt das Risiko eines theoretisch unbegrenzten Anstiegs des Marktpreises des Basiswerts über den Ausübungspreis der Option hinaus. Der Käufer einer Kaufoption geht das Risiko ein, seine gesamte Investition in die Kaufoption zu verlieren. Verkauft der Käufer der Kaufoption den Basiswert leer, wird der Verlust aus der Kaufoption ganz oder teilweise durch einen etwaigen Gewinn aus dem Leerverkauf des Basiswerts ausgeglichen (wenn der Marktpreis des Basiswerts sinkt).

(c) Verkaufsoptionen

Mit dem Kauf und Verkauf von Verkaufsoptionen sind Risiken verbunden. Der Verkäufer (Stillhalter) einer gedeckten Verkaufsoption (d. h. der Stillhalter hält eine Shortposition in dem zugrunde liegenden Wertpapier) trägt das Risiko eines Anstiegs des Marktpreises des zugrunde liegenden Wertpapiers über den Verkaufspreis der Shortposition in dem zugrunde liegenden Wertpapier, der durch die Prämie ausgeglichen wird, wenn der Verkäufer der Option auf die Möglichkeit eines Gewinns aus dem zugrunde liegenden Wertpapier unter dem Ausübungspreis der Option verzichtet. Besitzt der Verkäufer der Verkaufsoption eine Verkaufsoption, die eine entsprechende Anzahl von Aktien mit einem Ausübungspreis abdeckt, der dem Ausübungspreis der geschriebenen Verkaufsoption entspricht oder darüber liegt, so ist die Position „vollständig abgesichert“, wenn die besessene Option zur gleichen Zeit oder später als die geschriebene Option verfällt. Der Verkäufer einer ungedeckten, nicht abgesicherten Verkaufsoption trägt das Risiko eines Rückgangs des Marktpreises des Basiswerts auf null.

Der Käufer einer Verkaufsoption geht das Risiko ein, seine gesamte Investition in die Verkaufsoption zu verlieren. Hält der Käufer der Verkaufsoption das zugrunde liegende Wertpapier, wird der Verlust aus der Verkaufsoption ganz oder teilweise durch einen etwaigen Gewinn aus dem zugrunde liegenden Wertpapier ausgeglichen.

(d) Forwardgeschäfte

Die Gesellschaft kann in Forwardkontrakte und Optionen darauf investieren, die im Gegensatz zu Futureskontrakten nicht an Börsen gehandelt werden und nicht standardisiert sind; vielmehr fungieren Banken und Händler auf diesen Märkten als Principals und handeln jedes Geschäft einzeln aus. Termin- und Kassageschäfte sind im Wesentlichen nicht reguliert; es gibt keine Begrenzungen für tägliche Preisbewegungen, und spekulative Positionen unterliegen keinen Limits. Es bestehen beispielsweise keine Anforderungen an die Führung von Aufzeichnungen, die finanzielle Verantwortung oder die Trennung von Kundengeldern oder -positionen. Im Gegensatz zu börsengehandelten Futureskontrakten sind im Interbankenhandel gehandelte Instrumente von der Erfüllung durch den Händler oder die Gegenpartei des Kontrakts abhängig. Folglich kann der Handel mit nicht regulierten Börsenkontrakten mit höheren Risiken verbunden sein als der Handel mit Futures oder Optionen an geregelten Börsen, unter anderem dem Risiko des Ausfalls einer Gegenpartei, mit der die Gesellschaft Forwardkontrakte abgeschlossen hat. Wenngleich der AIFM bestrebt ist, mit verantwortungsvollen Gegenparteien Termingeschäfte abzuschließen, könnten der Gesellschaft unerwartete Verluste entstehen, wenn die Gegenpartei ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die an den Terminmärkten handelnden Geschäftspartner sind nicht verpflichtet, weiterhin als Marktmacher in den von ihnen gehandelten Währungen oder Rohstoffen zu fungieren, und diese Märkte können teilweise über eine lange Zeitdauer von Illiquidität betroffen sein. Bestimmte Teilnehmer lehnen es zu bestimmten Zeiten ab, auf diesen Märkten für bestimmte Währungen oder Rohstoffe Preise anzugeben oder sie geben die Preise mit ungewöhnlich hohen Spannen zwischen dem Preis an, zu dem sie zum Kauf bereit sind, und demjenigen, zu dem sie zum Verkauf bereit sind. Störungen kann es an allen Märkten geben, auf denen die Gesellschaft Geschäfte abschließt, sei es aufgrund eines ungewöhnlich hohen oder niedrigen Handelsvolumens, politischer Interventionen oder anderer Faktoren. Die Anordnung von Kreditkontrollen durch staatliche Behörden könnte außerdem den Handel mit Forwardkontrakten auf weniger als das beschränken, was der AIFM ansonsten empfehlen würde, zum möglichen Nachteil der Gesellschaft.

(e) Sonstige Derivate

Die Gesellschaft kann Möglichkeiten in Bezug auf bestimmte andere Derivate nutzen, deren Einsatz derzeit nicht in Betracht gezogen wird oder die derzeit nicht verfügbar sind, aber möglicherweise noch entwickelt werden, soweit diese Möglichkeiten sowohl mit dem Anlageziel der Gesellschaft in Einklang stehen als auch gesetzlich zulässig sind. Bei Instrumenten, in die die Gesellschaft zukünftig investiert, können besondere Risiken bestehen, die zum jetzigen Zeitpunkt oder bis zur Entwicklung solcher Instrumente oder der Investition in diese durch die Gesellschaft nicht bestimmt werden können. Bestimmte Swaps, Optionen und andere Derivate können mit verschiedenen Arten von Risiken verbunden sein, darunter dem Marktrisiko, dem Liquiditätsrisiko, dem Risiko der Nichterfüllung durch die Gegenpartei, einschließlich Risiken in Bezug auf die finanzielle Solidität und Kreditwürdigkeit der Gegenpartei, dem Rechtsrisiko und dem operativen Risiko.

43 Festverzinsliche Wertpapiere

Anlagen in Wertpapieren von Emittenten aus verschiedenen Ländern, die auf verschiedene Währungen lauten, bieten potenzielle Vorteile, die bei Anlagen ausschließlich in Wertpapieren von Emittenten aus einem einzigen Land nicht gegeben sind, bergen aber auch einige erhebliche Risiken, die mit Anlagen in Wertpapieren von Emittenten aus einem einzigen Land normalerweise nicht verbunden sind. Zu den damit verbundenen Risiken gehören Wechselkursschwankungen und die mögliche Auferlegung von Devisenkontrollbestimmungen oder anderen Gesetzen oder Beschränkungen, die für solche Anlagen gelten. Ein Rückgang des Werts einer bestimmten Währung gegenüber der Rechnungswährung der Gesellschaft würde den Wert bestimmter Portfoliowertpapiere verringern, die auf die erstgenannte Währung lauten. Darüber hinaus können mit festverzinslichen Wertpapieren folgende Risiken verbunden sein:

- Für Emittenten gelten im Allgemeinen unterschiedliche Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Finanzberichterstattungsstandards je nach Land. Das Handelsvolumen, die Volatilität der Kurse und die Liquidität der Emittenten können auf den Märkten der verschiedenen Länder unterschiedlich sein. Darüber hinaus ist das Maß der staatlichen Aufsicht und Regulierung von Wertpapierbörsen, Wertpapierhändlern sowie börsennotierten und nicht börsennotierten Unternehmen von Land zu Land unterschiedlich. Die Gesetze einiger Länder können die Möglichkeiten des AIFM einschränken, in Wertpapiere bestimmter Emittenten zu investieren.
- Zudem haben die Märkte jeweils unterschiedliche Clearing- und Abwicklungsverfahren. Verzögerungen bei der Abwicklung können vorübergehend dazu führen, dass ein Teil der Vermögenswerte der Gesellschaft nicht angelegt wird und keine Rendite erwirtschaftet. Wenn der AIFM aufgrund von Abwicklungsproblemen nicht in der Lage ist, Wertpapiere wie geplant zu erwerben, könnten der Gesellschaft attraktive Anlagechancen entgehen. Wenn ein im Portfolio gehaltenes Wertpapier aufgrund von Abrechnungsproblemen nicht verkauft werden kann, könnte die Gesellschaft Verluste erleiden, wenn der Wert des Portfoliotitels anschließend sinkt, oder sie könnte, wenn sie bereits einen Vertrag über den Verkauf des Wertpapiers abgeschlossen hat, dem Käufer gegenüber haften.
- Ein Emittent von Wertpapieren kann in einem anderen Land als dem Land, auf dessen Währung das Instrument lautet, ansässig sein. Die Werte und die relativen Renditen von Anlagen an den Wertpapiermärkten verschiedener Länder und die damit verbundenen Risiken können sich unabhängig voneinander ändern.

44 Besitz von Barmitteln und Barmitteläquivalenten

Die Gesellschaft kann ergänzend Barmittel oder Barmitteläquivalente für Zahlungen und Rücknahmen und für Verwaltungszwecke halten, darunter u. a. Geldmarktinstrumente oder Anlagen in Anteile von Geldmarktfonds. Der Wert der von der Gesellschaft gehaltenen Barmittel oder Barmitteläquivalente kann durch Zinsschwankungen, Änderungen der Inflationsraten, Währungs- oder Wechselkursschwankungen oder dadurch, dass eine Gegenpartei oder ein Anlageinstrument, in das die Gesellschaft investiert, den Verpflichtungen aus einem Vertrag oder einer anderen Vereinbarung nicht nachkommt, beeinträchtigt werden. Darüber hinaus könnte die Gesellschaft erhebliche Verluste erleiden, wenn sie eine große Position in einer bestimmten Anlage hält, die im Wert sinkt oder anderweitig nachteilig beeinträchtigt wird, einschließlich des Ausfalls des Emittenten.

45 Hochverzinsliche Wertpapiere

Die Gesellschaft kann in hochverzinsliche Wertpapiere investieren. Solche Wertpapiere werden im Allgemeinen nicht an einer Börse gehandelt; daher werden sie an einem kleineren Sekundärmarkt gehandelt als börsengehandelte Anleihen. Darüber hinaus kann die Gesellschaft in Anleihen von Emittenten investieren, die keine öffentlich gehandelten Aktien begeben haben, was es schwieriger macht, die mit solchen Anlagen verbundenen Risiken abzusichern. Die Gesellschaft ist nicht zur Absicherung verpflichtet. Hochverzinsliche Wertpapiere, die kein Investment-Grade-Rating haben oder nicht bewertet sind, sind mit ständigen Unwägbarkeiten und Risiken durch nachteilige geschäftliche, finanzielle oder wirtschaftliche Bedingungen verbunden, die dazu führen könnten, dass der Emittent nicht in der Lage ist, Zins- und Tilgungszahlungen fristgerecht zu leisten. Die Marktwerte einiger dieser Schuldpapiere mit niedrigerem oder keinem Rating spiegeln häufig das jeweilige Unternehmen betreffende Entwicklungen stärker wider als Wertpapiere mit höherem Rating, die in erster Linie auf Schwankungen des allgemeinen Zinsniveaus reagieren, und reagieren meist empfindlicher auf die Wirtschaftslage als Wertpapiere mit höherem Rating. Unternehmen, die solche Wertpapiere begeben, sind häufig stark fremdfinanziert und traditionellere Finanzierungsmöglichkeiten stehen ihnen möglicherweise nicht zur Verfügung. Es ist möglich, dass eine schwere wirtschaftliche Rezession den Markt für solche Wertpapiere empfindlich stören und sich nachteilig auf den Wert dieser Wertpapiere auswirken könnte. Darüber hinaus ist es möglich, dass ein wirtschaftlicher Abschwung dazu führt, dass die Emittenten dieser Wertpapiere nicht in der Lage sind, das Kapital zurückzuzahlen und Zinszahlungen zu leisten, sodass es bei diesen Wertpapieren häufiger zu Ausfällen kommt.

46 Aktien

Zu den mit Anlagen in Aktien und aktienähnliche Wertpapiere verbundenen Risiken gehören erhebliche Schwankungen der Marktpreise, negative Meldungen zu Emittenten oder zum Markt und die Nachrangigkeit von Aktien gegenüber Schuldtiteln, die von demselben Unternehmen begeben werden. Potenzielle Anleger sollten auch das mit Wechselkursschwankungen, etwaigen Devisenkontrollen und anderen Beschränkungen verbundene Risiko berücksichtigen.

47 Kreditrisiko; Wertpapiere mit geringerer Kreditqualität

Die Gesellschaft kann dem Risiko ausgesetzt sein, dass ein oder mehrere Emittenten von Schuldtiteln im Portfolio der Gesellschaft mit den Tilgungs- und Zinszahlungen in Verzug geraten. Die Wertpapiere dieser Unternehmen können als spekulativ angesehen werden, und die Fähigkeit dieser Unternehmen, ihre Verbindlichkeiten fristgerecht zu begleichen, könnte durch ungünstige Zinsentwicklungen, Veränderungen des allgemeinen Wirtschaftsklimas, wirtschaftliche Faktoren, die sich auf eine bestimmte Branche auswirken, oder spezifische Entwicklungen innerhalb dieser Unternehmen beeinträchtigt werden. Darüber hinaus gibt es keine Vorgabe für ein Mindestrating,

sodass die Gesellschaft in beliebige Instrumente investieren kann und ein erheblicher Teil der Schuldtitel und Vorzugsaktien, in die die Gesellschaft investiert, ein Rating unter Investment-Grade hat. Infolgedessen kann die Gesellschaft in bestimmten Fällen ihre gesamte Investition oder einen wesentlichen Teil davon verlieren.

Es gibt keine Beschränkungen hinsichtlich der Kreditqualität der Investitionen der Gesellschaft. Wertpapiere, in die die Gesellschaft investieren kann, können von den Ratingagenturen als sehr anfällig für einen Zahlungsausfall bei Zins- und/oder Tilgungszahlungen eingestuft werden. Andere Wertpapiere haben möglicherweise das niedrigste Rating oder sind gar nicht bewertet. Wertpapiere mit niedrigerem Rating und Wertpapiere ohne Rating, in die die Gesellschaft investieren kann, sind mit erheblichen Unwägbarkeiten oder großen Risiken in Bezug auf ungünstige Bedingungen behaftet und werden überwiegend als spekulativ angesehen.

Im Allgemeinen bieten solche Wertpapiere ein höheres Renditepotenzial als Wertpapiere mit höherem Rating, sind jedoch mit einer größeren Kursvolatilität und einem höheren Risiko von Ertrags- und Kapitalverlusten verbunden. Die Marktwerte bestimmter dieser Wertpapiere (wie z. B. nachrangige Wertpapiere) reagieren tendenziell auch empfindlicher auf Veränderungen der wirtschaftlichen Lage als Wertpapiere mit höherem Rating. Solche Wertpapiere werden im Allgemeinen von unternehmensspezifischen Entwicklungen stärker beeinflusst als Wertpapiere mit höherem Rating, die hauptsächlich auf Schwankungen des allgemeinen Zinsniveaus reagieren. Unternehmen, die solche Wertpapiere emittieren, sind häufig stark gehebelt und traditionellere Finanzierungsmöglichkeiten stehen ihnen möglicherweise nicht zur Verfügung. Ein wirtschaftlicher Abschwung könnte die Fähigkeit der Emittenten solcher Wertpapiere zur Rückzahlung des Kapitals und zur Zahlung der Zinsen beeinträchtigen und die Häufigkeit von Zahlungsausfällen bei diesen Wertpapieren erhöhen.

48 Unternehmen mit geringer und mittlerer Kapitalisierung

Die Gesellschaft kann einen Teil ihres Vermögens in Wertpapiere von Unternehmen mit geringer bis mittlerer Marktkapitalisierung investieren. Nach Auffassung des AIFM besitzen solche Wertpapiere häufig ein erhebliches Wertsteigerungspotenzial, jedoch sind insbesondere solche mit geringer Kapitalisierung in mancher Hinsicht mit höheren Risiken verbunden als Anlagen in Wertpapiere von höher kapitalisierten Unternehmen. So sind beispielsweise die Kurse von Wertpapieren von Unternehmen mit geringer und auch mittlerer Marktkapitalisierung häufig volatiler als die Kurse von Wertpapieren von Unternehmen mit hoher Marktkapitalisierung, und das Risiko eines Konkurses oder einer Insolvenz (und dementsprechend das Verlustrisiko für die Anleger) ist bei vielen kleineren Unternehmen höher als bei größeren „Blue-Chip“-Unternehmen. Darüber hinaus kann eine Anlage in die Wertpapiere bestimmter Unternehmen mit geringer Marktkapitalisierung aufgrund des geringen Handelsvolumens illiquide sein.

49 Geldmarktinstrumente

Der Begriff „Geldmarktinstrumente“ bezieht sich auf eine Vielzahl kurzfristiger, liquider Anlagen, die in der Regel eine Laufzeit von 397 Tagen oder weniger haben. Einige gängige Arten sind Staatsanleihen (von einer Regierung begebene Wertpapiere), Commercial Papers (von großen Unternehmen oder Finanzunternehmen emittierte Schuldscheine), Bankakzepte (auf eine Bank gezogene Wechsel) und handelbare Einlagenzertifikate, die von Banken in großen Stückelungen ausgegeben werden. Geldmarktpapiere können fest- oder variabel verzinslich sein. Die Gesellschaft unterliegt dem Ertragsrisiko, d. h. der Möglichkeit, dass die Erträge der Gesellschaft aufgrund fallender Zinssätze sinken. Die Erträge sinken, wenn die Zinssätze fallen, weil die Gesellschaft dann in Instrumente mit niedrigeren Renditen investieren muss. Da die Erträge der Gesellschaft zumindest teilweise auf kurzfristigen Zinssätzen beruhen, die über kurze Zeiträume erheblich schwanken können, ist mit einem hohen Ertragsrisiko zu rechnen.

50 Ausleihungen von Portfoliowertpapieren

Zur Erzielung von Erträgen kann die Gesellschaft ihre Portfoliowertpapiere an Broker, Händler und andere Finanzinstitute verleihen, sofern eine Reihe von Bedingungen erfüllt sind, u. a. die vollständige Besicherung der Ausleihung. Wenn die Gesellschaft Portfoliowertpapiere verleiht, spiegelt ihr Anlageergebnis weiterhin Veränderungen im Wert der verliehenen Wertpapiere wider, und die Gesellschaft erhält außerdem eine Gebühr oder Zinsen für die Sicherheiten. Die Wertpapierleihe birgt das Risiko des Verlusts von Rechten an den Sicherheiten oder einer Verzögerung bei der Verwertung der Sicherheit, wenn der Entleiher die ausgeliehenen Wertpapiere nicht zurückgibt oder zahlungsunfähig wird. Möglicherweise muss die Gesellschaft einer Partei, die die Ausleihung vermittelt, eine Vergütung zahlen.

51 Gebühren im Zusammenhang mit Anlagen in zulässige Anlagevermögenswerte

Anleger müssen sich darüber im Klaren sein, dass die Gebühren (z. B. für Zeichnung, Rücknahme und Verwaltung), die für die zulässigen Anlagevermögenswerte erhoben werden, anteilig von der Gesellschaft getragen werden und sich dies auf das Nettovermögen der Gesellschaft auswirkt. Dies könnte zu einer Verdopplung der Gebühren und Kosten führen, da der Gesellschaft die Gebühren und Kosten auf jeder Anlageebene entstehen.

52 Wirtschaftliche, politische und soziale Risiken

52.1 COVID-19 und andere Krisen im Gesundheitswesen

In den letzten Jahren sind Epidemien, Pandemien und andere Krisen im Gesundheitswesen aufgetreten, wie z. B. das schwere akute Atemwegssyndrom (SARS), die H1N1-Grippe, das Nahost-Atemwegssyndrom (MERS), die Vogelgrippe und die Ebola-Viruserkrankung. Im Dezember 2019 wurde ein neuartiges Coronavirus identifiziert, das die als COVID-19 bezeichnete Krankheit verursacht, und im März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation den COVID-19-Ausbruch zu einer Pandemie, da weltweit eine große Zahl von COVID-19-Fällen registriert wurde.

Obwohl die Weltgesundheitsorganisation die weltweite Pandemie im Mai 2023 für beendet erklärt hat, ist es nicht möglich, die weiteren Folgen von COVID-19 oder anderen vergleichbaren Pandemien und Krisen vorherzusagen. Die COVID-19-Pandemie hat sich erheblich auf die Weltwirtschaft ausgewirkt und wird wahrscheinlich auch weiterhin erhebliche Auswirkungen haben. In der Vergangenheit haben Ausbrüche übertragbarer Krankheiten großen Ausmaßes die Anlegerstimmung beeinträchtigt und sporadische Volatilität an den globalen Märkten verursacht, die Lieferketten im verarbeitenden Gewerbe, den Einzelhandelssektor und die Nachfrage nach Gewerbeimmobilien gestört und Sorgen um die Solvenz verstärkt. Einzelne Sektoren, Unternehmen und nationale Volkswirtschaften werden in ungleichem Maße davon betroffen sein.

Eine Verschlechterung der Lage an den Finanzmärkten kann sich negativ auf die Liquidität auswirken und dazu führen, dass Betriebskapitallinien gesperrt werden, finanzielle Covenants verletzt werden, Ausfallereignisse eintreten, Bestimmungen über höhere Gewalt oder wesentliche nachteilige Veränderungen ausgelöst werden und/oder dass Kündigungsentschädigungen oder andere Eventualverbindlichkeiten wegen Nichterfüllung fällig werden.

Derartige negative Veränderungen an den globalen Finanzmärkten oder in der nationalen oder regionalen Wirtschaft, in denen eine der Infrastrukturanlagen Geschäfte tätigt, können sich daher wiederum erheblich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft oder die Geschäftstätigkeit einer ihrer Investitionen auswirken.

Zusätzlich zu diesen nachteiligen Folgen haben regionale und nationale Behörden Maßnahmen wie Quarantäne und Reisebeschränkungen verhängt und können dies auch weiterhin tun, was zu einer erheblichen Störung des Geschäftsbetriebs der Gesellschaft oder ihrer Anlagen führen könnte. Solche Maßnahmen können sich auf die Wirtschaftlichkeit einer Transaktion, auf die einfache Durchführung von Transaktionen oder auf die allgemeinen Kosten auswirken, die der Gesellschaft oder einem ihrer Portfoliounternehmen anderweitig entstehen. Quarantäne und Reisebeschränkungen können beispielsweise verhindern, dass physische Besprechungen und Besuche vor Ort stattfinden, und/oder Unternehmen dazu veranlassen, ihren Geschäftsbetrieb einzustellen.

Das volle Ausmaß, die Dauer und die Folgen der COVID-19-Pandemie sind ungewiss, und jede weitere daraus resultierende Konjunkturabschwächung und/oder Eintrübung des Geschäftsklimas an den Märkten kann negative und langfristige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb und die finanzielle Lage des Portfolioverwalters, der Gesellschaft und der Anlagen selbst haben. Ähnliche Folgen könnten sich im Zusammenhang mit anderen vergleichbaren Ausbrüchen und lang andauernden Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit ergeben.

Darüber hinaus ist es unmöglich, die Art oder das Ausmaß derartiger Folgen in Bezug auf die Wertentwicklung bestehender oder zukünftiger Investitionen oder allgemein vorherzusagen, und die vollen Auswirkungen von COVID-19 auf Investitionen können für einige Zeit ungewiss sein. Anleger sollten beachten, dass die historischen Bewertungen nicht realisierter Investitionen auf Fakten und Annahmen zum jeweiligen Zeitpunkt beruhen und nicht angepasst wurden, um den zwischenzeitlichen und künftigen Auswirkungen von COVID-19 Rechnung zu tragen. Anleger werden gebeten, sich bei Fragen zur aktuellen Anlageperformance an den Portfolioverwalter zu wenden.

52.2 Konflikt zwischen Russland und der Ukraine

Im Jahr 2021 schickte der russische Präsident Wladimir Putin Soldaten und Ausrüstung an die Grenze zur Ukraine. Im Februar 2022 verhängten das Vereinigte Königreich, die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika und eine Reihe anderer Länder als Reaktion auf die russische Militärintervention in der Ukraine eine breite Palette von Wirtschaftssanktionen gegen bestimmte mit Russland verbundene Einrichtungen, Personen und Institutionen. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und die etwaige Rolle der NATO und/oder anderer Staaten entwickeln sich so schnell, dass es nicht möglich ist, die endgültigen Auswirkungen der jüngsten Ereignisse auf die globalen Marktbedingungen vorherzusagen. Die Lage verändert sich laufend.

Die Anlagerichtlinien der Gesellschaft sehen keine spezifische Allokation in Russland oder der Ukraine vor. Es ist daher nicht davon auszugehen, dass die Gesellschaft direkt in diesen beiden Ländern engagiert sein wird. Die Gesellschaft hat keine in Russland ansässigen Anleger und nach Kenntnis des General Partner auch keine Anleger mit direkten Verbindungen zur russischen Regierung oder zu anderen staatseigenen Unternehmen in Russland. Der General Partner geht jedoch davon aus, dass die Situation nachteilige, möglicherweise schwerwiegende wirtschaftliche Auswirkungen haben kann, die sich nicht auf Europa beschränken werden. Die unmittelbarsten Auswirkungen dürften die weltweiten Energie- und Rohstoffpreise und der daraus resultierende verstärkte Inflationsdruck sein. Es ist auch damit zu rechnen, dass die Zentralbanken erst mit Verzögerung auf die hohe Inflation reagieren werden, was das makroökonomische und geschäftliche Umfeld weiter unter Druck setzen wird. Auch andere nachteilige wirtschaftliche und/oder soziale Folgen könnten die Konsequenz sein. Die Situation ist dynamisch, bringt aber Unsicherheiten im wirtschaftlichen, rechtlichen und

politischen Umfeld und Risiken mit sich, einschließlich kurz- und langfristiger Markt- und Währungsvolatilität sowie makroökonomischer Risiken für europäische und globale Volkswirtschaften. Jede daraus resultierende Verschlechterung der politischen, sozioökonomischen und finanziellen Bedingungen weltweit kann zu weitreichenden Störungen in bestimmten Sektoren, einschließlich des Finanz- und Infrastruktursektors, führen. Das volle Ausmaß der Dauer, der Intensität und der Folgen der vorgenannten Risiken ist ungewiss, und die daraus resultierende Konjunkturabschwächung und/oder die negative Stimmung auf den Märkten und/oder die sich daraus ergebenden langfristigen Veränderungen könnten nachteilige und dauerhafte Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die finanzielle Lage der Gesellschaft, ihre Investitionen und ihre Fähigkeit, ihre Investitionsziele zu erreichen, haben.

Die Gesellschaft und ihre Verwaltungs- und Beratungsgesellschaften unterliegen Gesetzen, die den Umgang mit Personen einschränken können, die in sanktionierten Ländern ansässig sind. Dementsprechend ist die Gesellschaft, wenn ein Anleger auf einer vom Office of Foreign Assets Control des US-Finanzministeriums geführten Liste verbotener Unternehmen und Personen genannt wird oder gemäß den geltenden Bestimmungen der EU oder des Vereinigten Königreichs als solche eingestuft ist und/oder in einem Land oder Gebiet tätig oder ansässig ist, gegen das die Vereinten Nationen, die EU, das Vereinigte Königreich oder andere relevante Länder Sanktionen verhängt haben, möglicherweise verpflichtet, alle weiteren Geschäfte im Zusammenhang mit der Beteiligung des Anlegers an der Gesellschaft einzustellen, bis diese Sanktionen aufgehoben werden oder nach geltendem Recht eine Erlaubnis zur Fortführung der Geschäfte erteilt wird.

52.3 Krieg in Israel

Der Krieg zwischen Israel und Hamas im Nahen Osten, der am 7. Oktober 2023 begann, hat zu Instabilität und Unsicherheit bei den Marktteilnehmern geführt und könnte sich nachteilig auf die Gesellschaft auswirken. Solche geopolitischen Risiken können sich in erheblichem Maße nachteilig auf makroökonomische Faktoren auswirken und den Welthandel, die Wechselkurse, die Inflation, die Lieferketten, die regionalen Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft wesentlich und nachteilig beeinflussen, was wiederum die Geschäfte der Gesellschaft sowie die Geschäftstätigkeit des AIFM beeinträchtigen kann. Darüber hinaus kann der Wert der Anlagen der Gesellschaft nachteilig beeinflusst werden, wenn die Gesellschaft im Nahen Osten oder in angrenzenden geografischen Regionen engagiert ist.

53 Steuerliche Risiken

53.1 Allgemeine steuerliche Risiken

Die Steuergesetze sind komplex und oft nicht vollständig klar, und die steuerlichen Folgen einer bestimmten Gestaltung könnten von der zuständigen Steuerbehörde des betreffenden Landes in Frage gestellt oder angefochten werden. Darüber hinaus können sich die Steuergesetze ändern, sodass sich die steuerlichen Folgen einer bestimmten Anlage nachteilig ändern können, nachdem sie getätigt wurde. Die Anteilsinhaber der Gesellschaft und/oder die wirtschaftlichen Eigentümer von Anteilen können in mehreren Ländern außerhalb ihres Landes Einkommensteuern oder anderen Steuern unterliegen. Darüber hinaus können Quellensteuern oder andere Steuern auf Erträge der Gesellschaft oder der Unternehmen, über die sie investiert, aus Anlagen in solchen Ländern erhoben werden. Diese Quellensteuer kann mitunter nicht, nicht vollständig oder nur teilweise ermäßigt werden, z. B. in Fällen, in denen sich die Gesellschaft/das Unternehmen nicht auf Doppelbesteuerungsabkommen berufen kann. Dies schmälert die Rendite der Gesellschaft und damit auch die Rendite der Anteilsinhaber. Lokale Steuern, die der Gesellschaft oder den Unternehmen, über die sie investiert, in verschiedenen Ländern entstehen, sind für die Anteilsinhaber und/oder wirtschaftlichen Eigentümer der

Anteile im Allgemeinen nicht anrechenbar oder abzugsfähig. Die Gesellschaft beabsichtigt, die steuerlichen Folgen auf der Ebene der Gesellschaft und der zulässigen Anlagevermögenswerte zu berücksichtigen, in die sie zum Zeitpunkt der Anlage investiert. Da die Gesellschaft jedoch die zulässigen Anlagevermögenswerte, in die sie investiert, nicht kontrolliert, kann nicht ausgeschlossen werden, dass nachteilige steuerliche Folgen eintreten, z. B. infolge einer Restrukturierung eines zulässigen Anlagevermögenswerts nach der Investition oder infolge späterer Gesetzesänderungen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft nicht in der Lage, die steuerlichen Folgen auf der Ebene der Anteilsinhaber und/oder wirtschaftlichen Eigentümer der Anteile an der Gesellschaft zu berücksichtigen.

Zudem sollten sich die Anleger darüber im Klaren sein, dass in einigen Rechtsordnungen Unsicherheit darüber besteht, wie die Steuervorschriften auf die Gesellschaft anzuwenden sind. Die Unsicherheit in diesem Bereich kann zu unerwarteten und/oder unbeabsichtigten steuerlichen Folgen für die Gesellschaft und/oder die Anleger führen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Gesellschaft oder die Unternehmen, über die sie investiert, aufgrund der Beteiligung (oder anderer relevanter Umstände) eines bestimmten Anlegers (oder bestimmter Anleger) an der Gesellschaft direkt oder indirekt steuerpflichtig wird. In einem solchen Szenario kann die Gesellschaft einen solchen Betrag nicht vom jeweiligen Anleger (oder den Anlegern) zurückfordern.

Infolge von Steuerprüfungen oder anderen Steuerveranlagungen auf der Ebene der Gesellschaft oder der Unternehmen, über die sie investiert, können trotz sorgfältiger Prüfung durch den AIFM und die Steuerberater unerwartete zusätzliche Steuern anfallen. Solche zusätzlichen Steuern können sich auf Zeiträume beziehen, bevor der Anteilsinhaber und/oder der wirtschaftliche Eigentümer von Anteilen in die Gesellschaft investiert hat, und sind möglicherweise nicht im Ausgabe- oder Kaufpreis beim Erwerb der Anteile berücksichtigt worden.

53.2 Globale Steuerinitiativen

ATAD 1 kann sich unter bestimmten Umständen auf die steuerliche Situation der etwaigen zugrunde liegenden Tochtergesellschaften auswirken. So kann beispielsweise der Steuerabzug von Zahlungen, die von einer zugrunde liegenden luxemburgischen Tochtergesellschaft geleistet werden, verweigert werden, wenn i) diese Zahlungen infolge einer hybriden Inkongruenz nicht in die Steuerbemessungsgrundlage des letztendlichen Empfängers/Begünstigten einbezogen werden (was insbesondere als eine Situation definiert werden kann, in der aufgrund einer unterschiedlichen rechtlichen Einstufung eines Finanzinstruments eine steuerlich abzugsfähige Zahlung nicht in die Steuerbemessungsgrundlage des letztendlichen Empfängers/Begünstigten einbezogen wird) und ii) a) der letztendliche Empfänger/Begünstigte der Zahlung und die luxemburgische zahlende Gesellschaft verbundene Unternehmen sind oder b) der letztendliche Empfänger/Begünstigte und die luxemburgische zahlende Gesellschaft eine strukturierte Vereinbarung getroffen haben, die diese hybride Inkongruenz zur Folge hat.

Darüber hinaus kann sich die Umsetzung von ATAD 2 noch weiter auf die steuerliche Situation der Fondsstruktur auswirken. So wird mit ATAD 2 der Anwendungsbereich von ATAD 1 erweitert, die auf Situationen des doppelten Abzugs oder des Abzugs bei gleichzeitiger steuerlicher Nichtberücksichtigung infolge des Einsatzes hybrider Gestaltungen bei Finanzinstrumenten oder Unternehmen anwendbar war. ATAD 2 verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten, bei hybriden Gestaltungen entweder den Abzug für Zahlungen, Aufwendungen oder Verluste zu verweigern oder Zahlungen als steuerpflichtige Einkünfte zu

berücksichtigen. Davon erfasst ist ein breites Spektrum von Gestaltungen wie hybride Betriebsstätten, importierte Besteuerungsinkongruenzen, hybride Übertragungen und Gesellschaften mit doppelter Ansässigkeit.

Am 22. Dezember 2021 veröffentlichte die EU einen Richtlinienvorschlag, der darauf abzielt, der Nutzung von Briefkastenfirmen für steuerliche Zwecke Einhalt zu gebieten und sicherzustellen, dass in der EU ansässige juristische Personen, die keine oder nur eine minimale wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, keine steuerlichen Vorteile in Anspruch nehmen können („**ATAD 2**“ oder „**UNSHELL-Vorschlag**“). Diese Vorschriften würden für EU-Unternehmen gelten, die nicht gemäß ATAD 3 ausgeschlossen sind und die i) passive Einkünfte erzielen, ii) grenzüberschreitende Geschäfte tätigen und iii) die Verwaltung des Tagesgeschäfts und die Entscheidungen in wichtigen Funktionen ausgelagert haben. Wenn der UNSHELL-Vorschlag in seiner jetzigen Form umgesetzt wird, müssen EU-Unternehmen, die in den Anwendungsbereich der Bestimmungen fallen, in ihrer jährlichen Steuererklärung erklären, ob sie die Indikatoren für die minimale Substanz erfüllen, und entsprechende Belege vorlegen. Ist mindestens ein Indikator nicht erfüllt, wird davon ausgegangen, dass ihre Substanz für Steuerzwecke unzureichend ist. Sollte diese Vermutung nicht widerlegt werden, dürften diese Unternehmen die Bestimmungen von Doppelbesteuerungsabkommen oder bestimmter EU-Richtlinien (wie z. B. der EU-Richtlinie über Mutter- und Tochtergesellschaften) nicht in Anspruch nehmen. Darüber hinaus hätten sie keinen Anspruch auf eine Bescheinigung über die steuerliche Ansässigkeit, insofern dieser dazu dient, diese Vorteile zu erhalten., was sich wiederum auf die Erträge an die Gesellschaft auswirken kann. Zudem kann dies für die Gesellschaft und/oder ihre etwaigen EU-Tochtergesellschaften zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten. Der UNSHELL-Vorschlag kann jedoch nach Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten geändert werden, und seine Auswirkungen auf die Gesellschaft müssen regelmäßig überwacht werden, insbesondere im Hinblick auf künftige Änderungen des Vorschlags (sobald er angenommen wird).

Im Dezember 2021 veröffentlichte die OECD die Säule-2-Mustervorschriften, um einen Rahmen für die Einführung einer Mindeststeuer von 15 % (die sogenannte Steuer zur weltweiten Bekämpfung von Gewinnverkürzung, kurz GloBE-Steuer) festzulegen. Die Säule-2-Mustervorschriften sehen zwei Regeln vor: die „Ertragseinbeziehungsregelung“ (EER) und die „umgekehrte Ertragseinbeziehungsregelung“ (UEER), die eine Mindeststeuer von 15 % und die Möglichkeit einer Ergänzungssteuer gewährleisten sollen. In diesem Zusammenhang sollten potenzielle Anleger beachten, dass die EU am 14. Dezember 2022 die Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen und große inländische Gruppen in der Union („**Säule-2-Richtlinie**“) verabschiedet hat. Die Mitgliedstaaten waren verpflichtet, die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft zu setzen, die erforderlich sind, um die Bestimmungen der Säule-2-Richtlinie bis zum 31. Dezember 2022 umzusetzen und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen der EER und der UEER ab dem 1. Januar 2023 bzw. 1. Januar 2024 anzuwenden. Luxemburg hat die Säule-2-Richtlinie mit dem Säule-2-Gesetz in luxemburgisches Recht umgesetzt.

Die EU-Kommission hat am 11. Mai 2022 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke veröffentlicht („**DEBRA-Vorschlag**“). Die im DEBRA-Vorschlag enthaltenen Vorschriften würden für alle Steuerpflichtigen gelten, die in einem oder mehreren Mitgliedstaaten körperschaftsteuerpflichtig sind, mit Ausnahme der im Vorschlag definierten Finanzunternehmen. Eigentlich sollte der DEBRA-Vorschlag (nach seiner Annahme) bis

zum 31. Dezember 2023 von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden und am 1. Januar 2024 in Kraft treten. Die tatsächliche Umsetzung des DEBRA-Vorschlags verzögert sich jedoch aufgrund der jüngsten Diskussionen auf EU-Ebene.

Die genauen Auswirkungen der oben genannten neuen (oder später erlassenen) Vorschriften müssten regelmäßig überwacht werden, insbesondere im Hinblick auf zukünftige Vorgaben der zuständigen Steuerbehörden.

53.3 Multilaterales Instrument

Zusätzlich zu den oben erwähnten internationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung hat die OECD das Multilaterale Instrument („**MLI**“) verabschiedet. Mit diesem multilateralen Instrument wurde rasch eine Reihe von steuerabkommensbezogenen Maßnahmen umgesetzt, um die internationalen Steuervorschriften zu aktualisieren und die Möglichkeiten der Steuervermeidung durch multinationale Unternehmen zu begrenzen. Bestehende Steuerabkommen können weiter geändert werden, um den Mindeststandards des MLI Rechnung zu tragen. Am 14. Februar 2019 verabschiedete das luxemburgische Parlament den Gesetzesentwurf zur Umsetzung des MLI in das luxemburgische Steuerrecht. Die Anwendung der MLI-Bestimmungen auf die Gesellschaft muss von Fall zu Fall geprüft werden, je nach Ratifizierung durch die anderen Staaten und je nach Art der betreffenden Steuer, d. h. Quellensteuer oder andere Steuern.

53.4 Meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen

Nach der Verabschiedung des luxemburgischen Gesetzes vom 25. März 2020 in seiner weiter geänderten Fassung („**DAC-6-Gesetz**“) zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/822 des Rates vom 25. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs im Bereich der Besteuerung über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen („**DAC 6**“) müssen bestimmte Intermediäre und in bestimmten Fällen Steuerpflichtige innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens bestimmte Informationen über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen an die luxemburgischen Steuerbehörden übermitteln. Eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung umfasst alle grenzüberschreitenden Gestaltungen, die mit einer oder mehreren bestimmten Arten von Steuern im Zusammenhang stehen und mindestens ein Kennzeichen aufweisen (d. h. ein Merkmal oder eine Eigenschaft, das bzw. die auf ein potenzielles Risiko der Steuervermeidung hindeutet), wie im DAC-6-Gesetz festgelegt. Die übermittelten Informationen werden von den luxemburgischen Steuerbehörden automatisch an die zuständigen Behörden aller anderen EU-Mitgliedstaaten weitergeleitet. Je nach Fall kann die Gesellschaft alle Maßnahmen ergreifen, die sie für erforderlich, notwendig, ratsam, sinnvoll oder zweckmäßig hält, um den Meldepflichten nachzukommen, die den Intermediären und/oder Steuerpflichtigen gemäß dem DAC-6-Gesetz auferlegt werden. Das Versäumnis, die erforderlichen Informationen gemäß DAC 6 zu übermitteln, kann zur Verhängung von Geldbußen oder Sanktionen in dem/den betreffenden EU-Rechtsordnung(en) führen, die an der betreffenden grenzüberschreitenden Gestaltung beteiligt sind. Nach dem DAC-6-Gesetz kann eine verspätete, unvollständige oder fehlerhafte Meldung oder eine Nichtmeldung mit einer Geldstrafe von bis zu 250.000 EUR belegt werden.

53.5 Steuerberichterstattung

Anteilsinhaber sollten beachten, dass der AIFM oder die Gesellschaft verpflichtet sein kann, Informationen über einen Anteilsinhaber gegenüber einer Steuerbehörde oder einer anderen staatlichen Behörde offenzulegen, damit die Gesellschaft geltenden Gesetzen oder

Vorschriften oder Vereinbarungen mit einer staatlichen Behörde genügen kann. Anteilshaber sind verpflichtet, die von der Gesellschaft oder dem AIFM in angemessener Weise geforderten Informationen fristgerecht zur Verfügung zu stellen (und diese Informationen gegebenenfalls auf dem neuesten Stand zu halten), damit die Gesellschaft die Einreichungen vornehmen und die Entscheidungen treffen kann, die von ihr oder vom AIFM als sinnvoll erachtet werden oder die gesetzlich vorgeschrieben sind oder die die Gesellschaft oder der AIFM im Zusammenhang mit einer Investition oder einer geplanten Investition für notwendig oder sinnvoll erachtet (insbesondere zur Einhaltung der Meldepflichten oder zur Bewertung der diesbezüglichen Auswirkungen).

Anteilshaber sollten beachten, dass die Gesellschaft oder der AIFM unter bestimmten Umständen berechtigt ist, Maßnahmen gegen einen Anteilshaber zu ergreifen, der es versäumt hat, diese Informationen zu übermitteln. Dazu gehört unter anderem sicherzustellen, dass der betreffende Anteilshaber die Kosten für Steuern trägt, die aufgrund der Nichtübermittlung der Informationen entstehen, oder die Zwangsrücknahme der Anteile des Anteilshabers an der Gesellschaft.

53.6 Steuern auf Anlegerebene

Anteilshaber und/oder wirtschaftliche Eigentümer von Anteilen sind in der Regel in dem Land steuerpflichtig (Einkommensteuer und etwaige andere Steuern), in dem sie ansässig sind (oder als ansässig gelten). Dementsprechend müssen sie im Allgemeinen Steuern auf Ausschüttungen (Gewinnausschüttungen oder etwaige andere Ausschüttungen) der Gesellschaft und auf Gewinne aus dem Verkauf oder der Rücknahme von Anteilen, aber möglicherweise auch auf andere Posten wie Pauschalbeträge oder die Steigerung des Marktwerts der Anteile zahlen. Die von der Gesellschaft oder den Unternehmen, über die sie investiert, erwirtschafteten Erträge können den Anteilshabern und/oder den wirtschaftlichen Eigentümern der Anteile zugerechnet werden und sind bei diesen zu versteuern, insbesondere dann, wenn die Gesellschaft/diese Unternehmen nach den für einen Anteilshaber/wirtschaftlichen Eigentümer geltenden Steuervorschriften oder nach den Vorschriften für beherrschte ausländische Unternehmen als transparent gelten, obwohl sie nicht an diese ausgeschüttet wurden. Verluste, die Anteilshabern und/oder wirtschaftlichen Eigentümern von Anteilen entstehen, z. B. beim Verkauf oder bei einer Rücknahme, oder Kosten (z. B. Finanzierungskosten), die ihre Anteile betreffen, sind möglicherweise nicht (vollständig) steuerlich absetzbar. Dies kann dazu führen, dass ein Anteilshaber und/oder wirtschaftlicher Eigentümer von Anteilen Steuern zahlen muss, ohne dass er Einkünfte aus seiner Anlage in die Gesellschaft erhält („Dry Income“, d. h. Einkünfte, auf die Steuern zu entrichten sind, obwohl (noch) keine Liquidität geflossen ist), dass der effektive Steuersatz auf die von ihm erzielten Einkünfte den nominalen Steuersatz übersteigt und dass die Steuern diese Einkünfte übersteigen oder zu zahlen sind, obwohl er einen Verlust erlitten hat.

Wie in Abschnitt 53.1 oben dargelegt, können Quellensteuern oder andere Steuern auf die Erträge der Gesellschaft oder der Unternehmen, über die sie investiert, aus ihren Anlagen in den jeweiligen Ländern erhoben werden, und solche lokalen Steuern, die in verschiedenen Ländern von der Gesellschaft oder den Unternehmen, über die sie investiert, erhoben werden, sind wahrscheinlich nicht anrechenbar oder abzugsfähig für die Anteilshaber und/oder wirtschaftlichen Eigentümern der Anteile. Infolgedessen ist es möglich, dass die Erträge der Gesellschaft oder der Unternehmen, über die sie investiert, mehr als einmal besteuert werden.

Potenziellen Anlegern in die Anteile wird dringend empfohlen, eine unabhängige Steuerberatung in Anspruch zu nehmen und ihre professionellen Berater hinsichtlich der rechtlichen und steuerlichen Folgen zu konsultieren, die sich aus einer Investition in die Gesellschaft und insbesondere aus der Behandlung der Gesellschaft als nicht transparent ergeben können. Weder die Gesellschaft noch eine andere Partei übernehmen irgendeine Verantwortung in Bezug auf die steuerliche Behandlung der Anteile, der Anteilsinhaber und/oder der wirtschaftlichen Eigentümer von Anteilen in Deutschland.

PATRIZIA INFRASTRUCTURE INVEST

Partnership limited by shares (*société en commandite par actions*)
qualifying as investment company with variable capital
(*société d'investissement à capital variable*)
governed by Part II of the Luxembourg law of 17 December 2010 relating to
undertakings for collective investment, as amended

PROSPECTUS

25 JUNE 2025

THE PARTNERSHIP IS A REGULATED INVESTMENT VEHICLE SUBJECT TO THE PRUDENTIAL SUPERVISION OF THE *COMMISSION DE SURVEILLANCE DU SECTEUR FINANCIER*, THE LUXEMBOURG SUPERVISORY AUTHORITY OF THE FINANCIAL SECTOR ("CSSF"). THE PARTNERSHIP QUALIFIES AS A EUROPEAN LONG TERM INVESTMENT FUND ("ELTIF") UNDER REGULATION (EU) 2023/606 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL OF 15 MARCH 2023 ON EUROPEAN LONG-TERM INVESTMENT FUNDS, AS AMENDED FROM TIME TO TIME (THE "ELTIF REGULATION") AND ARE AUTHORISED AND SUPERVISED BY THE CSSF.

DISCLAIMER

This prospectus (the "**Prospectus**") is furnished to prospective investors for the purpose of providing certain information about a potential investment in PATRIZIA Infrastructure Invest (the "**Partnership**") an investment company with variable capital (*société d'investissement à capital variable*) governed by Part II of the Luxembourg law of 17 December 2010 on undertakings for collective investment, as amended (the "**2010 Law**") and incorporated as a partnership limited by shares (*société en commandite par actions*) in accordance with the Luxembourg law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended (the "**1915 Law**"). The Partnership is authorized and supervised by the Luxembourg supervisory authority, the *Commission de Surveillance du Secteur Financier* (the "**CSSF**"). Such authorization does not, however, imply approval by any Luxembourg authority of the contents of this Prospectus or of the portfolio of investments held by the Partnership. Any representation to the contrary is unauthorized and unlawful.

In connection with the offer made in this Prospectus, no person is authorized to give any information or to make any representations other than those contained in this Prospectus and the documents referred to herein and any subscription or purchase of shares made by any person based on statements or representations not contained in or inconsistent with the information contained herein shall be solely at the risk of the subscriber or purchaser.

This Prospectus does not purport to be all-inclusive and does not necessarily contain all the information that a prospective investor may desire in deciding whether to subscribe to or purchase the shares. No representation or warranty, express or implied, is or will be made in relation to, and no responsibility or liability is or will be accepted by the Partnership, the Board, the AIFM, the Portfolio Manager or any of their Affiliates (each, as defined below) as to or in relation to the accuracy or completeness of this Prospectus or any other written or verbal information made available to any recipient or his advisors in connection with any further investigation of the Partnership.

The Board is responsible for the information contained in this Prospectus. To the best of its knowledge, it has taken all reasonable care to ensure that, the information contained herein is accurate as at the date stated herein. The Partnership, the Board, the AIFM and the Portfolio Manager and their Affiliates (each, as defined below) expressly disclaim all liability based on such information, errors in such information, or omissions in such information. No representation or warranty is given as to the accuracy of any financial information contained in this Prospectus or as to the achievement or reasonableness of any forecasts, projections, management targets, prospects or returns.

Potential investors should be able to bear the economic consequences of an investment in the Partnership, including the possibility of the loss of their entire investment.

Prospective investors should not construe the contents of this Prospectus as investment, legal, business, accounting, tax or other advice. In making an investment decision, prospective investors must rely on their own examination of the Partnership and the terms of the offering, including the merits and risks involved. Each prospective investor should consult their own attorneys, business advisors and/or tax advisors as to legal, business, accounting, tax and related matters concerning an investment in the Partnership. An investment in the Partnership involves significant risks. Prospective investors should have the financial ability and willingness to accept the risk characteristics of the Partnership.

Neither the distribution of this Prospectus nor any offering of the shares shall under any circumstances imply that the information contained in the Prospectus is correct as of a date after the date of this Prospectus or create any implication or constitute a representation that there has been no change in the business or affairs of the Partnership, or any other information contained in the Prospectus since the date of this Prospectus.

Potential investors should note that since redemptions of shares are limited, the Partnership may not be suitable for investors that are looking for a liquid open-ended structure with the possibility to redeem at any given point in time. In accordance with the provisions of Sections 7 "Redemption of Shares" and 11.5 "Temporary Suspension of the Calculation of the Net Asset Value per Share" of this Prospectus, redemptions may also be subject to gates in case of suspension of redemptions or limitations in case of redemption requests exceeding certain thresholds, lock-up periods and other conditions.

The Partnership qualifies and has been approved as an ELTIF under the ELTIF Regulation. ELTIFs are intended to be invested in long-term assets in accordance with the specific rules laid down in the ELTIF Regulation. Prospective investors should be aware that long-term assets are typically assets that are of an illiquid nature, require patient capital based on capital injections: commitments that are made for a considerable period often provide late return on investment, and generally have an economic profile of a long-term nature. As a result, each prospective investor in the Partnership should carefully consider the appropriate amount of their overall investment portfolio to be invested, and it is recommended that such investor only invest a small proportion of their overall investment portfolio in the Partnership. The Partnership is only appropriate for investors who can sustain a long-term and illiquid commitment.

This Prospectus shall be read in accordance with the ELTIF Regulation and the ELTIF RTS or any other related EU delegated act adopted by the European Commission amending or supplementing the ELTIF Regulation or regulatory guidance from time to time including, for the avoidance of doubt, as may become applicable, further to a revision of the ELTIF Regulation.

Shares are available for purchase only by (i) professional investors, and (ii) retail investors fulfilling the eligibility requirements of the ELTIF Regulation.

Participation in the Partnership may be offered through financial intermediaries, which generally have client net worth thresholds and other requirements. Accordingly, the Partnership is intended for investors who have established relationships with such financial intermediaries. Potential investors should consult with their Financial Intermediary to discuss potential eligibility and suitability requirements for an investment in the Partnership.

This Prospectus is qualified in its entirety by the terms of the articles of incorporation of the Partnership (as amended from time to time, the "**Articles**"). In the Prospectus and by subscribing for shares, each prospective investor confirms that they have read and understood the aforementioned documentation and that they have sought professional advice in respect to such documentation. By subscribing for shares, each potential investor confirms their agreement with the content of the Prospectus (including all annexes and exhibits thereto) and the Articles.

Participation in the Partnership involves intricate tax and regulatory matters that may differ from investor to investor. Each potential investor is advised to clarify the actual tax and regulatory effects that participation in the Partnership may have in their particular case with their personal tax and legal adviser.

Restrictions on offer of Shares

This Prospectus does not constitute an offer to issue or sell to, or a solicitation of an offer to subscribe from, anyone in any country or jurisdiction (i) in which such an offer or solicitation is not authorized, (ii) in which any person making such offer or solicitation is not qualified to do so or (iii) in which any such offer or solicitation would otherwise be unlawful.

The offering of shares in the Partnership does not constitute a direct or an indirect offering of interests in any of the investments, and purchasers of shares offered hereby will not have any direct interest in or have any voting rights in such investments. The investments, or institutions related to the investments, may have other business relationships with the Partnership, the Board, the AIFM, the Portfolio Manager and their respective Affiliates.

No action has been taken that would, or is intended to, permit a public offer of the shares in any country or jurisdiction where any such public offering of shares is not permitted. Accordingly, Shares may not be offered or sold, directly or indirectly, and neither this Prospectus nor any other information, form of application, advertisement or other document may be distributed or published in any country or jurisdiction except under circumstances that will result in compliance with any applicable laws and regulations. Any recipient of this Prospectus must inform themselves about and observe any legal restrictions affecting any subscription of shares in the Partnership. None of the Partnership, the Board, the AIFM or the Portfolio Manager or any of their Affiliates make any representation or warranty to any prospective investor regarding the legality of an investment in the Partnership by such person under appropriate securities or similar laws.

Notice to residents of the European Economic Area

Pursuant to the AIFMD, the Partnership will constitute an EU AIF whose alternative investment fund manager is an EU alternative investment fund manager. Each Member State of the European Economic Area has adopted legislation implementing the AIFMD into national law. Under the AIFMD, marketing of the shares of the Partnership to any (prospective) investor domiciled or with a registered office in the European Economic Area will be restricted by such laws and no such marketing shall take place except as permitted by such laws. Potential investors should ensure they are able to subscribe for shares in the Partnership in accordance with the above laws.

When marketed under the AIFMD marketing passport provided for in Article 32 of the AIFMD, shares in the Partnership are available for purchase by (i) professional investors, being investors that are considered to be a professional client or may, on request, be treated as a professional client, within the meaning of Annex II to Directive 2014/65/EU ("**MiFID II**"), and (ii) retail investors fulfilling the eligibility requirements of the ELTIF Regulation.

The Partnership may be marketed to both retail investors (where applicable local law permits) and professional investors. To the extent that, in the European Economic Area ("EEA"), the shares are advised on, offered or sold to retail investors, a key information document ("**PRIIPs KID**") shall be provided to each prospective EEA retail investor before they invest in the Partnership within the meaning of Regulation (EU) No 1286/2014 of the European Parliament and of the Council of 26 November 2014 on key information documents for packaged retail and insurance-based investment products.

Disclosure Regulation

This Prospectus contains the information required to be disclosed under Article 6 and Article 8 of the Regulation (EU) 2019/2088 of the European Parliament and of the Council of 27 November 2019 on sustainability-related disclosure requirements in the financial services sector, as amended (the "**Disclosure Regulation**").

Eligibility of Investors

The shares in the Partnership may only be subscribed by eligible investors and in compliance with any additional eligibility criteria set out in this Prospectus. The Partnership, at its full discretion, may refuse the issue of shares if there is not sufficient evidence that the person to whom the shares are sold is an eligible investor and meets the eligibility criteria set out in this Prospectus.

Interpretation

All references in this Prospectus to time are to Luxembourg time, unless otherwise stated. Unless the context requires otherwise, terms defined in the plural include the singular and vice versa. In the case of inconsistency between this Prospectus and the Articles, the documents will take precedence in the following order to the largest extent permitted by law: (a) the Articles and (b) this Prospectus. This Prospectus should be read in conjunction with the Articles.

Capitalised words used in this Prospectus will have the meaning ascribed thereto in Section "Definitions" hereof or elsewhere in this Prospectus.

Cautionary note regarding forward-looking statements

Words such as "may", "believes", "expects", "plans", "future" and "intends", and similar expressions, may identify forward-looking statements, but the absence of these words does not mean that the statement is not forward-looking. To the extent that this Prospectus contains any forward-looking statements, which provide current expectations or forecasts of future events, any forward-looking statements may include statements about the Partnership's plans, objectives, expectations and intentions and other statements that are not historical facts. Forward-looking statements are subject to known and unknown risks and uncertainties and inaccurate assumptions that could cause actual results to differ materially from those expected or implied by the forward-looking statements. Prospective Investors should not unduly rely on any such forward-looking statements, which apply only as of the date of this Prospectus to the extent presented.

Data protection policy

Prospective Investors should note that by virtue of their subscription into the Partnership, they are providing information that may constitute personal data within the meaning of European data protection legislation (including GDPR and any other EU or national legislation which implements or supplements the foregoing). The use of the personal data investors provided to the Board as part of the investors' subscription is governed by the GDPR and the terms of a privacy notice which further describes the processing thereof (the "**Privacy Notice**").

Prevention of money laundering and terrorist financing

In accordance with the Luxembourg law of 12 November 2004 on the fight against money laundering and terrorist financing ("**the Law of 2004**"), as amended, the Grand-Ducal Regulation of 1 February 2010, Regulation CSSF 12-02 of 14 December 2012 and the relevant CSSF circulars and regulations, Article 2 of the Law of 2004 imposes on professionals obligations to combat money laundering and terrorist financing on all persons and undertakings operating in the financial sector in order to prevent the use of collective investment undertakings for money laundering purposes. This includes the obligation to identify and legitimise investors and investment funds.

In accordance with these provisions, these identification procedures shall be implemented and, where necessary, a detailed verification shall be carried out by the AIFM or the Registrar and Transfer Agent of the Partnership.

Investors must add the Investor's legally determined credentials to the subscription documents. Those can vary depending on the type or corporate form of the Investor.

The Partnership and the Registrar and Transfer Agent reserve the right to request appropriate (additional) information necessary to verify the identity of an applicant. In case of delay or failure by the applicant to provide the information necessary for verification purposes, the AIFM or the Registrar and Transfer Agent may refuse the application and shall not be liable for any interest, costs or compensation.

The AIFM has a duty to perform an enhanced due diligence on those business relationships and due diligence measures at the level of the intermediary, the persons purporting to act on its behalf and its beneficial owners, to comply with local AML/CFT laws and regulations.

The AIFM reserves the right to refuse an application in whole or in part for reasons relating to the fight against money laundering and terrorist financing. In this case, in the absence of the necessary Subscription Agreement, no capital will be paid in upon one or more capital calls. The Partnership or the AIFM shall not be liable for any interest, costs or compensation.

The collection of information provided in this context in connection with the investment in the Partnership is solely for the purpose of complying with the provisions on the prevention of money laundering. All documents stored in this connection will be stored for five (5) years after termination of the business relationship.

In the course of the investments and divestments made by the Partnership, in accordance with and as required by applicable law, the AIFM, together with the General Partner, will apply sufficient safeguarding obligations based on a risk-based approach in relation to the assets of the Partnership. This will be done for the purpose of fulfilling all KYC obligations and anti-money laundering and anti-terrorist financing obligations in accordance with the applicable provisions of the Law of 2004 in order to comply with the laws and regulations applicable to the AIFM and to the Partnership.

Register of beneficial owners

The Law of 13 January 2019 establishing a register of beneficial owners ("**RBO Law**") entered into force on 1 March 2019 and applies to all legal forms ("**registered entities**") registered with the Luxembourg RCS, including investment funds. The purpose of the Act and hence the establishment of the register is to combat money laundering (Anti Money Laundering, "**AML**") in the context of the transposition of the provisions of the 5th European Money Laundering Directive (Directive EU 2018/843) into national law.

Luxembourg companies, as registered entities within the meaning of the RBO Law, must comply with the provisions of the RBO Law and register their actual or notional beneficial owner ("**Ultimate Beneficial Owner**", "**UBO**") with the register (the "**UBO Register**") as from 30 November 2019. Pursuant to Article 1(3) of the RBO Law, for the definition of beneficial owner, reference is made to the corresponding definition in article 1(7) of the Law of 2004. According to this definition, a Beneficial Owner is any natural person who owns or controls the registered entity or any natural person for whom a transaction is carried out or an activity is carried out. The concept of beneficial owner covers, at least in the case of legal persons, any natural person who, directly or indirectly:

- holds more than 25 percent of the share capital,
- controls more than 25 percent of the voting rights, or
- exercises control in a comparable way.

If, after a comprehensive examination, no actual beneficial owner can be identified or if there are doubts that the person identified is in fact the beneficial owner and no facts exist which would trigger a reporting obligation, the legal representative of the registered legal entity is deemed to be the Beneficial Owner by legal fiction (so-called "**fictitious beneficial owner**").

As a company domiciled in Luxembourg and a registered entity in Luxembourg, the Partnership is required to identify potential UBOs and submit information to the UBO Register to comply with the RBO Law.

The Shareholders are reminded that if the requirements for a UBO are met, article 2 of the RBO Law requires that the following information on the beneficial owners of the registered entities must be entered and stored in the UBO Register

- the surname;
- the first name(s);

- the nationality(ies);
- the date and place of birth;
- the country of residence;
- address;
- identification number;
- The nature and extent of the UBO's economic interest in the Partnership.

Each beneficial owner of a registered entity must provide the necessary information that the entity can comply with its legal obligations under the RBO Law.

This information is available to national authorities and the public, the latter only subject to the exceptions listed in the RBO Law. The Shareholders are also informed that in the event of non-compliance with the obligations under the RBO Law, fines ranging from EUR 1,250 to EUR 1,250,000 may be imposed on registered entities for non-compliance with the RBO Law and/or on UBOs for failure to provide the above information to the registered entity.

Risk factors

Prospective Investors should read this Prospectus carefully before deciding whether to purchase Shares of the Partnership and should pay particular attention to the information under Section 17 "Risk Factors and Investment Considerations". The Partnership and its respective investments are long-term speculative investments and involve significant risks.

There can be no assurance that the Partnership's investment objective will be achieved, and investment results may vary substantially over time. Investment in the Partnership is not intended to be a complete investment program for any investor. Prospective Investors should carefully consider whether an investment in Shares is suitable for them considering their circumstances and financial resources.

TABLE OF CONTENTS

DISCLAIMER.....	I
OVERVIEW.....	1
DEFINITIONS	3
1. ADMINISTRATIVE AND GOVERNANCE STRUCTURE	12
1.1 The Partnership.....	12
1.2 Articles	13
1.3 General Partner	13
1.4 AIFM	13
1.5 Portfolio Manager.....	16
1.6 Depositary.....	16
1.7 Paying Agent	18
1.8 Central Administration Agent	18
1.9 Registrar and Transfer Agent	18
1.10 Independent Auditor of the Partnership.....	19
2. INVESTMENT OBJECTIVE AND POLICY	19
3. INVESTMENT POWERS AND RESTRICTIONS	20
3.1 General Investment Restrictions.....	20
3.2 ELTIF Investment Restrictions	20
3.3 Borrowing.....	22
3.4 Hedging	23
3.5 Ramp-Up Period.....	24
3.6 Wind-Down Period.....	24
3.7 Suspension Period	25
3.8 Investment Structure.....	25
3.9 Passive Breaches	25
3.10 Sustainability Related Disclosure.....	25
4. RISK FACTORS	25
5. THE OFFER.....	25
5.1 Description of the Shares.....	25
5.2 Classes of Shares	26
5.3 Accounting Currency.....	27
5.4 Subscription for Shares.....	27
5.5 Restriction to Subscription for Shares	28
5.6 Subscription Process.....	28
5.7 Issue of Shares	28
5.8 Subscription via a Financial Intermediary.....	29
5.9 Suspension of Subscriptions.....	30
5.10 Outsourcing by the Partnership's service providers subject to professional secrecy	30
5.11 Data Protection	31

5.12	Late trading.....	31
5.13	Market timing.....	31
6.	TRANSFER OF SHARES.....	31
7.	MATCHING.....	32
8.	REDEMPTION OF SHARES.....	33
8.1	Redemption Procedure.....	33
8.2	Compulsory Redemption of Shares held by a Prohibited Person.....	34
8.3	Suspension of Redemptions.....	35
8.4	Repurchase of Shares at the Discretion of the Board.....	35
9.	CONVERSION OF SHARES INTO SHARES OF A DIFFERENT CLASS.....	35
10.	DISTRIBUTIONS.....	35
11.	NET ASSET VALUE.....	36
11.1	Valuation Day and Currency.....	36
11.2	Independence of the valuation.....	36
11.3	Determination of the Net Asset Value.....	36
11.4	Calculation of the Net Asset Value.....	36
11.5	Temporary Suspension of the Calculation of the Net Asset Value per Share.....	41
11.6	Alternative valuation methods.....	42
11.7	Updated Net Asset Value.....	42
11.8	Tolerance threshold.....	42
11.9	Accounting principles.....	43
12.	DURATION, LIQUIDATION AND AMALGAMATION OF THE PARTNERSHIP.....	43
12.1	Duration.....	43
12.2	Automatic Dissolution.....	43
12.3	Voluntary Dissolution.....	43
12.4	Liquidation.....	44
13.	REGULATORY DISCLOSURE.....	44
14.	RISK AND LIQUIDITY MANAGEMENT.....	44
14.1	Risk Management.....	44
14.2	Leverage.....	45
14.3	Liquidity Management.....	45
15.	TAXATION.....	45
15.1	Tax Treatment of the Partnership.....	45
15.2	Application of the Pillar II rules to the Partnership.....	46
15.3	Tax Treatment of the Shareholders.....	47
15.4	Foreign account tax compliance.....	47
15.5	Common Reporting Standard.....	49
16.	FEES AND EXPENSES.....	50
16.1	Organisational Expenses.....	50
16.2	Investment-Related Expenses.....	51

16.3	AIFM Fee	51
16.4	Portfolio Management Fee	51
16.5	Marketing Service Fee.....	51
16.6	Operation and Administration Expenses	52
16.7	Depository, Paying Agent, Central Administration Agent and Registrar and Transfer Agent Fee	54
16.8	Value Added Tax.....	54
16.9	Indemnification.....	54
17.	RISK FACTORS AND INVESTMENT CONSIDERATIONS	55
18.	PARTNERSHIP DOCUMENTS, AMENDMENTS OF THE PARTNERSHIP DOCUMENTS AND REPORTING	55
18.1	Partnership Documents.....	55
18.2	Amendments to the Prospectus.....	56
18.3	Reports.....	56
19.	GENERAL MEETING OF THE SHAREHOLDERS	57
20.	LEGAL RULES, APPLICABLE LAW, JURISDICTION	57
	SCHEDULE 1 TO THE PROSPECTUS CLASSES OF SHARES.....	59
	SCHEDULE 2 TO THE PROSPECTUS PRE-CONTRACTUAL DISCLOSURE FOR THE FINANCIAL PRODUCTS REFERRED TO IN ARTICLE 8, PARAGRAPHS 1, 2 AND 2A, OF REGULATION (EU) 2019/2088 AND ARTICLE 6, FIRST PARAGRAPH, OF REGULATION (EU) 2020/852.....	62
	SCHEDULE 3 TO THE PROSPECTUS RISK FACTORS AND INVESTMENT CONSIDERATIONS	71

OVERVIEW

Partnership

PATRIZIA Infrastructure Invest
15, rue de Flaxweiler
L-6776 Grevenmacher
Grand Duchy of Luxembourg

General Partner

PATRIZIA Infrastructure Invest GP S.à r.l.
15, rue de Flaxweiler
L-6776 Grevenmacher
Grand Duchy of Luxembourg

Board of managers of the General Partner

- Horst Baumann
- Justin Webb
- Nils Reschke
- Henri Hackenberg

AIFM and Domiciliation Agent

Universal-Investment-Luxembourg S.A.
15, rue de Flaxweiler
L-6776 Grevenmacher
Grand Duchy of Luxembourg

Board of directors of the AIFM

- Martin Groos
- Jérémy Albrecht
- Matthias Müller
- Gerrit van Vliet

Supervisory Board of the AIFM

- André Jäger
- Markus Neubauer
- Katja Müller

Portfolio Manager

PATRIZIA Infrastructure Ltd.
24, Endell Street
London WC2H 9HQ
United Kingdom

Sub-Portfolio Manager

PATRIZIA Pty Ltd (Canberra)
Level 3, 26 Brisbane Avenue
ACT 2600 Barton
Australia

Distributor

The name and address of the entities be appointed as a distributor, from time to time, are available for inspection by the Shareholders at the registered office of the Partnership.

Depositary and Paying Agent

Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A.
80, Route d'Esch
L-1470 Luxembourg
Grand Duchy of Luxembourg

Central Administration Agent

Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A.
80, Route d'Esch
L-1470 Luxembourg
Grand Duchy of Luxembourg

Registrar and Transfer Agent

Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A.
80, Route d'Esch
L-1470 Luxembourg
Grand Duchy of Luxembourg

Legal Advisor

Clifford Chance
10, Boulevard G.D. Charlotte
L-1011 Luxembourg
Grand Duchy of Luxembourg

Auditor of the Partnership

Deloitte Audit, Société à responsabilité limitée
20, Boulevard de Kockelscheuer
L-1821 Luxembourg
Grand Duchy of Luxembourg

DEFINITIONS

Capitalised terms in this Prospectus shall have the meanings given to them in the below definitions.

"**1915 Law**" means the Luxembourg law dated 10 August 1915 relating to commercial companies, as amended from time to time.

"**2004 Law**" means the Luxembourg law of 12 November 2004 relating to the fight against money-laundering and the financing of terrorism, as amended from time to time.

"**2010 Law**" means the Luxembourg law dated 17 December 2010, relating to undertakings for collective investment, as amended from time to time.

"**2013 Law**" means the Luxembourg Law of 12 July 2013, relating to alternative investment fund managers, as amended from time to time.

"**Accumulating Classes**" has the meaning ascribed to this term in Section 5.2.

"**Accounting Currency**" means the currency of consolidation of the Partnership, i.e., the Euro.

"**Administration Agreement**" means the administration agreement entered into between the Partnership, the AIFM and the Central Administration Agent.

"**Affiliate**" means in respect of an entity, any entity directly or indirectly controlling, controlled by, or under common control with such entity.

"**AIF**" means an alternative investment fund within the meaning of Article 1 (39) of the 2013 Law.

"**AIFM Agreement**" means the alternative investment fund management agreement between the Partnership and the AIFM.

"**AIFM Board**" means the duly constituted board of directors of the AIFM.

"**AIFM Directive**" means the Directive 2011/61/EU of the European Parliament and of the Council of 8 June 2011 on Alternative Investment Fund Managers and amending Directives 2003/41/EC and 2009/65/EC and Regulations (EC) No 1060/2009 and (EU) No 1095/2010, as published in the Official Journal of the European Union on 1 July 2011, as amended from time to time.

"**AIFM Regulation**" means the Commission Delegated Regulation (EU) No 231/2013 of 19 December 2012 supplementing Directive 2011/61/EU of the European Parliament and of the Council with regard to exemptions, general operating conditions, depositaries, leverage, transparency and supervision.

"**Alternative Investment Fund Manager**" or "**AIFM**" means Universal-Investment-Luxembourg S.A., acting in its capacity as the alternative investment fund manager of the Partnership, or any successor alternative investment fund manager of the Partnership.

"**Articles**" means the current version of the articles of incorporation of the Partnership, as amended from time to time.

"**ATAD I**" means the rules against tax avoidance practices that directly affect the functioning of the internal market laid down in Council Directive (EU) 2016/1164 of 12 July 2016, as amended from time to time.

"**ATAD I Law**" means the Luxembourg law dated 21 December 2018 transposing the ATAD I into Luxembourg legislation.

"**ATAD II**" means Council Directive (EU) 2017/952 of 29 May 2017 amending ATAD I as regards hybrid mismatches with third countries, as amended from time to time.

"**ATAD II Law**" means the Luxembourg law dated 20 December 2019 transposing the ATAD II into Luxembourg legislation.

"**ATAD Provisions**" means ATAD I and ATAD II, including any local implementation and guidance.

"**Board**" means the duly constituted board of managers of the General Partner.

"**Business Day**" any day on which banks in Luxembourg are open for business (except Saturdays, Sundays, public holidays and 24 December and 31 December each year).

"**Central Administration Agent**" means Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. acting in its capacity as the central administration agent of the Partnership or such other Person as may subsequently be appointed as central administration agent of the Partnership.

"**Class**" means a class in which Shares may be issued.

"**Conducting Officers**" means the conducting officers of the AIFM in accordance with the provisions of the 2013 Law.

"**Cross Hedging**" has the meaning ascribed to this term in Section 3.4.

"**CRS**" means the OECD Common Reporting Standard for Automatic Exchange of Financial Account Information in Tax Matters, as implemented in relevant jurisdictions.

"**Cut-Off Time**" has the meaning ascribed to this term in Section 5.4.

"**DAC**" means the Council Directive (EU) 2011/16/EU as regards mandatory automatic exchange of information in the field of taxation, as amended from time to time and as implemented in relevant jurisdictions.

"**Depository**" means Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A., in its function as depository, a credit institution within the meaning of the Luxembourg law dated 5 April 1993 relating to the financial sector, as amended, or any other admissible and duly appointed credit institution in their function as depository of the Partnership.

"**Depository Agreement**" means the depository agreement between the Partnership, the Depository, and/or the AIFM.

"**Director**" means a director of the AIFM.

"**Distribution Classes**" has the meaning ascribed to this term in Section 5.2.

"Domiciliation Agent" means the domiciliation agent of the Partnership, being Universal-Investment-Luxembourg S.A., or any replacement domiciliation agent.

"Eligible Investment Assets" means eligible investment assets as described in Articles 10(1) of the ELTIF Regulation.

"ELTIF" means a European Long-Term Investment Fund within the meaning of the ELTIF Regulation.

"ELTIF Delegated Regulation" means Regulation (EU) 2015/760 of the European Parliament and of the Council of 29 April 2015 on European long-term investment funds, as amended from time to time.

"ELTIF Regulation" means Regulation (EU) 2023/606 of the European Parliament and of the Council of 15 March 2023 amending Regulation (EU) 2015/760 as regards the requirements pertaining to the investment policies and operating conditions of European long-term investment funds and the scope of Eligible Investment Assets, the portfolio composition and diversification requirements and the borrowing of cash and other fund rules, as amended from time to time.

"ELTIF RTS" means Regulation (EU) 2024/2759 of 19 July 2024 supplementing Regulation (EU) 2015/760 of the European Parliament and of the Council with regard to regulatory technical standards specifying when derivatives will be used solely for hedging the risks inherent to other investments of the European long-term investment fund (ELTIF), the requirements for an ELTIF's redemption policy and liquidity management tools, the circumstances for the matching of transfer requests of units or shares of the ELTIF, certain criteria for the disposal of ELTIF assets, and certain elements of the costs disclosure.

"ESG" means environmental, social and governance.

"ESMA" means the European Securities and Markets Authority.

"Euro" means the lawful currency of the member states of the EU that have adopted the single currency in accordance with the Treaty establishing the European Community as amended by the Treaty on European Union and as amended by the Treaty of Amsterdam.

"FATCA" means the Foreign Account Tax Compliance provisions of the Hiring Incentives to Restore Employment Act.

"FFI" has the meaning ascribed to it in Section 15.4.

"FFI Agreement" has the meaning ascribed to it in Section 15.4.

"Financial Intermediary" has the meaning ascribed to it in Section 5.8.

"Financial Year" means the twelve (12) months ending on 31 December of each calendar year, provided that the first Financial Year will begin on the date of the establishment of the Partnership and that the last Financial Year of the Partnership shall end on the date of the final liquidation payment of the Partnership.

"**GDPR**" means Regulation (EU) 2016/679 of the European Parliament and of the Council of 27 April 2016 on the protection of natural persons with regard to the processing of personal data and on the free movement of such data.

"**General Meeting**" means a general meeting of Shareholders.

"**General Partner**" means PATRIZIA Infrastructure Invest GP S.à r.l., a Luxembourg private limited liability company (*société à responsabilité limitée*) registered with the Luxembourg Register of Trade and Companies (*Registre de Commerce et des Sociétés*, Luxembourg) under company number B290.693 and having its registered office at 15, rue de Flaxweiler, L-6776 Grevenmacher, Grand Duchy of Luxembourg, in its capacity as general partner (*associé commandité*) of the Partnership, or such other entity that may subsequently be appointed in such capacity.

"**Independent Appraiser**" means any Person, which has no interest in any Share and is not affiliated with the General Partner and/or the AIFM and, appointed by the AIFM to appraise the value of assets and asset rights registered in the name of the Partnership or any Subsidiaries as well as the direct or indirect shareholdings of the Partnership;

"**Information Reporting Regimes**" means:

1. FATCA;
2. CRS;
3. DAC;
4. the ATAD Provisions;
5. the NCST Law;
6. any intergovernmental agreement, treaty, law, regulation, guidance, standard or other agreement, entered into or enacted in order to comply with, facilitate, supplement or implement the legislation, regulations, guidance or standards described in paragraphs 1., 2., 3., 4. and 5. above; and
7. any other similar automatic exchange of information or similar tax reporting legislation, regulations, regime or treaty, and in each case any official interpretations thereof and any published administrative guidance in connection therewith whether in force today or introduced at a later date.

"**Investment Objective**" means the investment objective of the Partnership, as set out in the Prospectus.

"**Investment Policy**" means the investment guidelines of the Partnership, as set out in the Prospectus.

"**Investment Powers and Restrictions**" means the investment powers and restrictions of the Partnership, as set out in the Prospectus.

"**Investment-Related Expenses**" means any costs and expenses incurred in relation to proposed and actual investments of the Partnership and in relation to proposed and actual disposals of investments of the Partnership, including the fees and expenses of third-party

consultants and advisors engaged in connection therewith as well as costs and expenses relating to aborted deals, any "added-value" financing fees (i.e., additional service fees in providing exceptional (outside market) financing) and any refurbishment/improvement costs for the investments.

"Investor" means any Investor, who has subscribed for Shares or who has acquired any Shares from another Investor (for the avoidance of doubt, the term includes, where appropriate, the Shareholders).

"IRS" has the meaning ascribed to it in Section 15.4.

"Limited Shareholder" means the registered holder of an Ordinary Share (*actionnaire commanditaire*).

"Liquid Assets" has the meaning ascribed to it in Section 2.

"Lock-in Period" has the meaning ascribed to it in Section 8.1.

"Lux GAAP" means Luxembourg generally accepted accounting principles.

"Manager" means a member of the Board.

"Marketing Agent" means PATRIZIA Institutional Clients & Advisory GmbH.

"Marketing Service Fee" has the meaning ascribed to it in Section 16.5.

"MiFID II" means Directive 2014/65/EU of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 on markets in financial instruments and amending Directive 2002/92/EC and Directive 2011/61/EU.

"NCST Law" means the Luxembourg law dated 10 February 2021 as regards interest due to related entities established in a country or territory included on the EU list of non-cooperative jurisdictions for tax purposes, as amended from time to time.

"Net Asset Value" means the net asset value of the Partnership, as determined in accordance with Section 11 hereof and the Articles.

"Net Asset Value per Share" means the net asset value per Share of the relevant Class, as determined in accordance with Section 11 hereof and the Articles.

"Notice Period" has the meaning ascribed to it in Section 8.1.

"Operation and Administration Expenses" means:

1. All costs and expenses incurred in relation to the production and distribution of the reports and accounts in respect of the Partnership and the valuations and certifications required pursuant to the Articles including the fees of the auditors in connection therewith;
2. All fees and expenses charged by lawyers, accountants and other professional advisors in relation to the Partnership; and

3. All other fees, costs and expenses in relation to the operation and administration of the Partnership generally including (without limitation) the reasonable fees and expenses incurred in respect of the provision of insurance required or permitted by the Articles;

as further detailed in Section 16.5.

"Ordinary Share" means an ordinary share (*action ordinaire de commanditaire*) in the capital of the Partnership and issued in a particular Class.

"Organisational Expenses" means out-of-pocket costs and expenses incurred by the Partnership, the AIFM and any of its Affiliates for the purposes of structuring and establishing, maintaining and operating the Partnership, as further detailed in Section 16.1.

"Part II of the 2010 Law" means Part II of the Luxembourg law of 17 December 2010 on undertakings for collective investment, as amended from time to time.

"Partnership" means **PATRIZIA Infrastructure Invest**, a partnership limited by shares (*société en commandite par actions*) qualifying as investment company with variable capital (*société d'investissement à capital variable*) governed by Part II of the 2010 Law; for the purposes of this Prospectus, **"Partnership"** shall also mean, where appropriate, the General Partner, acting on behalf of **PATRIZIA Infrastructure Invest**.

"Partnership Documents" means the following documents:

- a) Prospectus;
- b) Articles of the General Partner and the Partnership;
- c) AIFM Agreement;
- d) Central Administration agreement;
- e) Depositary agreement; and
- f) the semi-annual and annual reports issued by the Partnership; and
- g) A key information document in compliance with the relevant provisions of Regulation (EU) 1286/2014, as amended, and Commission Delegated Regulation (EU) 2017/653, is published for each Class available to Retail Investors. PRIIPs KIDs are provided to Retail Investors prior to their subscription in the Partnership and are provided (i) in paper form, (ii) using a durable medium other than paper, (iii) available electronically, such as in a data room for Investors or on a website for the Partnership or (iv) upon request to the Partnership and/or the AIFM.

"Passthru Payments" has the meaning ascribed to it in Section 15.4.

"PATRIZIA" means the overall PATRIZIA Group consisting of different PATRIZIA entities who have the same ultimate beneficial owner.

"Paying Agent" means Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A., in its capacity as such, or such other Person as may subsequently be appointed as paying agent of the Partnership.

"Person" means a corporation, limited liability company, trust, partnership, estate, unincorporated association or other legal entity.

"Pillar II" means the rules outlining a system of taxation intended to establish a global minimum Effective Tax Rate ("**ETR**") of 15% at jurisdictional level laid down in Council Directive (EU) 2022/2523 of 15 December 2022, as amended from time to time, including local implementation and guidance.

"Portfolio Manager" means PATRIZIA Infrastructure Ltd., acting as delegated portfolio manager of the AIFM in relation to the Partnership.

"Portfolio Management Agreement" means the portfolio management agreement between the Partnership, the Portfolio Manager and the AIFM.

"Professional Investor" means Investors that are a professional client or may, on request, be treated as a professional client, within the meaning of MiFID II.

"Prohibited Person" means any person, corporation, limited liability company, trust, partnership, estate or other corporate body, if in the sole opinion of the Board, the holding of Shares by such person may be detrimental to the interests of the existing Shareholders or of the Partnership, if it may result in a breach of any law or regulation, whether Luxembourg or otherwise, or if as a result thereof the Partnership may become exposed to tax or other regulatory disadvantages (including without limitation causing the assets of the Partnership to be deemed to constitute "plan assets" for purposes of the U.S. Department of Labor Regulations under Employee Retirement Income Security Act of 1974, as amended), fines or penalties that it would not have otherwise incurred. This includes, but is not limited to, any Investor who causes the Partnership to be subject to tax caused by such Investor's failure to comply with FATCA. The term "Prohibited Person" further includes any Investor which does meet the definition of U.S. Person.

"Prospectus" means this prospectus in respect of the Partnership, as amended or supplemented from time to time.

"Ramp-Up Period" has the meaning ascribed to it in Section 3.5.

"RBO" means the Luxembourg beneficial owner register created pursuant to the Law of 13 January 2019 establishing a register of beneficial owners, as amended.

"RBO Law" means the Luxembourg Law of 13 January 2019 establishing a register of beneficial owners, as amended.

"RCS" means the Luxembourg Trade and Companies Register (*Registre de Commerce et des Sociétés*).

"Redemption Day" means, unless otherwise provided for in this Prospectus, the last Business Day of each calendar quarter.

"Redemption Price" means the price at which a Share is redeemed, i.e., the Net Asset Value per Share calculated as of the relevant Redemption Day described in Section 7.

"**Registrar and Transfer Agent**" means Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. in its capacity as such, or such other Person as may be appointed as registrar and transfer agent in respect of the Partnership.

"**Regulated Market**" means a regulated securities market which operates regularly and is recognized and open to the public.

"**RESA**" means the Luxembourg *Recueil Electronique des Sociétés et Associations*.

"**Retail Investor**" means an Investor that is not a Professional Investor.

"**S.à r.l.**" means *société à responsabilité limitée* (private limited liability company) under Luxembourg law.

"**Schedule**" means a schedule to this Prospectus.

"**Section**" means a section of this Prospectus.

"**Share**" means the Unlimited Share(s) and the Ordinary Share(s).

"**Shareholder**" means the registered holder of a Share.

"**Subscription Agreement**" means the agreement entered into between an Investor and the Partnership by which the Investor subscribes for Shares of a certain Class for a certain amount.

"**Subscription Date**" has the meaning ascribed to this term in Section 5.4.

"**Subscription Price**" means, with respect to any Class, the price at which Shares in such Class will be issued until the Partnership calculates its first Net Asset Value.

"**Subsidiary**" means any company or other entity in which the Partnership has more than a fifty percent (50%) ownership interest.

"**Supervisory Authority**" means the Luxembourg supervisory authority for the financial sector, *Commission de Surveillance du Secteur Financier*, or any successor authority from time to time.

"**Suspension Period**" has the meaning ascribed to this term in Section 3.7.

"**Sustainability Risk**" means an environmental, social or governance event or condition that, if it occurs, could cause a material negative impact on the value of an investment.

"**Target Fund**" has the meaning ascribed to it in Section 2.

"**Taxonomy Regulation**" means the Regulation (EU) 2020/852 of the European Parliament and of the Council of 18 June 2020 on the establishment of a framework to facilitate sustainable investment, and amending Regulation (EU) 2019/2088.

"**Transfer**" means any sale, assignment, pledge or other transfer of Shares.

"**UBO**" has the meaning ascribed to it in the **DISCLAIMER** section.

"**UCI**" means undertaking for collective investments.

"Underlying Investor" has the meaning ascribed to it in Section 5.8.

"Unlimited Share" means the unlimited share (*action de l'actionnaire commandité*) held by the General Partner in the Partnership in its capacity as Unlimited Shareholder (*actionnaire commandité*).

"Unlimited Shareholder" means the General Partner as holder of the Unlimited Share and unlimited Shareholder (*actionnaire gérant commandité*) of the Partnership, liable without any limits for any obligations that cannot be met out of the assets of the Partnership.

"U.S. Person" means any US citizens or persons with permanent residence in the USA or corporations or partnerships or estates or trusts established under the laws of US states, territories or possessions of the USA, other than estates or trusts whose income from sources outside the United States is not taken into account in the calculation of gross income for U.S. income tax purposes, or any company, partnership or other entity - regardless of nationality, domicile, location or place of business - if, under applicable U.S. income tax law, its ownership is attributed to one or more U.S. persons or to persons defined as "U.S. Persons" in Regulation S under the U.S. Securities Act of 1933 or the U.S. Internal Revenue Code of 1986, as amended.

"Valuation Day" means the last Business Day of each month and any other day as the AIFM may in its absolute discretion determine for the purposes of calculating the Net Asset Value per Share in each Class.

"Withholdable Payments" has the meaning ascribed to it in Section 15.4.

"Wind-Down Period" has the meaning ascribed to it in Section 3.6.

1. ADMINISTRATIVE AND GOVERNANCE STRUCTURE

1.1 The Partnership

The Partnership is an investment company with variable capital (*société d'investissement à capital variable*) organised under the laws of the Grand Duchy of Luxembourg as a partnership limited by shares (*société en commandite par actions*). The Partnership is established under the provisions of Part II of the 2010 Law.

As a Luxembourg partnership limited by shares (*société en commandite par actions*), the Partnership has two (2) categories of Shareholders:

- (a) the Unlimited Shareholder (*actionnaire commandité*) holding the Unlimited Shares (*actions de l'actionnaire commandité*), which is liable without any limits for any obligations of the Partnership that cannot be met out of the assets of the Partnership; and
- (b) the Limited Shareholders (*actionnaires commanditaires*) holding the Ordinary Shares (*actions ordinaires des commanditaires*), the liability of which is limited to the amount of their subscription to the Partnership.

According to the 1915 Law, the Partnership shall only be managed by the General Partner in its capacity as manager (*gérant*) of the Partnership. The General Partner has in its turn appointed the AIFM to be responsible for the portfolio management and risk management of the Partnership in accordance with the 2013 Law.

The Partnership qualifies as an AIF under the 2013 Law. The net assets of the Partnership must reach Euro 1,250,000 within the first twelve (12) months following its authorisation by the CSSF.

The Partnership has been registered with the Luxembourg RCS under number B291216.

The Partnership may offer different Classes which may carry different rights and obligations, *inter alia*, with regard to their policy regarding payments to investors, their fee structure, their minimum initial subscription amount, their redemption rights, their currency or their target investors. Classes may be launched from time to time upon decision of the Board in its discretion.

Shareholders of the same Class will, with respect to any of their rights and obligations as Shareholders, be treated *pro rata* to the number of Shares held in the Class. All Investors in each Class marketed to Retail Investors will benefit from equal treatment and no preferential treatment, accordingly specific economic benefits will not be granted to individual Investors or other groups of Investors within the same Class marketed to Retail Investors.

Investors should however note that some Classes may not be available to all Investors. The Partnership retains the right to offer only one or more Class(es) for subscription to a certain group of potential Investors, for instance potential Investors in any particular jurisdiction in order to conform to local law, customs or business practice or for fiscal or any other reason.

1.2 Articles

The Partnership is governed by the Articles established on 20 November 2024, which have been deposited with the RCS on 2 December 2024 and published in the RESA on 2 December 2024.

The subscription for Shares by an Investor constitutes the Investor's acceptance of the Articles and this Prospectus. In the event of any inconsistency between the Articles and this Prospectus, the Articles shall prevail.

1.3 General Partner

The General Partner was incorporated in the Grand Duchy of Luxembourg, for an unlimited duration, in the form of a Luxembourg S.à r.l., on 25 October 2024 by notarial deed. The articles of incorporation of the General Partner were deposited with the RCS under number B290.693. The paid-up capital of the General Partner amounts to Euro 12,001.-.

1.4 AIFM

General information

The Partnership has appointed Universal-Investment-Luxembourg S.A. as its external alternative investment funds manager within the meaning of the 2013 Law by the AIFM Agreement. The AIFM is authorised by the CSSF under Chapter 2 of the 2013 Law as alternative investment fund manager and is subject to an ongoing supervision by the CSSF.

The AIFM was established on 17 March 2000 as a public limited liability company (*société anonyme*) under Luxembourg law for an unlimited duration. It has its registered office at 15, rue de Flaxweiler, L-6776 Grevenmacher, and is registered with the RCS under number B 75014.

The articles of incorporation of the AIFM were published in the Mémorial C (replaced by the electronic collection of companies and associations (*Recueil électronique des sociétés et associations* -"RESA")) and filed with the Luxembourg Trade and Companies Register (R.C.S. Luxembourg).

The purpose of the AIFM is to establish and/or manage Luxembourg and/or foreign undertakings for collective investment in transferable securities ("UCITS") subject to Directive 2009/65/EC, as amended, and/or undertakings for collective investment ("UCIs") within the meaning of the 2010 Law and the 2007 Law, as amended, and to perform all activities related to the establishment and management of such UCITS and/or UCIs.

The purpose of the AIFM is the establishment and/or management of Luxembourg and/or foreign AIFs authorised under the AIFM Directive. The management of AIFs includes at least the investment management functions for AIF set out in Annex I point (1) (a) and/or (b) of the AIFM Directive and to the extent possible the other functions set out in Annex I point (2) of the AIFM Directive.

The AIFM may engage in any other business and take any other action that promotes its interests or otherwise serves or is useful for its business purpose,

provided that such action complies with Chapter 15 of the 2010 Law, 2007 Law and/or the 2013 Law.

Furthermore, the AIFM may perform administrative activities for securitisation companies within the meaning of the law of 22 March 2004, as amended.

In addition, the AIFM may provide the following services to collective investment schemes pursuant to Article 101 (3) (a) of the 2010 Law and Article 5 (4) of the 2013 Law:

- Individual discretionary management of individual portfolios - including portfolios of pension funds - under a mandate from investors, provided that the portfolios concerned contain one or more of the instruments referred to in Section B of Annex II of the amended law of 5 April 1993 on the financial sector in accordance with and within the limits of Articles 101 (3) (a) of the 2010 Law and 5 (4) (a) of the 2013 Law.

- As ancillary services:

(i) investment advice pursuant to and within the scope of section 101 (3) (b) of the 2010 Law and 5 (4) (b) (i) of the 2013 Law.

(ii) Receipt and transmission of orders relating to financial instruments pursuant to 5(4)(b)(iii) of the 2013 Law.

The AIFM has three (3) members who form the supervisory board (the "**Supervisory Board**"). They form the administrative board. In addition, the AIFM has a management board consisting of three Directors appointed by the Supervisory Board who are entrusted with the day-to-day management of the AIFM and represent the AIFM vis-à-vis third parties (the "**Management Board**") in accordance with the provisions of the 2013 Law and within the limits of the articles of incorporation. The Management Board ensures that the AIFM and the respective service providers perform their functions in accordance with the relevant laws and regulations and this Prospectus. The Management Board will report to the Supervisory Board on a regular basis or as necessary on an ad hoc basis. The Supervisory Board shall exercise continuous supervision over the management of the AIFM by the Management Board without being able to intervene in the management of the AIFM.

The AIFM is subject to the requirements of the AIFM Directive, Part II of the 2010 Law, Chapter 2 of the 2013 Law, this Prospectus and the Articles on Incorporation. In its capacity as AIFM, it shall, in particular, perform the following functions under the AIFM agreement:

- asset management, in particular portfolio management and risk management with respect to these investments; and
- administrative support of the Partnership (e.g. Domiciliation Agent, Partnership Secretary function).

In carrying out its functions, the AIFM acts independently from the Depositary and solely in the interest of the Shareholders.

The AIFM shall have at all times sufficient and appropriate liability capital in accordance with the relevant provisions of the 2013 Law and the AIFM Directive to cover potential liability risks caused by negligence in business transactions.

The AIFM may, within the limits of the applicable laws and their implementing regulations, outsource the tasks to third party service providers and limit itself to supervising the proper execution of these tasks by these service providers. However, such outsourcing may not result in a change in the AIFM's obligations towards the Partnership and the Shareholders. For the avoidance of doubt: in case of any outsourcing of internal tasks, the AIFM will bear such costs itself.

The AIFM may, in accordance with the provisions of the 2013 Law and subject to the consent of the Partnership and at its own responsibility as well as its own costs and control, delegate tasks to other companies which are suitable for this purpose and have the necessary qualifications, experience and resources. The delegation will be disclosed to the Shareholders in such case.

To the extent that the AIFM has outsourced activities and conflicts of interest may arise in this context, the Shareholders are informed of this fact on the AIFM's website at www.universal-investment.lu in the conflicts of interest policy. Should conflicts of interest arise during the course of a financial year, they will be made available to Investors on a permanent data carrier. The AIFM will ensure compliance with article 12 of the ELTIF Regulation.

The AIFM has established policies and procedures to ensure the fair treatment of investors. In this context, the AIFM has drawn up and published a policy on the exercise of voting rights, a best execution policy, the handling of complaints, a policy on the treatment of fees, commissions and non-monetary benefits and a policy on conflicts of interest on its website. These principles are periodically reviewed and adjusted if necessary and are available there to the Investors for the purpose of inspection. The basic aim is to ensure that the Investors of comparable investor groups are treated equally. Whenever an investor receives preferential treatment or is entitled to such treatment, the AIFM will disclose this to investors in an appropriate manner in accordance with Article 21 (1) j) of the 2013 Law.

Dismissal of the AIFM

The AIFM Agreement is concluded for an unlimited term and may be terminated by either party giving six (6) months' prior written notice to the other party.

Notwithstanding the ordinary termination, the AIFM Agreement may be terminated by the parties for good cause as further defined therein. By a resolution of the Shareholders' meeting, the General Partner may be required to give notice to terminate the AIFM agreement and to remove the AIFM. The decision is taken as follows:

- A quorum is present if at least fifty percent (50%) of the share capital is present or represented.
- The resolution is deemed to have been adopted if at least two thirds (2/3) of the votes cast have voted in favour.

In the event that the AIFM is dismissed, the General Partner will appoint a new AIFM.

1.5 Portfolio Manager

(a) Appointment of the Portfolio Manager

The AIFM and the Partnership have appointed PATRIZIA Infrastructure Ltd. (the "**Portfolio Manager**"), as delegated portfolio manager in respect to portfolio management services relating to the Partnership.

The Portfolio Manager will manage under the supervision of the AIFM the Partnership's assets in accordance with the Investment Objective and Policy and Investment Powers and Restrictions and in this regard the Portfolio Manager will provide the services outlined in more detail herein. Its services, which it will perform within the parameters of a Portfolio Management Agreement, will include, but are not limited to, the following: defining the Partnership's investment strategy, determining and monitoring the Partnership's asset allocation and portfolio construction, identifying, originating and evaluating new investments (including direct/co-investments and target funds), preparation of and negotiating investments, making investments and divestment decisions, exercising the Partnership's rights regarding its investments and ongoing monitoring of actual investments.

The Portfolio Manager will be entitled to a portfolio management fee paid by the Partnership as further described in this Prospectus and/or the Portfolio Management Agreement.

The Portfolio Manager is entitled to sub-delegate (partially or in its entirety) the services with which it has been entrusted to another entity, expenses for such sub-delegation to be borne by the Portfolio Manager, subject to the consent of the AIFM. The Portfolio Manager will appoint PATRIZIA Pty Ltd (Canberra) as Sub-Portfolio Manager.

The Portfolio Manager is further entitled to appoint (at its own expense) any other service providers, within or outside PATRIZIA to assist in the performance of any part of the services with which the Portfolio Manager has been entrusted.

(b) Removal of the Portfolio Manager

The appointment of the Portfolio Manager may be terminated in accordance with the terms and conditions of the Portfolio Management Agreement.

Furthermore, the Portfolio Management Agreement will be automatically terminated with on the date of the liquidation of the Partnership.

1.6 Depositary

Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. has been appointed as the Depositary for the Partnership in compliance with the requirements of the 2010 Law, the 2013 Law and the ELTIF Regulation, pursuant to the terms of the Depositary Agreement.

In accordance with the Depositary Agreement, the Articles and Luxembourg law, the Depositary shall carry out the usual duties of an AIF depositary regarding safekeeping of assets, cash monitoring and oversight duties and shall use due care in the exercise of such functions provided for by the 2010 Law, the 2013 Law and the ELTIF Regulation.

The Depositary shall in general ensure that the Partnership's cash flows are properly monitored and shall, in particular, ensure that all payments made by or on behalf of Investors upon the subscription of Shares of the Partnership have been received and that all cash has been booked in cash accounts opened in the name of the Partnership.

It will further:

- ensure that the sale, issue, redemption and cancellation of Shares are carried out in accordance with Luxembourg law and the Articles;
- ensure that the value of the Shares is calculated in accordance with Luxembourg law, the Articles and the procedures laid down in Article 19 of the 2013 Law;
- carry out the instructions of the AIFM and/or the Board, unless they conflict with applicable Luxembourg law or the Articles or any provision of the Depositary Agreement;
- ensure that in transactions involving the assets of the Partnership any consideration is remitted to the Partnership within the agreed time limit or the usual time limits which are acceptable market practice in the context of the particular transaction; and
- ensure that the income attributable to the Partnership is applied in accordance with applicable Luxembourg law and regulations as well as with the Articles.

In accordance with the provisions of the Articles, the Depositary Agreement, the 2013 Law, the Depositary may, subject to certain conditions and in order to effectively conduct its duties, delegate part or all of its safe-keeping duties with regard to financial instruments to one or more sub-depositary(ies) appointed by the Depositary from time to time. When selecting and appointing a sub-depositary, the Depositary shall exercise all due skill, care and diligence as required by the 2013 Law to ensure that it entrusts the Partnership's assets only to a sub-depositary who may provide an adequate standard of protection. The Depositary's liability as described below shall not be affected by any such delegation. A list of the sub-depositary(ies) is available upon request at the registered office of the AIFM, if applicable.

The Depositary is liable to the Partnership or its Investors for the loss of a financial instrument held in custody by the Depositary or a sub-depositary pursuant to the provisions of the 2013 Law and the ELTIF Regulation. The Depositary is also liable to the Partnership or its Investors for all other losses suffered by them as a result of the Depositary's negligent or intentional failure to properly fulfil its duties in accordance with the 2013 Law. However, where the loss of a financial

instrument is caused by an external event beyond the Depositary's reasonable control, the consequences of which would have been unavoidable despite all reasonable efforts to the contrary, the Depositary is discharged of its liability for the loss of a financial instrument where the Depositary can prove that, in accordance with the conditions as set out in the 2013 Law and in the AIFM Regulation.

In case of an effective marketing of the Partnership to Retail Investors, the Depositary may not discharge itself from its liability in the event of a loss of financial instruments of the Partnership held in custody by the Depositary or by a third party.

The Depositary may keep financial instruments in collective safekeeping at a sub-depositary. However, the Depositary will ensure that such assets are held in such a manner that it is readily apparent from the books and records of such sub-depositaries that they are segregated from the Depositary's own assets and/or assets belonging to the sub-depositaries.

1.7 Paying Agent

The Paying Agent is responsible for receiving payments for subscriptions for Shares and depositing such payments in the Partnership's bank account. If applicable, upon and in accordance with, the instructions of the Partnership, the Paying Agent shall execute payments or arrange for payments to Shareholders subject, however, to funds being available to effect such payments, and shall notify the Partnership and the AIFM of the amounts and payees of all instruments of payments so made. The Paying Agent shall make payment or cause payment to be made of proceeds from the redemption of Shares, but only after all the conditions described in these Articles have been satisfied.

1.8 Central Administration Agent

Pursuant to the Administration Agreement, the AIFM has appointed Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. as Central Administration Agent of the Partnership in Luxembourg. The Central Administration Agent is responsible for, *inter alia*, the determination of the Net Asset Value per Share under the supervision of the Partnership and the proper bookkeeping of the Partnership in accordance with the Articles and Luxembourg law.

1.9 Registrar and Transfer Agent

The AIFM has appointed Brown Brothers Harriman (Luxembourg) S.C.A. as Registrar and Transfer Agent of the Partnership in Luxembourg.

The Registrar and Transfer Agent is responsible for, *inter alia*, handling the processing of subscriptions for Shares, for complying with applicable know-your-customer requirements and complying with anti-money laundering provisions, for dealing with any subscriptions, or redemptions of Shares in accordance with the Articles and Luxembourg law, and in connection therewith for the safekeeping of the share register, and for the mailing of statements, reports, notices and other documents to the Shareholders and for the reporting of the Partnership.

1.10 Independent Auditor of the Partnership

The Partnership has appointed Deloitte, Luxembourg having its registered office at 20 Bd de Kockelscheuer, L-1821 Gasperich, Grand Duchy of Luxembourg, as independent auditor.

The independent auditor verifies that the annual accounts of the Partnership present a true and fair view of the Partnership's financial situation and that the management report agrees with the annual accounts.

2. INVESTMENT OBJECTIVE AND POLICY

The main objective of the Partnership is to achieve an attractive return from capital invested in assets permitted under Part II of the 2010 Law and for an ELTIF under the ELTIF Regulation and the ELTIF RTS, while reducing investment risks through diversification and certain other investments.

The Partnership may invest, directly or indirectly, in all alternative asset classes, including, but not limited to, infrastructure (equity and debt) with a geographical focus on, but not limited to, Europe and the OECD and will target to always hold a minimum of five percent (5%) of Liquid Assets in the Partnership. In case Liquid Assets fall below the minimum of five percent (5%), the Partnership will use best efforts to take necessary actions to re-comply with such threshold.

In addition, the Partnership may also invest, directly, indirectly or via co-investments in equity interests (which may include shares, units or other equity participations) in target funds (each a "**Target Fund**"), the focus of which is to invest via equity interests, equity-like instruments and other qualifying corporate financing instruments (such as shareholder loans and senior or subordinated debt) in undertakings, investing directly or indirectly in all alternative asset classes, including, but not limited to, real estate, infrastructure, private equity, and debt primarily established in Europe and the OECD. This may include Target Funds having legal personality or not, wholly or partly owned by the Partnership, whether listed or unlisted, being regulated or not, based in any jurisdiction. The Partnership may acquire the participations in Target Funds on the primary or on the secondary market.

The Partnership qualifies as an ELTIF in accordance with the ELTIF Regulation and is intended to be invested in long-term assets. Long-term assets are typically assets that are of an illiquid nature, require patient capital based on subscriptions made for a considerable period of time, may provide late return on investment and generally have an economic profile of a long-term nature. Due to the nature of the investment strategy described in this Section and the investment opportunities identified as part of the strategy, the Partnership offers Investors the opportunity to participate in long-term investment opportunities which require patient capital that will remain invested for a considerable period. The Partnership is designed to channel capital towards long-term investments in the real economy.

The Partnership will only invest in (i) Eligible Investment Assets and (ii) other investments in accordance with Article 9(1)(b) of the ELTIF Regulation (the "**Liquid Assets**").

3. INVESTMENT POWERS AND RESTRICTIONS

3.1 General Investment Restrictions

The Partnership is subject to the following general guidelines in compliance with CSSF Circular 02/80, the ELTIF Regulation and the ELTIF RTS. Accordingly, the Partnership shall not invest, *inter alia*, more than twenty percent (20%) of its net assets in subscribing for securities issued by the same issuer, except during the Ramp-Up Period, Wind-down Period, and Suspension Period (each as defined below).

The Investment Objective, Investment Policy and Investment Powers and Restrictions of the Partnership will further comply with the ELTIF Regulation and the ELTIF RTS. Each of the Partnership's investments will be subject always to the ELTIF Regulation in general and the ELTIF Investment Restrictions in particular.

The Partnership may furthermore hold cash or cash equivalents, including *inter alia* money market instruments, investments in units of money market funds, equity investments or fixed income securities, for distributions or redemptions and for cash management purposes, or as an intermediary investment prior to the investment of any balance not invested pursuant to the above, within the limits allowed by the ELTIF Regulation.

The Partnership will not use any securities financing transaction as defined in point (11) of Article 3 of Regulation 2015/2365 of the European Parliament and of the Council of 25 November 2015 on transparency of securities financing transactions and of reuse.

The Partnership does not intend to use indices covered by the Regulation (EU) 2016/1011 of the European Parliament and of the Council of 8 June 2016 on indices used as benchmarks in financial instruments and financial contracts or to measure the performance of investment funds and amending Directives 2008/48/EC and 2014/17/EU and Regulation (EU) No 596/2014. Notwithstanding the preceding, the Partnership may use indices in its marketing materials or other documents in order to give Investors an overview of the Partnership's performance compared to such indices.

3.2 ELTIF Investment Restrictions

The following sets out certain of the principal investment restrictions in the ELTIF Regulation (the "**ELTIF Investment Restrictions**") but is not intended to be exhaustive.

Capitalized terms not otherwise defined in this Prospectus refer to the definitions given to these terms in the ELTIF Regulation:

- (a) Except during the Ramp-Up Period, Wind-down Period and Suspension Period (each as defined below), at least 55% of the capital of the Partnership must be invested in investments that qualify as Eligible Investment Assets, including, but not limited to (a) equity or quasi-equity instruments issued by qualifying portfolio undertakings within the meaning of the ELTIF Regulation, (b) debt instruments issued by a qualifying portfolio undertaking;

- (c) loan granted by the Partnership to a qualifying portfolio undertaking; (d) units or shares in ELTIFs, EuVECAs, EuSEFs, UCITS and EU AIFs managed by EU AIFMs, provided that those ELTIFs, EuVECAs, EuSEFs, UCITS and EU AIFs invest in eligible investments as referred to in Article 9(1) and (2) of the ELTIF Regulation and have not themselves invested more than 10% of their assets in any other collective investment undertaking; (e) real assets as foreseen in the ELTIF Regulation; (f) simple, transparent and standardised securitisations; or (g) bonds issued, under Union legislation on environmentally sustainable bonds, by a qualifying portfolio undertaking. For the purpose of determining compliance with this investment limit, investments within the meaning of litera (d) above by the Partnership shall only be taken into account to the extent of the amount of the investments of those collective investment undertakings in the Eligible Investment Assets referred to in litera (a), (b), (c), (e), (f) and (g) above (but not other investments held by those collective investment undertakings such as, for instance, Liquid Assets).
- (b) Except during the Ramp-Up Period, Wind-down Period and Suspension Period, no investment in a single real asset shall exceed 20% of the capital of the Partnership.
- (c) With regard to qualifying portfolio undertakings (within the meaning of the ELTIF Regulation), the Partnership may invest in countries outside the European Union which (at the time of acquisition of an investment) (i) are not identified as a high-risk third country listed in the delegated act adopted pursuant to Article 9(2) of Directive (EU) 2015/849 of the European Parliament and of the Council and (ii) are not mentioned in Annex I to the Council conclusions on the revised EU list of non-cooperative jurisdictions for tax purposes.
- (d) Where a qualifying portfolio company, after having been invested in by the Partnership, no longer fulfills the condition to be either unlisted, or if listed, having a market capitalization below EUR 1,500,000,000, then such investment shall continue to be counted towards the 55% limit specified in litera (a) above for a duration of three (3) years from the time when the condition is no longer fulfilled.
- (e) Except during the Ramp-Up Period and Wind-down Period, up to 45% of the capital of the Partnership, may be held in Liquid Assets. The following risk spreading rules shall apply to Liquid Assets:
- o In accordance with the ELTIF Regulation, the assets invested in Liquid Assets shall at no time, except during the Ramp-Up Period and Wind-down Period, exceed, 45% of the capital of the Partnership.

- o Except during the Ramp-Up Period, Wind-down Period and Suspension Period, no single Liquid Asset shall exceed 10% of the capital of the Partnership, in each case, where such Liquid Asset has been issued by a single body, subject to the exceptions set out under Article 13 of the ELTIF Regulation.
- (f) Except during the Ramp-Up Period, Wind-down Period and Suspension Period, the aggregate value of simple, transparent and standardised securitisations in the Partnership's portfolio may not exceed 20% of the value of the capital of the Partnership.
- (g) The Partnership may not (measured at the time of acquisition of an investment) acquire more than 30% of the units or shares of a single ELTIF, EuVECA, EuSEF, UCITS or of an EU AIF managed by an EU AIFM in accordance with Article 15 of the amended ELTIF Regulation.
- (h) The Partnership will not enter into short selling activities and will not take direct or indirect exposure to commodities trading, including via financial derivative instruments, certificates representing them, indices based on them or any other means or instrument that would give an exposure to them.
- (i) In accordance with the ELTIF Regulation, a financial derivative instrument shall only be used for hedging risks arising from exposures to assets referred to in Article 9 (1) of the ELTIF Regulation.
- (j) Except during the Ramp-Up Period, Wind-down Period and Suspension Period, the aggregate risk exposure to a counterparty stemming from OTC derivative transactions, may not exceed 10% of the value of the capital of the Partnership.
- (k) For the purpose of determining compliance with the investment limits referred to in litera (a), (b), (e), (f) and (j) above, the assets of the Partnership and collective investment undertakings in which the Partnership has invested will be combined.
- (l) Undertakings, bodies and other issuers which are included in the same group for the purposes of consolidated accounts (as regulated by Directive 2013/34/EU or in accordance with recognised international accounting rules) shall be regarded as a single qualifying portfolio undertaking or a single body for the purpose of calculating the limits referred to in litera (b), (e) second indent, (f) and (k) above.

3.3 Borrowing

The Partnership may, directly and/or indirectly, utilize leverage, incur indebtedness and provide other credit support for any purpose, including to fund all or a portion of the capital necessary for an investment or for working capital purposes, including currency hedging and running expenses, including on a joint and several,

cross-collateralized or other basis, provided that the Partnership shall, in accordance with the ELTIF Regulation only borrow cash provided that any such direct borrowing by the Partnership that is outstanding at any time:

- (a) when combined with any exposure of the Partnership beyond its investment for borrowing taken out by investee entities (e.g. if the Partnership provides a guarantee for the debt incurred by a portfolio company), does not represent more than 50% of the value of the NAV of the Partnership;
- (b) serves the general purpose of making investments or providing liquidity, including to pay costs and expenses provided that the holdings in cash or cash equivalents of the Partnership are not sufficient to make the investment concerned;
- (c) is contracted in the same currency as the assets to be acquired with the borrowed cash or in another currency where currency exposure has been appropriately hedged; and
- (d) has a maturity no longer than the End of Life of the Partnership;

provided that no remedial action will be required if the foregoing restrictions are exceeded for any reason other than the incurrence of an increase in indebtedness (including the exercise of rights attached to an investment).

The maximum total aggregate leverage at the level of the Partnership calculated pursuant to the gross method and commitment method set out in the AIFMD is respectively 250% and 200%.

The Board may, acting on behalf of and for the account of the Partnership, secure the borrowings of the Partnership by *inter alia* pledging the Partnership's assets.

The borrowing limits referred to above shall be temporarily suspended where the Partnership raises additional capital or reduces its existing capital. Such suspension shall be limited to the period that is strictly necessary taking due account of the interests of the Investors and, in any case, shall not last longer than twelve (12) months.

For the purpose of determining compliance with the borrowing limit (cf. litera (a) above) the cash borrowing position of the Partnership and collective investment undertakings in which the Partnership has invested will be combined.

3.4 Hedging

Within the limits provided by the ELTIF Regulation, in order to protect its present and future assets and liabilities against the fluctuation of currencies, the Partnership may enter into transactions the object of which is the purchase or the sale of forward foreign exchange contracts, the purchase or the sale of call options or put options in respect of currencies, the purchase or the sale of currencies forward or the exchange of currencies on a mutual agreement basis provided that these transactions be made either on exchanges or over-the-counter with reputable financial institutions specialising in these types of transactions and being

participants in the over-the-counter markets. The objective of the transactions referred to above presupposes the existence of a direct relationship between the contemplated transaction and the assets or liabilities to be hedged and implies that, in principle, transactions in a given currency (including a currency bearing a substantial relation to the value of the Accounting Currency (known as "**Cross Hedging**")) may not exceed the total valuation of such assets and liabilities nor may they, as regards their duration, exceed the period where such assets are held or anticipated to be acquired or for which such liabilities are incurred or anticipated to be incurred.

Shareholders should note that there is no obligation whatsoever for the Partnership to engage in hedging arrangements. The Partnership may purchase and sell foreign currencies in conjunction with the purchase or sale of underlying investments as part of its hedging strategy. The Partnership's foreign currency transactions may be conducted on a spot basis to satisfy settlement of investments. The Partnership may also enter into contracts for forward settlement of foreign currencies through forward contracts, options agreements or other foreign currency hedging instruments. The Partnership may enter into foreign currency transactions as a hedging tool and will not purchase or sell foreign currencies on a standalone basis.

The Partnership may also use certain active currency, credit and interest rate management techniques related to the currency, credit and interest rate risks associated with the investments held by it for hedging purposes.

Collateral provided by the Partnership in relation to these transactions may, with the Depositary's consent, be deposited on collateral accounts of counterparties other than the Depositary opened in the name of the Partnership on behalf of the Partnership and may be held in cash or be invested by such counterparties on behalf of the Partnership in cash equivalents or government bonds, upon the Partnership's instructions.

3.5 Ramp-Up Period

The above Investment Powers and Restrictions do not have to be complied with during a Ramp-Up Period, which comprises five (5) years after the incorporation of the Partnership, except for investments in securities issued by the same body where the Partnership may derogate from the requirement of Part II of the 2010 Law for six (6) months following the date of its authorization (the "**Ramp-Up Period**").

3.6 Wind-Down Period

The wind-down period of the Partnership comprises the five (5) years after the end of life (the "**Wind-Down Period**").

No later than one (1) year prior to the date of the end of life, the Partnership will inform the CSSF of its proposed orderly disposal of its assets in order to redeem the Shares during the Wind-Down Period. Upon the request of the CSSF, the Partnership shall submit to the CSSF an itemised schedule of its assets that will be subject to orderly disposal during the Wind-Down Period.

3.7 Suspension Period

In the case that the Partnership raises additional capital or reduces its existing capital and this may compromise its ability to comply with certain diversification requirements (as further specified herein), the Partnership may temporarily suspend these requirements provided that such a suspension lasts no longer than twelve (12) months (the "**Suspension Period**").

3.8 Investment Structure

Depending on the final investment structure, investments may be made via one or more Subsidiaries through any kind of debt or equity or combinations thereof.

Where the Partnership invests through Subsidiaries, such investments should be looked through for the purpose of the ELTIF Investment Restrictions and the underlying investments of the Subsidiaries should be treated as if they were direct investments made by the Partnership.

3.9 Passive Breaches

To the extent permitted by the ELTIF Regulation, any deviations from the target investment parameters prescribed by the Investment Powers and Restrictions will not be considered to be in breach if such deviation is a result of changes in the price or value of assets of the Partnership brought about solely through movements in the market, but in such circumstances the Partnership and the AIFM shall take all necessary steps to bring the Partnership back within the parameters set by the Investment Powers and Restrictions except where the AIFM and/or the Board reasonably believes that this would be prejudicial to the interests of the Partnership.

3.10 Sustainability Related Disclosure

Investors should note that information about the sustainable investments / environmental or social characteristics for the Partnership are described in Schedule 2 to the Prospectus Pre-contractual disclosure for the financial products referred to in Article 8, paragraphs 1, 2 and 2a, of Regulation (EU) 2019/2088 and Article 6, first paragraph, of Regulation (EU) 2020/852.

4. **RISK FACTORS**

Prior to making any investment decision, prospective investors should consider carefully all of the information set forth in this Prospectus and in the Articles in particular, the risks factors and investment considerations as described in Schedule 3 to the Prospectus Risk Factors and Investment Considerations.

5. **THE OFFER**

5.1 Description of the Shares

The Partnership shall issue fully paid-up Shares. Shares will be issued in the form of registered shares only. No physical certificates are issued. Shares can be issued or allocated via Clearstream or other centralised management systems. Shares may be of different Classes. The register of the Shareholders is conclusive evidence of

ownership of the Shares and the Partnership will treat the registered owner of Shares as the owner thereof.

Upon issue, Shares are entitled to participate equally in the profits and losses attributable to the relevant Class, in payments made by the Partnership to Shareholders as well as in the liquidation proceeds of the Partnership.

The Shares do not carry any preferential or pre-emptive rights. To the extent that Classes may be offered to Retail Investors, all Shareholders within the same Class must benefit from equal treatment and no preferential treatment or specific economic benefits may be granted to individual Shareholders or groups of Shareholders within such Class. Shareholders are entitled to participate in the gains and losses, payments by the Partnership to Shareholders and the liquidation proceeds *pro rata* to the paid-up contributions divided by the applicable issue price in relation to the relevant contribution.

Fractions of Shares may be issued to four (4) decimal places and are entitled to participate *pro rata* in the gains and losses, the payments by the Partnership to Shareholders and the allocation of the liquidation proceeds.

5.2 Classes of Shares

The Partnership may offer different Classes, which may carry different rights and obligations, *inter alia*, with regard to their policy regarding payments to Investors, their fee structure, their minimum initial subscription and holding amounts or their target investors.

The Board may, at any time and in its discretion, decide to launch additional Classes and this Prospectus will then be updated accordingly.

Investors should however note that some Classes may not be available to all Investors. The Partnership retains the right to offer only one or more Class(es) for subscription to a certain group of potential Investors, for instance, potential Investors in any particular jurisdiction in order to conform to local law, customs or business practice or for fiscal, regulatory, tax or any other reason.

The Board shall in relation to the Partnership determine how the earnings shall be distributed and may declare distributions from time to time, at such time and in relation to such periods as the Board shall determine, in the form of cash or Shares, in accordance with the distribution policy adopted for such Class. The distribution policy may vary between Classes. Where the distribution rate is in excess of the investment income of the Class, distributions may be paid out of the Partnership's capital as well as from investment income and realised and unrealised capital gains. Distributions are not guaranteed with respect to any Class. In any event, no distribution may be made if, as a result, the net assets of the Partnership would fall below the minimum equity share capital required by the 2010 Law which (for information purposes) is currently one million two hundred and fifty thousand euro (EUR 1,250,000.-).

Classes may be available as Accumulating Class, Distributing Class and/or Classes with other characteristics.

Typically, "**Accumulating Classes**" capitalise all or part of their earnings whereas "**Distribution Classes**" or other Classes with permitted distributions pay dividends. Whenever dividends are distributed to holders of Shares, their Net Asset Value per Share will be reduced by an amount equal to the amount of the dividend per Share distributed, whereas the Net Asset Value per Share of the Shares within an Accumulating Class will remain unaffected or only partially affected (in the case of a partial accumulation) by the distribution made to holders of other Shares.

Distributions not claimed within five (5) years of their declaration date will be deposited at the *Caisse de Consignation* in Luxembourg in accordance with applicable laws and regulations.

Shares of the Partnership may be either hedged or unhedged.

The Partnership offers differed classes of Shares as described in Schedule 1 to the Prospectus
Classes of Shares.

5.3 Accounting Currency

The Partnership's Accounting Currency will be the Euro.

5.4 Subscription for Shares

Shares may only be purchased by Investors investing for their own account or for and on behalf of a third party which qualifies as an Investor. Subsequent subscriptions may be made by the same means of communication as the initial subscription, to the Partnership or the Central Administration Agent.

The Partnership may accept or reject any initial or subsequent application to subscribe in its absolute discretion.

If approved by the Partnership, the application for subscription will be processed by the Registrar and Transfer Agent.

The Partnership will accept subscriptions for Shares monthly on each Valuation Day (each a "**Subscription Date**"). The initial Subscription Date is expected to occur on 15 December 2024. The Board can decide to postpone the initial Subscription Date up to twelve (12) months.

The cut-off time for requests for subscription is 16.00 CET/CEST on the Business Day twelve (12) Business Days before the relevant Subscription Date (the "**Cut-Off Time**").

As an exception, during the month of the initial Subscription Date, the cut-off time for requests for subscription is 16.00 CET/CEST on the Business Day two (2) Business Days before the relevant Subscription Date.

For the avoidance of doubt, where an Investor is a platform or other form of Financial Intermediary, the minimum subscription amount (if any) is also required at the level of such platform or Financial Intermediary.

Payment by Investors should be made in accordance with the provisions of this Prospectus.

The Partnership will not accept subscriptions for Shares in consideration of a contribution in kind of assets or services.

During a period of two (2) weeks (i.e., fourteen (14) calendar days) after the signature by a Retail Investor of the initial Subscription Agreement for Shares in the Partnership, any Retail Investor may, by written notice to the Partnership (or, where a Retail Investor invests through a Financial Intermediary, by written notice to that Financial Intermediary), cancel their subscription and have their subscription amount returned without penalty.

5.5 Restriction to Subscription for Shares

The Partnership shall restrict or prevent the ownership of Shares by a Prohibited Person.

The Partnership may decide not to offer or sell, or require any subscriber to provide it with any information that it may consider necessary for the purpose of deciding whether or not he is, or will be, a Prohibited Person.

The Partnership retains the right to offer only one or more Classes for subscription in any particular jurisdiction in order to conform to local law, custom, business practice or the Partnership's commercial objectives.

5.6 Subscription Process

Subscription requests received may be accepted, deferred, queued and/or rejected in the sole discretion of the Board at any time. The Board and the AIFM shall ensure that Investors are treated fairly.

Any subscription amount may be used to cover the fees described in Section 16, if any (including any applicable taxes thereon) and such Investor's *pro rata* Share of all fees, costs and expenses of the Partnership, including organizational, operational and offering expense.

In the event the Board determines that the total initial subscription amount in relation to the Partnership is insufficient, the offering of Shares in relation to the Partnership may be terminated at the sole discretion of the Board. In such event the relevant Investors shall be released from their obligation to pay their subscription amounts and any amounts already contributed to the Partnership shall be returned to the Investors without interest. The Board may however decide to reopen the offering and to establish the Partnership at a later date.

5.7 Issue of Shares

Until the Partnership calculates its first Net Asset Value, Shares will be offered at the Subscription Price, and thereafter at the Net Asset Value per Share calculated for the relevant Subscription Date, plus the subscription charge, if applicable for the relevant Class.

Requests for subscription of Shares received prior to the Cut-Off Time will be processed at the Net Asset Value determined for the applicable Subscription Date. Requests for subscription of Shares received after the Cut-Off Time will be processed at the Net Asset Value determined for the next following Subscription Date.

The payment of the Subscription Price instructed in the currency of the respective Class needs to be received by the Registrar and Transfer Agent on behalf of the Partnership at the latest twenty (20) Business Days after the relevant Subscription Date but can be paid-in any time before the expiry of such period.

Any taxes, commissions and other fees incurred in the respective countries in which Shares are sold will also be charged, if any, to the incoming Shareholders.

It should be remembered that the Net Asset Value per Share can go down as well as up. A Shareholder may not get back the entire amount he has invested. The Partnership, any Director or any advisor thereto can give no guarantee as to future performance of or future return from the Partnership.

5.8 Subscription via a Financial Intermediary

Investors may only invest in the Partnership via a regulated intermediary (such as banks, insurance companies etc.) holding the Shares in the Partnership on behalf of or as trustee for such Investor (such intermediaries being hereinafter referred to as "**Financial Intermediaries**"). Therefore, in respect of those Investors that invest indirectly in the Partnership through a Financial Intermediary (the "**Underlying Investors**"), any reference in this Prospectus to "Investors" is to the relevant Financial Intermediary and/or where appropriate the Underlying Investors and any penalties, sanctions and requirements that can be imposed on an Investor will be, in respect of the relevant Financial Intermediary, applied to the relevant *pro-rata* portion of the relevant Financial Intermediary's Shares corresponding to the relevant Underlying Investor(s), in accordance with, and subject to the terms of, this Prospectus. Likewise, voting rights will be exercised by Financial Intermediaries through, depending on the terms of the relevant financial intermediary arrangement with each the Underlying Investors, either a split vote following voting instructions from the Underlying Investors or exercising voting rights further to a general power of attorney to vote on behalf of the relevant Underlying Investors. Any such Underlying Investor must qualify as an eligible Investor which will be verified by the Financial Intermediary. In addition, each participation by a Financial Intermediary on account of any single Underlying Investor will be treated as a separate participation from that Financial Intermediary's other participations (e.g., for distribution purposes and reinvestment, etc.), in accordance and subject to the terms of this Prospectus.

Shareholders are reminded that Shares may also be cleared through recognised external clearing houses like, e.g., Clearstream. In such case, Shares may be held and transferred through securities accounts maintained within such systems in accordance with applicable laws and regulations, and operating rules of the systems. The relevant clearing house will be a "Financial Intermediary", as defined above.

The Partnership draws Investors' attention to the fact that each Investor can only assert each of their Investor rights (in particular the right to take part in Investors' meetings) in their entirety directly against the Partnership if such Investor is enrolled in their own name in the Partnership's register of Investors. In cases where an Underlying Investor make their investment in the Partnership via a Financial Intermediary, which makes the investment in its own name but for the Underlying Investor's account, not all investor's rights can necessarily be asserted by the Underlying Investor directly against the Partnership. Indeed, the Underlying Investor will not act as an Investor in the Partnership and will have no direct rights of recourse against the Partnership or the AIFM. Investors are advised to obtain information on their rights.

5.9 Suspension of Subscriptions

No Shares will be issued by the Partnership during any period in which the determination of the Net Asset Value per Share is suspended pursuant to the powers contained in the Articles and as indicated under "Temporary Suspension of Determination of Net Asset Value per Share" below.

Notice of suspension will be given to subscribers, and any subscriptions received or any subscription that remain unprocessed during a suspension period may be revoked by notice in writing received by the Partnership prior to the end of the suspension period. Subscriptions not so revoked will be processed by the Registrar and Transfer Agent on the first Valuation Day following the end of the suspension period, on the basis of the Net Asset Value per Share of the relevant Class determined on such Valuation Day.

5.10 Outsourcing by the Partnership's service providers subject to professional secrecy

The Investors are informed that the Partnership's service providers subject to professional secrecy rule under article 41 of the Luxembourg law of 5 April 1993 on the financial sector, as amended (such as the Depositary and the Central Administration Agent) may from time to time outsource certain of their services to other service providers, which outsourcing may involve the disclosure of information entrusted to them (including Investors' data) in the context of their professional activities or mandate with the Partnership.

More detailed information on these outsourcing agreements (if any), including the types of services outsourced, the type of data transferred in the context of the outsourcing and the country of establishment of the relevant service providers to which the services are outsourced is available at any time upon request to the Partnership.

For the avoidance of doubt, this Section 5.10 is independent from, and without prejudice of, any personal data protection obligations to be complied with by the Partnership and its service providers in accordance with the requirements of GDPR and with any implementing legislation applicable to them.

5.11 Data Protection

Certain personal data of Investors (especially the name, address and investment amount of each Investor) can be collected and/or processed and used by the Partnership, the General Partner, and the AIFM.

The Partnership, the General Partner, and the AIFM is/are committed to maintaining the privacy and integrity of all personal data processed in relation to the Partnership. The Partnership, the General Partner, and the AIFM shall process personal data in compliance with the applicable data protection laws, including, but not limited to, Regulation (EU) 2016/679 on the protection of natural persons with regard to the processing of personal data and on the free movement of such data (the "**GDPR**").

The Shareholder acknowledges having read and understood the Privacy Notice available at <https://www.universal-investment.com/en/privacy-notice-investors-ubos>. This Privacy Notice may be amended from time to time and shall be maintained at all times via the aforementioned link.

5.12 Late trading

The price of the Shares is determined on a forward basis. This means that it is not possible to know in advance the Net Asset Value per Share at which Shares will be subscribed or redeemed.

5.13 Market timing

The Partnership is not designed for Investors with short term investment horizons. Activities which may adversely affect the interests of the Shareholders (for example that disrupt investment strategies or impact expenses) such as market timing or the use of the Partnership as an excessive or short term trading vehicle are not permitted.

While recognising that Shareholders may have legitimate needs to adjust their investments from time to time, the Partnership in its discretion may, if it deems that such activities adversely affect the interests of the Shareholders, take action as appropriate to deter such activities.

Accordingly, if the Partnership determines or suspects that a Shareholder has engaged in such activities, it may suspend, cancel, reject or otherwise deal with that Shareholder's subscription applications and take any action or measures as appropriate or necessary to protect the Partnership and its Shareholders.

6. **TRANSFER OF SHARES**

Unless otherwise stated in this Section 6, Shares may be transferred without the prior written consent of the Board and the other Shareholders.

- (a) However, any Transfer of Shares will be void:
 - (i) if the relevant Transfer results in a violation of any provision of the Articles or the Prospectus;

- (ii) if the relevant Transfer results in a violation of any law or regulation in the Grand Duchy of Luxembourg or elsewhere;
 - (iii) if the relevant Transfer may be detrimental to the interests of the existing Shareholders or of the Partnership,
 - (iv) if the relevant Transfer results in the Partnership or any Eligible Investment Assets becoming exposed to tax or other regulatory disadvantages (including without limitation causing the assets of the Partnership to be deemed to constitute "plan assets" for purposes of the U.S. Department of Labor Regulations under Employee Retirement Income Security Act of 1974, as amended), fines or penalties that it would not have otherwise incurred; or
 - (v) if the transferee is a Prohibited Person.
- (b) Any Transfer of Shares requires that:
- (i) the transferee represents to the Partnership in a form satisfactory to the Partnership that it does not qualify as Prohibited Person and that the Transfer will not result in a violation of any law or regulation in the Grand Duchy of Luxembourg or elsewhere; and
 - (ii) the transferee does not qualify as a Prohibited Person.

Once the transferor has validly transferred its Shares, such transferor shall have no further liability of any nature under the Articles or in respect of the Partnership in relation to the Shares it has transferred.

7. **MATCHING**

The AIFM has adopted a policy and set up a procedure in respect to the Matching with article 19 (2a) of the ELTIF Regulation. The matching policy is available for inspection by the Shareholders at the registered office of the AIFM.

During the first twenty-four (24) months after the initial Subscription Date, the Board may accept Matching requests under the conditions described below:

- i. there are sufficient subscription requests matching the redemption request(s) for matching; and
- ii. the settlement of the subscription price by a new investor is in line with the Matching policy and procedures of the AIFM.

For the avoidance of doubt, this section on Matching shall only apply to Shareholders using the Matching as set out in article 19 (2a) of the ELTIF Regulation and shall not apply in case of Shares' transfer as described in Section 6.

8. REDEMPTION OF SHARES

8.1 Redemption Procedure

Shareholders are entitled to request the redemption of their Shares under the terms and conditions as outlined hereunder.

The application for redemption must include the Shareholder's personal details and the number of Shares to be redeemed. Failure to provide any of the required information may result in delay of such application for redemption whilst verification is being sought from the Shareholder.

The first Redemption Day is the last Business Day of the calendar quarter following the third (3) anniversary after the first subscription for Shares in the Partnership has been accepted (the "**Lock-in Period**").

Applications for redemption of Shares of any Class must be irrevocable and received by the Registrar and Transfer Agent within the applicable notice period.

The notice period is at least twelve (12) months before the relevant Redemption Day (the "**Notice Period**").

Applications for redemption will be processed within one (1) month following the relevant Redemption Day at the Redemption Price. Any applications for redemption received by the Registrar and Transfer Agent after the Notice Period will be processed on the next Redemption Day on the basis of the Redemption Price determined with respect to such Redemption Day.

The Partnership will use reasonable efforts to dispose of the Partnership's assets, in order to provide for cash to fulfil the applications for redemption. At its entire discretion, the Partnership may decide to use leverage to satisfy the applications for redemption in compliance with the terms of this Prospectus and the ELTIF Regulation or make use of other revenues or reserves to fulfil such redemption requests.

The Partnership may, at its complete discretion but with the consent of the relevant Shareholder, decide to satisfy payment of the redemption proceeds to this Shareholder wholly or partly *in specie* by allocating to such Shareholder investments from the pool of assets set up in connection with the Partnership, equal in value as of the Redemption Day on which the Redemption Price is calculated, to the value of the Shares to be redeemed. The nature and type of assets to be transferred in such case shall be determined on a fair and reasonable basis and without prejudicing the interests of the other Shareholders, and the valuation used shall be confirmed by a special report of the Auditor. The costs of such transfer shall be borne by the transferee. The Partnership may make redemptions in kind in accordance with the ELTIF Regulation, provided that:

- (a) all Shareholders are treated fairly;
- (b) the Shareholder asks in writing to be repaid through a share of the assets of the relevant share class of the Partnership; and
- (c) no specific rules restrict the transfer of those assets.

If the aggregate value of requests for the redemption of Shares exceeds (i) fifty percent (50%) of Liquid Assets of the Partnership as of the Redemption Day, or (ii) quarterly five percent (5%) of a Net Asset Value (determined at Redemption Day), or (iii) if Liquid Assets of the Partnership are less than or would in the context of redemptions drop below five percent (5%) of the Partnership's NAV, the Partnership will reduce the size of the requests for redemption of Shares to the relevant threshold, unless the Board determines otherwise, in its absolute and sole discretion, to permit a higher percentage taking into account the investments of the Partnership and interests of continuing Shareholders. Such reduction shall be applied towards all Shareholders that have requested a redemption of Shares in proportion to the number of Shares or total monetary amount for which they request a redemption. The portion of the redemption requests not accepted will automatically be re-submitted for the next available Redemption Day. For the avoidance of doubt: there is no upper limit on the number of re-submissions. Payment of the Redemption Price will be made on a *pro rata* basis between the redeeming Shareholders.

Payment procedure

Payment for Shares redeemed will be effected no later than twenty (20) Business Days after the relevant Redemption Day, provided that all the documents necessary to the redemption have been received by the Registrar and Transfer Agent and unless legal constraints, such as foreign exchange controls or restrictions on capital movements, or other circumstances beyond the control of the Partnership make it impossible or impracticable to transfer the redemption proceeds to the country in which the application for redemption was submitted. At the request of the redeeming Shareholder, the Registrar and Transfer Agent will arrange the currency transaction required for conversion of the redemption monies from the Accounting Currency into the requested currency. Such currency transaction will be effected with the Depositary or a Distributor at the redeeming Shareholder's risk and cost.

On payment of the Redemption Price, the corresponding Shares will be cancelled immediately in the register of Shares. Any taxes, commissions and other fees incurred in the respective countries in which the Shares are sold will be charged to the redeeming Shareholder.

8.2 Compulsory Redemption of Shares held by a Prohibited Person

If the Partnership discovers at any time that Shares are owned by a Prohibited Person, either alone or in conjunction with any other person, whether directly or indirectly, the Partnership may in its discretion and without liability, compulsorily redeem the Shares at the Redemption Price after giving such Prohibited Person notice of at least ten (10) Business Days and upon redemption, the Prohibited Person will cease to be the owner of those Shares.

The Partnership may require any Shareholder to provide it with any information that it may consider necessary for the purpose of determining whether or not such owner of Shares is or will be a Prohibited Person.

The Partnership may compulsorily redeem Shares at the Redemption Price in order to remit cash to Limited Shareholders, in particular to replace capital distributions.

The costs and charges of the compulsory redemption will be borne by the Shareholder concerned.

8.3 Suspension of Redemptions

No Share will be redeemed by the Partnership during any period in which the determination of the Net Asset Value per Share is suspended pursuant to the powers contained in the Articles and as indicated under "Temporary Suspension of Determination of Net Asset Value per Share" below.

Notice of suspension will be given to the redeeming Shareholders, and redemption requests made or pending during a suspension period may be revoked by notice in writing received by the Partnership prior to the end of the suspension period. Redemption requests not so revoked will be processed by the Registrar and Transfer Agent on the first Valuation Day following the end of the suspension period, on the basis of the Net Asset Value per Share of the relevant Class determined on such Valuation Day.

8.4 Repurchase of Shares at the Discretion of the Board

The Board may at any time but subject to the prior approval of the Shareholder(s) concerned, decide on a repurchase of Shares of the Partnership to e.g., repay available liquidity to the Shareholders. The decision of the Board to repurchase Shares shall be effective and applicable on a *pro-rata* basis as to the Shares held by each Shareholder for all Shareholders. The Board will inform the Shareholders of this decision in due time in advance. Such notification includes the point of time such repurchase will become effective and the relevant purchase price per Share. The purchase price per Share in case of a repurchase of Shares will be calculated on the basis of the stipulation of Section 11 as regards the calculation of the Net Asset Value without adding a repurchase fee or charge. Shares having been repurchased by the Partnership shall be nullified.

9. **CONVERSION OF SHARES INTO SHARES OF A DIFFERENT CLASS**

Conversions of Shares between Classes are not possible.

10. **DISTRIBUTIONS**

The Shareholders will take a resolution on the annual distributions, upon the proposal of the Board, whether and to what extent available liquidity is to be distributed out of the Partnership's assets. The Board may at any time decide to pay interim dividends.

Distributions in kind can only be made with the consent of relevant Shareholder, a separate valuation, and in line with the principle of fair treatment.

Such distributions or interim dividends may only be made if the net assets of the Partnership do not fall below the minimum set forth by law (i.e. currently Euro 1,250,000).

The amount of the dividend will be declared per Share of a Class and shall hence be distributed to each such Shareholder *pro rata* to the number of Shares held by them.

All such payments will be made net of any income, withholding and similar taxes payable by the Partnership, including, for example, any withholding taxes on interest or dividends received by the Partnership and capital gains taxes or withholding taxes on sales of interests in the Partnership's investments.

Liquidity can also be distributed by way of a repurchase of Shares as further set out in Section 8.4.

11. NET ASSET VALUE

11.1 Valuation Day and Currency

The Net Asset Value of the Shares is denominated in Euro. It is calculated by the AIFM or by a representative of the AIFM on a monthly basis as at the last Business Day ("**Valuation Day**") and is determined to three (3) decimal places.

11.2 Independence of the valuation

Within the AIFM, the valuation of the Partnership's assets is functionally separate and independent from the portfolio management. Furthermore, the operational valuation is independent of the risk management function. The remuneration policy and other measures ensure that conflicts of interest are mitigated and invalid influence on employees is prevented.

11.3 Determination of the Net Asset Value

For the Partnership, the Net Asset Value is determined in accordance with Luxembourg law and the Partnership's Articles on Incorporation on each Valuation Day. The AIFM reserves the right to carry out an additional valuation following a subscription or redemption of Shares. The relevant day shall be deemed the Valuation Day. The Shareholders of the Partnership will be informed about any additional Valuation Days. The Accounting Currency of the Partnership shall be the Euro.

The Net Asset Value may not be less than the minimum capital of EUR 1,250,000 required by the 2010 Law except during the first twelve (12) months following the incorporation of the Partnership.

11.4 Calculation of the Net Asset Value

The net asset value results from calculating the aggregate value of all the assets of the Partnership ("**Assets**") less the aggregate value of all the liabilities of the Partnership ("**Liabilities**") (together the "**Net Asset Value**"). The Net Asset Value per Share of a single share of a share class results from dividing the value of the Net Asset Value attributable to this share class by the number of shares of this share class in circulation on the valuation date. All Assets and Liabilities are valued on the basis of their value on the relevant Valuation Day. The value of the assets is determined by the AIFM in accordance with the valuation policy of the AIFM and the following principles:

Assets listed on a stock exchange are valued at the last known price at the time of the calculation of the Net Asset Value per Share. If an asset is listed on more than

one stock exchange, the last available price on the stock exchange which is the main market for that asset is decisive.

All assets not denominated in the currency of the Partnership are valued at the latest available mid-market exchange rate at the time of calculation of the Net Asset Value per Share.

- a) Assets which are not listed on a stock exchange but which are traded on another regulated market which is recognised, open to the public and operates regularly are valued at a price which may not be lower than the bid price and not higher than the offer price at the time of calculation of the Net Asset Value per Share and which the AIFM considers to be the best possible price at which the assets can be sold.
- b) If an asset is not listed or traded on a stock exchange or on another regulated market or if, in the case of assets listed or traded on a stock exchange or on another market as mentioned above, the prices according to the rules in a) or b) do not adequately reflect the actual market value of the corresponding assets, the value of such assets is determined on the basis of the reasonably foreseeable sales price after a prudent assessment.
- c) Direct infrastructure investments are typically made via a single or multi-level structure of infrastructure project companies using equity and debt instruments, whereby the debt instruments can have different seniorities. The underlying investments (e.g. wind farms, photovoltaic systems, hydro power plants, highways) normally obtain their value from regular cash flows and the value of the investments could therefore be determined with the aid of a DCF model based on the income and operating costs, which is in accordance with the IPEV guidelines. In special situations, depending on the development stage of the infrastructure project, the availability of recent market data and/or the financing structure (e.g. through private debt), the AIFM (if applicable with support of an independent appraiser) may adopt different valuation techniques as per the IPEV guidelines, like either the cost approach or the market approach.

The valuation process generally consists of following steps:

1. At acquisition there is a due diligence performed to ensure that there is enough information available to properly assess the value of the asset and to check if the acquisition price is market conforming. The initial acquisition valuation is usually carried out by the AIFM, if applicable with the support of an independent appraiser.
2. At least annually a valuation is conducted by the AIFM, if applicable with the support of an independent appraiser.
3. Each valuation cycle, in a stable market situation and a stable financial condition of the asset, the most recent valuation is upheld. At least quarterly the AIFM assesses the valuation to conclude whether a valuation adjustment or revised valuation appraisal is required. A potential adjustment or valuation update is made upon AIFM discretion and takes into account the fund's internal threshold

and is then taken into account in the next valuation cycle after the conclusion on the adjustment.

The aforementioned valuation assessment includes:

- Check with risk management on any events that could significantly affect the valuation.
 - Check with Portfolio Management on any events that could significantly affect the valuation.
 - Check against general significant market events from publicly available sources.
 - Check against substantial changes in valuation model inputs like current prices and forward prices, estimate of commodities, business plans of the projects, risk-free interest rate curve, invested company financials.
- d) Shares in target funds and investment companies are generally valued on the basis of the last available net asset value of the target fund or the last available balance sheet of a target fund (if the latter does not disclose net asset values) or, if applicable, of its personally liable partner. The AIFM shall in principle rely on the information provided by the target funds or general partners, unless there are indications that such information may be inaccurate; in this respect, the AIFM shall take into account general due diligence requirements. If no current net asset value of a target fund is available at the time of a net asset value calculation, the AIFM may use both estimated net asset values and the latest published net asset values. If necessary, the AIFM will adjust the net asset values of the target funds or the balance sheet information and values of investment companies if it considers that this more accurately reflects fair value. Target funds and investment companies normally report their net asset values (or value of investments (capital accounts) to investors) on certain valuation dates and with a certain delay. The AIFM may adjust these net asset values (or values of the investors' holdings) by the interim cash flows announced by the target fund or general partner (in the case of investment companies). This provision also expressly applies at the end of the financial year. If a target fund or an investment company does not provide net asset values, the AIFM is authorized to make what it considers to be a fair valuation of the target fund or investment company at its own discretion, taking into account the principle of fair value.

The valuation process generally consists of following steps:

1. At acquisition there is a due diligence performed to ensure the valuation methodology and documentation of the target fund is in line with the fund's standards.
2. Every valuation cycle the value of the target funds is primarily based on the latest capital account statements of the target funds adjusted for related cash flows occurring in the period (as described above).

3. Additionally, each valuation cycle is supported by a valuation assessment which concludes whether a valuation adjustment to the recent valuation, upon AIFM discretion and taking into account the fund's internal threshold, is required or not. This assessment includes:
 - Check with risk management on any events that could significantly affect the valuation.
 - Check with Portfolio Management on any events that could significantly affect the valuation.
 - Check against general significant market events from publicly available sources.
4. Annual valuation check which includes a back-testing analysis. Back-testing is done to ensure the quality of the capital account statement by comparing the annual financial statement with capital account statement of the target fund.

It is up to the discretion of the AIFM, and normally taking materiality into account, if the above valuation process at valuation cycle is applied to all target funds or to a representative portion of the entire pool of target funds.

- e) Bank deposits are valued at their nominal value plus accrued interest. Fixed deposits are normally valued at the nominal value with deferred interest. Terminable fixed deposits which, upon termination, are not repaid at the nominal value plus interest are an exception to this. These are valued at the market value.
- f) Direct debt instruments that are not listed or traded on a stock exchange or another regulated market on which trading is regularly conducted and which is recognised and open to the public are generally valued using the DCF model (income approach), in accordance with the IPEV guidelines.

In special situations, depending on the specific debt instrument, the availability of recent market data and/or terms & conditions, the AIFM (if applicable with support of an independent appraiser) may adopt different valuation techniques as per the IPEV guidelines, like either the cost approach or the market approach.

The valuation process generally consists of following steps:

1. At acquisition there is a due diligence performed to ensure that there is enough information available to properly assess the value of the instrument and to check if the acquisition price is market conform. The initial acquisition valuation is usually carried out by the AIFM, if applicable with the support of an independent appraiser.
2. At least quarterly a valuation is conducted by the AIFM, if applicable with the support of an independent appraiser.
3. Each valuation cycle the AIFM assesses the valuation to conclude whether a valuation adjustment or revised valuation appraisal is

required. A potential adjustment or valuation update is made upon AIFM discretion and takes into account the fund's internal threshold and is then taken into account in the next valuation cycle after the conclusion on the adjustment.

The aforementioned valuation assessment includes:

- Check with risk management on any events that could significantly affect the valuation.
- Check with Portfolio Management on any events that could significantly affect the valuation.
- Check against general significant market events from publicly available sources.

It is up to the discretion of the AIFM, and normally taking materiality into account, if the above valuation process at valuation cycle is applied to all debt instruments or to a representative portion of the entire pool of debt instruments.

- g) The *pro rata* interest attributable to assets, securities or money-market instruments is included unless it is expressed in the market value.
- h) In the case of derivatives, a distinction must be made with regard to the calculation of the Net Asset Value per Share: (i) Derivatives traded on the stock exchange or other regulated markets (such as options) are generally valued at their last available stock exchange or market price, (ii) Derivatives that are not listed on a stock exchange (OTC derivatives) are valued using independent price sources. If only one independent price source is available for a derivative, the plausibility of this valuation price is verified by means of calculation models recognised by the Partnership and the Partnership's auditors, based on the market value of the underlying instrument from which the derivative is derived.

A correction of the Net Asset Value per Share as a result of incorrect valuations is always made if the tolerance thresholds for revaluation as defined by the AIFM have been exceeded.

All Net Asset Values calculated may be rounded up or down to the nearest hundredth of a Share of the Accounting Currency at the discretion of the AIFM Board.

Special valuation rules for the assets of the Partnership can be regulated in the fund schedule.

All other securities or other assets are valued at their fair market value as determined in good faith by the AIFM and in accordance with a procedure established by the AIFM.

The Organisational Expenses will be written off by the Partnership over a period of five (5) years and will be reflected in the Net Asset Value.

i) The Liabilities of the Partnership include:

1. all loans, accrued interest on loans of the Partnership (including borrowing costs) and other liable amounts;
2. all costs due or payable (including administration and management fees, advisory fees including transaction-related advisory fees, custodian fees, other agent fees, etc.) assigned to the Partnership;
3. all known, current and future liabilities, including payment liabilities in cash or in kind resulting from due contractual liabilities and declared but unpaid dividends of the Partnership;
4. appropriate provisions for future tax payments and other provisions approved and accepted by the Board, as well as reserves for other liabilities of the Partnership;
5. any other liability of the Partnership of any kind that the Board may determine as necessary or useful in the operation of the Partnership are accounted for in accordance with the Luxembourg laws;
6. all corporate costs for the implementation of regulatory requirements;
7. liquidation costs for the liquidation of the Partnership as soon as they become apparent; and
8. The Partnership may set administrative and other expenses of a regular or recurring nature in advance on the basis of estimated figures for annual or other periods and may amortise them in equal instalments over such period.
9. All valuation regulations and determinations shall be interpreted and made in accordance with generally accepted accounting principles.

11.5 Temporary Suspension of the Calculation of the Net Asset Value per Share

The determination of the NAV of the Shares of any Class may be suspended by the AIFM during:

- (i) any period when, as a result of political, economic, military or monetary events or any circumstances outside the control, responsibility and power of the AIFM, disposal of the assets owned by the Partnership is not reasonably practicable without this being seriously detrimental to the interests of Shareholders; or
- (ii) any breakdown in the means of communication normally employed in determining the price of any of the Partnership's assets or if for any reason the value of any asset of the Partnership which is material in relation to the determination of the NAV (as to which materiality the AIFM shall have sole discretion) may not be determined as rapidly and accurately as required; or

- (iii) any period when the value of any wholly-owned (direct or indirect) Subsidiary of the Partnership may not be determined accurately; or
- (iv) any period when any transfer of funds involved in the realisation or acquisition of investments cannot in the opinion of the AIFM be effected at normal rates of exchange; or
- (v) upon the publication of a notice convening a General Meeting for the purpose of resolving to wind up the Partnership; or
- (vi) any period when any one of the principal markets or other stock exchanges on which a portion of the assets of the Partnership, are quoted is closed (otherwise than for ordinary holidays) or during which dealings therein are restricted or suspended; or
- (vii) when for any other reason, the prices of any investments cannot be promptly or accurately ascertained.

The suspension of the determination of the NAV pursuant to the above circumstances shall comply with the principle of equal treatment of the Shareholders and be in their best interests. Any such suspension shall be published by the AIFM, to the extent legally required, and shall be notified to the Shareholders having made an application for subscription or redemption, if any, of Shares for which the calculation of the Net Asset Value has been suspended.

11.6 Alternative valuation methods

The AIFM may, at its own discretion, authorise and adopt other valuation methods if it considers this to be appropriate in the interest of a more appropriate valuation of an asset of the Partnership. It may also permit valuation at amortised cost if it considers this to be appropriate in the interests of a more appropriate valuation of an asset of the Partnership. Where the AIFM makes use of one of the other valuation methods referred to above, this shall be disclosed in the Annual Report of the Partnership, stating the asset concerned.

11.7 Updated Net Asset Value

If the AIFM considers that the calculated Net Asset Value of the Shares does not reflect the actual value of the Shares in the Partnership on a particular Valuation Day or if there have been significant movements on the relevant exchanges and/or markets since the calculation of the Net Asset Value of the Shares, the AIFM may decide to update the Net Asset Value of the Shares on the same day. In such circumstances, all subscription and redemption requests received for that Valuation Day will be honoured in accordance with the relevant provisions of the Articles on Incorporation on the basis of the Net Asset Value of the Shares, which has been updated in good faith.

11.8 Tolerance threshold

A correction of the Net Asset Value as a result of incorrect valuations is always made when the revaluation tolerance threshold set by the AIFM has been exceeded.

The Partnership complies with CSSF Circular 02/77, as amended, supplemented or replaced, and CSSF Circular 24/856, regarding the protection of investors in case of NAV calculation error and correction of the consequences resulting from non-compliance with the investment rules is applicable.

The AIFM has set internal rules regarding NAV calculation errors and the correction of the consequences resulting from non-compliance with the investment rules. The maximum threshold for the correction of NAV calculation errors is set to 1%.

11.9 Accounting principles

The calculation of the Net Asset Value of the Shares in the Partnership is carried out in accordance with Luxembourg law and Luxembourg generally accepted Accounting Principles (LUX GAAP).

12. **DURATION, LIQUIDATION AND AMALGAMATION OF THE PARTNERSHIP**

12.1 Duration

The Partnership has been established for an unlimited period of time.

12.2 Automatic Dissolution

The Partnership shall not be dissolved in the event of the General Partner's legal incapacity, dissolution, resignation, retirement, insolvency or bankruptcy or for any other reason provided under applicable law where it is impossible for the General Partner to act, it being understood for the avoidance of doubt that the transfer of its unlimited share by the General Partner will not lead to the dissolution of the Partnership. In the event of legal incapacity or inability of the General Partner to act as mentioned under the preceding paragraph, the General Meeting will appoint a new general partner in accordance with the procedure outlined in the Articles.

Without prejudice to a voluntary dissolution, the Partnership shall be dissolved if there is no longer at least one (1) Limited Shareholder and one (1) Unlimited Shareholder, which are distinct legal or natural persons.

12.3 Voluntary Dissolution

At the proposal of the General Partner and unless otherwise provided by law or the Articles, the Partnership may be dissolved by a resolution of the Shareholders adopted in the manner required to amend the Articles, as provided for in Article 34 thereof.

Whenever the capital falls below two-thirds (2/3) of the minimum capital indicated in Section 1.1, the question of the dissolution of the Partnership shall be referred to the General Meeting by the Board. The General Meeting, for which no quorum shall be required, shall decide by simple majority of the Shares represented at the meeting.

The question of the dissolution of the Partnership shall further be referred to the General Meeting whenever the capital falls below one-fourth (1/4) of the minimum capital. In such an event, the General Meeting shall be held without any quorum requirements and the dissolution may be decided by Shareholders holding one-fourth (1/4) of the Shares represented at the meeting.

The meeting must be convened so that it is held within a period of forty (40) days from when it is ascertained that the net assets of the Partnership have fallen below two-thirds (2/3) or one-fourth (1/4) of the legal minimum as the case may be.

12.4 Liquidation

In the event of the dissolution of the Partnership further to any insolvency proceedings, the liquidation will be carried out by one or more liquidators (who may be natural persons or legal entities) appointed by the Shareholders (with simple majority vote) who will determine their powers and their compensation. Such liquidators must be approved by the CSSF and must provide all guarantees of honourability and professional skills.

After payment of all the debts of and charges against the Partnership and of the expenses of liquidation, the net assets shall be paid out to the Shareholders *pro rata* to the number of the Shares held by them.

Assets which could not be paid out to their beneficiaries upon the conclusion of the liquidation of the Partnership will be deposited with the Depositary for the period provided by law. After the expiry of such period, the assets will be deposited with the *Caisse de Consignation* in Luxembourg to the benefit of such beneficiaries.

13. REGULATORY DISCLOSURE

The AIFM will make available to prospective Investors all information in relation to article 21 of the 2013 Law as well as any material changes thereof. Unless explicitly stated herein, such information can also be obtained at the registered office of the AIFM upon request or in the annual report as outlined in Section 18.3 hereof.

14. RISK AND LIQUIDITY MANAGEMENT

14.1 Risk Management

The AIFM has established and maintains a dedicated risk management function that implements effective risk management policies and procedures in order to identify, measure, manage and monitor on an ongoing basis all risks relevant to the Partnership's Investment Objective including in particular market, credit, liquidity, counterparty, operational and all other relevant risks. Furthermore, the risk management process ensures an independent review of the valuation policies and procedures as per Article 70 (3) of the AIFM Regulation.

The risk profile of the Partnership shall correspond to the size, portfolio structure and Investment Objective of the Partnership.

For the avoidance of doubt, the Partnership may not enter into any derivative transactions other than for the purpose of hedging against interest rate and currency rate fluctuations in compliance with applicable Luxembourg law.

The AIFM applies a comprehensive process based on qualitative and quantitative risk measures to assess the risks of the Partnership.

The risk management personnel within the AIFM supervises the compliance of these provisions in accordance with the requirements of applicable circulars or regulations issued by the CSSF or any European authority authorised to issue related regulations or technical standards which are applicable to the Partnership.

14.2 Leverage

In accordance with the 2013 Law, the AIFM will provide to competent authorities and Investors the level of leverage on a gross basis and on a commitment basis in accordance with Article 7 and 8 of the AIFM Regulation.

The Partnership has set a maximum level of leverage which may be employed as indicated in Section 3.3.

14.3 Liquidity Management

The AIFM employs appropriate liquidity management methods and adopts procedures which enable it to monitor the liquidity risk of the Partnership, which include among other tools the use of stress tests under both normal and exceptional liquidity conditions. The AIFM ensures that, for the Partnership, the investment and financing strategy, the liquidity profile, the policy regarding payments to Investors and the redemption policy are consistent with its liquidity needs.

15. TAXATION

The present Section is a short summary of certain important Luxembourg tax principles in relation to the Partnership. The summary is based on laws and regulations in force and applied in Luxembourg. Provisions may change at short-term notice, possibly with retroactive effect.

The Section does not purport to be a complete summary of tax law and practice currently applicable in Luxembourg and does not contain any statement with respect to the tax treatment of an investment in the Partnership in any other jurisdiction. Furthermore, this Section does not address the taxation of the Partnership in any other jurisdiction or the taxation of any subsidiaries or intermediary companies of the Partnership or of any Eligible Investment Assets in which the Partnership holds an interest in any jurisdiction.

Prospective Investors are advised to consult their own professional tax advisors in respect of the possible tax consequences of subscribing for, buying, holding, redeeming, converting or selling their investment in the Partnership under the laws of their country of citizenship, residence, domicile or incorporation.

15.1 Tax Treatment of the Partnership

At the date of the Prospectus, the Partnership is not liable for any Luxembourg corporate income tax, municipal business tax, net wealth tax or subscription tax.

No other stamp duty or other tax is payable on the issue of Shares by the Partnership, except for a flat registration duty of EUR 75.- to be paid upon incorporation and upon any future amendment of its Articles.

Dividends and interest, if any, received by the Partnership from investments may be subject to taxes and/or withholding taxes in the countries concerned at varying rates, such (withholding) taxes usually not being recoverable (although the Partnership may qualify for the application of withholding tax reductions or exemptions under certain of the double taxation treaties concluded by Luxembourg, subject to assessment on a case-by-case basis). In particular, the investors should be aware that Luxembourg imposes a withholding tax (at a current rate of 15%) on dividends paid by Luxembourg companies. The Partnership may be liable for certain other foreign taxes.

15.2 Application of the Pillar II rules to the Partnership

The below is a very high-level (and non-exhaustive) overview of the potential implications of the Pillar II rules on the Partnership.

The Pillar II rules apply a system of supplementary (so-called top-up) taxes in order to bring the effective tax rate of certain taxpayers in a jurisdiction up to the minimum rate of 15%.

According to Article 2(1) of the Luxembourg law dated 22 December 2023 implementing Council Directive (EU) 2022/2523 of 15 December 2022 in Luxembourg legislation (the "**Pillar II Law**"), the Luxembourg Pillar II rules will in principle apply to any Luxembourg constituent entity that is a member of a so-called multinational enterprise ("**MNE**") group (i.e. any group that includes at least one entity or permanent establishment which is not located in the jurisdiction of the ultimate parent entity, or "**UPE**", as defined in the Pillar II Law), or of a large-scale domestic group, with an annual revenue of EUR 750,000,000 or more in the UPE's consolidated financial statements in at least two of the four fiscal years immediately preceding the tested fiscal year (a "**Luxembourg Constituent Entity**").

As a consequence, a Luxembourg Constituent Entity may become subject, if certain other conditions are met, to one of the following Pillar II top-up taxes: (a) a qualified domestic top-up tax (applicable to fiscal years starting as from 31 December 2023), (b) an income inclusion rule ("**IIR**") top-up tax (applicable to fiscal years starting as from 31 December 2023) or (c) an undertaxed profit rule ("**UTPR**") top-up tax (applicable to fiscal years starting as from 31 December 2024). The qualified domestic top-up tax, the IIR top-up tax and the UTPR top-up tax are collectively referred to as "**Pillar 2 Top-Up-Taxes**". The Pillar II Top-Up Taxes are computed and applied on a jurisdiction-per-jurisdiction basis, under a top-down approach.

Although the Partnership is not expected to be considered an UPE within the meaning of the Pillar II Law, it could nonetheless become part of an MNE group that falls within the scope of the Pillar II Law (e.g. in case the Partnership is financially consolidated, on a line-by-line basis, with a Shareholder and the EUR 750,000,000 threshold is met). If it were the case, Luxembourg Pillar II Top-Up

Taxes may be collected by the Partnership and/or any Luxembourg Subsidiary, subject to specific exclusions, elections and derogating rules.

Pillar II Top-Up Taxes may also arise locally, either in the jurisdiction of a particular Shareholder or a particular investment. In addition, Pillar II Top-Up Taxes may arise elsewhere in the structure, even when the Partnership is not part of an MNE group falling within the scope of the Pillar II rules (e.g. in case a Subsidiary is financially consolidated, on a line-by-line basis, and the EUR 750,000,000 threshold is met).

Prospective Investors shall undertake their own Pillar II assessment in line with the domestic rules applicable in their jurisdiction of tax residence and will provide any information any party may deem relevant for the purpose of assessing potential Pillar II implications on the Partnership structure (including on its investments).

15.3 Tax Treatment of the Shareholders

Shareholders are not subject to any taxation on income, taxation on capital gains, transfer or withholding tax in Luxembourg on the holding, sale, purchase, transfer or repurchase of Shares in the Partnership (except for Shareholders who are domiciled, resident or have a permanent establishment in Luxembourg).

15.4 Foreign account tax compliance

The Foreign Account Tax Compliance provisions of the Hiring Incentives to Restore Employment Act (commonly known as "FATCA") generally impose a reporting regime and potentially a 30% withholding tax with respect to (i) certain US source income (including dividends and interest) ("**Withholdable Payments**") and (ii) beginning no earlier than two years after the date the final regulations defining "foreign passthru payments" are published in the U.S. Federal Register, a portion of certain non-US source payments from non-US entities that have entered into FFI Agreements (as defined below) to the extent attributable to Withholdable Payments ("**Passthru Payments**"). As a general matter, these rules are designed to require US persons' direct and indirect ownership of non-US accounts and non-US entities to be reported to the Internal Revenue Service (the "**IRS**"). The 30% withholding tax regime applies if there is a failure to provide required information regarding US ownership.

Generally, the rules subject all Withholdable Payments and, in the future, Passthru Payments received by a Foreign Financial Institution ("**FFI**") to 30% withholding tax (including the share that is allocable to non-US investors) unless the FFI enters into an agreement with the IRS (a "**FFI Agreement**") or complies with the terms of an applicable intergovernmental agreement (an "**IGA**"). Under an FFI Agreement or an applicable IGA, an FFI generally will be required to provide information, representations and waivers of non-US law as may be required to comply with the provisions of the new rules, including, information regarding its direct and indirect US accountholders.

In addition, FATCA may subject a non-U.S. investor's share of Withholdable Payments and Passthru Payments received by an FFI to a 30% withholding tax unless such investor provides information, representations and waivers of non-U.S.

law to the FFI as may be required to comply with the provisions of the rules, including, information regarding certain U.S. direct and indirect owners of such non-U.S. investor.

The governments of Luxembourg and the United States have entered into an IGA regarding FATCA (the "**Luxembourg IGA**"), as transposed through the Law of 24 July 2015 (the "**Luxembourg FATCA Law**"). Provided the Partnership adheres to any applicable terms of the Luxembourg IGA, the Partnership would not have to enter into an FFI agreement with the IRS and instead would be required to obtain information regarding accountholders and report such information to the Luxembourg government, which, in turn, would report such information to the IRS.

According to the current national Luxembourg FATCA legislation, the Partnership qualifies as a "Restricted Fund" in accordance with Annex II, Section IV (E) (5) of the IGA Luxembourg USA. As per the definition of the Annex II, Section IV (E) (5) of the IGA Luxembourg USA, a Restricted Fund is a Non-Reporting Luxembourg Financial Institution for purposes of section 1471 of the US Internal Revenue Code. Therefore, shares in the Partnership must not be offered, sold, transferred or delivered to:

- Specified U.S. Persons within the meaning of Article 1, Section 1 (ff) of the IGA Luxembourg USA,
- Nonparticipating Financial Institutions within the meaning of Article 1, Section 1 (r) of the IGA Luxembourg USA, and
- Passive Non-Financial Foreign Entities (passive NFFEs) with one or more substantial US Owners as defined in the relevant US Treasury Regulations.

The Partnership or the Designated Third Party may disclose information regarding any Investor (including any information provided by the Investor pursuant to this Section) to any person to whom information is required or requested to be disclosed by any taxing authority or other governmental agency including transfers to jurisdictions which do not have strict data protection or similar laws, to enable the Partnership to comply with any applicable law or regulation or agreement with a governmental authority.

Each Investor has the right to access the data processed and communicated by the Luxembourg Reporting Financial Institution to the Luxembourg tax authorities and to correct such data if necessary. Data obtained by the Luxembourg Reporting Financial Institution is to be processed in accordance with the GDPR along with any implementing legislation and available guidance from competent data protection authorities.

In certain circumstances, the Partnership may redeem a non-compliant Investor's interest in the Partnership or form and operate an investment vehicle organized in the United States that is treated as a "domestic partnership" for purposes of section 7701 of the Internal Revenue Code of 1986, as amended and transfer such Investor's interest to such investment vehicle. Any tax caused by an Investor's failure to comply with FATCA will be borne by such Investor.

Each prospective Investor should consult their own tax advisors regarding the requirements under FATCA with respect to their own situation.

15.5 Common Reporting Standard

In the present section, defined terms shall have the meaning ascribed to them in the Luxembourg CRS Law (as defined in the present section) unless otherwise specified in this Prospectus.

The Organisation for Economic Co-operation and Development has developed a global standard for the annual automatic exchange of financial information between tax authorities (the "**CRS**"). The CRS has been implemented into Luxembourg domestic law via the law dated 18 December 2015 concerning the automatic exchange of information on financial accounts and tax matters and implementing the EU Directive 2014/107/EU (the "**CRS Law**").

The regulation may impose obligations on the Partnership and its Investors, if the Partnership is actually regarded as a Reporting Financial Institution under the CRS. Under this perspective, the Partnership could be required to conduct due diligence and obtain (among other things) confirmation of the tax residency (through the issuance of self-certifications forms by the Investors), tax identification number and CRS classification of the Investors in order to fulfil its own legal obligations pursuant to the CRS Law.

Each Investor shall furnish (including by way of updates) to the Partnership, or any third party designated by the Partnership (a "**Designated Third Party**"), in such form and at such time as is reasonably requested by the Partnership (including by way of electronic certification) any information, representations, waivers and forms relating to the Investor (or the Investor's controlling person(s), if relevant) as shall reasonably be requested by the Partnership or the Designated Third Party to assist it in complying with the relevant CRS requirements (the "**Information**").

Each Investor has the right to access the data processed and communicated by the Luxembourg Reporting Financial Institution to the Luxembourg tax authorities and to correct such data if necessary. Data obtained by the Luxembourg Reporting Financial Institution is to be processed in accordance with the GDPR along with any implementing legislation and available guidance from competent data protection authorities.

Each Investor is informed, that the data and Information as referred to above is reported with the Luxembourg tax authorities on an annual basis for the purposes defined by the CRS Law. The Luxembourg tax authorities will, under their own responsibility, eventually exchange the reported information to the competent authority of the Reportable Jurisdiction. Reportable Persons, Individual Accountholders and Controlling Persons of Passive NFEs shall be informed about the processing of their personal data and that part of such Information will serve as a basis for the annual disclosure to the Luxembourg tax authorities.

Each Investor shall undertake to inform the Luxembourg Reporting Financial Institution within thirty (30) days of receipt of these notifications should any personal data included therein be not accurate and provide all supporting

documentary evidence of any changes relating to the Information following the occurrence of such changes.

Under relevant Luxembourg rules, failure to comply with the abovementioned legislation, in respect of due diligence and reporting obligations, may lead to fines amounting to EUR 250,000 and up to 0.5% of the amounts that should have been reported.

In case of subscription for Shares, the Partnership, or any Designated Third Party, may request a self-certification form issued by the Investor in order to accept the said subscription.

For the purposes of application of the CRS Law, the Partnership may disclose information regarding any Shareholder or Controlling Person (including any information provided by the Shareholder or Controlling Person pursuant to this Section) that are tax resident in a Reportable Jurisdiction as defined under the (regularly updated) Grand Ducal Decree executing article 2§4 of the CRS Law to the Luxembourg tax authorities, the latter being in charge of transmitting the relevant information to the foreign competent authorities of those jurisdictions that are Reportable Jurisdictions.

Each prospective Investor should consult their own tax advisors regarding the requirements under CRS with respect to their own situation.

16. FEES AND EXPENSES

The below mentioned fees, expenses and indemnifications may be charged as between the various Classes of Shares, on the basis of their respective net assets, within such a period, on such terms and in such a manner as the Board thinks fair and reasonable provided that each Class will bear its own fees, expenses and indemnifications which are directly and exclusively attributable to it.

16.1 Organisational Expenses

The Partnership will pay or bear all payments, fees, costs, expenses and other liabilities incurred in connection with the formation and organization of the Partnership and the General Partner and all payments, fees, costs, expenses and other liabilities incurred in connection with the offering and sale of Shares to Investors including all out-of-pocket legal, consulting, accounting, valuation, analysis and reports, tax analysis, transfer taxes, filing, capital raising, printing, mailing, subscription processing and filing fees and expenses, due diligence expenses of participating broker-dealers and/or distributors supported by detailed and itemized invoices, the fees, costs and out-of-pocket expenses of any platform advisor and any ESG consultants engaged by the Portfolio Manager, costs in connection with preparing sales materials, design and website expenses, fees to attend retail seminars sponsored by participating broker-dealers and/or distributions, electronic databases, accommodation, meal, travel and related and other similar fees, costs and expenses.

The Partnership will also pay or bear its share of the payments, fees, costs, expenses and other liabilities incurred in connection with the formation and organization of the Partnership allocated to it by the Board (or its delegate) in its discretion acting in good faith, including all out-of-pocket legal, consulting, accounting, filing,

capital raising, printing, mailing, subscription processing and filing fees and expenses, due diligence expenses of participating broker-dealers and/or distributors supported by detailed and itemized invoices, the fees, costs and out-of-pocket expenses of any platform advisor and any ESG consultants, costs in connection with preparing sales materials, design and website expenses, fees to attend retail seminars sponsored by participating broker-dealers and/or distributions, electronic databases, accommodation, meal, travel and related and other similar fees, costs and expenses.

The Organisational Expenses will be written off by the Partnership over a period of five (5) years.

16.2 Investment-Related Expenses

The Partnership will bear all Investment-Related Expenses and the AIFM and the Portfolio Manager will be reimbursed by the Partnership for all Investment-Related Expenses incurred by them.

16.3 AIFM Fee

The AIFM will be entitled to a yearly management fee which is further determined in the AIFM agreement.

16.4 Portfolio Management Fee

The Portfolio Manager will be entitled to a yearly portfolio management fee out of the assets of the Partnership, the amount of which is further determined in Schedule 1 to the Prospectus Classes of Shares.

In addition, the Portfolio Manager will receive the following transaction fees:

- a) Acquisition Fee: up to 1,5% of the amount invested by the Partnership on the acquisition of a direct asset or co-investment.
- b) Divestment Fee: up to 1% of the sales proceeds received by the Partnership on the disposal of a direct asset or co-investment.

In the case a target fund managed by PATRIZIA charges a management fee, the portion of the management fee of the respective Share Class of the Partnership attributable to this target fund will be reduced by that amount, provided that it cannot fall below zero.

16.5 Marketing Service Fee

The Portfolio Manager will pay PATRIZIA Institutional Clients & Advisory GmbH in its function as Marketing Agent, a remuneration for the services of the Marketing Agent under the marketing framework agreement (the "**Marketing Service Fee**"). The Marketing Service Fee will be paid by the Portfolio Manager out of its yearly portfolio management fee.

For the avoidance of doubt: the Marketing Service Fee does not increase at any time the yearly portfolio management fee to be paid by the Partnership, but effectively reduces the respective amount received by the Portfolio Manager.

16.6 Operation and Administration Expenses

The Partnership will bear all Operation and Administration Expenses of the Partnership and the General Partner and will reimburse the AIFM for all Operation and Administration Expenses incurred by it in relation to the Partnership as well as all expenses, which include but are not limited to:

- a) operating expenses including all taxes, duties, stamp duties, governmental and similar charges, commissions, foreign exchange costs, bank charges, registration fees relating to investments, insurance and security costs (e.g. insurance costs, directors & officers, etc.), expenses of the issue and redemption of Shares;
- b) the fees, costs and expenses of establishing, maintaining, operating, managing, protecting and winding-up any investment holding entity, including if necessary employee costs of such entity;
- c) costs incurred in the context of sales and distribution authorisation or the implementation of marketing (e.g. preparation of marketing documents by internal and/or external parties, including appointed distribution partners), costs in connection with the distribution and fees payable to the distributor(s), translation costs (if any);
- d) usual brokerage and other transaction fees and expenses (including, without limitation, legal, accounting, surveyor's and other professional fees) incurred on transactions with respect to the acquisition or disposal or proposed acquisition or disposal of the portfolio and related expenses in connection with the acquisition or disposal of the assets, irrespective whether the transactions have materialised or not;
- e) accounting, due diligence, legal, ESG and other service providers in relation to the portfolio and the Partnership (subject to the approval by the Partnership of such engagement) and all other fees and expenses incurred by the Partnership, including any domiciliation fees and charges of the Partnership;
- f) costs regarding an (independent) valuation of the Partnership's investments compliant with the valuation principles of the Partnership including additional external auditor's opinion or certification;
- g) reporting and publishing expenses, including the cost of preparing and/or filing of the Articles and all other documents concerning the Partnership, including the Prospectus and explanatory memoranda and registration statements with all authorities having jurisdiction over the Partnership or the offering of Shares of the Partnership; the cost of preparing, in such languages as are required for the benefit of the Shareholders, including the beneficial holders of the Shares, and distributing annual and all other periodic reports and such other reports or documents as may be required

under the applicable laws or regulations of the above-cited authorities and the costs and expenses of local representatives appointed in compliance with the requirements of such authorities;

- h) the cost of convening General Meetings or of consulting the Shareholders in writing;
- i) expenses incurred in determining the NAV and valuing the assets;
- j) the costs of preparing, printing and distributing all valuations, statements, accounts and performance and investment reports;
- k) the Auditors' fees and expenses in relation to the Partnership;
- l) the costs of amending and supplementing the Articles, the Prospectus, the agreements and documents relating to the Partnership and all similar administrative charges;
- m) costs and expenses incurred in connection with investor-related activities and requirements, including preparation, printing and mailing of reports, information and reporting services (such as e.g. the reporting for German insurance companies subject to the German Insurance Supervisory Act based on the standards issued by the German Federal Financial Supervisory Authority, the reporting under the tripartite template (TPT) for Solvency II asset data reporting issued by the fund association or reporting with a view to capital requirements of credit institutions) to Shareholders;
- n) costs incurred to enable the Partnership to comply with legislation and official requirements and any fees and expenses involved in registering and maintaining the registration of the Partnership with any governmental agencies, or listing of Shares on the Luxembourg Stock Exchange or on stock exchanges in any other country; and
- o) all other taxes and all fees or other charges levied by any governmental agency against the Partnership in connection with its investments or otherwise;
- p) costs and expenses for legal and tax advice, accounting and other costs and expenses in connection with the Partnership's transactions (including structuring fees), regardless of whether such a transaction is successfully completed;
- q) costs incurred in connection with the use of legal, tax and other financial advisors and other professionals and advisors;
- r) costs in connection with the clarification, preparation and fulfilment of tax obligations in the respective country of distribution (e.g. costs in connection with the commissioning of external service providers, registrations, appointment of tax representatives, determination of tax information, submission of tax returns, publications);

- s) any irrecoverable VAT (or similar levy or duty) relating to any such costs and expenses;
- t) any fees, costs, and expenses relating to the establishment, management, operation of any property/infrastructure company into which the Partnership invests, the Partnership, the General Partner, and any other person established in connection with or for the purposes of investing or receiving distributions from the Partnership, the property companies or investments, including the whole or a proportionate part (as applicable) of the fees, costs, and expenses of any directors/managers and service providers, consultants, secondees, staff and other personnel (whether employed directly by the Partnership or the property companies or otherwise charged by the General Partner, the AIFM, the Portfolio Manager or PATRIZIA (including overheads such as space rental and utilities), provided in each case that all such fees, costs, and expenses are on arm's length and disclosed in the respective semi-annual and/or annual report;
- u) costs and fees for the preparation and implementation of PRIIPS-KIDs or similar documents for the Partnership;
- v) costs of implementing and complying with an ESG (environmental, social, governance) strategy, including the costs of (i) providing (legal, commercial, and technical) advice in this regard, (ii) obtaining (environmental) technical certifications, and (iii) preparing and producing ESG reporting (e.g. EET Reporting) (required by law, regulation, or contract); and
- w) all other costs and expenses in connection with the operations or administration of the Partnership and the portfolio incurred to procure the achievement of the Investment Objective and the Investment Policy, including the costs of due diligence on investments.

The AIFM will not be reimbursed for any of its internal administrative costs such as salaries, office space or office equipment and will further not be reimbursed for costs and/or expenses with respect to its own advisors or service providers.

16.7 Depositary, Paying Agent, Central Administration Agent and Registrar and Transfer Agent Fee

The Depositary, Paying Agent, Central Administration Agent and Registrar and Transfer Agent will be entitled to a yearly depositary, and administration fees, which are further determined in the relevant service provider agreements.

16.8 Value Added Tax

All fees and expenses pursuant to the above are exclusive of value added taxes or other chargeables thereon, which shall be paid by the Partnership as required.

16.9 Indemnification

The Partnership will indemnify the General Partner and its respective managers, officers and employees from its assets, to the fullest extent permitted by law, against any and all liability and all claims, damages and liabilities to which they may be subject by reason of their capacity as managers, officers or employees of the General Partner or by reason of any act performed or omitted to be performed by them in connection with the Partnership, except to the extent caused by gross negligence, criminal conduct or wilful misconduct, and will hold them harmless from any such liability or claims, damages and liabilities.

The AIFM and the General Partner shall assign claims arising from insurance relationships to the Partnership to the extent that the insurance fees have been charged to the Partnership's assets as additional costs, unless an assignment is excluded or inadmissible for legal reasons. The assignment shall only be made under the condition that the Partnership cannot be compensated twice for any loss and that, in the event of compensation by the AIFM, its (potential) recourse claims shall remain unaffected. The Portfolio Manager, the Depositary, Paying Agent, Registrar and Transfer Agent and Central Administration Agent will be indemnified by the Partnership in accordance with the provisions of the relevant service agreements.

17. RISK FACTORS AND INVESTMENT CONSIDERATIONS

Prior to making any investment decision, prospective investors should consider carefully all of the information set forth in this Prospectus and in the Articles in particular, the risk factors and investment considerations as described in Schedule 3 to the Prospectus Risk Factors and Investment Considerations.

18. PARTNERSHIP DOCUMENTS, AMENDMENTS OF THE PARTNERSHIP DOCUMENTS AND REPORTING

18.1 Partnership Documents

The Partnership Documents are available for inspection by the Shareholders at the registered office of the Partnership.

The Partnership Documents include:

- (i) Prospectus;
- (ii) Articles of the General Partner and the Partnership;
- (iii) AIFM Agreement;
- (iv) Central Administration agreement;
- (v) Depositary agreement; and
- (vi) Semi-annual and annual reports issued by the Partnership.
- (vii) A key information document in compliance with the relevant provisions of Regulation (EU) 1286/2014, as amended, and Commission Delegated Regulation (EU) 2017/653, is published for each Class available to Retail

Investors. PRIIPs KIDs are provided to Retail Investors prior to their subscription in the Partnership and are provided (i) in paper form, (ii) using a durable medium other than paper, (iii) available electronically, such as in a data room for Investors or on a website for the Partnership or (iv) upon request to the Partnership and/or the AIFM.

18.2 Amendments to the Prospectus

This Prospectus may be amended from time to time by the Board with the prior approval of the CSSF. Any material changes must be notified to the Shareholders in writing or by electronic means.

18.3 Reports

(a) Annual and Semi-Annual Report

The Partnership will issue audited annual reports. A paper copy of the annual report including audited financial statements for the Partnership can be obtained free of charge by Shareholders upon request at the registered office of the Partnership within 180 days after the end of each Financial Year.

In addition and in accordance with the requirements of the 2010 Law, the Partnership will prepare and distribute an unaudited semi-annual report to Investors within three (3) months following the period to which it refers.

The following disclosures will be made in the annual report or in another appropriate periodic reporting, and where necessary on an *ad hoc* basis:

- Where available, the historical performance of the Partnership.
- Changes to the Depositary's liability.
- The loss of a financial instrument.
- Any changes to the maximum level of leverage which the AIFM may employ on behalf of the Partnership as well as any right of the re-use of collateral or any guarantee granted under the leveraging arrangement.
- The total amount of leverage employed by the Partnership.
- Any new arrangements for managing the liquidity of the Partnership.
- The percentage of the Partnership's assets which are subject to special arrangements arising from their illiquid nature.
- The current risk management profile of the Partnership and the risk management systems employed by the AIFM to manage those risks. Any changes to risk management systems employed by the AIFM in accordance with article 21(4)c) of the 2013 Law as well as its anticipated impact on the Partnership and the Investors.

- Information on the acquisition pursuant to Article 29 (2) of the AIFM Directive when the Partnership acquires control of a non-listed company pursuant to Article 26(1) in conjunction with (5) of the AIFM Directive.
- a cash flow statement;
- information on any participation in instruments involving Union budgetary funds;
- information on the value of the individual qualifying portfolio undertakings and the value of other assets in which the Partnership has invested, including the value of financial derivative instruments used; and
- information on the jurisdictions in which the assets of the Partnership are located.

(b) Other Financial Information

Any other financial information concerning the Partnership, including the periodic calculation of the Net Asset Value per Share and the issue prices of Shares will be made available at the registered office of the Partnership.

The AIFM will inform Investors at least annually of the jurisdictions in which the Partnership has invested.

Upon the request of a Retail Investor, the AIFM shall provide additional information relating to the quantitative limits that apply to the risk management of the Partnership, the methods chosen to that end, and the recent evolution of the main risks and yields of the categories of assets.

19. GENERAL MEETING OF THE SHAREHOLDERS

The annual General Meeting will be held at the registered office of the Partnership or at any other location in Luxembourg, at a place and time specified in the notice convening the meeting, within six (6) months as of the end of the Financial Year.

The formal requirements and rules for the annual General Meeting, other General Meetings and written consultations are laid down in the Articles.

In the absence of specific majority requirements in this Prospectus, the Articles or by law, resolutions of the General Meeting shall be taken at the simple majority of the Shares present or represented.

20. LEGAL RULES, APPLICABLE LAW, JURISDICTION

Shareholders are legally bound by the terms of their Subscription Agreement and the terms of this Prospectus.

The relationship between the Shareholders and the Partnership shall be governed and construed in all respects in accordance with the laws of the Grand Duchy of Luxembourg. Disputes arising between the Shareholders, the Partnership, the AIFM and the Depositary shall be settled according to Luxembourg law and

subject to the jurisdiction of the District Court of Luxembourg, provided, however, that the Partnership, the AIFM and the Depositary may subject themselves to the jurisdiction of courts of the countries, in which the Shares are offered and sold.

In as far as applicable, the recognition and enforcement of a judgment given by the courts of an EU Member state within the scope of Regulation (EU) No 1215/2012 of the European Parliament and of the Council of 12 December 2012 on jurisdiction and the recognition and enforcement of judgments in civil and commercial matters (recast) ("**Regulation 1215/2012**") will be refused by the Luxembourg courts if on the application of (i) any interested party (in case of recognition) or (ii) the person against whom enforcement is sought (in case of enforcement), the Luxembourg courts find that any of the circumstances set out in articles 45 or 46 of Regulation 1215/2012 exist. No re-examination of the merits of any claim resulting in such foreign judgment would be made, save for the examination of the compliance of such judgment with Luxembourg public order (*ordre public*).

**SCHEDULE 1 TO THE PROSPECTUS
CLASSES OF SHARES**

Share Class Label	Management Fee - up to BP of NAV	Agio - up to % of Subscription Amount	Distributing/ Accumulating	Explanation	Target clients	Minimum Ticket Size end client	Total expense ratio – up to ¹	Issuing Price
AD	180	5%	Distributing	Retail Share Class Distributing - Germany	Retail, incl. savings plans	100 €	2,14%	100 €
AC		5%	Accumulating	Retail Share Class Accumulating - Germany			2,14%	100 €
ADI	180	5%	Distributing	Retail Share Class Distributing - Italy	Retail	10.000 €	2,14%	100 €
ACI		5%	Accumulating	Retail Share Class Accumulating - Italy			2,14%	100 €

¹ Note to investor: below figures are only an estimate based on expected results and may differ from time to time.

BD	180	5%	Distributing	Retail Share Class Distributing - International	Retail	10.000 €	2,14%	100 €
BC		5%	Accumulating	Retail Share Class Accumulating - International			2,14%	100 €
CD	120	-	Distributing	Clean Retail Share Class Distributing	Retail	10.000 €	1,54%	100 €
CA		-	Accumulating	Clean Retail Share Class Accumulating			1,54%	100 €
DD	150	-	Distributing	Professional Share Class Distributing	Professional	100.000 €	1,84%	100 €
DA		-	Accumulating	Professional Share Class Accumulating			1,84%	100 €
ED	110	-	Distributing	Professional clean Share Class Distributing	Professional	100.000 €	1,44%	100 €

EA	110	-	Accumulating	Professional clean Share Class Accumulating	Professional	100.000 €	1,44%	100 €
FD	100	-	Distributing	Clean Institutional Share Class Distributing	Institutional	1.000.000 €	1,34%	100 €
FA		-	Accumulating	Clean Institutional Share Class Accumulating			1,34%	100 €
GD	90	-	Distributing	Seed investor Share Class Distributing	Institutional	1.000.000 €	1,24%	100 €
GA		-	Accumulating	Seed Investor Share Class Accumulating			1,24%	100 €
HD	80	-	Distributing	Seed investor Share Class Distributing	Institutional	10.000.000 €	1,14%	100 €

SCHEDULE 2 TO THE PROSPECTUS
PRE-CONTRACTUAL DISCLOSURE FOR THE FINANCIAL PRODUCTS
REFERRED TO IN ARTICLE 8, PARAGRAPHS 1, 2 AND 2A, OF REGULATION
(EU) 2019/2088 AND ARTICLE 6, FIRST PARAGRAPH, OF REGULATION (EU)
2020/852

Product name: PATRIZIA
 INFRASTRUCTURE INVEST

Legal entity identifier:
 5299009K6QJG3S93EP62

Environmental and/or social characteristics

Did this financial product have a sustainable investment objective?

Yes

It made **sustainable investments with an environmental objective:** ___%

in economic activities that qualify as environmentally sustainable under the EU Taxonomy

in economic activities that do not qualify as environmentally sustainable under the EU Taxonomy

It made **sustainable investments with a social objective:** ___%

No

It **promoted Environmental/Social (E/S) characteristics** and while it did not have as its objective a sustainable investment, it had a proportion of ___% of sustainable investments

with an environmental objective in economic activities that qualify as environmentally sustainable under the EU Taxonomy

with an environmental objective in economic activities that do not qualify as environmentally sustainable under the EU Taxonomy

with a social objective

It promoted E/S characteristics, but **did not make any sustainable investments.**

Sustainable investment means an investment in an economic activity that contributes to an environmental or social objective, provided that the investment does not significantly harm any environmental or social objective and that the investee companies follow good governance practices.

The **EU Taxonomy** is a classification system laid down in Regulation (EU) 2020/852, establishing a list of **environmentally sustainable economic activities**. That Regulation does not lay down a list of socially sustainable economic activities. Sustainable investments with an environmental objective might be aligned with the Taxonomy or not.



Sustainability indicators measure how the sustainable objectives of this financial product are attained.

What environmental and/or social characteristics are promoted by this financial product?

This Partnership promotes environmental and social characteristics within the meaning of article 8 of the Disclosure Regulation.

For direct investments the following core themes are considered:

Environmental core themes are carbon emissions, water and waste. Social core themes are inclusion and diversity.

For indirect investments environmental and/or social characteristics are promoted indirectly in accordance with the target fund's article 8 or 9 investment strategy.

- ***What sustainability indicators are used to measure the attainment of each of the environmental or social characteristics promoted by this financial product?***

The direct investment cannot be directly engaged in the manufacture or trade of:

- controversial weapons (P) >0% revenue
- tobacco (P) >0% revenue
- alcohol (P) >0% revenue
- gambling (P) >0% revenue
- pornography (P) >0% revenue

The investment shall not be located in a jurisdiction on the Financial Action Task Force's list of High-Risk Jurisdictions subject to a Call for Action due to significant strategic deficiencies in their regimes to counter money laundering, terrorist financing, and financing of proliferation.

The portfolio manager shall not enter into a commercial dealing with tenants, service providers, investors or investment companies under sanction by the UN or EU (ex-US), United Kingdom, Australia.

Sustainability indicators for direct investments:

1) An average rating across the E, S and G ratings of a minimum of C- (D not acceptable), based on an internal ratings scale from A to D. If an investment scores a D in any individual category, a plan must be set in place for the sustainable transformation of the asset over a time period defined at the time of acquisition. The rating comprises the following modules: climate change, waste water management, pollution, biodiversity, equity diversity and inclusion, stakeholder management, worker and supply chain management, policy governance and strategy.

2) No identified material breaches/contraventions of the UN Global Compact or the OECD MNE frameworks, and policies in place which are aligned with the UN Global Compact, or the ability for the manager to establish such policies as

part of its ownership of the direct investment. Not aligned investments are restricted.

3) Assessment against a carbon intensity threshold to ensure that new investments comply with the Manager's Net Zero Asset Managers (NZAM) commitments. Not aligned investments are restricted.

Sustainability indicator for indirect investments:

The Partnership invests exclusively in target funds that have an Art. 8 or Art. 9 classification according to Disclosure Regulation.

- *What are the objectives of the sustainable investments that the financial product partially intends to make and how does the sustainable investment contribute to such objectives?*

Not applicable.

- *How do the sustainable investments that the financial product partially intends to make, not cause significant harm to any environmental or social sustainable investment objective?*

Not applicable.

How have the indicators for adverse impacts on sustainability factors been taken into account?

Not applicable.

How are the sustainable investments aligned with the OECD Guidelines for Multinational Enterprises and the UN Guiding Principles on Business and Human Rights? Details:

Not applicable.

The EU Taxonomy sets out a "do not significant harm" principle by which Taxonomy-aligned investments should not significantly harm EU Taxonomy objectives and is accompanied by specific EU criteria.

The "do no significant harm" principle applies only to those investments underlying the financial product that take into account the EU criteria for environmentally sustainable economic activities. The investments underlying the remaining portion of this financial product do not take into account the EU criteria for environmentally sustainable economic activities.

Any other sustainable investments must also not significantly harm any environmental or social objectives.

Principal adverse impacts are the most significant negative impacts of investment decisions on sustainability factors relating to environmental, social and employee matters, respect for human rights, anti-corruption and anti-bribery matters.



Does this financial product consider principal adverse impacts on sustainability factors?

Yes

No



The investment strategy guides investment decisions based on factors such as investment objectives and risk tolerance.

What investment strategy does this financial product follow?

The environmental and/or social characteristics are considered on an ongoing basis for direct investments.

The due diligence process for any new direct investment involves:

1) exclusions for assuring minimum safeguards

2) policy-based screening considering international standards and policies, with no identified material breaches/contraventions of the UN Global Compact or the OECD MNE frameworks, and policies in place which are aligned with the UN Global Compact, or the ability for the manager to establish such policies as part of its ownership of the direct investment

3) an ESG rating

4) assessment against a carbon intensity threshold to ensure that new investments comply with the Manager's Net Zero Asset Managers (NZAM) commitments

This Partnership only invests in target funds which comply with article 8 or 9 Disclosure Regulation.

The Partnership will employ a dynamic asset allocation and may invest, directly or indirectly, in all Eligible Investment Assets as described in Articles 10(1) of the ELTIF Regulation, including, but not limited to, infrastructure (equity and debt). The Partnership may also invest, directly or indirectly in equity interests (which may include shares, units or other equity participations) in target funds, the focus of which is to invest via equity interests, equity-like instruments and other qualifying corporate financing instruments (such as shareholder loans and senior or subordinated debt) in undertakings, investing directly or indirectly in alternative asset classes, including, but not limited to, infrastructure, real estate, private equity and debt.

The Partnership will only invest in (i) Eligible Investment Assets and (ii) investments in accordance with Article 9(1)(b) of the ELTIF Regulation, notably including transferable securities, bank deposits, target funds and money market instruments fulfilling the relevant criteria.

In the disclosures on the asset allocation the minimum environmental or social safeguards applied to investments categorized as "Other" are explained.

- ***What are the binding elements of the investment strategy used to select the investments to attain each of the environmental or social characteristics promoted by this financial product?***

The sustainability indicators, as described above, for measuring the attainment of each of the environmental and/or social characteristics promoted by the Partnership are the binding elements of the investment strategy of the Partnership.

- ***What is the committed minimum rate to reduce the scope of the investments considered prior to the application of that investment strategy?***

Not applicable.

- ***What is the policy to assess good governance practices of the investee companies?***

The proprietary sustainability due diligence analysis is completed prior to acquisition (thus informing the acquisition process) and periodically reviewed to track completeness and quality of an investee company's governance against the initial sustainability due diligence analysis. The governance section of the due diligence analysis is informed primarily by the UN Global Compact. For every investment the Manager ensures that no identified material breaches/contraventions of the UN Global Compact or the OECD MNE frameworks occur.

The Partnership invests in target funds that disclose under Art. 8 or Art. 9 under with the Disclosure Regulation. Compliance with good corporate governance is therefore the responsibility of the target fund managers.

Good governance practices include sound management structures, employee relations, remuneration of staff and tax compliance.

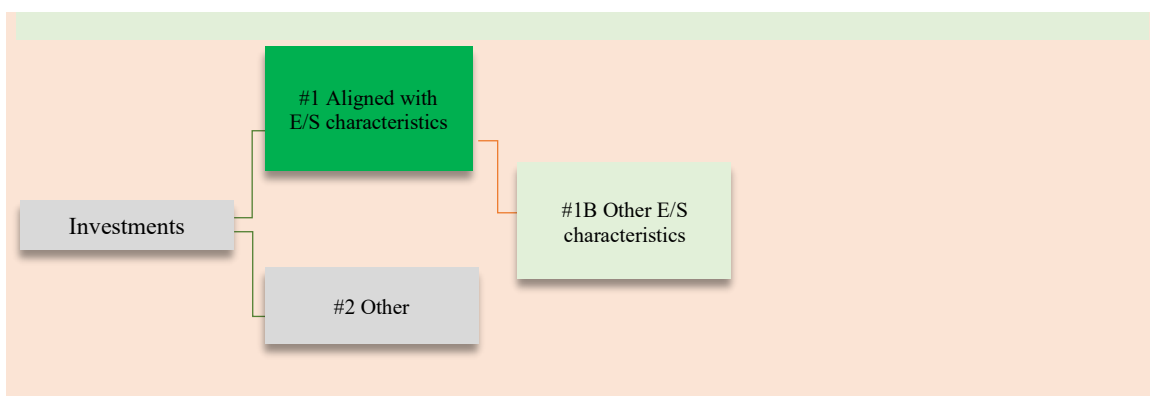


Asset allocation describes the share of investments in specific assets.

What is the asset allocation planned for this financial product?

The asset allocation of the Partnership and the extent to which the Partnership has direct or indirect exposures in investee entities can be found in the investment restrictions of the Prospectus.

The minimum proportion of the Partnership's investments that are made to fulfil the promoted environmental and/or social characteristics amounts to 51% of the value of the Partnership's assets.



#1 Aligned with E/S characteristics includes the investments of the financial product used to attain the environmental or social characteristics promoted by the financial product.

#2 Other includes the remaining investments of the financial product which are neither aligned with the environmental or social characteristics, nor are qualified as sustainable investments.

The sub-category **#1B Other E/S** characteristics covers investments aligned with the environmental or social characteristics that do not qualify as sustainable investments.

- ***How does the use of derivatives attain the environmental or social characteristics promoted by the financial product?***

Derivatives are used in accordance with the requirements of the investment principles of the Prospectus. Insofar as derivatives may be acquired, these do not explicitly serve to achieve the environmental and/or social characteristics of the Partnership and are recorded under "other investments". When selecting derivatives, compliance with a minimum level of environmental and/or social safeguards is ensured. Therefore, derivatives with a non-sustainable underlying may not represent a significant component of the portfolio.



To what minimum extent are sustainable investments with an environmental objective aligned with the EU Taxonomy?

The Partnership does not have a minimum proportion of sustainable investments with an environmental objective aligned with the EU Taxonomy.

The Partnership contributes to the following environmental objectives of the Taxonomy:

- climate change mitigation
- the sustainable use and protection of water resources
- the transition to a circular economy
- pollution prevention and control

Indirect investments pursue environmental characteristics in accordance with their investment strategy and these characteristics may also have a positive impact on environmental objectives according to the taxonomy, if applicable.

The minimum proportion of sustainable investments with an environmental objective as defined by the EU Taxonomy is 0%.

Taxonomy-aligned activities are expressed as a share of:

- **turnover** reflecting the share of revenue from green activities of investee companies

- **capital expenditure** (CapEx) showing the green investments made by investee companies, e.g. for a transition to a green economy.

- **operational expenditure** (OpEx) reflecting green operational activities of investee companies.

- **Does the financial product invest in fossil gas and/or nuclear energy related activities that comply with the EU Taxonomy²?**

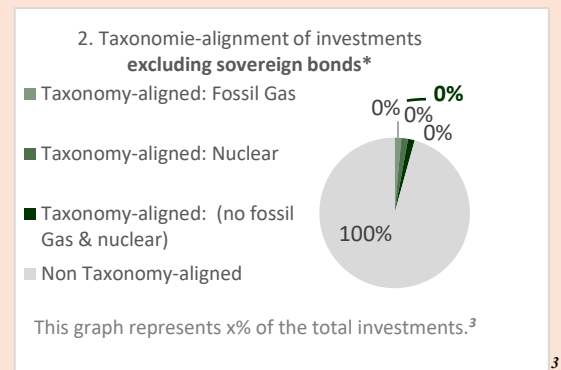
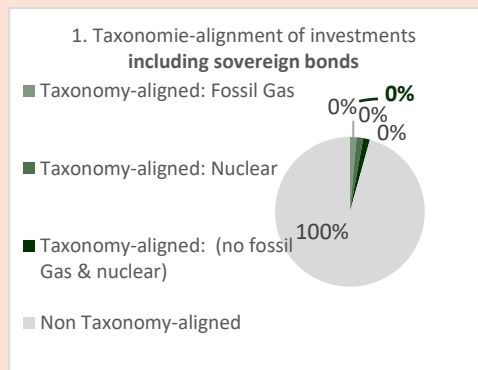
Yes:

In fossil gas In nuclear energy

No

To comply with the EU Taxonomy, the criteria for **fossil gas** include limitations on emissions and switching to fully renewable power or low-carbon fuels by the end of 2035. For **nuclear energy**, the criteria include comprehensive safety and waste management rules. **Enabling activities** directly enable other activities to make a substantial contribution to an environmental objective. **Transitional activities** are activities for which low-carbon alternatives are not yet available and among others have greenhouse gas emission levels corresponding to the best performance.

The two graphs below show in green the minimum percentage of investments that are aligned with the EU Taxonomy. As there is no appropriate methodology to determine the Taxonomy-alignment of sovereign bonds*, the first graph shows the Taxonomy alignment in relation to all the investments of the financial product including sovereign bonds, while the second graph shows the Taxonomy alignment only in relation to the investments of the financial product other than sovereign bonds.



**For the purpose of these graphs, "sovereign bonds" consist of all sovereign exposures*

- **What is the minimum share of investments in transitional and enabling activities?**

A minimum share of investments in transitional and enabling activities has not been set.

² Fossil gas and/or nuclear related activities will only comply with the EU Taxonomy where they contribute to limiting climate change ("climate change mitigation") and do not significantly harm any EU Taxonomy objectives - see explanatory note in the left hand margin. The full criteria for fossil gas and nuclear energy economic activities that comply with the EU Taxonomy are laid down in Commission Delegated Regulation (EU) 2022/1214.

³ As there is no Taxonomy-alignment, there is no impact on the graph if sovereign bonds are excluded (i.e. the percentage of Taxonomy-aligned investments remains 0%) and the Management Company therefore believes that there is no need to mention this information.



What is the minimum share of sustainable investments with an environmental objective that are not aligned with the EU Taxonomy?

A minimum share of sustainable investments with an environmental objective that are not aligned with the EU-Taxonomy has not been set.



What is the minimum share of socially sustainable investments?

A minimum share of socially sustainable investments has not been set.



What investments are included under "#2 Other", what is their purpose and are there any minimum environmental or social safeguards?

The "#2 Other" category will constitute either liquidity (cash) or equivalents and hedging instruments.

For other investments that do not fall under the Partnership's sustainability strategy, it is ensured that these are not used contrary to the overall sustainability strategy. Insofar as derivatives may be acquired, it is ensured that the underlying references of the derivatives are compliant with the sustainability strategy. If the derivative references an index, it is ensured that the index has sustainability characteristics. Due to the financial instruments available on the market, there may be deviations in the sustainability characteristics of the underlying reference index from the Partnership characteristics. Any derivatives whose underlying references could be classified as not being aligned to the sustainability strategy, as well as currency holdings that do not match the Partnership currency or that are not denominated in EUR and other OECD currencies may not be included as a significant component in the Partnership. The use of derivatives to offset negative market fluctuations is not included. In addition, investments may be specifically excluded from the sustainability strategy that are not subject to an explicit review of minimum environmental and/or social safeguards.



Is a specific index designated as a reference benchmark to determine whether this financial product is aligned with the environmental and/or social characteristics that it promotes?

Not applicable.

- *How is the reference benchmark continuously aligned with each of the environmental or social characteristics promoted by the financial product?*

Not applicable.

are environmentally sustainable investments that do not take into account the criteria for environmentally sustainable economic activities under the EU Taxonomy.

Reference benchmarks are indexes to measure whether the financial product attains the environmental or social characteristics that they promote.

- *How is the alignment of the investment strategy with the methodology of the index ensured on a continuous basis?*

Not applicable.

- *How does the designated index differ from a relevant broad market index?*

Not applicable.

- *Where can the methodology used for the calculation of the designated index be found?*

Not applicable.



Where can I find more product specific information online?

More product-specific information can be found on the website:

https://www.universal-investment.com/-/media/Project/Universal-Investment-Reference-Page/Universal-Investment/Fondsmittelungen/PATRIZIA_INFRASTRUCTURE_-INVEST_Web-Dokument.pdf

SCHEDULE 3 TO THE PROSPECTUS RISK FACTORS AND INVESTMENT CONSIDERATIONS

Unless indicated otherwise, references herein to the Partnership's investments include references to the investments of any investment vehicle the Partnership may decide to invest in such as without limitation other undertakings for collective investment or any Subsidiaries to the extent these are Eligible Investment Assets.

Prospective Investors should carefully consider the risks involved in an investment in the Partnership including but not limited to those discussed below and all the information contained in this Prospectus and the other Partnership Documents. Prospective Investors should consult their own legal, tax and financial advisors as to all of these risks and an investment in the Partnership generally.

This offer may be referred to as a "blind pool" offering, since the Partnership is not limited to Eligible Investment Assets which have already been identified. The Shareholders must rely entirely upon the ability of the Partnership and the AIFM with respect to the investment in and management of unspecified Eligible Investment Assets, and the Shareholders will only have limited opportunity to evaluate for themselves the relevant economic, financial and other information regarding the specific Eligible Investment Assets in which the Partnership will be invested.

In addition, as the investment program of the Partnership may change over time, an investment in the Partnership may be subject to risk factors not described in this Prospectus.

1 General information

This presentation can only deal with general risks of an investment in the Partnership, but cannot take into account possible individual risks of individual investors. It is therefore expected and strongly recommended that investors themselves examine all risks in detail before entering into an investment in the Partnership and, if necessary, make use of their own expert advisors.

In general, the following explanations apply to the main individual risks associated with an investment in the Partnership: The risk factors described may occur not only individually but also collectively. As a result, the effects described may also be amplified beyond the sum of the individual effects and the loss of assets may increase.

The following overview of significant risk factors does not claim to be exhaustive of the risks associated with the investment. In addition to the risks described below, the performance of the Partnership and payments to the investor may be affected by various other risks and uncertainties that are not currently known. The order in which the following risks are listed does not contain any statement on the probability of their occurrence or on the extent or significance if individual risks occur.

In principle, there is a risk of total loss of the capital contribution. Due to the conception of the Partnership, a total loss only occurs when the vast majority of the investments made have to be written off. This investment offer is therefore only suitable for investors who can accept a loss in the event of unexpected negative developments.

No assurance is given that the objectives of the investment policy will actually be achieved. Investors must bear in mind that an investment in the Shares of the Partnership constitutes an entrepreneurial investment which involves risks in addition to the opportunities for income. If the investor sells Shares at a time when the value of the assets held by the Partnership has fallen

compared to the time of acquisition or the market value of the Shares is otherwise impaired, the investor will not recover the capital invested by them in the Shares of the Partnership or will not recover it in full or will have to make value adjustments to the Shares of the Partnership.

2 Lack of control and dependence on the AIFM

Shareholders have no influence or control over the day-to-day management of the Partnership. In particular, the AIFM has wide discretion to make investments or dis-investments/divestment. In addition, the AIFM also makes all other material decisions. The AIFM may, in retrospect, take decisions which are economically disadvantageous. In doing so, the AIFM is in principle not obliged to involve Shareholders in its decisions. This does not apply to matters on which any investment committee must be involved. However, the investment committee has only an advisory role. Any recommendations of the investment committee are not binding on the AIFM. An Investor should not acquire Shares if he is not prepared to be bound by the management and investment decisions of the AIFM. The success of the Partnership will depend on the performance of the AIFM and of third parties engaged by it and their directors and employees. The death, impairment or withdrawal of one or more of the key personnel of the AIFM or of the third party and financial or operational difficulties of the AIFM or of the third party may cause material adverse effects on the Partnership. There is no guarantee that key personnel can be replaced at all or of equivalent quality. If these risks materialise, the profitability of the Partnership may be adversely affected. This, in turn, may result in lower or no returns to Partners. In the worst case, Shareholders may suffer a total loss of their investment.

3 Valuation Risks

Inherent to the illiquid and private nature of directly held assets, the limited availability of information may affect the ability of the Partnership and its delegates to obtain relevant and up-to-date documentation, thus limiting the Partnership's ability to determine the value of the portfolio assets. It cannot be excluded that the Partnership needs to engage external valuers to assess the data and perform a proper valuation which may lead to additional costs adversely affecting the returns of the Partnership.

Regardless of the valuation of the portfolio assets being performed by the Partnership, the AIFM, an external valuer or any other of its delegates, the limited availability of related information does pose a significant risk to the accuracy and completeness of the valuation of the portfolio assets and therefore also the valuation of the Partnership itself. The valuation of the portfolio assets can only be performed based on the related information which is available at the time of performing the valuation. When at this time there is significantly limited or no information available directly on/from the portfolio assets, then the party performing the valuation may rely solely on non-company specific sector and/or industry information to estimate a fair value, potentially incorporating assumptions potential market participants would use in purchasing the portfolio asset in a hypothetical market. Because of this significant limitation of the availability of portfolio asset information, these estimated fair values may differ significantly from the values that would have been used had information been available and/or a ready market for the portfolio assets existed and the differences could be material. Any potential differences, and the related performance impact, is then taken in the next valuation cycle of the Partnership following the receipt of the information and/or at potential sale or exit of the portfolio asset. The Partnership and its delegates may also decide to keep the value of the portfolio asset at acquisition cost, or last valuation, respectively, if there is not enough reliable portfolio asset and/or sector/industry information available to justify a revaluation of a portfolio asset, which value is then considered to be the fair value at that time of that valuation.

Specifically to add regarding investments in target funds and investment companies, these target funds and investment companies normally report their net asset values (or value of investments (capital accounts) to investors) on certain valuation dates and with a certain delay. These valuation dates might be significantly different from the valuation date of the Partnership, both from a valuation timing and valuation frequency perspective. The valuer may adjust these net asset values (or values of the investors' holdings) by the interim cash flows announced by the target fund or general partner, which is then understood as the fair value of the asset at time of the Partnership valuation.

In line with AIFM Level 2 regulation, the valuation of the other assets shall take place at least once a year and every time there is evidence that the last determined value is no longer fair or proper. This, in combination with the potential significant limitation of valuation-related information, does pose a significant risk to the accuracy and completeness of the Partnership valuation used as a basis for investors to subscribe to or redeem from the Partnership. The potential valuation difference comes from the estimated portfolio asset valuation information used at the time of the valuation and the actual final portfolio asset valuation information which could become available after the valuation. This could lead to a difference in the Partnership valuation at the time of the investor transaction compared to if the Partnership valuation would be calculated at a later date in time with final portfolio asset valuation information, which in turn could lead to a positive or negative performance impact on the investor subscribing to or redeeming from the Partnership, as well as a positive or negative performance impact on the existing investors already invested in the Partnership. There is no offset, netting or compensation mechanism in place, as this risk of performance impact due to the timing and information disconnect between portfolio asset valuation and Partnership valuation is inherent to investing in illiquid, private and hard-to-value Partnerships and assets.

4 Risks of indirect/multi-level investments

In this case, the Partnership must bear additional costs associated with different levels of participation. These costs may be higher than for a direct investment. Compared with a direct investment, the Partnership must also bear structural risks (e.g. tax and legal risks) and personnel risks (e.g. risks caused by management or employees and, if applicable, damages) of the intermediary investment companies used. Furthermore, the Partnership's holding of interests in an associated company may be a minority interest, so that in the event of shareholder/partner resolutions by the shareholders/partners of the associated company there is a risk that the Partnership's interests cannot be asserted against the majority of votes. If these risks occur, the profitability of the Partnership may be impaired. This, in turn, may lead to a reduction in or absence of returns to the Shareholders. In the worst case, Shareholders may suffer a total loss of their investment.

5 Return and probability forecasts

The information contained in this Prospectus is based on data from generally accessible sources. Past returns achieved by alternative investments are no guarantee that similar returns will be achieved in the future. If these risks materialise, the profitability of the Partnership may be adversely affected. This in turn may result in lower or no returns to Shareholders. In the worst case, Shareholders may suffer a total loss of their investment.

6 Currency risks

The Partnership may invest in currencies other than the Euro. A decline of other currencies against the Euro may result in exchange rate losses for the Partnership. An increase in other currencies may require reinvestment and borrowing to cover the capital calls of the investee companies.

Neither the Partnership nor the Affiliates are obliged to hedge their investments against exchange rate fluctuations. If these risks materialise, the profitability of the Partnership may be adversely affected. This in turn may result in lower or no returns to Shareholders. In the worst case, Shareholders may suffer a total loss of their investment.

7 Changes in laws

Changes in the handling of existing laws by the authorities in the investment countries as well as future changes in legislation may have negative consequences for the Partnership and its Limited Shareholders. Such changes may, for example, affect the tax treatment of the income of the Partnership or the income of its Limited Shareholders. This in turn may result in lower or no returns to Shareholders. In the worst-case scenario, Shareholders must expect a total loss of their investment.

8 Problems in locating attractive investment opportunities

The identification and closing of attractive investments or the realisation of profits from them is a highly competitive business that involves considerable uncertainty. With respect to potential investments, the Partnership competes with other investment vehicles as well as with financial institutions and institutional investors who may have more extensive resources than the Partnership. This may mean that the Partnership is unable to acquire investment properties or can only do so at excessive prices. This can significantly reduce the return on such projects.

9 Liquidity of an investment in the Partnership (liquidity risk)

Investments in infrastructure investments are usually not listed on a stock exchange and can usually only be sold to a limited number of investors. This means that they can be regarded as having a rather limited fungibility, which leads to uncertainty as to whether the Partnership will be able to sell the infrastructure investments within a reasonable period of time. In the case of sales of illiquid infrastructure investments, the proceeds may be less than their intrinsic value. If these risks materialise, the profitability of the Partnership may be adversely affected. This, in turn, may result in lower or no returns to Shareholders. In the worst case, Shareholders may suffer a total loss of their investment.

10 Risks from default on payment obligations

The Partnership's payment obligations to the associated companies are met from the proceeds of the issue of Shares of the Partnership. If a Limited Shareholder defaults on its payment obligations to the Partnership, the Partnership may consequently also default on its payment obligations to the associated companies and may be exposed to the sometimes very disadvantageous default rules of the associated companies. If these risks materialise, the profitability of the Partnership may be impaired. This, in turn, can lead to lower or no returns to the Shareholders. In the worst case, Shareholders may suffer a total loss of their investment.

11 Conflicts of interest

In the context of investment companies, the Partnership is one of several investors and does not enjoy any special status but has the same rights and obligations as the other investors.

The AIFM manages, alone or jointly or with other partners, in addition to the portfolio of the Partnership, the investments of other companies with different and similar investment criteria. There are no separate agreements for the benefit of the Partnership regarding the allocation of investment opportunities between the Partnership and the current and future investment concepts for which the AIFM is managing, advising or otherwise acting.

If these risks materialise, the Partnership's profitability may be impaired. This in turn may result in lower or no returns to Shareholders. In the worst case, Shareholders may suffer a total loss of their investment.

12 Counterparty risk

The fact that contractual partners do not fulfil their obligations under the contracts entered into with them can have negative effects on the investment objective of the Partnership and thus also on the return of the Limited Shareholders. If these risks materialise, the profitability of the Partnership may be impaired. This, in turn, may result in lower or no returns to the Shareholders. In the worst case, Shareholders must expect a total loss of their investment.

13 Investments with third parties

The Partnership may co-invest via its Subsidiary(ies) with third parties through partnerships or other entities. In such circumstances, the Partnership may have a non-controlling interest in certain investments. The risks inherent in connection with third party involvement in an investment include the possibility that a third-party partner or investor may not be financially able to continue an investment or default on an investment resulting in a negative impact on the investment and/or may have economic or business interests or goals which are inconsistent with those of the Partnership or may be in a position to take action contrary to the Partnership's investment strategy.

14 Operational risks

Operational risks arise from inadequately designed internal processes, human error or the failure of systems at the AIFM itself or from external events. These risks can have a negative impact on the performance of the investment fund or on the capital invested by the Limited Shareholders. In the worst case scenario, Shareholders must expect a total loss of their investment.

15 Credit risk

Credit risk describes the impact of particular developments in a counterparty (e.g. a rating downgrade) which, in addition to general trends on the capital markets, affect the price of the counterparty's security. Even with careful selection, it cannot be ruled out that losses may be incurred due to the deterioration of the assets of counterparties.

16 Borrowing

Borrowing is associated with special risks, which can lead to a considerable increase in investment risk. Borrowing creates the possibility of higher returns and a higher total return, but also entails an increased risk of loss and higher interest costs. If the cost of interest exceeds the return on an investment, the financing bank may be forced to sell the investment. In the worst case, the Partnership will then not receive any inflows from the investment in question. Financing costs can also change adversely over time. It may not be possible to replace or extend financing at all or on equally good terms. As a rule, financing partners are to be given priority. Only when their claims have been satisfied may the Partnership's claims be satisfied. If these risks materialise, the profitability of the Partnership may be impaired. This in turn may result in lower or no returns to Shareholders. In the worst case, Shareholders may suffer a total loss of their investment.

17 Distributions

Distributions by the Partnership are not guaranteed. They may not be made, or may only be made in smaller amounts than expected. Shareholders must be prepared to not receive an inflow of liquidity from the Partnership.

18 Directive laying down rules to combat tax avoidance practices (Anti-Tax-Avoidance-Directive)

As part of its anti-avoidance package, the European Commission published a draft Anti Tax Avoidance Directive ("ATAD") on 28 January 2016. ATAD 1 was formally adopted by the EC Council on 12 July 2016 in Council Directive (EU) 2016. In addition, on 29 May 2017, the EU Council adopted ATAD 2, which sets out certain minimum standards recommended in line with the action plans to combat profit reduction and profit shifting, to which EU member states must adhere.

On 18 December 2018, the Luxembourg Parliament voted on the law transposing ATAD 1 into Luxembourg law. The law transposing ATAD 1 into Luxembourg law, which entered into force on 1 January 2019, covers, among other things, rules to prevent hybrid structures, or situations in which a Member State treats a financial instrument and/or a particular company differently from another Member State equally affected by that structure or structure.

The purpose of ATAD 2 is to extend the rules to prevent hybrid arrangements under ATAD. In particular, where ATAD 1 contains rules on hybrid arrangements between Member States, ATAD 2 adds rules on inconsistencies with third countries which apply to all taxpayers who are corporate taxpayers in one or more Member States, including permanent establishments in one or more Member States of companies resident for tax purposes in a third country.

Reverse hybrid arrangements are arrangements between companies that are treated as transparent in their home country and as non-transparent in the legal system of the related investors. The mismatches covered are only those between the head office and a permanent establishment, between permanent establishments, between associated enterprises and those resulting from structured arrangements.

This can have an impact on the tax position of the Partnership and its Limited Shareholders. Depending on how the investors' respective tax systems treat the Partnership, the latter could eventually become a taxable Partnership in Luxembourg. However, it should be noted that the Luxembourg income tax law exempts in principle undertakings for collective investment from the application of reverse hybrids. In order to limit these effects as much as possible, the General Partner may decide to initiate the conversion of the Partnership into a fiscally non-transparent corporate form or to assign some Limited Shareholders to one or more alternative investment vehicles. The General Partner may also decide to allocate these negative tax effects to those Limited Shareholders who have caused them.

19 Compliance with data protection and privacy laws

The GDPR came into effect on May 25, 2018, replacing data protection laws in the European Union previously in effect. The GDPR seeks to harmonize data protection laws in the European Union while, at the same time, modernizing the law to address new technological developments. The GDPR is automatically binding on entities processing personal data (data controllers or processors) in all member states of the European Union, without the need for national implementation. The GDPR notably has a greater extra-territorial reach and will have a significant impact on controllers and processors having an establishment in the European Union, which offer goods or services to data subjects in the European Union, or which monitor data subjects' behaviour within the European Union. The new regime imposes more stringent operational requirements on both data controllers and processors and introduces significant penalties for non-compliance with fines of up to 4% of total annual worldwide turnover of €20 million (whichever is higher), depending on the type and severity of the breach.

Further legislative evolution in the field of privacy is expected. The current ePrivacy Directive will also be repealed by the European Commission's Regulation on Privacy and Electronic Communications (the "**ePrivacy Regulation**"), which aims to reinforce trust and security in the digital single market by updating the legal framework. The ePrivacy Regulation is in the process of being negotiated and is due to come into force in the near future. Compliance with current and future privacy, data protection and information security laws could significantly impact ongoing and planned privacy and information security related practices. This includes the collection, use, sharing, retention and safeguarding of personal data and some of the current and planned business activities of the Partnership, the General Partner and the AIFM. A failure to comply with such laws could result in fines, sanctions or other penalties, which could materially and adversely affect the operating results and overall businesses, as well as have an impact on reputation.

20 Risks in relation to relevant sustainability risks within the meaning of the Disclosure Regulation

As part of its investment process, the Partnership includes all relevant financial risks in its investment decision-making process and evaluates them on an ongoing basis. In doing so, all relevant sustainability risks within the meaning of the Disclosure Regulation, which could have a material negative impact on the return on an investment, are also taken into account.

Sustainability Risks can therefore lead to a significant decline in the financial profile, liquidity, profitability or reputation of the underlying investment. If Sustainability Risks are not already taken into account in the valuation process of the investments, they can have a material negative impact on the expected / estimated market price and/ or the liquidity of the investment and thus on the return of the Partnership. Sustainability Risks can have a significant impact on all known risk types and, as a factor, can contribute to the materiality of these risk types.

As part of the selection of assets for the investment Partnership, the influence of the risk indicators, including Sustainability Risks, are assessed in addition to the investment objectives and strategies.

The assessment of risk quantification includes aspects of Sustainability Risks and relates them to other factors (in particular price and expected return) in the investment decision.

In general, risks (including Sustainability Risks) are already taken into account in the investment evaluation process (price indication) based on the potential material impact of risks on the return of the investment assets. Nevertheless, depending on the asset and due to external factors, negative effects on the return of the investment Partnership may be realized.

For more information on how Sustainability Risks are incorporated into the investment process of the Partnership and on the possible extent of the impact of Sustainability Risks on returns, please refer to the Universal-Investment website.

This Partnership promotes environmental and/or social characteristics within the meaning of Article 8 of the Disclosure Regulation. However, the investments underlying this financial product do not take into account the EU criteria for environmentally sustainable economic activities, nor are sustainable investments within the meaning of Article 2 No. 17 of the Disclosure Regulation sought.

The principal adverse impacts on sustainability factors ("**PAI**") are not considered in the investment process at AIFM level because the AIFM does not pursue a general strategy across funds for the consideration of PAI. Adverse impacts on sustainability factors are not part of the investment strategy of the Partnership and are therefore not considered in a binding way.

Information on the environmental and/or social characteristics is available in the Schedule 2 to the Prospectus

Pre-contractual disclosure for the financial products referred to in Article 8, paragraphs 1, 2 and 2a, of Regulation (EU) 2019/2088 and Article 6, first paragraph, of Regulation (EU) 2020/852.

21 Investment in a foreign country

Any investment of the Partnership, in particular in a foreign country, involves the risk of adverse political developments, including nationalization, confiscation without fair compensation, and acts of terrorism or war and of changes in governmental policies. Furthermore, foreign jurisdictions may impose restrictions to prevent capital flight, which could make it difficult or impossible to exchange or repatriate foreign currency. In addition, laws and regulations of foreign countries may impose restrictions or approvals which would not exist in the Investor's country of origin and may require financing and structuring alternatives which differ significantly from those customarily used in the Investor's country of origin. No assurance can be given that a political or economic climate, or particular legal or regulatory risks, might not adversely affect an investment by the Partnership. It may be infeasible for the Partnership to invest in certain Eligible Investment Assets as otherwise the Partnership or certain Investors or potential investors may be subject to adverse tax, regulatory or other detrimental consequences; this may limit the investment opportunities of the Partnership.

Issuers are generally subject to different accounting, auditing and financial reporting standards in different countries throughout the world. The volume of trading, the volatility of prices and the liquidity of issuers may vary in the markets of different countries. Hours of business, customs and access to these markets by outside investors may also vary. In addition, the level of government supervision and regulation of securities exchanges, securities dealers and listed and unlisted companies is different throughout the world. The laws of some countries may limit the AIFM's ability to invest in securities of certain issuers located in those countries. In addition, there may be a lack of adequate legal recourse for the redress of disputes and in some countries the pursuit of such disputes may be subject to a highly prejudiced legal system.

Different markets also have different clearance and settlement procedures. Delays in settlement could result in temporary periods when a portion of the assets of the Partnership are uninvested and no return is earned thereon. The inability of the AIFM to make intended security purchases due to settlement problems could cause the AIFM to miss attractive investment opportunities. Inability to dispose of portfolio securities due to settlement problems could result either in losses by the AIFM, and therefore the Partnership, due to subsequent declines in value of the portfolio security or, if such AIFM has entered into a contract to sell the security, could result in possible liability to the purchaser.

Investments in non-European securities involve certain factors not typically associated with investing in European securities including risks relating to differences between the European and foreign securities markets, including the absence of uniform accounting, auditing and financial reporting standards and practices and disclosure requirements, and less government supervision and regulation.

An issuer of securities may be domiciled in a country other than the country in whose currency the instrument is denominated. The values and relative yields of investments in the securities markets of different countries, and their associated risks, are expected to change independently of each other.

These risks may be greater in emerging markets.

22 Competitive Environment

The Partnership will operate in a competitive environment in which there will be a significant degree of uncertainty in identifying and completing investment transactions in Eligible Investment Assets. There may be other investment vehicles that have similar or identical objectives that will target similar assets.

23 Market Considerations

While the Board believes that many attractive investments in Eligible Investment Assets of the type in which the Partnership may invest are currently available, there can be no assurance that such investments will be available after the Partnership commences operations, or that available investments will meet the Partnership's investment criteria if the Partnership raises a substantial amount of capital.

Although the Board believes it can successfully execute the investment strategy of the Partnership, there can be no assurance that the Partnership will be able to find enough suitable investments in Eligible Investment Assets to adequately deploy the Partnership's capital due to the potentially large size of the Partnership.

24 Limited Liquidity

Since Shareholders may be imposed a certain redemption procedure, an investment in the Partnership may provide for limited liquidity only. The Partnership is, therefore, suitable only for investments by Investors who do not require immediate liquidity for their investments.

25 Concentration and Diversification

Although the Partnership is subject to certain investment restrictions, there may be a concentration in a particular issuer, industry or country. If the Partnership elects to concentrate the Partnership's investments in a particular issuer, industry or country, the Partnership will become more susceptible to fluctuations in value resulting from adverse economic conditions affecting that particular issuer, industry or country.

26 Settlement Risks

The Partnership will regularly make investments that are settled outside of established clearing systems. For example (i) investments made in non-listed companies, (ii) investments which are only based on agreements and for which the investor has no security as proof of the investment, (iii) investments in securities where the delivery of securities does not occur at the same time as payment of the purchase price. Moreover the settlement of investments or dividends and/or realisations may be more difficult or become impossible because of circumstances which are not in the power of the Board (technical problems, sovereign restrictions, act of God etc).

27 Issuer Risk

The value of a security may decline for a number of reasons which directly relate to the issuer, such as management performance, financial leverage and reduced demand for the issuer's goods or services.

28 Redemptions in Specie

While the Partnership expects to pay out cash to a Shareholder upon a redemption of Shares, there can be no assurance that the Partnership will have sufficient cash to satisfy redemption requests, or that it will be able to liquidate investments at favourable prices at the time of such redemption request. Under the foregoing circumstances, and under other circumstances deemed appropriate

by the AIFM, a Shareholder may receive in specie redemption from the Partnership's portfolio as set out under Section 8.1. Such investments so paid may not be readily marketable or sellable and may have to be held by such Shareholder for an indefinite period of time. As a result, an investment in the Shares is suitable only for sophisticated investors that do not require immediate liquidity for their investment and are able to bear the financial risks of this investment for an indefinite period of time.

29 Portfolio Turnover

The Partnership will not generally be restricted in effecting transactions by any limitation with regard to their respective portfolio turnover rates. In light of the Partnership's Investment Objectives and policies, it is possible that the portfolio turnover rates of the Partnership may exceed 100 % *per annum*, which will result in significant transaction costs for the Partnership.

30 Financial Failure of Intermediaries

There is always the possibility that the institutions, including brokerage firms and banks, with which the Partnership does business, or to which securities have been entrusted for custodial purposes, will encounter financial difficulties that may impair their operational capabilities or result in losses to the Partnership.

31 Financial intermediaries risk

Subscriptions, conversions and redemptions of Shares in the Partnership may be made through financial intermediaries (e.g., nominees). NAV calculation errors, non-compliance with investment rules and other errors may occur and it may be necessary to liaise with the Partnership's end investors for indemnification or other purposes as further specified in the CSSF Circular 24/856. Those end investors may be unknown to the Partnership and the AIFM. Although appropriate contractual arrangements shall be put in place with a view to reaching out the end investors when necessary, the Partnership and the AIFM cannot guarantee this will be actually the case. In any cases, the Partnership and the AIFM shall however provide the relevant financial intermediaries with all the information they need to enable them in turn to liaise with their respective clients who are the Partnership's end investors.

32 Suspensions of Trading

Each exchange typically has the right to suspend or limit trading in all securities that it lists. Such a suspension could render it impossible for the Partnership to liquidate its positions and thereby expose them to losses. In addition, there is no guarantee that non-exchange markets will remain liquid enough for the Partnership to close out positions.

33 Illiquidity of Investments; Unregulated Transactions

The Partnership may invest in securities that are subject to legal or other restrictions on transfer or for which the liquidity of the market may be restricted. The market prices, if any, for such securities tend to be volatile and may not be readily ascertainable, and the Partnership may not be able to sell them when it desires to do so or to realize what it perceives to be their fair value in the event of a sale. The sale of restricted and illiquid securities often requires more time and results in higher brokerage charges or dealer discounts and other selling expenses than does the sale of securities eligible for trading on national securities exchanges or in the over-the-counter markets. The Partnership may not be able to readily dispose of such investments with restricted liquidity and, in some cases, may be contractually prohibited from disposing of such investments for a specified period of time. In addition, in certain circumstances, governmental or regulatory approvals may

be required for the Partnership to dispose of an investment. Restricted securities may sell at a price lower than similar securities that are not subject to restrictions on resale.

Companies whose securities are not publicly traded are not subject to the same disclosure and reporting requirements that are generally applicable to companies with publicly traded securities, nor is the trading of such non-publicly traded securities regulated by any government agency. Accordingly, the protections accorded by such regulation will not be available in making such investments. When the AIFM deems it appropriate, such investments may constitute a material portion of the Partnership's assets.

34 Use of Leverage

While the use of leverage as described under Section 3 "Investment Powers and Restrictions" may increase the return on the invested capital, it also creates greater potential for loss. There can be no assurance that the Partnership, in incurring debt, will be able to meet its loan obligations.

Leverage risk is the risk associated with the borrowing of funds and other investment techniques. Leverage is a speculative technique which may expose the Partnership to greater risk and increase its costs. Increases and decreases in the value of the Partnership's portfolio will be magnified when the Partnership uses leverage. For example, leverage may cause greater swings in the Partnership's Net Asset Value or cause the Partnership to lose more than it invested. There can be no assurance that the Partnership's leveraging strategy will be successful. If leverage is employed, the Net Asset Value and market value of the Shares will be more volatile, and the yield to the Shareholders will tend to fluctuate with changes in the shorter-term interest rates on the leverage. The Partnership will pay (and the Shareholders will bear) any costs and expenses relating to any leverage. Any decline in the Net Asset Value of the Partnership's investments will be borne entirely by the Shareholders. Therefore, if the market value of the Partnership's portfolio declines, the leverage will result in a greater decrease in the Net Asset Value to the Shareholders than if the Partnership was not leveraged.

35 Control Position

The Partnership may acquire a "control" position in an issuer's securities. This may subject the Partnership to additional risks of liability for environmental damage, product defects, failure to supervise management, violation of governmental regulations and other types of liability in which the limited liability generally characteristic of business operations may be ignored.

36 Risks of investing through Financial Intermediaries

Any Investor will only be able to fully exercise their investor rights directly against the Partnership in the case where the Investors appear themselves and on their behalf in the Share register of the Partnership.

In the case where an Investor invests in the Partnership through a Financial Intermediary investing in the Partnership in their name but on behalf of the Investor, certain rights attached to the quality of Shareholder shall only be exercised through this Financial Intermediary.

37 Infrastructure Risks

37.1 Project risks

Infrastructure projects are exposed to numerous risks, including construction, environmental, regulatory, permitting, commissioning, start-up, operating, economic, commercial, political and financial risks. Early development stage projects involve risks of failure to obtain or substantial delays in obtaining: (i) regulatory, environmental or other

approvals or permits; (ii) financing; (iii) leasing; and (iv) suitable equipment supply, operating and offtake contracts. Further, there is no assurance that these projects will be profitable or generate cash flow sufficient to service their debt or provide a return on or recovery of amounts invested therein.

37.2 Contract counterparty risk

Infrastructure projects can have a narrow customer base. Should any of the customers or counterparties fail to pay their contractual obligations, or a government expropriate the underlying assets, significant revenues could cease and become irreplaceable. To the extent that infrastructure projects are governed by concession agreements with government authorities, there is a risk that these authorities will not or may not be able to honour their obligations under the relevant agreement, especially over the long term. There is also a risk that contract counterparties such as operators, development contractors or equipment suppliers or off-takers or any other subcontractor, could fail to honour some or all of their obligations under contracts which are essential to the operations. Contract default of this kind may adversely affect the profitability, and subsequently result in a material adverse effect.

37.3 Construction risks

Infrastructure projects may involve significant construction risk, including the risk of substantial delay or increase in cost due to a number of unforeseen factors, such as: political opposition; regulatory and permitting delays; delays in procuring sites, labour and materials; strikes; disputes; environmental issues; force majeure; or failure by one or more of the infrastructure investment participants to perform in a timely manner their contractual, financial or other commitments. A material delay or increase in unabsorbed cost could significantly impair the financial viability of an infrastructure project and result in a material adverse effect.

37.4 Operational and technical risks

Infrastructure projects may be subject to operating and technical risks, including the risk of mechanical breakdown, spare parts shortages, failure to perform according to design specifications, labour strikes, labour disputes, work stoppages and other work interruptions, and other unanticipated events which adversely affect operations. There can be no assurance that any or all such risk can be mitigated or that such parties, if present, will perform their obligations or that insurance will be available on commercially reasonable terms. An operating failure may lead to fines, expropriations, terminations or losses of licences, concessions or contracts on which the infrastructure project is dependent. In addition, the long-term profitability of infrastructure projects is partly dependent upon the efficient operation and maintenance. Inefficient operations and maintenance, or limitations in the skills, experience or resources of operating companies may reduce returns.

37.5 Environmental risks

Infrastructure projects will be major factors in their local environments and may have a significant impact on those environments or be particularly susceptible to events or changes in those environments or to requirements of political or administrative authorities in respect of their environmental impact. An owner or operator of an infrastructure project may be liable for past, present and future damages by environmental pollutants located on or emitted from or otherwise attributable to the project, as well as for the costs of remediation and, in some circumstances, fines or other penalties. These liabilities may exceed the value of the infrastructure project and may result in claims against the owner or operator, resulting in

the loss of other projects of the owner or operator, or loss of a licence, concession or contract on which a portfolio company is dependent. Environmental liabilities may arise as a result of a large number of factors, including changes in laws or regulations and the existence of conditions that were unknown or unanticipated at the time of acquisition or operation.

37.6 Documentation and other legal risks

Infrastructure projects are often governed by a complex series of legal documents. As a result, the risks of a dispute over interpretation or enforceability of the documentation and consequent costs and delays may be higher than for other investments. Such risks may be increased by the uncertainty of laws and their application. Infrastructure projects may be adversely affected by future changes in laws and regulations.

Other legal risks relate to actions by special interest groups and actions and/or litigation relating to the acquisition, ownership, operation and disposition of an infrastructure projects may result in a material adverse effect.

37.7 Termination of project agreements

Project agreements for infrastructure projects may be terminated in certain circumstances. In some cases (e.g. termination for force majeure) the compensation payable may only cover the debt and may not include sufficient amounts to repay the investment. In other cases (e.g. termination for portfolio company default), the amount of compensation payable may cover neither the full amount of debt nor the nominal value of the investment (or the amount paid in the market for that investment). Typically, lenders will have security overcompensation proceeds. In other circumstances, compensations would be expected to cover debt and the original return on the investment but not necessarily the amounts paid for the acquisition.

37.8 Strategic asset risks

Infrastructure projects may have significant strategic value to public or governmental bodies. Strategic projects are assets that have a national or regional profile and may have monopolistic characteristics. The very nature of these projects could generate additional risks not common in other industry sectors. Given the national or regional profile and/or their irreplaceable nature, strategic assets may constitute a higher risk target for terrorist acts or political actions. Given the essential nature of the services provided by public infrastructure projects, there is also a higher probability that the services provided will be in constant demand and increasingly regulated. Should an owner of such projects fail to make such services available or comply with their regulation, users of such services may incur significant damage and may, due to the characteristics of the strategic project, be unable to replace the supply or mitigate any such damage, which could result in loss from third party claims or potential regulatory action.

37.9 Regulatory matters in relation to infrastructure investments

Infrastructure projects may be subject to substantial regulation by governmental agencies at multiple levels of government. In addition, their operations do and may rely on government permits, licences, concessions, leases or contracts that are generally very complex and may result in a dispute over interpretation or enforceability. If an infrastructure project fails to comply with these regulations or contractual obligations, it could be subject to monetary penalties or it may lose its rights to operate, or both. Where an infrastructure project's ability to operate is subject to a concession or lease from the government, the concession or lease may restrict the project's ability to operate in a way that maximises cash flows and profitability.

The leases or concessions may also contain clauses more favourable to any counterparty that is a government body, unit or agency and/or other related entity than those seen in typical commercial contracts. For instance, a lease or concession may enable the government body, unit or agency to terminate the lease or concession in certain circumstances without requiring it to pay adequate compensation.

In addition, a counterparty that is a government body, unit or agency may have the discretion to change or increase regulation of an infrastructure project's operations, or implement laws or regulations affecting the operations, separate from any contractual rights it may have. Governments have considerable discretion in implementing regulations that could impact these businesses, and because infrastructure projects provide basic, everyday services, and face limited competition, governments may be influenced by political considerations and may make decisions that result in a material adverse effect. Government decision making processes are often unwieldy and extensive. Such decision making can therefore take a substantial amount of time and cause significant delay. The adoption of new laws or regulations, or changes in the interpretation of existing laws or regulations or changes in the persons charged with political oversight of such laws or regulations, could have a material adverse effect and could necessitate the creation of new business models and the restructuring of an infrastructure project in order to meet regulatory requirements, which may be costly and/or time consuming. Such changes may also require the disposition of an infrastructure project on less than advantageous terms.

37.10 Sovereign risk

Any concessions granted to an infrastructure project by a governmental agency will be subject to special risks, including the risk that a governmental agency will exercise sovereign rights and take actions contrary to the rights the infrastructure project, under the relevant concession agreement. There can be no assurance that the governmental agency will not legislate, impose regulations or change applicable laws or act contrary to the law in a way that result in a material adverse effect.

37.11 Development risks

An infrastructure project may acquire interests in undeveloped land, which will not produce income until the development is completed and the project is operational. Accordingly, it will be subject to the risks normally associated with such projects and development activities. Such risks include risks relating to the availability, expense and timely receipt of zoning, permitting and other regulatory approvals, the cost and timely completion of construction (including risks such as weather, labour conditions, material shortages and cost overruns) and the availability of both construction and permanent and/or bridge financing on favourable terms. These risks could result in substantial delays or expenses and, under certain circumstances, could prevent completion of development activities. If cost overruns arising from project developments are significant, the cost overruns may reduce the returns and could reduce the availability of capital for other infrastructure projects. Properties under development or properties acquired for development may receive little or no cash flow from the date of acquisition through the date of completion of development and may still experience operating deficits well after the date of completion. In addition, market conditions may change during the course of development that make such infrastructure projects less attractive to prospective tenants or prospective purchasers than at the time they were commenced, which could depress both cash flow and sales prices.

37.12 Additional infrastructure risks

Investments in the infrastructure sector may be subject to a variety of additional risks, not all of which can be foreseen or quantified. Such risks may include but are not limited to: (i) the risk that the technology employed will not be effective or efficient, (ii) risks of equipment failures, fuel interruptions, loss of sale and supply contracts, decreases or escalations in power contracts or fuel contract prices, bankruptcy of key customers or suppliers, and tort liability in excess of insurance coverage, (iii) the risk of changes in values of infrastructure projects in the infrastructure sector whose operations are affected by changes in prices and supplies of energy fuels (including changes in international politics, energy conservation, the success of exploration projects, the tax and other regulatory policies of various governments and the economic growth of countries that are large consumers of energy, as well as other factors), (iv) the risks associated with the employment of personnel and unionised labour, and (v) the risk that governments may decide not to pursue asset sales or privatisation transactions.

No guarantee can be given that suitable infrastructure projects will be found and will develop as expected, especially in light of changing market conditions.

The Partnership will only finance infrastructure projects that are offered/recommended by managers who it believes to be most diligent in the search, review and negotiation of the acquisition of infrastructure projects in order to achieve the objective of the infrastructure project in question. However, it is also not possible to give any guarantee here that the managers will act as expected or in particular that they will find suitable infrastructure projects that will develop as expected, especially in light of changing market conditions.

In reviewing managers of infrastructure projects, the Portfolio Manager shall rely on written and verbal information provided or handed over by these managers. These are reviewed in an extensive manner, but not confirmed by an external auditor, although there are usually audited accounts of the infrastructure projects managed by these managers in the past.

The experience and knowledge of the project managers is of great importance for the successful selection and management of infrastructure projects as well as their performance. Investments of intrinsic value are often dependent on the activities of individual persons. No guarantee can be given that such persons will act on behalf of the AIFM or the Portfolio Manager for the entire term of the infrastructure project and that an equivalent replacement will be found, if necessary. Incorrect decisions by managers may result in a lack of return flows to the Partnership.

The Portfolio Manager has limited influence on the decisions of the infrastructure project managers regarding the acquisition of equity options and equity or the sale of stakes in the infrastructure projects or on the selection of contracting parties that may be largely responsible for the added value of the projects and thus have a direct influence on the earnings potential of the project. These decisions shall be made by the project managers themselves.

Since the development of infrastructure projects and thus the payments to be made on their financing are subject to a large number of relevant influential factors, it is difficult to make a reliable forecast of the course of the cash flows in the project and thus also the course of payment from this investment in full and with certainty. Overall, it cannot be ruled out that failure may reduce or completely erode the value of the financing of individual or several infrastructure projects or the corresponding cash flows. If several infrastructure projects in

which the Partnership is invested become insolvent, this can lead to the total loss of the investments made by Investors in the Partnership in an extreme case.

The costs for the acquisition and management of infrastructure projects may be higher than planned, for example, if new types of costs are added or if planned or known costs exceed the considered amounts.

Investments in infrastructure projects are often heavily influenced by debt. No guarantee can be given that interest rates will remain unchanged and that the necessary subsequent financing can be obtained (due to debt financing provided prior to the debt financing for the Partnership), particularly in the event of a change in the macroeconomic environment and/or market conditions since the investment.

The valuation of infrastructure projects may deviate considerably and permanently from the initial valuation over time due to the general and specific market situation. Negative developments can result in infrastructure projects having to be written off in part or in full. This will lead to losses in the Partnership. An investment in the Partnership is therefore only suitable for Investors that would be able to handle a loss in the event of an unexpected negative development.

Should other investors in the infrastructure projects default on their contribution obligations, it may be necessary for the remaining investors to compensate for this default by means of a draw down ahead of schedule. To the extent that this case means that fewer investments in other infrastructure projects can be made by the Partnership, an unplanned development of an existing individual infrastructure project shall have a significant impact on the performance of the Partnership's assets (diversification risk). If at this time the Partnership has already entered into subscription obligations for infrastructure projects with all the funds available for investment purposes, the Partnership may be in default with respect to infrastructure projects and would be subject to the often-unfavourable default rules (in an individual case to the point of exclusion) of the infrastructure projects (sanction risk) in this case.

Experience has shown that the liquidity of the Partnership's financed investments in infrastructure projects is severely restricted in legal and economic terms. In particular, investments are usually not traded publicly and therefore occasionally may be sold during the term of the infrastructure project at a substantial discount. It is not ensured that an appropriate market for this investment will develop. Therefore, a long-term capital commitment must be assumed.

The infrastructure projects are rarely expected to be subject to law in the Grand Duchy of Luxembourg. The legal framework can therefore also deviate considerably from the European standard. This may lead to less legal certainty, for example in the enforcement of claims.

In the case of investments in the infrastructure sector, additional costs may be incurred, particularly as a result of the partial or complete refusal of necessary government concessions and permits as well as their adverse modification or revocation, the elimination of construction errors and structural defects in infrastructure facilities, the failure or inefficient use of infrastructure facilities for technical reasons, as well as price increases in the raw materials required by infrastructure facilities and the elimination of environmental damage caused by infrastructure facilities.

In addition, infrastructure facilities may also be exposed to special uncontrollable risks such as natural disasters (earthquakes, floods, storms, lightning, fire, etc.), labor disputes, war and civil war or terrorism. Under certain circumstances, these risks may not be insured in full or under economic conditions. The occurrence of such a risk would have an impact on the value of the investments in the Partnership.

38 Private Equity Risks

38.1 Illiquid Underlying Investments

Private equity investments are expected to be primarily illiquid and there is no guarantee that these investments will be able to generate returns, that the returns will be risk-adjusted or that the implementation of the investment strategy will achieve the private equity investment's objectives. In some cases, the Partnership may be prohibited from exiting certain private equity investments for a period of time. The realizable value of an investment at any given time can be less than its intrinsic cost. Furthermore, some private equity investments made might also require a significant amount of time to be exited.

38.2 Investments longer than term

The Partnership can also make private equity investments which may not be sold at attractive valuations prior to the date that the Partnership could be dissolved. The Partnership may have to sell private equity investments at a disadvantageous time as a result of dissolution.

38.3 Reliance on portfolio company management

The management teams of the portfolio companies in which Partnership may invest will be responsible for the regular operations of the portfolio companies. These teams may include representatives of other financial investors with whom the Partnership is not affiliated and there may be conflicts of interests. There may be no guarantee that the existing management team of any portfolio company will be capable of managing such portfolio company according to the Partnership's expectations.

38.4 Effecting improvements in the operations

The success of the Partnership's private equity investment strategy may depend, in part, on the capability of the relevant manager to restructure and implement improvements in the operations of a portfolio company. There can be no guarantee that the manager will be able to successfully identify and implement such measures.

38.5 Environmental matters

Regular operation or the occurrence of an accident with respect to a portfolio company asset could cause major environmental damage, which may result in significant financial distress to such asset or portfolio company, if not covered by insurance. New and more stringent environmental or health and safety laws, regulations and permit requirements, could impose substantial additional costs on a portfolio company.

Even in cases where the Partnership is indemnified by the seller with respect to an investment against liabilities arising out of violations of environmental laws and regulations, there can be no assurance as to the financial viability of the seller to satisfy such indemnities or the ability of the Partnership to achieve enforcement of such indemnities.

38.6 Leveraged capital structures

The Partnership are expected to include portfolio companies whose capital structures may have significant leverage. Investments in leveraged companies offer the opportunity for capital appreciation but include also a high degree of risk. The leveraged capital structure of such portfolio companies will increase the exposure of the portfolio companies to adverse economic factors such as rising interest rates, downturns in the economy or deteriorations in the condition of the portfolio companies, and such portfolio companies may be subject to restrictive financial and operating covenants. This leverage may result in more serious adverse consequences to such portfolio companies. Additionally, rising interest rates may have a significant effect on the profitability or survival of such companies.

39 Investments in Debt

39.1 Infrastructure Debt Risks

Infrastructure debt investments are relatively illiquid, particularly in times of economic downturn. The ability of the Partnership to vary its investments in response to changes in economic and other conditions is limited. Infrastructure debt underwritten or acquired by the Partnership may become non-performing for a wide variety of reasons. Such non-performing infrastructure loans may require a substantial amount of workout negotiations and/or restructuring, which may entail, among other things, a substantial reduction in the interest rate and a substantial write-down of the principal of such loans. However, even if a restructuring was successfully accomplished, a risk exists that upon maturity of such infrastructure loan, replacement financing will not be available. Purchases of participations in infrastructure loans raise many of the same risks as investments in infrastructure loans and also carry risks of illiquidity and lack of control. It is possible that the AIFM may find it necessary or desirable to foreclose on collateral securing one or more infrastructure loans purchased by the Partnership. The foreclosure process can be lengthy and expensive. Borrowers often resist foreclosure actions by asserting numerous claims, counterclaims and defenses against the holder of a infrastructure loan including, without limitation, numerous lender liability claims and defenses, even when such assertions may have no basis in fact, in an effort to prolong the foreclosure action. In some countries, foreclosure actions can take up to several years or more to litigate. At any time during the foreclosure proceedings, the borrower may file for bankruptcy, which would have the effect of staying the foreclosure action and further delaying the foreclosure process. Foreclosure litigation tends to create a negative public image of the collateral property and may result in disrupting ongoing leasing and management of the property. In addition, certain of the mortgage loans in which the Partnership invests may be structured so that all or a substantial portion of the principal will not be paid until maturity, which increases the risk of default at that time.

39.2 Investments in Debt Instruments Generally

The Partnership may acquire debt investments including collateralised debt instruments. In addition to the risks of borrower default, the collateral may be mismanaged or otherwise decline in value during periods in which the Partnership is seeking to obtain control of the underlying infrastructure asset. It may be that a substantial portion of the Partnership's debt investments will not be rated by any recognized rating agency. Overall credit quality may move up or down frequently.

There is a risk of an adverse development of the market for debt investments which may ultimately lead to a situation in which the Partnership will not be able to acquire any debt investments on profitable terms due to a collapse of the relevant market.

39.3 Competition for debt investments

The investments to be made by the Partnership are speculative by nature and there is a possibility of partial or total loss of invested capital. There is a risk that the target returns of the Partnership will not be reached.

Identifying and structuring transactions with debt investments of the types contemplated by the Partnership is a competitive area. Furthermore, the availability of investment opportunities generally will be subject to market conditions. In addition, the Partnership may face increasing competition for attractive investments from existing funds and new investors with similar investment objectives, some of which may have greater financial resources than the Partnership. Accordingly, there can be no assurance that the Partnership will be able to identify and complete attractive investments in the future or that it will be able to invest fully the committed capital.

39.4 Market Risk

As the Partnership may invest in interest bearing loans, interest rate movements might have an impact on the valuation of the loans and the Net Asset Value of the Partnership. There will be a risk of interest rate movements at maturity of the individual loans. Increasing interest rates may result in a possible refinancing issue at loan maturity.

39.5 More Senior Claims

Depending on the laws and regulations of the relevant countries in which the Partnership may invest, the Partnership may hold a claim on collateral which is junior in comparison to other creditors' claims such as tax and social security authorities. Therefore, in case of default of the debtor the Partnership may not be able to recover part or all of its claim from the infrastructure given as collateral in consideration for the loan.

39.6 Debt investments secured on intangible assets

Some of the debt investments may also be secured on intangible assets of the borrower (for instance, first demand guarantee or third-party guarantees). In such case, the claims of the Partnership against a borrower may be subordinated to those of other secured creditors benefiting from security over tangible assets of the relevant borrower. In such a case, any such tangible assets secured creditors will generally be entitled to have their claims against the borrower satisfied out of the proceeds of enforcement of such securities granted over the tangible assets of the borrower before payments of the claims of the secured creditors benefiting from securities on intangible assets out of such proceeds.

39.7 Terms of debt investments

The term of a debt investment may be longer than the term of other debt obligations of equal priority of the related borrower. *Ceteris paribus*, debt investments with a longer maturity will accrue interest at a higher rate, in part to compensate the Partnership for the greater risk associated with an investment having a longer maturity. A borrower may be able to repay debt of a shorter maturity but will be unable to repay a debt investment at its later maturity date.

39.8 Targeted Returns

The Partnership will make investments based on the Portfolio Manager's estimates or projections of internal rates of return. Shareholders have no assurance that actual internal rates of return will equal or exceed the stated targeted return to the Shareholders.

39.9 Concentration risk

Due to the nature of the assets (larger-size infrastructure-backed loans) the Partnership is prone to issuer concentration issues.

40 Risks of renewable energy investments

Investments of the Partnership can be made through renewable energy companies and/or directly. In general, renewable energy companies will be developing, building up, renewing and/or acquiring from third parties renewable energy generation, energy storage, transmission facilities, other energy infrastructure and/or ancillary investments, rights of use to develop renewable energy generation, energy storage, transmission facilities, other energy infrastructure and/or hold other assets, if such assets are ancillary to the main purpose of such entity or necessary or merely useful for the development of its activities. Therefore, the Partnership is exposed to a number of risks associated with the activities undertaken by the renewable energy companies:

40.1 Acquisition risk

It cannot be assured that all acquisitions of power plants and/or infrastructures, or operating companies are free from third party encumbrances. The Partnership is therefore subject to the risk that a certain acquisition or investment cannot be carried out or is only possible at considerably higher costs. A renewable energy company may also incur unforeseen costs to enforce its legal position with respect to a certain acquisition or investment. In such case, if no compensation from the relevant seller (or its guarantor) can be obtained, the ability of such renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. In addition, if an acquisition cannot be carried out or does not proceed to completion, all relevant abortive costs incurred must be borne by the Partnership. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst case scenario total loss of their investment.

40.2 Risk of delays in renewable energy investments

The Partnership is subject to the risk of delays in completing certain investments due to, for example, longer approval processes for permits or licenses, late delivery of individual components, bad weather, material defects, design errors, strikes or other unplanned development or construction delays, without receiving any compensation. If such risk materialises, production, the supply of energy and/or any other income as the case may be, could be significantly delayed, which may adversely affect the ability of such renewable energy company to repay the principal or interest of debt or other instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.3 Development risk

The Partnership is subject to the risk of unsuccessful (late-stage) developments. During the development of the relevant plants, facilities and/or infrastructures, there is the possibility that the renewable energy company is, for example, unable to obtain any or all necessary rights or permits, sufficient financing, insurances or guarantees, unable to keep to budgeted capital expenditures, or unable to secure adequate resources for planning, design and transportation. Furthermore, there is, for example, the possibility that the nature or condition of the intended building area deviates from geological, geophysical or geotechnical studies

or findings. Any error or deviation from planning during the development phase may lead to additional costs or expenses to be incurred by the renewable energy company or in the worst case the unsuccessful development of the relevant plants, facilities and/or infrastructure. If no compensation from third parties (or their guarantors) can be obtained, the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst case scenario total loss of their investment.

40.4 Risk of construction management

If the planning, development and construction of power plants, facilities and/or infrastructures are undertaken by third parties, these matters are outside of direct control of the renewable energy companies. During the planning, development and construction of the relevant plants, facilities and/or infrastructures, there is the possibility that the renewable energy company is unable to continuously supervise the responsible third party. Any error or deviation from planning during the development and construction phase may lead to additional costs or expenses to be incurred by the renewable energy company. If no compensation from the relevant third party (or its guarantor) can be obtained, the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.5 Risk of construction errors or defects

The Partnership is subject to the risk that the power plants, facilities and/or infrastructures may not be fully functional due to construction errors or defects. If a third party is potentially liable to repair or remedy any such defect, there is a risk that such third party will not carry out such repair or remedy by the agreed deadline or at all. This could result in operational failures or malfunction of the power plants, facilities and/or infrastructures and delays in the production or supply of energy. In addition, the third party may deny the claims made by the renewable energy company or an agreement on the existence of any error or defect cannot be reached.

Furthermore, the third party may be no longer financially able to pay the relevant compensation to the renewable energy company and the relevant defects are not sufficiently covered by any other warranty or at all. Even if such defects are covered by warranty, there is possibility that such defects may only occur after the warranty period expires, or that the relevant damages exceed the scope of the warranty and therefore cannot be fully recovered.

If any of the above risks materialises, the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.6 Risk of lack of required regulatory approvals

Construction and operation of power plants, facilities and/or infrastructures require regulatory approvals in most jurisdictions. Even with careful planning and verification, it

cannot be assured that all necessary permits or licenses for the construction and operation of each power plant, facility and/or infrastructures in each relevant jurisdiction have been or will be obtained. The Partnership is also subject to the risk that a certain permit or license is altered, withdrawn or expires and cannot be extended, which can lead to suspending or delaying the operation of the affected power plant, facility and/or infrastructures. In addition, the commencement of the operation of the power plants, facilities and/or infrastructures may be subject to certain conditions imposed by authorities. This may also delay the operation of the plants, facilities and/or infrastructures and/or increase the costs of operation. If such risk materialises, the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.7 Risk of unknown liabilities

The Partnership is subject to the risk that a renewable energy company may take over, either by contract or law, liabilities existing prior to the acquisition of the relevant operating companies or renewable energy investment but which were not disclosed by the seller or former owner to the relevant renewable energy company and/or the Partnership whether or not a due diligence will have been undertaken by the Partnership, the AIFM and/or the Portfolio Manager. Such liabilities (i) may not be covered by a warranty of the seller or owner of the relevant shares or assets, (ii) may arise or occur only after the warranty period expires or (iii) may exceed the scope of the relevant warranty and therefore cannot be fully recovered.

In addition, it cannot be assured that the renewable energy companies can always fully investigate, assess and identify all contamination in or encumbrances on any undeveloped land or finished properties they acquire. There may be no due diligence carried out with respect to certain renewable energy investments, plants or properties, and the risk or existence of encumbrances on the relevant property may also be incorrectly assessed or identified even if relevant due diligence is conducted. Furthermore, compensation or indemnification from the sellers of the relevant renewable energy investment, properties or land is usually limited or excluded and therefore not or not sufficiently available.

Any cure or remedy of contamination or other encumbrances on properties which is necessary for further use of such property or required by regulatory authorities is likely to result in high costs incurred by the renewable energy companies. If any of the above-mentioned risks materialises, the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.8 Due diligence risks

Part of the Partnership's strategy is to acquire renewable energy investments in sectors in which it will initially have no portfolio presence. Such acquisitions involve a number of special risks, including failure to identify material risks or liabilities associated with the acquired renewable energy investments prior to their acquisition. To reduce these risks, the Partnership, AIFM and/or Portfolio Manager will conduct certain due diligence in relation to the Partnership's potential investments. Such due diligence may include a review of the disclosures required, of companies participating in regulated industries, key documents,

management presentations, management interviews, and certain independent reports on projects and their assets, as well as independent analysis. However, the level of due diligence conducted will vary and there is no assurance that any such due diligence will be thorough or conclusive and that all material risks in potential investments will be identified. Moreover, the expenses relating to such due diligence could be quite substantial. The Partnership may not be successful in any bids which it undertakes, and if the Partnership is not successful, the Partnership's costs incurred in connection with unsuccessful bids will not be recoverable.

40.9 Limitation of claims and enforcement

The Partnership is exposed to the risk that title defects or other defects with respect to the shares or properties acquired by a renewable energy company may not be covered by any warranty or guarantee of the respective seller or issuer, or the relevant defects occur only after the relevant warranty period expires, or that the relevant damages exceed the scope of the warranty and therefore cannot be fully recovered.

In addition, there is a risk that the relevant obligor does not or cannot fulfil its obligations under the agreed warranty, liability and indemnification agreement or remedy the defects identified at the handover of the relevant properties, even if the relevant claims are not time-barred. If technical defects are identified, the renewable energy company will bear the burden of proof that these defects already exist at the acquisition date of such properties. The same applies with regard to guarantees that third parties made in favour of the renewable energy companies. In this regard, the Partnership bears the risk that the renewable energy companies cannot provide sufficient evidence for, e.g., a deterioration in the efficiency of the power plants and therefore a possible claim for compensation or replacements cannot prevail. In such case, additional production costs may be incurred due to the defects. If any of the above-mentioned risks materialises, it could impair the profitability of the Partnership and may result in losses of investments.

40.10 Risk of debt financing

The renewable energy companies may finance the acquisition or construction of power plants, facilities and/or infrastructures through external loans or other instruments, either alone or together with third parties in a consortium, where appropriate. The Partnership is subject to the risk that the lender of the respective loan for the acquisition of power plants, facilities and/or infrastructures does not or cannot make the loan. In such case, an alternative financing for the acquisition of these plants, facilities and/or infrastructures need to be procured. If no alternative financing is possible or is available only at less favourable terms and conditions, the relevant renewable energy companies could become insolvent and thus incur partial or total loss in its renewable energy investments, in particular with respect to those renewable energy investments with claims subordinated to other creditors. In case of a minority interest in a consortium, a renewable energy company's influence may be limited, and where matters are subject to the resolutions of the consortium partners (e.g., termination, deferrals, claims waiver), it may need to accept majority voting it believes not being in the best interest of the Partnership and/or its own interest.

40.11 Regulatory risks

Investments in the renewable energy and respective infrastructure sector depend largely upon governmental grants and permits or license requirements. The renewable energy as well as respective infrastructure sector is the subject of intense and sometimes rapidly changing regulation in many jurisdictions. Therefore, the Partnership is exposed to the risk

that the competent authorities may pass legislation that might hinder or invalidate the rights of the renewable energy companies under already concluded contracts as well as hinder or impair the ability of renewable energy companies to obtain the necessary permits or licenses necessary for renewable energy investments in the development phase. Furthermore, the relevant licenses and permits may be adversely altered, revoked, or in the case of their expirations not be extended by the relevant authorities. In addition, the competent legislative bodies, authorities or other state or municipal institutions or organisations may in the future amend or repeal existing laws, regulations or guidelines. If such risk materialises, the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.12 Risk of technical interruption or failure as regards renewable energy investments

In the case of renewable energy investments, power generation and transmission plants and facilities are technically complex and sensitive. Due to the interaction of different parts from different manufacturers, technical disruptions may occur. There is also possibility of defective individual components or a lower power generation capacity than the forecast or a failure in (general) usability. The Partnership is therefore exposed to the risk that the technical defaults or errors may be outside the scope of the warranty or they may occur only after the warranty period expires, resulting in additional cost of restoration or repair to be incurred by the renewable energy companies without compensation. Furthermore, interference to the transformation into electricity and feeding into the local power grid may occur. In case of total grid disturbances, the generated electricity cannot be measured or recorded. This can adversely affect the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.13 Risks of general technical design of the plant as regards renewable energy investments

In the case of renewable energy investments, power generation and transmission plants and facilities are not only technically highly complex and sensitive, but their relevant technologies are also relatively new. Depending on the technology used, there may only be limited long-term experience with respect to durability of power plants. In some cases, there is only little comparable systems worldwide that can be used to forecast the durability of the plants. Therefore, there is a risk that the power plants, for unforeseeable reasons, cannot be used over the entire forecast period for their intended use, or achieve or maintain the predicted efficiency. Additional costs may incur for renewal or replacement of the power plants or their system components. In particular, there is a risk of damage or even destruction of the plants due to extreme weather conditions such as storms, hail, snow/ice, earthquakes and other geological risks, which are likely to occur increasingly in the future and may also occur in areas or regions that seem to have been unproblematic so far.

Furthermore, due to the geographical location of the sites of the plants (for example, proximity to the river), there is a risk of increased corrosion or wear on system components which may result in additional maintenance costs or expenses. Such circumstances may adversely affect the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership. As a result, profitability of the Partnership

may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.14 Risk of deviation in predicted energy yields as regards renewable energy investments

In the case of renewable energy investments, the decision as to whether and where a power plant for the generation of renewable energy will be built or acquired often depend on the forecasting of the annual energy yields. Such forecast calculations are primarily based on weather data (for example, the wind speed or irradiation). The Partnership is subject to the risk that the actual energy output deviates from the predicted energy yields due to changing in climatic conditions. This can lead to lower returns to Investors or even partial or complete loss of their investment.

40.15 Meteorological risks as regards renewable energy investments

In the case of renewable energy investments, the revenue of the renewable energy companies consists almost exclusively of the remuneration for the supply of electricity generated and are particularly dependent on the current production quantity delivered to the network operator. This in turn depends largely on the actual weather conditions affecting the power plants and thus of the usable wind intensity or solar irradiation at each site. Actual annual wind speed or solar irradiation rates may often deviate from the long-term average rates and strong fluctuations with a corresponding effect on the amount of electricity generated are also possible. There is also risk of occurrence of cycles of several exceptionally wind calm, rainy or cloudy years.

In addition, less wind intensity or solar irradiation in different European or OECD regions or across Europe and OECD member states may occur due to local and global climate changes. Furthermore, increased extreme weather conditions could also lead to a change in the wind intensity or solar irradiation. Such weather conditions could not only reduce the wind intensity or solar irradiation but also cause damage to the renewable plants.

The occurrence of other geological event, such as earthquakes, landslides could have a substantial impact on the existence of the renewable plant.

If such risk materialises, the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.16 Meteorological influences as regards renewable energy investments

In the case of renewable energy investments, energy yield forecasts are to a large extent based on historical climate data and certain IT based simulations/calculations. There is a risk that the microclimate of such data deviates temporarily or permanently. Due to the global climate change, there might be extreme weather conditions that can lead to greater fluctuation from historically recorded data. Climate changes may temporarily or permanently lead to, for example, less or limited sunshine or reduced wind. This can lead to less overall power generated over the entire forecasting period. If such risk materialises, the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.17 Risk of technical unavailability as regards renewable energy investments

In the case of renewable energy investments, the technical availability of power plants can be reduced due to shutdowns or service interruptions (for example, unscheduled repair or maintenance work), leading to temporary or permanent lower or no electric current. If such risk materialises, the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.18 Risk of reduction in efficiency/degradation as regards renewable energy investments

In the case of renewable energy investments, the Partnership is exposed to the risk that a deterioration of power plants' efficiency may lead to lower electricity output. For many renewable energy generation plants, their efficiency is only partially guaranteed by their manufacturers. This factor plays a significant role in energy generation forecast. There is a risk that the actual efficiency may deviate from the guaranteed efficiency (due to, for example, pollution, vegetation, snow or wear) thereby impairing the current production output. In addition, the loss of power, or the so-called degradation may be actually higher than what was guaranteed by the manufacturer, which may result in lower revenue generated by the power plant. If this risk materialises, the ability of the relevant target intermediary company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.19 Risk of loss or damage of power plants as regards renewable energy investments

In the case of renewable energy investments, the Partnership is subject to the risk that the power plants may be destroyed or suffer material damage, and the existing insurances may not be sufficient to cover all the losses and damages. In particular, geological conditions (such as floods) may cause damage to the power facilities or even total loss of the power plants. This can adversely affect the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.20 Grid connection risks as regards renewable energy investments

In the case of renewable energy investments, the Partnership is subject to the risk that due to interruption in the grid connection or irregularities in the overall power supply, no generation and supply of power may be carried out. In such case, each affected renewable energy company may not receive any compensation or only limited compensation in accordance with the relevant contractual or statutory provisions. This may adversely affect the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.21 Risk of government subsidies and Incentives as regards renewable energy investments

In the case of renewable energy investments, many countries have provided incentives in the form of feed-in tariffs and other incentives to power plant owners, distributors, system integrators in order to promote the use of renewable energy. Many of these government incentives expire, phase out over time, terminate upon the exhaustion of the allocated funding, require renewal by the applicable authority or will be amended by governments due to changing market circumstances (such as market price fluctuations or oversupply of produced electricity) or changes to national, state or local energy policy. There is also possibility that the power plants acquired by the renewable energy companies may operate in countries where no such incentives are permitted by law. In such case, the economic success of a renewable energy companies depends largely on the market conditions and is subject to risks which may result in decreased revenue thereby adversely affecting the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.22 Risk of safety requirements compliance

If the renewable energy companies also operate power plants and/or infrastructures themselves, there are general legal safety requirements they need to comply with. There may be claims for damages in connection with compliance with such safety requirements against the renewable energy company that are not covered by any insurance. This can adversely affect the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.23 Operational and technical risks as regards infrastructure investments

Investments in infrastructure assets may be subject to operating and technical risks, including the risk of mechanical breakdown, spare parts shortages, failure to perform according to design specification, failure to meet expected levels of efficiency, availability or output, increase in costs or fuel or other necessary supplies, pipeline or offtake disruptions, power shutdowns, labour strikes, labour disputes, work stoppage and other work interruptions, and other unanticipated events which adversely affect operations. While the Partnership will seek investments in which creditworthy and appropriately bonded and insured third parties bear much of these risks, there can be no assurance that any or all such risk can be mitigated, that reserves (if any) may be sufficient or that such parties will perform their obligations. An operating failure may lead to loss of a license, concession or contract, on which an investment is dependent. In addition, the long-term profitability of infrastructure assets, once constructed, is partly dependent upon the efficient operation and maintenance of the assets. Inefficient operations and maintenance, or limitations in the skills, experience or resources of operating companies, may reduce returns to Investors.

40.24 Technology risks as regards infrastructure investments

This risk arises where a change could occur in the way a service or product is delivered rendering the existing technology obsolete. Given the massive, fixed costs involved in constructing assets in the infrastructure sector and the fact that many infrastructure technologies are well established, any technology change that occurs over the medium term could threaten the profitability of a renewable energy company, in particular due to the

financing projections that are dependent on an extended project life. If such a change were to occur, these assets would have very few alternative uses should they become obsolete.

40.25 Demand, usage and throughput risks as regards infrastructure investments

The Partnership may invest in assets with demand, usage and throughput risk as regards infrastructure investments. Residual demand, usage and throughput risk can affect the performance of infrastructure investments. To the extent that the assumptions regarding the demand, usage and throughput of assets prove incorrect, returns to the Partnership could be adversely affected. The Partnership may invest in infrastructure investments that derive substantially all their revenues from collecting usage fees from users of a given infrastructure in accordance with an agreement or a regulatory and/or legal framework. Users of such infrastructure directly and/or indirectly operated by the Partnership may react negatively to any adjustments to the applicable usage fee rates, or public pressure may cause relevant government authorities to challenge the usage fee rates by reducing the usage fees, loosening the usage conditions, increasing the quality/quantity of the service and the conditions under which the services are to be provided. Users of infrastructure may react adversely to usage fee rates, for example, by avoiding using the infrastructure or refusing to pay the usage fee, resulting in lower volumes and reduced usage revenues.

In addition, adverse public opinion, or lobbying efforts by specific interest groups, as a result of factors such as general economic conditions, negative consumer perception of increases in usage fee rates, the prevailing rate of inflation, volume and public sentiment about prevailing usage fee rates could result in governmental pressure on infrastructure investments to reduce their usage fee rates, to forego planned rate increases, to loosen user conditions or to increase the quality of the provided services. The Partnership and/or AIFM cannot guarantee that a public regulator or other public authority will not try to exempt certain users' categories from usage fees or negotiate lower usage fee rates. If public pressure or government action forces infrastructure investments to restrict their usage fee rate increases or reduce their usage fee rates, and they are not able to secure adequate compensation to restore the economic balance of the project, the Partnership's business, financial condition and results of operations could be materially and adversely affected.

40.26 Competitive environment risk

The AIFM, while evaluating a renewable energy investment, will analyse its environment, in particular the competition. Nonetheless, it cannot be excluded that the Partnership invests in infrastructures or companies linked to infrastructures which evolve in a highly or growingly competitive environment.

Infrastructure assets may face competition from other infrastructure assets in the vicinity of the assets they operate, the presence of which depends in part on government plans and policies. Such competition may materially and adversely affect the Partnership's business, financial conditions and results of operations.

40.27 Unforeseen events risks

The use of any renewable energy investment may be interrupted or otherwise affected by a variety of events outside the Partnership's and/or AIFM's control, including serious traffic accidents, natural disasters (such as fire, floods, earthquakes and typhoons), man-made disasters (including terrorism), defective design and construction, slope failure, bridge and tunnel collapse, road subsidence, energy prices, environmental legislation or regulation, general economic conditions, labour disputes and other unforeseen circumstances and

incidents. If the use of a renewable energy investment is interrupted in whole or in part for any period because of any such events, the revenues of such renewable energy investments could be reduced in a material and lasting manner, in particular by reason of the costs of maintenance or restoration as well as the overall public confidence in such renewable energy investment. There can be no assurance that such renewable energy investments' insurance would cover liabilities resulting from claims relating to the design, construction, maintenance or operation of such renewable energy investment's, lost revenues or increased expenses resulting from such damage. In some cases, project agreements could be terminated if the events described above were so catastrophic that they could not be remedied within a reasonable period or at all. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.28 Contract risks

To the extent that the Partnership invests in renewable energy investments that are governed by lease or concession agreements with governmental authorities, there is a risk that these authorities may not be able to honour their obligations under the agreement, especially over the long term. Such lease or concession agreements may also contain clauses more favourable to the governmental counterparty than a typical commercial contract and may restrict the Partnership's ability to operate the renewable energy investment in a way that maximizes cash flows and profitability. For instance, such lease or concession agreements may include termination clauses permitting a governmental authority to terminate the agreement under certain circumstances without payment of adequate compensation. Furthermore, governmental authorities have considerable discretion in implementing regulations that could impact the business, and because renewable energy investments provide basic, everyday services, and face limited competition, governments may be influenced by political considerations and may make decisions that adversely affect the Partnership's investments. Further, lease agreements may be terminated by the legal successor of the lessor.

As part of their structure, the renewable energy investments of the Partnership will generally be exposed to contracts that are critical to their success and the return on such renewable energy investments. As such, there is a risk that if those contracts are amended, legally deficient or unenforceable, the returns to the Partnership from the renewable energy investments may be affected.

40.29 Reliance on projections

Investment valuation is based, amongst other things, on financial projections for the relevant renewable energy company. Projected financial results will normally be based primarily on the AIFM's view and are only estimates of future results based on assumptions made at the time the projections are developed. There can be no assurance that the projected results will be obtained, and actual results may vary significantly from the projections. Many unpredictable factors such as general economic conditions can have a materially adverse effect on the accuracy of projections.

40.30 Environmental risks

The operations of some renewable energy companies may be subject to numerous statutes, rules and regulations relating to environmental protection.

There is a possibility of existing or future environmental contamination, including soil and groundwater contamination, because of the spillage of hazardous materials of other pollutants. Under various environmental statutes, rules and regulations of the appropriate jurisdiction, a current or previous owner or operator of real property may be liable for non-compliance with applicable health and safety requirements and for the cost of investigation, monitoring, removal or remediation of hazardous materials. These laws often impose liability whether the owner or operator knew of, or was responsible for, the presence of hazardous materials.

The presence of these hazardous materials on a property could also result in personal injury, property damage or similar claims by private parties. Persons who arrange for the disposal or treatment of hazardous materials may also be liable for the costs of removal or remediation of those materials at the disposal or treatments facility, whether that facility is or ever was owned or operated by that person. Any liability of renewable energy companies resulting from non-compliance or other claims relating to environmental matters could have a materially adverse effect on the value of the Partnership's investments in those renewable energy companies.

40.31 Commodity price risks

Some of the renewable energy investments of the Partnership will be subject to commodity price risk, including without limitation, the price of electricity and the price of fuel. The operation and cash flows of certain of the Partnership's renewable energy investments will depend, in substantial part, upon prevailing market prices for electricity and fuel, and particularly natural gas. These market prices may fluctuate naturally depending upon a wide variety of factors, including, without limitation, weather conditions, foreign and domestic market supply and demand, force majeure events, changes in law or regulatory regimes, price and availability of alternative fuels and energy sources, international political conditions including those in the Middle East, actions of the Organization of Petroleum Exporting Countries (and other oil and natural gas producing nation) and overall economic conditions.

40.32 Joint investment risks

As the Partnership may invest in wholly owned special purpose vehicles or co-owned special purpose vehicles dedicated to the investments or the holdings of assets in the renewable energy as well as respective infrastructure sector, the Partnership will be heavily reliant on the management and the governing body of the special purpose vehicle as well the control and the decisive influence that could be exercised in the said-special purpose vehicles by third party investors not affiliated with the Partnership and whose interests may diverge and/or conflict with those of the Partnership.

40.33 Risks at the end-of-term of use

After completion of the operation phase, the power plants, facilities and/or infrastructures may be dismantled, and the land is restored to its original condition. So far there is limited information and experience with respect to the decommissioning and dismantling of power plants, facilities and/or infrastructures, especially for renewable energy. In addition, such dismantling, disposal, and restoration may be subject to additional unforeseen costs to be borne by the renewable energy companies.

If the power plants, facilities and/or infrastructures are to be sold to third parties, it cannot be assured that such power plants, facilities and/or infrastructures can be sold by the desired

deadline or at the desirable purchase price due to economic fluctuations or changing market conditions in the energy and/or respective infrastructure sector. If any of these risks materialises, the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership may be adversely affected. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.34 Specific risks associated with offshore renewable energy investments

During all the aforementioned phases peculiar risks may arise or intensify where the relevant renewable energy investment is offshore wind. Offshore wind investments are considered carrying higher general, economic, technical, and environmental risks, in particular when they are still under development or under construction. The Partnership may be exposed to such additional or intensified risks when investing offshore wind. Offshore wind investments i.e., rely on relatively new engineering techniques and materials, and thus cannot rely on longstanding historical experience and extensive data and are in general also exposed to harsher and unprecedented conditions. Development and project planning of offshore wind investments are more difficult, time-consuming, and riskier than onshore wind investments. Particularly, suitable sites may be limited because of e.g., improper geological and geophysical conditions, environment and nature protection, tourism, or military restriction areas. Furthermore, the connection of offshore wind investments to the public power grid may cause numerous technical, legal, and regulatory problems.

They may also be subject to unprecedented accidents, such as collisions with vessels or ice floes or damages or corrosion caused by storms and waves and sea water. Maintenance may be necessary at shorter intervals, caused by weather, in particular by storm, wave and sea water. Maintenance work may be depending on weather conditions or tides. This may cause business interruptions, loss of revenue and higher costs. Power cables which are trenched into the seabed may cause higher risks and costs than e.g., onshore power cables. Operations might be (much) more capital intensive and expensive than e.g., onshore wind investments and dependent on fewer and thus potentially more costly service providers. If any such risk materialises, the profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in a worst-case scenario total loss of their investment.

40.35 Interest rate and electricity price hedging

The Partnership respectively the respective renewable energy investment may, without being obliged to do so, hedge the interest rate exposure in relation to any loan granted to it or the exposure to fluctuating electricity prices. To the extent that the AIFM engages in interest rate or electricity price hedging transactions with a view to protect the Partnership's present and future assets and liabilities against the fluctuations of interest rates or electricity prices, the exposure of the Partnership and the Investors to certain additional risk may however not be excluded. In particular the Partnership may be exposed to considerable losses as a result of such hedging transactions and there can be no guarantee that the hedges which the AIFM put in place will be effective.

40.36 Legal risks

Since the renewable energy investments of the Partnership will be made in various countries, the relevant transactions and contracts must be completed or concluded subject to the laws of different jurisdictions. Such transactions or contracts may be invalidated due

to in particular changes in the legal conditions which may occur after conclusion of the relevant contracts but apply to the relevant transactions retroactively.

For those renewable energy companies operating in less developed countries, the legal systems thereof may be relatively immature and underdeveloped. Pursuit of claims in these countries may incur very high cost or require a long period of time or is only possible via non-legal actions. In addition, the renewable energy as well as the respective infrastructure sector are usually intensely regulated in many jurisdictions, which is subject to unforeseeable legal changes. Losses incurred due to the aforementioned circumstances could adversely affect the ability of the relevant renewable energy company to repay the principal or interest of debt instruments issued by it and held by the Partnership or the performance of any equity interest held by the Partnership. As a result, profitability of the Partnership may be impaired leading to reduced returns to Investors and in the worst-case scenario total loss of their investment.

40.37 Liquidity and market characteristics

In some circumstances, renewable energy investments may be relatively illiquid making it difficult or impossible to acquire or dispose of them at the prices quoted on the various exchanges or at the prices which the AIFM considers reflects their value. Accordingly, the Partnership's ability to respond to market movements may be impaired and the Partnership may experience adverse price movements upon liquidation of its renewable energy investments. Settlement of transactions may be subject to delay and administrative uncertainties. The market prices, if any, for such renewable energy investments tend to be volatile and may not be readily ascertainable, and the Partnership may not be able to sell them when it desires to do so or to realise what it perceives to be their fair value in the event of a sale. The sale of restricted and illiquid securities often requires more time and results in higher brokerage charges or dealer discounts and other transactions costs than does the sale of securities eligible for trading on national securities exchanges or in the over-the-counter markets. The Partnership may not be able to readily dispose of such illiquid renewable energy investments and, in some cases, may be contractually prohibited from disposing of such renewable energy investments for a specified period of time. Restricted securities may sell at a price lower than similar securities that are not subject to restrictions on resale.

41 Risks of investments in Target Funds

41.1 General External Risks of Investments in Target Funds

Investments in Target Funds are subject to various risks that may lead to uninsured losses, including adverse changes in national or international economic conditions, commodity prices, the financial conditions of buyers and sellers of assets, the availability or terms of financing, interest rates, exchange rates, tax rates, environmental laws and regulations, zoning laws and other governmental rules and fiscal policies, the relative popularity of certain asset types or the availability of purchasers to acquire assets, as well as acts of God including war, terrorism, earthquakes, hurricanes, volcanoes or floods and other factors which are beyond the control of the fund manager.

Certain of the Target Funds in the portfolio may be less attractive than others, and certain of the sponsors of such Target Funds may be more familiar to the AIFM and/or the Portfolio Manager than others, or may be more experienced or highly regarded than others.

41.2 No Established Market for Secondary Investments in Target Funds

There is no established market for secondary investments in Target Funds and although there has been an increasing volume of sales of secondary investments in Target Funds, no liquid market is expected to develop for secondary investments in Target Funds. The AIFM may acquire interests in Target Funds on an opportunistic basis from existing investors in such funds. There can be no assurance that the Partnership will be able to identify sufficient investment opportunities for secondary investments in Target Funds or that it will be able to acquire sufficient secondary investments in Target Funds on attractive terms.

41.3 Incomplete Due Diligence

There can be no assurance that the due diligence process that the professionals of the AIFM, the Portfolio Manager and their respective Affiliates undertake in connection with investments in Target Funds by the Partnership will reveal all facts that may be relevant in connection with such investment.

For some Target Funds due diligence information may not be available. This may affect the ability of the Partnership to conduct fundamental due diligence on the portfolio of such Target Funds.

41.4 Termination of the Partnership's Interest in a Target Fund

The general partner or manager of a Target Fund may, among other things, terminate the Partnership's interest in such Target Fund if the Partnership fails to satisfy any capital call by that Target Fund or if the general partner or manager of that Target Fund determines that the continued participation of the Partnership in the Target Fund would have a material adverse effect on the Target Fund or its assets. The Partnership may fail to meet a capital call if an Investor fails to honour a capital call by the Partnership and such shortfall cannot be made up by the other Investors, a new investor, a borrowing or otherwise.

41.5 Limitations and Reliance on Management / Key Personnel of Target Funds

The Partnership relies on the management and key personnel associated in any capacity with the Target Funds on a day-to-day basis. There can be no assurance that the management of the Target Funds will continue to operate successfully or that the key personnel will continue to devote sufficient time and attention to the Target Funds.

41.6 Limitations on Leverage

The leveraged capital structure of some Target Funds in which the Partnership may directly or indirectly invest will increase the exposure of such investments to adverse financial or economic conditions such as significantly rising interest rates, severe economic downturns or deterioration in the condition of the investment or its corresponding market. Under such conditions, the value of the Partnership's direct or indirect investment in a Target Fund could be significantly reduced or even eliminated. There may be a substantial amount of indebtedness in connection with such Target Funds. Global financial markets have experienced a variety of changed economic conditions and volatility in recent years. These developments and new developments, if they occur, could have a significant effect upon the availability and terms of financing, as well as the purchase and sale price of assets, and accordingly, could adversely affect the Partnership's or a Target Fund's ability to make or dispose of investments, the type of investments that may be made and the returns received with respect to such investments. If leverage is not available the Target Funds may need to use a greater than intended proportion of the Partnership's commitment (and, therefore,

indirectly Investor's commitments) to satisfy certain payments, which may result in the Target Funds making fewer investments than if leverage was available.

41.7 Multiple Levels of Expense

The Partnership and the Target Funds in which it invests impose management and/or administrative costs, expenses and performance allocations. This will result in greater expense to the Investors than if such costs, expenses and allocations were not charged by the Partnership and Investors were able to invest directly in the Target Funds in which the Partnership invests or the portfolio of those Target Funds.

41.8 Contingent Liabilities Associated with Investment Fund Interests Acquired in Secondary Transactions

Where the Partnership acquires an interest in a secondary investment in a Target Fund, the Partnership may acquire contingent liabilities of the seller of the interest. More specifically, where the seller has received distributions from the relevant Target Fund and, subsequently, that Target Fund recalls one or more of these distributions, the Partnership (as the purchaser of the interest to which such distributions are attributable) may be obliged to return monies equivalent to such distributions to the Target Fund. While the Partnership may, in turn, make a claim against the seller for any such monies so paid to the Target Fund, there can be no assurances that the Partnership would prevail on such claim.

41.9 Target Funds Invest Independently

The Target Funds in which the Partnership will invest generally invest wholly independently of one another and may, at times, hold positions or pursue investment strategies that run counter to those of another fund. The result of which may be that the investments become economically offsetting, which may cancel out any gain that would otherwise be for the benefit of the Partnership. To the extent that such Target Funds hold such positions, considered as a whole they may not achieve any gain or loss despite incurring fees and expenses in connection with such positions. In addition, a manager of such a Target Fund may be compensated based on the performance of its investments. Accordingly, there may often be times when a particular manager may receive incentive compensation in respect of its investments for a period even though the value of such Target Funds overall depreciated during such period.

41.10 Investors with no Direct Interest in a Target Fund

Investors will not be directly invested in the Target Funds in which the Partnership may invest, will have no direct interest in such Target Funds and will have no voting rights in, or standing or recourse against, any such Target Fund. Moreover, none of the Investors will have the right to participate in the control, management or operations of any such Target Fund or have any discretion over the management of any such Target Fund by reason of their investment in the Partnership.

42 Use of derivative contracts

The Partnership may invest in any kind of derivatives permissible under Luxembourg regulatory law and the ELTIF Regulation. To match the long-term risk return profile the Partnership may enter into derivatives, such as *inter alia* inflation linked derivatives or interest rate and currency rate derivatives either directly or through its Subsidiaries. *Inter alia*, in order to protect its present and future assets and liabilities against the fluctuation of currencies, the Partnership may enter into transactions the object of which is the purchase or the sale of forward foreign exchange contracts,

the purchase or the sale of call options or put options in respect of currencies, the purchase or the sale of currencies forward or the exchange of currencies on a mutual agreement basis.

Generally, derivatives are financial contracts whose value depends upon, or is derived from, the value of an underlying asset, reference rate or index, and may relate to stocks, bonds, interest rates, currencies or currency exchange rates, commodities, and related indexes.

The AIFM may decide not to employ any of these strategies and there is no assurance that any derivatives strategy used by the Partnership will succeed. A description of these and other derivative instruments that the Partnership may use are described under Section 3 "Investment Powers and Restrictions". The Partnership's use of derivative instruments involves risks different from, or possibly greater than, the risks associated with investing directly in securities and other more traditional investments. Particular derivative instruments such as without limitation put options, call options and forward contracts may be associated with specific risks which are not discussed below. The following provides a general discussion of important risk factors relating to all derivative instruments that may be used by the Partnership.

42.1 Management Risk

Derivative products are highly specialized instruments that require investment techniques and risk analyses different from those associated with stocks or bonds. The use of a derivative requires an understanding not only of the underlying instrument but also of the derivative itself, without the benefit of observing the performance of the derivative under all possible market conditions.

42.2 Credit Risk

The use of a derivative instrument involves the risk that a loss may be sustained as a result of the failure of the counterparty to make required payments or otherwise comply with the contract's terms. Additionally, credit default swaps could result in losses if the Partnership does not correctly evaluate the creditworthiness of the company on which the credit default swap is based.

42.3 Liquidity Risk

Liquidity risk exists when a particular derivative instrument is difficult to purchase or sell. If a derivative transaction is particularly large or if the relevant market is illiquid (as is the case with many privately negotiated derivatives), it may not be possible to initiate a transaction or liquidate a position at an advantageous time or price.

42.4 Leverage Risk

Because many derivatives have a leverage component, adverse changes in the value or level of the underlying asset, reference rate or index can result in a loss substantially greater than the amount invested in the derivative itself. Certain derivatives have the potential for unlimited loss, regardless of the size of the initial investment. When the Partnership uses derivatives for leverage, investments in the Partnership will tend to be more volatile, resulting in larger gains or losses in response to market changes.

42.5 Lack of Availability

Because the markets for certain derivative instruments (including markets located in foreign countries) are relatively new and still developing, suitable derivatives transactions may not be available in all circumstances for risk management or other purposes. Upon the expiration of a particular contract, the AIFM may wish to retain the Partnership's position

in the derivative instrument by entering into a similar contract, but may be unable to do so if the counterparty to the original contract is unwilling to enter into the new contract and no other suitable counterparty can be found. There is no assurance that the Partnership will engage in derivatives transactions at any time or from time to time. the Partnership's ability to use derivatives may also be limited by certain regulatory and tax considerations.

42.6 Market and Other Risks

Like most other investments, derivative instruments are subject to the risk that the market value of the instrument will change in a way detrimental to the Partnership's interest. If the AIFM incorrectly forecasts the values of securities, currencies or interest rates or other economic factors in using derivatives for the Partnership, the Partnership might have been in a better position if it had not entered into the transaction at all. While some strategies involving derivative instruments can reduce the risk of loss, they can also reduce the opportunity for gain or even result in losses by offsetting favourable price movements in the Partnership's investments. The Partnership may also have to buy or sell a security at a disadvantageous time or price because the Partnership is legally required to maintain offsetting positions or asset coverage in connection with certain derivatives transactions.

42.7 Other Derivative Risks

Other risks in using derivatives include the risk of mispricing or improper valuation of derivatives and the inability of derivatives to correlate perfectly with underlying assets, rates and indexes. Many derivatives, in particular privately negotiated derivatives, are complex and often valued subjectively. Improper valuations can result in increased cash payment requirements to counterparties or a loss of value to the Partnership. Also, the value of derivatives may not correlate perfectly, or at all, with the value of the assets, reference rates or indexes they are designed to closely track. In addition, the Partnership's use of derivatives may cause the Partnership to realise higher amounts of short-term capital gains (generally taxed at ordinary income tax rates) than if the Partnership had not used such instruments.

42.8 Use of Specific Derivative Contracts

The following only represents a limited choice of risks associated with derivatives the Partnership may elect to invest in. The Partnership is substantially unrestricted in its use of derivatives and may decide to use various other derivatives contracts associated with much higher or different risks, as the case may be, to the extent these are permitted under the ELTIF Regulation.

(a) Swap Agreements

The Partnership may enter into swap agreements. Swap agreements can be individually negotiated and structured to include exposure to a variety of different types of investments or market factors. Depending on their structure, swap agreements may increase or decrease the Partnership's exposure to long-term or short-term interest rates, different currency values, corporate borrowing rates, or other factors such as without limitation security prices, baskets of equity securities or inflation rates. Swap agreements can take many different forms and are known by a variety of names. The Partnership is not limited to any particular form of swap agreement if consistent with the Partnership's investment objective and policies. Swap agreements tend to shift the Partnership's investment exposure from one type of investment to another. Depending on how they are used, swap agreements may increase or decrease the overall volatility of the Partnership's portfolio. The most significant factor in the performance of swap

agreements is the change in the specific interest rate, currency, individual equity values or other factors that determine the amounts of payments due to and from the Partnership.

Inter alia, in order to seek to reduce the interest rate risk inherent in the Partnership's underlying investments, especially associated with bonds and other fixed income investments, the Partnership may employ interest rate swaps or option transactions. Interest rate swaps involve the Partnership's agreement with the swap counterparty to pay a variable rate payment on a notional amount in exchange for the counterparty paying the Partnership a fixed rate payment on a notional amount that is intended to approximate the Partnership income on variable interest rates.

The use of interest rate swaps and options is a highly specialized activity that involves investment techniques and risks different from those associated with ordinary portfolio security transactions. Depending on the state of interest rates, the Partnership's use of interest rate instruments could enhance or harm the overall performance on the Shares in the Partnership. To the extent there is an increase in interest rates, the value of the interest rate swap or option could go down, and could result in a decline in the net asset value of the Shares. If interest rates are higher than the Partnership's fixed rate of payment on the interest rate swap, the swap will reduce the net earnings. If, on the other hand, interest rates are lower than the fixed rate of payment on the interest rate swap, the swap will enhance net earnings.

Interest rate swaps and options generally do not involve the delivery of securities or other underlying assets or principal. Accordingly, the risk of loss with respect to interest rate swaps or options is limited to the net amount of interest payments that the Partnership is contractually obligated to make.

In addition, at the time the interest rate swap or option transaction reaches its scheduled termination date, there is a risk that the Partnership will not be able to obtain a replacement transaction or that the terms of the replacement will not be as favourable as the terms of the expiring transactions. If this occurs, it could have a negative impact on the performance of the Shares in the Partnership.

(b) Call Options

There are risks associated with the sale and purchase of call options. The seller (writer) of a call option that is covered (e.g., the writer holds the underlying security) assumes the risk of a decline in the market price of the underlying security below the purchase price of the underlying security offset by the gain in premium received if the option expires out of the money, and gives up the opportunity for gain on the underlying security above the exercise price of the option. If the seller of the call option owns a call option covering an equivalent number of shares with an exercise price equal to or less than the exercise price of the call written, the position is "fully hedged" if the option owned expires at the same time or later than the option written. The seller of an uncovered, unhedged call option assumes the risk of a theoretically unlimited increase in the market price of the underlying security above the exercise price of the option. The buyer of a call option assumes the risk of losing its entire investment in the call option. If the buyer of the call sells short the underlying security, the loss on the call will be offset in whole or in part by any gain on the short sale of the underlying security (if the market price of the underlying security declines).

(c) Put Options

There are risks associated with the sale and purchase of put options. The seller (writer) of a put option that is covered (e.g., the writer has a short position in the underlying security) assumes the risk of an increase in the market price of the underlying security above the sale price of the short position of the underlying security offset by the premium if the option expires out of the money, and the option seller gives up the opportunity for gain on the underlying security below the exercise price of the option. If the seller of the put option owns a put option covering an equivalent number of shares with an exercise price equal to or greater than the exercise price of the put written, the position is "fully hedged" if the option owned expires at the same time or later than the option written. The seller of an uncovered, unhedged put option assumes the risk of a decline in the market price of the underlying security to zero.

The buyer of a put option assumes the risk of losing its entire investment in the put option. If the buyer of the put holds the underlying security, the loss on the put will be offset in whole or in part by any gain on the underlying security.

(d) Forward Trading

The Partnership may invest in forward contracts and options thereon, which, unlike futures contracts, are not traded on exchanges, and are not standardized; rather, banks and dealers act as principals in these markets, negotiating each transaction on an individual basis. Forward and "cash" trading is substantially unregulated; there is no limitation on daily price movements and speculative position limits are not applicable. For example, there are no requirements with respect to record-keeping, financial responsibility or segregation of customer funds or positions. In contrast to exchange-traded futures contracts, interbank traded instruments rely on the fulfilment by the dealer or counterparty of its contract. As a result, trading in unregulated exchange contracts may be subject to more risks than futures or options trading on regulated exchanges, including, but not limited to, the risk of default due to the failure of a counterparty with which the Partnership has forward contracts. Although the AIFM seeks to trade with responsible counterparties, failure by a counterparty to fulfil its contractual obligation could expose the Partnership to unanticipated losses. The principals who deal in the forward markets are not required to continue to make markets in the currencies or commodities they trade and these markets can experience periods of illiquidity, sometimes of significant duration. There have been periods during which certain participants in these markets have refused to quote prices for certain currencies or commodities or have quoted prices with an unusually wide spread between the price at which they were prepared to buy and that at which they were prepared to sell. Disruptions can occur in any market traded by the Partnership due to unusually high or low trading volume, political intervention or other factors. The imposition of credit controls by government authorities might also limit such forward trading to less than that which the AIFM would otherwise recommend, to the possible detriment of the Partnership.

(e) Other Derivative Instruments

The Partnership may take advantage of opportunities with respect to certain other derivative instruments that are not presently contemplated for use or that are currently not available, but that may be developed, to the extent such opportunities are both consistent with the investment objective of the Partnership and legally permissible.

Special risks may apply to instruments that are invested in by the Partnership in the future that cannot be determined at this time or until such instruments are developed or invested in by the Partnership. Certain swaps, options and other derivative instruments may be subject to various types of risks, including market risk, liquidity risk, the risk of non-performance by the counterparty, including risks relating to the financial soundness and creditworthiness of the counterparty, legal risk and operations risk.

43 Fixed-Interest Securities

Investment in securities of issuers from different countries and denominated in different currencies offer potential benefits not available from investments solely in securities of issuers from a single country, but also involve certain significant risks that are not typically associated with investing in the securities of issuers located in a single country. Among the risks involved are fluctuations in currency exchange rates and the possible imposition of exchange control regulations or other laws or restrictions applicable to such investments. A decline in the value of a particular currency in comparison with the Accounting Currency of the Partnership would reduce the value of certain portfolio securities that are denominated in the former currency. The following risks may also be associated with fixed-interest securities:

- Issuers are generally subject to different accounting, auditing and financial reporting standards in different countries throughout the world. The volume of trading, volatility of prices and liquidity of issuers may differ between the markets of different countries. In addition, the level of government supervision and regulation of securities exchanges, securities dealers and listed and unlisted companies differs from one country to another. The laws of some countries may limit the AIFM's ability to invest in securities of certain issuers.
- Different markets also have different clearing and settlement procedures. Delays in settlement could result in temporary periods when a portion of the assets of the Partnership is uninvested and no return is earned thereon. The inability of the AIFM to make intended security purchases due to settlement problems could cause the Partnership to miss attractive investment opportunities. Inability to dispose of portfolio securities due to settlement problems could result either in losses to the Partnership due to subsequent declines in value of the portfolio security or, if the Partnership has entered into a contract to sell the security, could result in possible liability to the purchaser.
- An issuer of securities may be domiciled in a country other than the country in whose currency the instrument is denominated. The values and relative yields of investments in the securities markets of different countries, and their associated risks, may fluctuate independently of each other.

44 Holdings of Cash or Cash Equivalents

The Partnership may hold cash or cash equivalents for payments and redemptions and for management purposes, including *inter alia* money market instruments or investments in units in money market funds on an ancillary basis. The value of the Partnership's holdings of cash or cash equivalents may be adversely affected by interest rate fluctuations, changes in rates of inflation, fluctuations in currency or exchange rates or failure by a counterparty or an investment vehicle in which the Partnership invests to perform its obligations under a contract or other agreement. Moreover, the Partnership could be subject to significant losses if they hold a large position in a

particular investment that declines in value or is otherwise adversely affected, including default of the issuer.

45 High-Yield Securities

The Partnership may invest in high-yield securities. Such securities are generally not exchange traded and, as a result, these instruments trade in a smaller secondary market than exchange-traded bonds. In addition, the Partnership may invest in bonds of issuers that do not have publicly traded equity securities, making it more difficult to hedge the risks associated with such investments. The Partnership is not required to hedge and may choose not to do so. High-yield securities that are below investment grade or unrated face ongoing uncertainties and exposure to adverse business, financial or economic conditions which could lead to the issuer's inability to meet timely interest and principal payments. The market values of certain of these lower-rated and unrated debt securities tend to reflect individual corporate developments to a greater extent than do higher-rated securities, which react primarily to fluctuations in the general level of interest rates, and tend to be more sensitive to economic conditions than are higher-rated securities. Companies that issue such securities are often highly leveraged and may not have available to them more traditional methods of financing. It is possible that a major economic recession could disrupt severely the market for such securities and may have an adverse impact on the value of such securities. In addition, it is possible that any such economic downturn could adversely affect the ability of the issuers of such securities to repay principal and pay interest thereon and increase the incidence of default of such securities.

46 Equities

The risks associated with investments in equity (and equity-type) securities include significant fluctuations in market prices, adverse issuer or market information and the subordinate status of equity in relation to debt paper issued by the same company. Potential investors should also consider the risk attached to fluctuations in exchange rates, possible imposition of exchange controls and other restrictions.

47 Credit Risk; Lower Credit Quality Securities

The Partnership may be exposed to the risk that one or more of the issuers of debt securities in the Partnership's portfolio may default in paying principal or interest. Such companies' securities may be considered speculative, and the ability of such companies to pay their debts on schedule could be affected by adverse interest rate movements, changes in the general economic climate, economic factors affecting a particular industry or specific developments within such companies. In addition, there is no minimum credit standard that is a prerequisite to the Partnership's investment in any instrument, and a significant portion of the obligations and preferred stock in which the Partnership invests may be less than investment grade. As a result, the Partnership may lose all or substantially all of its investment in any particular instance.

There are no restrictions on the credit quality of the investments of the Partnership. Securities in which the Partnership may invest may be deemed by rating companies to have substantial vulnerability to default in payment of interest and/or principal. Other securities may have the lowest quality ratings or may be unrated. Lower rated and unrated securities in which the Partnership may invest have large uncertainties or major risk exposures to adverse conditions, and are considered to be predominantly speculative.

Generally, such securities offer a higher return potential than higher rated securities, but involve greater volatility of price and greater risk of loss of income and principal. The market values of certain of these securities (such as subordinated securities) also tend to be more sensitive to

changes in economic conditions than higher rated securities. Such securities tend to reflect individual corporate developments to a greater extent than do higher rated securities, which react primarily to fluctuations in the general level of interest rates. Companies that issue such securities often are highly leveraged and may not have available to them more traditional methods of financing. Any economic downturn could adversely affect the ability of the issuers of such securities to repay principal and pay interest thereon and increase the incidence of default for such securities.

48 Small and Medium Capitalisation Companies

The Partnership may invest a portion of its assets in the securities of companies with small- to medium-sized market capitalisations. While the AIFM believes they often provide significant potential for appreciation, such securities, particularly of companies having small capitalisation, involve higher risks in some respects than do investments in securities of larger companies. For example, prices of securities of small-capitalisation and even medium-capitalisation companies are often more volatile than prices of securities of large-capitalisation companies and the risk of bankruptcy or insolvency of many smaller companies (with the attendant losses to investors) is higher than for larger, "blue-chip" companies. In addition, due to thin trading in the securities of some small-capitalisation companies, an investment in those companies may be illiquid.

49 Money Market Instruments

The term "money market instruments" refers to a variety of short-term, liquid investments, usually with maturities of 397 days or less. Some common types are government bills and notes, which are securities issued by a government; commercial papers, which are promissory notes issued by large companies or financial firms; banker's acceptances, which are credit instruments guaranteed by banks; and negotiable certificates of deposit, which are issued by banks in large denominations. Money market securities can pay fixed, variable, or floating rates of interest. The Partnership is subject to income risk, which is the chance that the Partnership's income will decline because of falling interest rates. The income declines when interest rates fall, because the Partnership then must invest in lower-yielding instruments. Because the Partnership's income is based at least partially on short-term interest rates - which can fluctuate significantly over short periods - income risk is expected to be high.

50 Loans of Portfolio Securities

For the purpose of achieving income, the Partnership may lend its portfolio securities to brokers, dealers, and other financial institutions provided a number of conditions are satisfied, including that the loan is fully collateralised. When the Partnership lends portfolio securities, its investment performance will continue to reflect changes in the value of the securities loaned, and the Partnership will also receive a fee or interest on the collateral. Securities lending involves the risk of loss of rights in the collateral or delay in recovery of the collateral if the borrower fails to return the security loaned or becomes insolvent. The Partnership may pay lending fees to a party arranging the loan.

51 Fees Related to Investments in Eligible Investment Assets

Investors shall be aware of the fact that the fees (subscription, redemption, management and others, if any) charged by the Eligible Investment Assets will have to be borne on a *pro rata* basis by the Partnership and that in consequence the net assets of the Partnership will be affected. This might lead to a duplication of the fees and charges, as the Partnership incurs the fees and charges at each investment level.

52 Economic, political and social risk

52.1 COVID-19 and other Public Health Crises

In recent years epidemics, pandemics and other public health crises have occurred such as the severe acute respiratory syndrome (or SARS), the H1N1 influenza, the Middle East respiratory syndrome (or MERS), the avian influenza and the Ebola virus disease. In December 2019, a novel coronavirus which causes the disease now known as COVID-19 was identified, and by March 2020, the World Health Organisation declared the COVID-19 outbreak a pandemic with a large number of COVID-19 cases recorded world-wide.

Although the World Health Organisation declared that the global pandemic was over by May 2023, it is not possible to predict the continued consequences of COVID-19, or other comparable pandemics and crises. The COVID-19 pandemic has had a material impact on the global economy and is likely to continue to have a material impact. Historically, widespread outbreaks of communicable diseases have affected investment sentiment and caused sporadic volatility in global markets, disrupting manufacturing supply chains, the retail sector and demand for commercial property, and exacerbating solvency concerns. Such effects will be unevenly distributed across sectors, businesses, and national economies.

Deterioration of financial markets may negatively impact liquidity and result in working capital lines being blocked, financial covenants being breached, events of default occurring, force majeure or material adverse change provisions being triggered and/or the triggering of termination payments or other contingent liabilities for non-performance.

Such negative changes in the global financial markets, or the national or regional economies in which any of the investments do business, may therefore in turn have a material adverse effect on the business of the Partnership or the business of any of its investments.

In addition to these adverse consequences, regional and national authorities have and may continue to impose measures such as quarantines and travel restrictions that could cause significant interruption to the business operations of the Partnership or any of its investments. Such measures may impact on the commerciality of a transaction, the ease with which transactions may be executed, or the general costs otherwise incurred by the Partnership or the business of any of its investments. Quarantines and travel restrictions, for example, may prevent physical meetings and on-site visits from taking place and/or may cause businesses to suspend operations.

The full scope, duration and consequences of the COVID-19 pandemic are uncertain and any further resultant economic slowdown and/or negative business sentiment across markets may have a negative and long-lasting impact on the business operations and financial condition of the Portfolio Manager, the Partnership, and the investments themselves. Similar consequences could arise with respect to other comparable outbreaks and long-lasting public health crises.

In addition, it is impossible to predict the nature or scope of any such consequences in relation to the performance of existing or future investments or more generally, and the full impact of COVID-19 on investments may be uncertain for some time. Investors should note that historic valuations of unrealised investments are based on facts and assumptions at the relevant time and have not been adjusted to reflect the interim and future impact of COVID-19. Investors are invited to contact the Portfolio Manager with any queries regarding current investment performance.

52.2 Russia-Ukraine Conflict

In 2021, Russian President Vladimir Putin ordered the Russian military to begin massing personnel and equipment near Russia's border with Ukraine. In February 2022, in response to the Russian military invasion of Ukraine, the United Kingdom, the European Union, the United States of America and a number of other countries imposed a wide range of economic sanctions against certain entities, persons and institutions connected to Russia in response to such activities. The conflict between Russia and Ukraine and the role, if any, of NATO and/or other nations is sufficiently fast developing that it is not possible to predict the ultimate impact of recent events on global market conditions. The situation continues to evolve at pace in real time.

The Partnership's investment guidelines do not contain any specific allocation to Russia or Ukraine and so it is not expected to have direct exposure to these two countries. The Partnership does not have any Russian-domiciled investors, nor to the knowledge of the General Partner any investors with direct links to the Russian government or other Russian state-owned enterprise. The General Partner expects, however, that the situation may have adverse economic impacts, potentially severe ones, which will not be limited to Europe. The most immediate effect is likely to be on global energy and commodity prices, and the resulting amplified inflationary pressures. A delay may also be expected in the responses of central banks to the high levels of inflation, creating further pressures in the macroeconomic environment and operating circumstances for some companies. Other negative economic and/or social consequences could also result. The situation is dynamic but introduces uncertainty in the business, legal and political environment and risks, including short and long-term market volatility and currency volatility, and macroeconomic risk to European and global economies. Any resulting deterioration of political, socio-economic and financial conditions globally may result in widespread disruption to certain sectors including the financial and infrastructure sector. The full scope of the duration, intensity and consequences of the foregoing risks are uncertain and the resultant economic slowdown and/or negative business sentiment across markets and/or any long-term changes that may arise therefrom could have a negative and long-lasting impact on the business operations and financial condition of the Partnership, its investments and its ability to fulfil its investment objectives.

The Partnership and its management and advisory entities are subject to laws which may restrict dealings with persons that are located or domiciled in sanctioned jurisdictions. Accordingly, where an Investor is named on a list of prohibited entities and individuals maintained by the U.S. Treasury Department's Office of Foreign Assets Control or under applicable EU and/or UK regulations and/or is operationally based or domiciled in a country or territory in relation to which current sanctions have been issued by the United Nations, the EU, the UK or any other applicable jurisdictions, the Partnership may be required to cease any further dealings with the Investor's interest in the Partnership, until such sanctions are lifted or a licence is sought under applicable law to continue dealings.

52.3 War in Israel

The Israel-Hamas war in the Middle East, which began on October 7, 2023, has created, and may continue to create, uncertainty and instability for market participants, and could adversely affect the Partnership. Such geopolitical risks may have a material adverse impact on macroeconomic factors and materially and adversely affect global trade, currency exchange rates, inflation, supply chains, regional economies and the global economy which

may in turn impair the Partnership's business, as well as the operations of the AIFM. In addition, to the extent that the Partnership has exposure to investments in the Middle East or adjoining geographic regions, the value of the Partnership's investments may be adversely affected.

53 Tax Risks

53.1 General Tax Risks

Tax laws are complex and quite often not completely clear, and the tax consequences of a particular structure chosen might be questioned or might be subject to challenge by the relevant tax authority in the country concerned. Furthermore, tax laws may change, so that the tax consequences of a particular investment may adversely change after it has been made. The Partnership's Shareholders and/or beneficial owners of Shares may be subject to income taxes or other taxes in multiple jurisdictions outside of their country. In addition, withholding tax or other taxes may be imposed on earnings of the Partnership or of entities through which it invests from investments in such jurisdictions. Such withholding tax not be (fully or even partially) reduced, e.g. in cases where the Partnership/ entity cannot rely on double taxation treaties. This will reduce the Partnership's return and thus also the return for its Shareholders. Local tax incurred in various jurisdictions by the Partnership or entities through which it invests are generally not creditable to or deductible by the Shareholders and/or beneficial owners of Shares. The Partnership intends to take into account tax consequences at the level of the Partnership and the Eligible Investment Assets in which it invests at the time an investment is made, however, as the Partnership does not control the Eligible Investment Assets in which it invests, it cannot be excluded that adverse tax consequences occur, e.g. as a result of a restructuring of an Eligible Investment Assets after the investment was made or subsequent changes in law. Furthermore, the Partnership will not be in a position to take into account the tax consequences at the level of Shareholders and/or beneficial owners of Shares in the Partnership.

In addition, Investors should be aware that in some jurisdictions there is uncertainty as to how tax rules should be applied to the Partnership. The uncertainty in this area may lead to unanticipated and/or unintended tax consequences for the Partnership and/or Investors.

It cannot be excluded that the Partnership or entities through which it invests incurs a liability for any tax, whether directly or indirectly, as a result of the participation (or another circumstance in the sphere) of a particular investor (or particular investors) in the Partnership. In such a scenario, the Partnership is not able to recover any such amount from the respective investor (or investors).

As a result of tax audits or other tax assessments at the level of the Partnership or entities through which it invests, even if this is carefully review by the AIFM and tax advisors, unexpected additional taxes may occur. Such additional taxes may relate to periods before the Shareholder and/or beneficial owners of Shares was invested in the Partnership and may not have been reflected in the issue price or purchase price when Shares were acquired.

53.2 Global Tax Initiatives

The ATAD I may impact the tax position of underlying subsidiaries (if any) in certain limited circumstances. For instance, the tax deduction of payments made by an underlying Luxembourg subsidiary may be denied if (i) such payments are not included in the taxable base of the ultimate recipient/beneficiary as a result of a hybrid mismatch (which can notably be defined as a situation where, because of a difference in the legal characterization

of a financial instrument, a tax deductible payment is not included in the taxable base of the ultimate recipient/beneficiary) and (ii) (a) the ultimate recipient/beneficiary of the payment and the Luxembourg payor company are associated enterprises or (b) the ultimate recipient/beneficiary and the Luxembourg payor company have entered into a structured arrangement which entails this hybrid mismatch.

Furthermore, the transposition of the ATAD II may further impact the tax position of the fund structure. In fact, the ATAD II extends the scope of the ATAD I which applied to situations of double deduction or deduction without inclusion resulting from the use of hybrid financial instruments or hybrid entities. The ATAD II requires EU Member States to either deny deduction of payments, expenses or losses or include payments as taxable income, in case of hybrid mismatches. It includes situations involving permanent establishments, reverse hybrids, imported mismatches, hybrid transfers and dual residence.

On 22 December 2021, the EU published a directive proposal which aims to fight against the misuse of shell entities for tax purposes and to ensure that EU entities with no or minimal economic activity are unable to benefit from certain tax advantages ("**ATAD III**" or the "**Unshell Proposal**"). These rules would apply to EU entities that are not excluded pursuant to the ATAD III and which (i) derive passive income, (ii) are engaged in cross-border transactions and (iii) outsourced the administration of day-to-day operations and the decision-making on significant functions. If the Unshell Proposal is implemented in its current form, EU entities within the scope of the provisions will need to declare in their annual tax returns whether they meet indicators of minimum substance and provide related documentary evidence. If they fail at least one of the substance indicators, they will be presumed not to have sufficient substance for tax purposes. Should such presumption not be rebutted, such entities would not be allowed to benefit from the provisions of double tax treaties or certain EU directives (such as the Parent-Subsidiary EU directive). In addition, they would not be entitled to a certificate of tax residence to the extent that such certificate serves to obtain the benefit of the aforementioned provisions, which may in turn affect returns to the Partnership. This may also place additional administrative burdens on the Partnership and/or its EU subsidiaries (if any). The Unshell Proposal may however undergo some changes following negotiations between the Member States and its impact on the Partnership will have to be monitored on a regular basis, in particular in light of any future amendments to the proposal (once it is adopted).

In December 2021, the OECD released the Pillar Two Model rules to provide for a framework implementing a 15% minimum tax (also the so called Global anti-Base Erosion or GloBE tax). The Pillar Two Model rules provide for two rules: the income inclusion rule (IIR) and the undertaxed payment rule (UTPR), designed to ensure a minimum tax of 15% and the possibility of a top up tax. In this context, prospective investors should note that the EU adopted on 14 December 2022 the Council Directive (EU) 2022/2523 on ensuring a global minimum level of taxation for multinational enterprise groups and large-scale domestic groups in the Union (the "**Pillar II Directive**"). Member States had to bring into force the laws, regulations and administrative provisions necessary to implement the provisions as provided in the Pillar II Directive by 31 December 2022, and to apply the related implementing provisions of the IIR and the UTPR starting from 1 January 2023 and 1 January 2024 respectively. Luxembourg has transposed the Pillar II Directive into Luxembourg law via the Pillar II Law.

The EU Commission issued on 11 May 2022 a proposal directive laying down rules on a debt-equity bias reduction and on limiting the deductibility of interest for corporate income tax purposes (the "**DEBRA Proposal**"). The rules included in the DEBRA Proposal would

apply to all taxpayers that are subject to corporate income tax in one or more EU Member States (with the exception of financial undertakings as defined by the proposal). Member States initially had to implement the DEBRA Proposal (once adopted) into their national law by 31 December 2023 with the provisions coming into effect as of 1 January 2024. The actual implementation of the DEBRA Proposal is however delayed based on recent discussions at EU level.

The exact impact of the above mentioned new (or pending) rules would need to be monitored on a regular basis, notably in the light of any future guidance from the competent tax authorities.

53.3 Multilateral Instrument

In addition to the international anti-tax avoidance measures mentioned above, the OECD adopted the Multilateral Instrument ("**MLI**"). This multilateral instrument swiftly implemented a series of tax treaty measures to update international tax rules and lessened the opportunity for tax avoidance by multinational enterprises. Existing tax treaties may further be amended in order to reflect the minimum standards as provided by the MLI. On 14 February 2019, the Luxembourg Parliament passed the bill of law on the ratification of the MLI into Luxembourg domestic tax law. The application of the MLI provisions to the Partnership will have to be monitored on a case-by-case basis according to the ratification by the other states and on the type of tax concerned, i.e., withholding tax or other taxes.

53.4 Reportable cross-border arrangements

Following the adoption of the Luxembourg law of 25 March 2020, as further amended, (the "**DAC 6 Law**") implementing Council Directive (EU) 2018/822 of 25 May 2018 amending the DAC in relation to reportable cross-border arrangements ("**DAC 6**"), certain intermediaries and, in certain cases, taxpayers have to report to the Luxembourg tax authorities within a specific timeframe certain information on reportable cross-border arrangements. A reportable cross-border arrangement covers any cross-border arrangement that is linked to one or more of certain types of taxes, and contains at least one hallmark (i.e. a characteristic or feature that presents an indication of a potential risk of tax avoidance) as set out in the DAC 6 Law. The reported information will be automatically exchanged by the Luxembourg tax authorities with the competent authorities of all other EU Member States. As the case may be, the Partnership may take any action that it deems required, necessary, advisable, desirable or convenient to comply with the reporting obligations imposed on intermediaries and/or taxpayers pursuant to the DAC 6 Law. Failure to provide the necessary information under the DAC 6 may result in the application of fines or penalties in the relevant EU jurisdiction(s) involved in the cross-border arrangement at stake. Under the DAC 6 Law, late, incomplete or inaccurate reporting, or non-reporting may be subject to a maximum fine of EUR 250,000.

53.5 Tax Reporting

Shareholders should note that the AIFM or the Partnership may be required to disclose information regarding any Shareholder to any tax authority or other governmental agency to enable the Partnership to comply with any applicable law or regulation or agreement with a governmental authority. Shareholders will be required to provide in a timely manner such information as may be reasonably required by the Partnership or the AIFM (and, when relevant, keep such information updated) to enable the Partnership to properly and promptly make such filings or elections as the Partnership or the AIFM may consider desirable or as required by law, or which the Partnership or the AIFM considers necessary or desirable in

connection with an investment or proposed investment (notably to comply with, or assess the impact of, any of the Information Reporting Regimes).

Shareholders should note that in certain circumstances the Partnership or the AIFM shall be entitled to take steps against a Shareholder who has failed to provide such information, including, but not limited to, ensuring that the relevant Shareholder bears the cost of any tax arising as a result of the failure to provide the information or compulsorily redeeming the Shareholder's Shares in the Partnership.

53.6 Investor level taxes

Shareholders and/or beneficial owners of Shares are typically subject to tax (income tax and possibly other taxes) in the country where they are (or deemed to be) resident. Correspondingly, they generally have to pay tax on distributions (profit distributions or possibly other distributions) made by the Partnership and profits made on the sale or redemption of Shares, but possibly also on other items such as lump-sum amounts or the increase of the market value of the Shares. Income generated by the Partnership or entities through which it invests may be allocated to, and taxable in the hands of, Shareholders and/or beneficial owners of Shares in particular in the event that the Partnership/ such entities are deemed to be transparent under the tax rules applicable to a Shareholder/ beneficial owner or under the rules for controlled foreign companies (CFC-rules) even though they have not been distributed to them. Losses incurred by Shareholders and/or beneficial owners of Shares, e.g. upon the sale or a redemption, or costs (for instance, financing costs) that relate to their Shares may not be (fully) tax-deductible. As a result, a Shareholder and/or beneficial owner of Shares may have to pay tax without receiving any income from its investment in the Partnership (so-called dry income), the effective tax rate on the income generated by them may exceed the nominal tax rate, and taxes may exceed such income or may be payable even though they have incurred a loss.

As set out in Section 53.1 above, withholding tax or other taxes may be imposed on earnings of the Partnership or entities through which it invests from their investments in the relevant jurisdictions, and such local tax incurred in various jurisdictions by the Partnership or entities through which it invests are likely not creditable to or deductible by the Shareholders and/or beneficial owners of Shares. As a result, earnings of the Partnership or entities through which it invests may be taxed more than once.

Prospective investors in the Shares are urged to seek independent tax advice and to consult their professional advisors as to the legal and tax consequences that may arise from an investment in the Partnership and more specifically from the treatment of the Partnership as opaque. Neither the Partnership nor any other party accept any responsibility in respect of the German tax position of the Shares, the Shareholders and/or beneficial owners of Shares.

PATRIZIA INFRASTRUCTURE INVEST
société d'investissement à capital variable
société en commandite par actions
Siège social : 15, rue de Flaxweiler, L-6776 Grevenmacher
Grand-Duché de Luxembourg

Consolidated articles of incorporation

Dated 25 June 2025

TITLE I

Definitions

Article 1. Definitions

The following terms used in these Articles of Incorporation have the following meanings unless circumstances indicate otherwise. All references to the singular include a reference to the plural (and vice versa).

"**1915 Law**" means the Luxembourg law dated 10 August 1915 relating to commercial companies, as amended from time to time.

"**2010 Law**" means the Luxembourg law dated 17 December 2010, relating to undertakings for collective investment, as amended from time to time.

"**2013 Law**" means the Luxembourg law of 12 July 2013, relating to alternative investment fund managers, as amended from time to time.

"**Accounting Currency**" means the currency of consolidation of the Partnership, i.e., the Euro.

"**AIF**" means an alternative investment fund within the meaning of article 1 (39) of the 2013 Law.

"**AIFM Board**" means the duly constituted board of directors of the AIFM.

"**AIFM Directive**" or "**AIFMD**" means the Directive 2011/61/EU of the European Parliament and of the Council of 8 June 2011 on Alternative Investment Fund Managers and amending Directives 2003/41/EC and 2009/65/EC and Regulations (EC) No 1060/2009 and (EU) No 1095/2010, as published in the Official Journal of the European Union on 1 July 2011, as amended from time to time.

"**Alternative Investment Fund Manager**" or "**AIFM**" means the external alternative investment fund manager appointed for the Partnership by the General Partner in accordance with the 2013 Law, or any successor alternative investment fund manager of the Partnership.

"**Article**" means an article of these Articles of Incorporation.

"**Articles**" or "**Articles of Incorporation**" means the current version of the articles of incorporation of the Partnership, as amended from time to time.

"**Board**" means the duly constituted board of managers of the General Partner.

"**Business Day**" means any day on which banks in Luxembourg are open for business (except Saturdays, Sundays, public holidays and 24 December and 31 December each year).

"**Class**" means a class in which Shares may be issued, as defined in Article 7.

"**CSSF**" is the Luxembourg *Commission de Surveillance du Secteur Financier*, the supervisory authority for the financial sector in Luxembourg.

"Depository" refers to the entity acting as depository of the Partnership.

"Depository Agreement" means the depository agreement between the Partnership, the Depository, and/or the AIFM.

"Eligible Investment Assets" means eligible investment assets as described in article 10(1) of the ELTIF Regulation.

"ELTIF" means a European Long-Term Investment Fund within the meaning of the ELTIF Regulation.

"ELTIF Regulation" means the Regulation (EU) 2023/606 of the European Parliament and of the Council of 15 March 2023 amending Regulation (EU) 2015/760 as regards the requirements pertaining to the investment policies and operating conditions of European long-term investment funds and the scope of Eligible Investment Assets, the portfolio composition and diversification requirements and the borrowing of cash and other fund rules, as amended from time to time.

"Euro" means the lawful currency of the member states of the European Union that have adopted the single currency in accordance with the Treaty establishing the European Community as amended by the Treaty on European Union and as amended by the Treaty of Amsterdam.

"Financial Year" means the twelve (12) months ending on 31 December of each calendar year, provided that the first Financial Year will begin on the date of the establishment of the Partnership and that the last Financial Year of the Partnership shall end on the date of the final liquidation payment of the Partnership.

"General Meeting" means a general meeting of Shareholders.

"General Partner" designates PATRIZIA Infrastructure Invest GP S.à r.l., a *société à responsabilité limitée* incorporated and existing under Luxembourg law, with its registered office at 15, rue de Flaxweiler, L-6776 Grevenmacher, Grand Duchy of Luxembourg, registered with the RCS under number B290.693.

"Independent Appraiser" means any Person, which has no interest in any Share and is not affiliated with the General Partner and/or the AIFM and, appointed by the AIFM to appraise the value of properties and property rights registered in the name of the Partnership or any Subsidiaries as well as the direct or indirect shareholdings of the Partnership.

"Investment Objective" means the investment objective of the Partnership, as set out in the Prospectus.

"Investment Policy" means the investment guidelines of the Partnership, as set out in the Prospectus.

"Investor" means any Investor, who has subscribed for Shares or who has acquired any Shares from another Investor (for the avoidance of doubt, the term includes, where appropriate, the Shareholders).

"**Limited Shareholder**" means the registered holder of an Ordinary Share (*actionnaire commanditaire*), being a Professional Investor or a Retail Investor.

"**Liquid Assets**" has the meaning ascribed to it in Article 5.

"**LUX GAAP**" has the meaning ascribed to it in Article 15.

"**MiFID II**" means Directive 2014/65/EU of the European Parliament and of the Council of 15 May 2014 on markets in financial instruments and amending Directive 2002/92/EC and Directive 2011/61/EU.

"**Net Asset Value**" means the net asset value of the Partnership, as determined in accordance with Article 15 and the Prospectus.

"**Net Asset Value per Share**" means the net asset value per Share of the relevant Class, as determined in accordance with Article 15 and the Prospectus.

"**Ordinary Share**" means an ordinary share (*action ordinaire de commanditaire*) in the capital of the Partnership and issued in a particular Class.

"**Partnership**" means PATRIZIA Infrastructure Invest, a partnership limited by shares (*société en commandite par actions*) qualifying as investment company with variable capital (*société d'investissement à capital variable*), governed by Part II of the 2010 Law; for the purposes of this Prospectus, "**Partnership**" shall also mean, where appropriate, the General Partner, acting on behalf of **PATRIZIA Infrastructure Invest**.

"**Partnership Documents**" means the following documents:

- a) Prospectus;
- b) Articles of the General Partner and these Articles;
- c) AIFM Agreement;
- d) Central Administration agreement;
- e) Depositary agreement; and
- f) the semi-annual and annual reports issued by the Partnership.
- g) A key information document in compliance with the relevant provisions of Regulation (EU) 1286/2014, as amended, and Commission Delegated Regulation (EU) 2017/653, is published for each Class available to Retail Investors. PRIIPs KIDs are provided to Retail Investors prior to their subscription in the Partnership and are provided (i) in paper form, (ii) using a durable medium other than paper, (iii) available electronically, such as in a data room for Investors or on a website for the Partnership or (iv) upon request to the Partnership and/or the AIFM.

"**Person**" means a corporation, limited liability company, trust, partnership, estate, unincorporated association or other legal entity.

"**Professional Investor**" means Investors that are a professional client or may, on request, be treated as a professional client, within the meaning of MiFID II.

"**Prohibited Person**" means any person, corporation, limited liability company, trust, partnership, estate or other corporate body, if in the sole opinion of the Board, the holding of Shares by such person may be detrimental to the interests of the existing Shareholders or of the Partnership, if it may result in a breach of any law or regulation, whether Luxembourg or otherwise, or if as a result thereof the Partnership may become exposed to tax or other regulatory disadvantages (including without limitation causing the assets of the Partnership to be deemed to constitute "plan assets" for purposes of the U.S. Department of Labor Regulations under Employee Retirement Income Security Act of 1974, as amended), fines or penalties that it would not have otherwise incurred. This includes, but is not limited to, any Investor who causes the Partnership to be subject to tax caused by such Investor's failure to comply with FATCA. The term "Prohibited Person" further includes any Investor which does meet the definition of U.S. Person.

"**Prospectus**" means the Prospectus of the Partnership together with any amendments and supplements thereto.

"**RCS**" means the Luxembourg Trade and Companies Register (*Registre de Commerce et des Sociétés*).

"**Redemption Day**" means, unless otherwise provided for in these Articles of Incorporation, the last Business Day of each calendar quarter.

"**Redemption Price**" means the price at which a Share is redeemed, as further detailed in the Prospectus.

"**Register**" means the register of Shareholders or Shares in the Partnership, as provided for in the 1915 Law and Article 8.

"**Registrar and Transfer Agent**" means the entity specified in the Prospectus and acting as the Registrar and Transfer Agent of the Partnership.

"**Retail Investor**" means an Investor that is not a Professional Investor.

"**Share**" means the Unlimited Share(s) and the Ordinary Share(s).

"**Shareholder**" means the registered holder of a Share.

"**Subscription Agreement**" means the agreement entered into between an Investor and the Partnership by which the Investor subscribes for Shares of a certain Class for a certain amount.

"**Subscription Price**" means, with respect to any Class, the price at which Shares in such Class will be issued until the Partnership calculates its first Net Asset Value.

"**Subscription Date**" has the meaning ascribed to this term in Article 9.

"**Subsidiary**" means any company or other entity in which the Partnership has more than a fifty percent (50%) ownership interest.

"**Transfer**" means any sale, assignment, pledge or other transfer of Shares.

"**U.S. Person**" means U.S. citizens or persons with permanent residence in the U.S.A. or corporations or partnerships or estates or trusts established under the laws of U.S. states, territories or possessions of the U.S.A., other than estates or trusts whose income from sources outside the United States is not taken into account in the calculation of gross income for U.S. income tax purposes, or any company, partnership or other entity - regardless of nationality, domicile, location or place of business - if, under applicable U.S. income tax law, its ownership is attributed to one or more U.S. persons or to persons defined as "U.S. Persons" in Regulation S under the U.S. Securities Act of 1933 or the U.S. Internal Revenue Code of 1986, as amended.

"**Unlimited Share**" means the unlimited share (*action de l'actionnaire commandité*) held by the General Partner in the Partnership in its capacity as Unlimited Shareholder (*actionnaire commandité*).

"**Unlimited Shareholder**" means the General Partner as holder of the Unlimited Share and unlimited Shareholder (*actionnaire gérant commandité*) of the Partnership, liable without any limits for any obligations that cannot be met out of the assets of the Partnership.

"**Valuation Day**" has the meaning as defined in Article 15.

TITLE II

NAME - PLACE OF BUSINESS - DURATION - PURPOSE

Article 2. Name

A partnership limited by shares (*société en commandite par actions*) in the form of an investment company with variable capital (*société d'investissement à capital variable*) named PATRIZIA Infrastructure Invest has been incorporated between the General Partner and the Founding Limited Shareholder which is subject to the present Articles of Incorporation and applicable Luxembourg laws, in particular the 1915 Law, the provisions of Part II of the 2010 Law and the ELTIF Regulation. The Partnership qualifies as an AIF under the 2013 Law. In the event of any inconsistency between the provisions of these Articles of Incorporation and the provisions of the Prospectus, the Articles of Incorporation will prevail.

Article 3. Registered Office

The registered office of the Partnership is in the municipality of Grevenmacher, Grand Duchy of Luxembourg. Subsidiaries, branches and other offices may be established either in the Grand Duchy of Luxembourg or abroad. The registered office of the Partnership may be transferred within the same municipality or to another municipality of the Grand Duchy of Luxembourg by a resolution of the General Partner. The General Partner shall arrange that the Articles of Incorporation are amended to reflect such transfer.

Article 4. Duration

The Partnership is established for an unlimited duration. The business activities of the Partnership shall commence after the incorporation of the Partnership and shall be at the discretion of the General Partner and will be conducted in accordance with the provisions of the 2010 Law and the provisions of the ELTIF Regulation.

The Partnership may be dissolved at any time by a resolution of the Shareholders, adopted in accordance with the conditions prescribed for an amendment to the Articles of Incorporation.

Article 5. Business Purpose

The purpose of the Partnership is to place its Shares with the public by means of a public or private offer, the direct or indirect investment of its assets in (i) Eligible Investment Assets and (ii) other investments in accordance with article 9(1)(b) of the ELTIF Regulation (the "**Liquid Assets**"), in order to spread the investment risks, with the aim of providing the Limited Shareholders with income from the administration, management and sale of the Partnership's assets. The Partnership may take any measures and conclude all transactions which the General Partner considers useful for the fulfilment and development of its business purpose, to the extent permitted by the 2010 Law and the ELTIF Regulation, including (i) to borrow cash and (ii) to grant guarantees by way of mortgage, charge, pledge, assignment of a security interest or otherwise in all or any of its assets of the Partnership to secure the obligations of the Partnership towards its Limited Shareholders or third parties each time to the full extent permitted by the 2010 Law and the ELTIF Regulation, provided that the other provisions of these Articles of Incorporation will be complied with.

In each case, the investment is carried out within the definitions and limits contained in the Prospectus.

TITLE III CAPITAL - SHARES - NET ASSET VALUE

Article 6. Capital

- (1) The share capital of the Partnership shall consist of fully paid-up Shares of no par value and shall at all times be equal to the value of the total net assets of the Partnership.
- (2) The Partnership is incorporated with an initial share capital of thirty thousand Euro (EUR 30,000.-).
- (3) The Accounting Currency of the Partnership is the Euro (EUR).
- (4) The share capital of the Partnership shall consist, at the time of the incorporation of the Partnership, of:
 - (a) twenty-nine (29) non-par value Shares held by the Founding Limited Shareholder, one (1) non-par value General Partner's Share held by the General Partner; and
 - (b) the minimum capital of the Partnership, as provided by the 2010 Law, is one million two hundred fifty thousand Euro (EUR 1,250,000.-). The minimum

capital must be reached within twelve (12) months following its authorisation by the CSSF in accordance with Luxembourg law.

Article 7. Types of Shares of the Partnership, Classes

- (1) As a partnership limited by shares (*société en commandite par actions*), the Partnership has two types of Shareholders:
 - (a) the General Partner (*associé commandité*), which holds at least one (1) Unlimited Share and which is jointly and severally liable for any obligation that cannot be met from the assets of the Partnership; and
 - (b) the Limited Shareholders (*associés commanditaires*) which hold one (1) or more Ordinary Shares and whose liability is limited to their capital contribution to the Partnership. The Partnership may have an unlimited number of Limited Shareholders.
- (2) The General Partner is entitled to issue, within the Partnership, in addition to the Unlimited Share, one (1) or more classes of Ordinary Shares (each a "**Class**") to existing Limited Shareholders whose assets are collectively invested in accordance with the Investment Objective of the Partnership. The Classes may differ, *inter alia*, in respect of Accounting Currency, subscription prices, fee structure, minimum investment amounts, distribution or reinvestment policy, the requirements to be met by the Limited Shareholders or other special features each of which is determined by the General Partner and described in the Prospectus.
- (3) Shares are available for purchase only by (i) professional investors, and (ii) retail investors fulfilling the eligibility requirements of the ELTIF Regulation.
- (4) The Net Asset Value per Share will be calculated separately for each Class issued. If Classes are issued, the different characteristics of each Class will be set out in the Prospectus. Different accounting investment segments may also be established for the Partnership by a vote of the General Partner. Where this is done for the Partnership, the details are set out in the Partnership's Prospectus.

Article 8. Form of Shares and Register

- (1) The Partnership shall issue fully paid-up Shares. Shares will be issued in the form of registered shares only. No physical certificates are issued. Shares can be issued or allocated via Clearstream or other centralised management systems. Shares may be of different Classes.
- (2) All Shares issued by the Partnership shall be recorded in the Register kept by the Partnership or by one (1) or more persons appointed by the General Partner. This Register shall contain (i) an up-to-date complete copy of these Articles of Incorporation (ii) a list of all Shareholders with their name or corporate name, legal form, address and commercial register number (if any), and the number of Shares held in each case, and (iii) the Transfer of Shares and the dates of such Transfers.
- (3) The Register is conclusive evidence of ownership of the Shares and the Partnership will treat the registered owner of Shares as the owner thereof.

- (4) Each Shareholder will receive written confirmation that the Shares are registered in his name in the Register.
- (5) After issue, Shares are entitled to participate equally in the profits and losses attributable to the relevant Class, in payments made by the Partnership to Shareholders as well as in the liquidation proceeds of the Partnership.
- (6) Until notices to the contrary have been received by the Partnership, it may treat the information contained in the Register as accurate and up-to-date and may in particular use the inscribed addresses for the sending of notices and announcements and the inscribed banking account details for the making of any payments.
- (7) Insofar as and as long as the Shares are fully paid up, the Limited Shareholders are not obliged under these Articles of Incorporation to make a contribution or other payment of capital in excess thereof.
- (8) Payment by Investors should be made in accordance with the instructions set out in the Subscription Agreements and in accordance with the provisions of the Prospectus.
- (9) The Partnership recognises only one (1) owner per Share. In the event that the ownership of Shares is divided, those who assert a right in such Shares must appoint a joint authorised representative to represent the rights arising from the Shares *vis-à-vis* the Partnership. The Partnership may suspend the exercise of all rights in respect of such Shares until a single Person has been appointed as the owner of the Shares in relation to the Partnership.
- (10) Fractions of Shares may be issued to four (4) decimal places and are entitled to participate *pro rata* in the gains and losses, the payments by the Partnership to Shareholders and the allocation of the liquidation proceeds.
- (11) The Shares do not carry any preferential or pre-emptive rights. To the extent that Classes may be offered to Retail Investors, all Shareholders within the same Class must benefit from equal treatment and no preferential treatment or specific economic benefits may be granted to individual Shareholders or groups of Shareholders within such Class. Shareholders are entitled to participate in the gains and losses, payments by the Partnership to Shareholders and the liquidation proceeds *pro rata* to the paid-up contributions divided by the applicable issue price in relation to the relevant contribution.

Article 9. Issue of Ordinary Shares

- (1) The General Partner is entitled to, at any time and without limitation, issue Ordinary Shares at such value as shall be determined in the Prospectus.
- (2) Ordinary Shares are only issued to Investors who have subscribed for Shares or who have acquired any Ordinary Shares from another Investor.
- (3) The General Partner will determine the dates to accept subscriptions for Ordinary Shares, as further detailed in the relevant section of the Prospectus ("**Subscription Date**").

- (4) The relevant Limited Shareholder shall pay a contribution equal to the share value on the relevant Subscription Date as described in Prospectus. The General Partner may authorise any of its managers, officers or other entities to accept subscriptions and receive payments for Ordinary Shares to be newly issued. Ordinary Shares will be issued to the relevant Limited Shareholder in the appropriate amount upon receipt of the subscription price immediately following the relevant Subscription Date.
- (5) The Partnership will not accept subscriptions for Shares in consideration of a contribution in kind of assets or services.
- (6) Retail Investors may, within two (2) weeks after its signature of the initial Subscription Agreement for Shares in the Partnership, cancel their subscription and have their money returned without penalty, as further detailed in the Prospectus.
- (7) If timely payment for Shares is not made (or if a completed Subscription Agreement or subscription form is not received in proper form for a subscription), the application for Shares may be deemed null and void and Shares previously allotted (if any) may be cancelled.
- (8) Until the Partnership calculates its first Net Asset Value, Ordinary Shares will be offered at the Subscription Price, and thereafter Ordinary Shares will be issued at the Net Asset Value as described in Article 15.
- (9) The General Partner shall be entitled, where it considers it necessary to do so in order to protect the Shareholders or the Partnership, to accept, defer, queue or reject subscription requests.
- (10) Subject to the provisions of Article 16, the Partnership will not issue Ordinary Shares during the period in which the calculation of the Net Asset Value of the Partnership is suspended in accordance with Article 16. If the calculation of the Net Asset Value is suspended after investors have already submitted an application for subscription, the Ordinary Shares will be issued on the basis of the first Net Asset Value calculated after the suspension has ended.

Article 10. Transfer of Shares

- (1) Unless otherwise stated in this Article 10, Shares may be transferred without the prior written consent of the Board and the other Shareholders.
- (2) However, any Transfer of Shares will be void:
 - (a) if the relevant Transfer results in a violation of any provision of these Articles or the Prospectus;
 - (b) if the relevant Transfer results in a violation of any law or regulation in the Grand Duchy of Luxembourg or elsewhere;
 - (c) if the relevant Transfer may be detrimental to the interests of the existing Shareholders or of the Partnership,
 - (d) if the relevant Transfer results in the Partnership or any Eligible Investment Assets becoming exposed to tax or other regulatory disadvantages (including

without limitation causing the assets of the Partnership to be deemed to constitute "plan assets" for purposes of the U.S. Department of Labor Regulations under Employee Retirement Income Security Act of 1974, as amended), fines or penalties that it would not have otherwise incurred; or

- (e) if the transferee is a Prohibited Person.
- (3) Any Transfer of Shares requires that:
- (a) the transferee represents to the Partnership in a form satisfactory to the Partnership that it does not qualify as Prohibited Person and that the Transfer will not result in a violation of any law or regulation in the Grand Duchy of Luxembourg or elsewhere; and
 - (b) the transferee does not qualify as a Prohibited Person.
- (4) Once the transferor has validly transferred its Shares, such transferor shall have no further liability of any nature under these Articles or in respect of the Partnership in relation to the Shares it has transferred.
- (5) Any Transfer will be subject to the additional terms and conditions of the Prospectus.

Article 11. Matching

The Prospectus may provide for the possibility of full or partial matching of transfer requests of Shares submitted by existing Shareholders with subscription requests submitted by potential Shareholders who wish to invest in the Partnership, under the terms and procedures set forth by the Board in the Prospectus, the matching policy and procedures of the AIFM and within the limits provided by the ELTIF Regulation and applicable laws and regulations.

Article 12. Redemption of Shares in the Partnership

- (1) Limited Shareholders are entitled to request the full or partial redemption of the Ordinary Shares held by them under the terms and conditions as outlined hereunder and in the Prospectus and the ELTIF Regulation.
- (2) The Board may at any time but subject to the prior approval of the Limited Shareholder(s) concerned, decide on a repurchase of Ordinary Shares of the Partnership to e.g., repay available liquidity to the Limited Shareholders. The decision of the Board to repurchase Ordinary Shares shall be effective and applicable on a *pro rata* basis as to the Ordinary Shares held by each Limited Shareholder for all Shareholders. The Board will inform the Limited Shareholders of this decision in due time in advance. Such notification includes the point of time such repurchase will become effective and the relevant purchase price per Ordinary Share. The purchase price per Ordinary Share in case of a repurchase of Ordinary Shares will be calculated on the basis of the stipulation of Article 15 of these Articles as regards the calculation of the Net Asset Value without adding a repurchase fee or charge. Shares having been repurchased by the Partnership shall be nullified.
- (3) Payment of the Redemption Price will be made no later than within the time period specified in the Prospectus following the relevant Valuation Day. The Redemption Price will be paid in Euro.

- (4) Subject to the provisions of Article 16, the Partnership will not redeem Ordinary Shares during the period in which the calculation of the Net Asset Value of the Partnership is suspended in accordance with Article 16.
- (5) The Partnership may, at its complete discretion but with the consent of the relevant Shareholder, decide to satisfy payment of the redemption proceeds to this Shareholder wholly or partly in specie by allocating to such Shareholder investments from the pool of assets set up in connection with the Partnership, equal in value as of the Redemption Day on which the Redemption Price is calculated, to the value of the Shares to be redeemed. The nature and type of assets to be transferred in such case shall be determined on a fair and reasonable basis and without prejudicing the interests of the other Shareholders, and the valuation used shall be confirmed by a special report of the Auditor. The costs of such transfer shall be borne by the transferee. The Partnership may make redemptions in kind in accordance with the ELTIF Regulation, provided that:
 - (a) all Shareholders are treated fairly;
 - (b) the Shareholder asks in writing to be repaid through a share of the assets of the relevant share class of the Partnership; and
 - (c) no specific rules restrict the transfer of those assets.

Article 13. Compulsory Redemption of Shares held by a Prohibited Person

- (1) If the Partnership discovers at any time that Shares are owned by a Prohibited Person, either alone or in conjunction with any other person, whether directly or indirectly, the Partnership may in its discretion and without liability, compulsorily redeem the Shares at the Redemption Price after giving such Prohibited Person notice of at least ten (10) Business Days and upon redemption, the Prohibited Person will cease to be the owner of those Shares.
- (2) The Partnership may require any Shareholder to provide it with any information that it may consider necessary for the purpose of determining whether or not such owner of Shares is or will be a Prohibited Person.
- (3) The Partnership may compulsorily redeem Shares at the Redemption Price in order to remit cash to Limited Shareholders, in particular to replace capital distributions.
- (4) The costs and charges of the compulsory redemption will be borne by the Shareholder concerned.
- (5) Subject to the provisions of Article 16, the Partnership will not compulsorily redeem Ordinary Shares during the period in which the calculation of the Net Asset Value of the Partnership is suspended in accordance with Article 16.

Article 14. Limitations of Ownership of Shares

- (1) The General Partner may restrict or prevent the ownership of Ordinary Shares in the Partnership by any legal person, firm or corporate body, if in the opinion of the Partnership such holding may, *inter alia*, be detrimental to the Partnership, its Shareholders or one (1) given Class, if it may result in a breach of any law or regulation,

whether Luxembourg or foreign, or if as a result thereof the Partnership may become subject to laws other than those of the Grand Duchy of Luxembourg (including but without limitation tax laws).

- (2) Specifically, but without limitation, the General Partner may restrict the ownership of Shares by any Prohibited Person.
- (3) For such purposes the Partnership may:
 - (a) decline to issue any Shares, where it appears to it that such registry would or might result in legal or beneficial ownership of such Shares by a Prohibited Person;
 - (b) at any time require the Registrar and Transfer Agent, to furnish it with any information, supported by affidavit, which it may consider necessary for the purpose of determining whether or not beneficial ownership of such Shares rests in a Prohibited Person, or will result in beneficial ownership of such Shares by a Prohibited Person;
 - (c) decline to accept the vote of any Prohibited Person, at any meeting of Shareholders of the Partnership;
 - (d) where it appears to the Partnership that any Prohibited Person either alone or in conjunction with any other person is a beneficial owner of Shares, direct such Shareholder to sell his Shares and to provide to the Partnership evidence of the sale within thirty (30) days of the notice. If such Shareholder fails to comply with the direction, the Partnership may compulsorily redeem from any such Shareholder all Shares held by such Shareholder in accordance with Article 13 of these Articles of Incorporation and the Prospectus.

Article 15. Calculation of the Net Asset Value of Each Share of the Partnership

- (1) The AIFM (or a representative appointed by it) calculates the Net Asset Value per Share under the responsibility of the General Partner. The calculation shall be made at the frequency determined by the AIFM and set out in the Prospectus. The day on which the Net Asset Value is calculated shall be referred to in these Articles of Incorporation as the "**Valuation Day**".
- (2) If a Limited Shareholder requests the subscription of Ordinary Shares on any other day or the AIFM carries out the repurchase of Ordinary Shares pursuant to Article 12(2) of the Articles of Incorporation on any other day, the last available valuation may also be used for settlement of these transactions on Ordinary Shares at the discretion of the AIFM.
- (3) The net asset value results from calculating the aggregate value of all the assets of the Partnership properly allocated to the relevant share class less the aggregate value of all the liabilities of the Partnership properly allocated to such share class (together the "**Net Asset Value**"). The Net Asset Value per Share of a single share of a share class results from dividing the value of the Net Asset Value attributable to this share class by the number of shares of this share class in circulation on the valuation date (the "**Net Asset Value per Share**").

- (4) The net assets are calculated according to the valuation policy of the AIFM and the following principles:

Assets listed on a stock exchange are valued at the last known price at the time of the calculation of the Net Asset Value per Share. If an asset is listed on more than one stock exchange, the last available price on the stock exchange which is the main market for that asset is decisive.

All assets not denominated in the currency of the Partnership are valued at the latest available mid-market exchange rate at the time of calculation of the Net Asset Value per Share.

- (a) Assets which are not listed on a stock exchange but which are traded on another regulated market which is recognised, open to the public and operates regularly are valued at a price which may not be lower than the bid price and not higher than the offer price at the time of calculation of the Net Asset Value per Share and which the AIFM considers to be the best possible price at which the assets can be sold.
- (b) If an asset is not listed or traded on a stock exchange or on another regulated market or if, in the case of assets listed or traded on a stock exchange or on another market as mentioned above, the prices according to the rules in (a) or (b) do not adequately reflect the actual market value of the corresponding assets, the value of such assets is determined on the basis of the reasonably foreseeable sales price after a prudent assessment.
- (c) Direct infrastructure investments are typically made via a single or multi-level structure of infrastructure project companies using equity and debt instruments, whereby the debt instruments can have different seniorities. The underlying investments (e.g. wind farms, photovoltaic systems, hydro power plants, highways) normally obtain their value from regular cash flows and the value of the investments could therefore be determined with the aid of a DCF model based on the income and operating costs, which is in accordance with the IPEV guidelines. In special situations, depending on the development stage of the infrastructure project, the availability of recent market data and/or the financing structure (e.g. through private debt), the AIFM (if applicable with support of an independent appraiser) may adopt different valuation techniques as per the IPEV guidelines, like either the Cost approach or the Market approach.

The valuation process generally consists of following steps:

1. At acquisition there is a due diligence performed to ensure that there is enough information available to properly assess the value of the asset and to check if the acquisition price is market conforming. The initial acquisition valuation is usually carried out by the AIFM, if applicable with the support of an independent appraiser.
2. At least annually a valuation is conducted by the AIFM, if applicable with the support of an independent appraiser.

3. Each valuation cycle, in a stable market situation and a stable financial condition of the asset, the most recent valuation is upheld. At least quarterly the AIFM assesses the valuation to conclude whether a valuation adjustment or revised valuation appraisal is required. A potential adjustment or valuation update is made upon AIFM discretion and takes into account the fund's internal threshold and is then taken into account in the next valuation cycle after the conclusion on the adjustment.

The aforementioned valuation assessment includes:

- Check with risk management on any events that could significantly affect the valuation.
 - Check with portfolio management on any events that could significantly affect the valuation.
 - Check against general significant market events from publicly available sources.
 - Check against substantial changes in valuation model inputs like current prices and forward prices, estimate of commodities, business plans of the projects, risk-free interest rate curve, invested company financials.
- (d) Shares in target funds and investment companies are generally valued on the basis of the last available net asset value of the target fund or the last available balance sheet of a target fund (if the latter does not disclose net asset values) or, if applicable, of its personally liable partner. The AIFM shall in principle rely on the information provided by the target funds or general partners, unless there are indications that such information may be inaccurate; in this respect, the AIFM shall take into account general due diligence requirements. If no current net asset value of a target fund is available at the time of a net asset value calculation, the AIFM may use both estimated net asset values and the latest published net asset values. If necessary, the AIFM will adjust the net asset values of the target funds or the balance sheet information and values of investment companies if it considers that this more accurately reflects fair value. Target funds and investment companies normally report their net asset values (or value of investments (capital accounts) to investors) on certain valuation dates and with a certain delay. The AIFM may adjust these net asset values (or values of the investors' holdings) by the interim cash flows announced by the target fund or general partner (in the case of investment companies). This provision also expressly applies at the end of the Financial Year. If a target fund or an investment company does not provide net asset values, the AIFM is authorized to make what it considers to be a fair valuation of the target fund or investment company at its own discretion, taking into account the principle of fair value.

The valuation process generally consists of following steps:

1. At acquisition there is a due diligence performed to ensure the valuation methodology and documentation of the target fund is in line with the fund's standards.
2. Every valuation cycle the value of the target funds is primarily based on the latest capital account statements of the target funds adjusted for related cash flows occurring in the period (as described above).
3. Additionally, each valuation cycle is supported by a valuation assessment which concludes whether a valuation adjustment to the recent valuation, upon AIFM discretion and taking into account the fund's internal threshold, is required or not. This assessment includes:
 - Check with risk management on any events that could significantly affect the valuation.
 - Check with portfolio management on any events that could significantly affect the valuation.
 - Check against general significant market events from publicly available sources.
4. Annual valuation check which includes a back-testing analysis. Back-testing is done to ensure the quality of the capital account statement by comparing the annual financial statement with capital account statement of the target fund.

It is up to the discretion of the AIFM, and normally taking materiality into account, if the above valuation process at valuation cycle is applied to all target funds or to a representative portion of the entire pool of target funds.

- (e) Bank deposits are valued at their nominal value plus accrued interest. Fixed deposits are normally valued at the nominal value with deferred interest. Terminable fixed deposits which, upon termination, are not repaid at the nominal value plus interest are an exception to this. These are valued at the market value
- (f) Direct debt instruments that are not listed or traded on a stock exchange or another regulated market on which trading is regularly conducted and which is recognised and open to the public are generally valued using the DCF model (income approach), in accordance with the IPEV guidelines.

In special situations, depending on the specific debt instrument, the availability of recent market data and/or terms & conditions, the AIFM (if applicable with support of an independent appraiser) may adopt different valuation techniques as per the IPEV guidelines, like either the Cost approach or the Market approach.

The valuation process generally consists of following steps:

1. At acquisition there is a due diligence performed to ensure that there is enough information available to properly assess the value of the instrument and to check if the acquisition price is market conform. The initial acquisition valuation is usually carried out by the AIFM, if applicable with the support of an independent appraiser.
2. At least quarterly a valuation is conducted by the AIFM, if applicable with the support of an independent appraiser.
3. Each valuation cycle the AIFM assesses the valuation to conclude whether a valuation adjustment or revised valuation appraisal is required. A potential adjustment or valuation update is made upon AIFM discretion and takes into account the fund's internal threshold and is then taken into account in the next valuation cycle after the conclusion on the adjustment.

The aforementioned valuation assessment includes:

- Check with risk management on any events that could significantly affect the valuation.
- Check with portfolio management on any events that could significantly affect the valuation.
- Check against general significant market events from publicly available sources.

It is up to the discretion of the AIFM, and normally taking materiality into account, if the above valuation process at valuation cycle is applied to all debt instruments or to a representative portion of the entire pool of debt instruments.

- (g) The *pro rata* interest attributable to assets, securities or money-market instruments is included unless it is expressed in the market value.
- (h) In the case of derivatives, a distinction must be made with regard to the calculation of the Net Asset Value per Share: (i) Derivatives traded on the stock exchange or other regulated markets (such as options) are generally valued at their last available stock exchange or market price, (ii) Derivatives that are not listed on a stock exchange (OTC derivatives) are valued using independent price sources. If only one independent price source is available for a derivative, the plausibility of this valuation price is verified by means of calculation models recognised by the Partnership and the Partnership's auditors, based on the market value of the underlying instrument from which the derivative is derived.

A correction of the Net Asset Value per Share as a result of incorrect valuations is always made if the tolerance thresholds for revaluation as defined by the AIFM have been exceeded.

All Net Asset Values calculated may be rounded up or down to the nearest hundredth of a Share of the Accounting Currency at the discretion of the AIFM Board.

Special valuation rules for the assets of the Partnership can be regulated in the fund schedule.

All other securities or other assets are valued at their fair market value as determined in good faith by the AIFM and in accordance with a procedure established by the AIFM.

The Organisational Expenses will be written off by the Partnership over a period of five (5) years and will be reflected in the Net Asset Value.

- (i) The liabilities of the Partnership include:
1. all loans, accrued interest on loans of the Partnership (including borrowing costs) and other liable amounts;
 2. all costs due or payable (including administration and management fees, advisory fees including transaction-related advisory fees, custodian fees, other agent fees, etc.) assigned to the Partnership;
 3. all known, current and future liabilities, including payment liabilities in cash or in kind resulting from due contractual liabilities and declared but unpaid dividends of the Partnership;
 4. appropriate provisions for future tax payments and other provisions approved and accepted by the Board, as well as reserves for other liabilities of the Partnership;
 5. any other liability of the Partnership of any kind that the Board may determine as necessary or useful in the operation of the Partnership are accounted for in accordance with the Luxembourg laws;
 6. all corporate costs for the implementation of regulatory requirements;
 7. liquidation costs for the liquidation of the Partnership as soon as they become apparent; and
 8. The Partnership may set administrative and other expenses of a regular or recurring nature in advance on the basis of estimated figures for annual or other periods and may amortise them in equal instalments over such period.
 9. All valuation regulations and determinations shall be interpreted and made in accordance with generally accepted accounting principles.
- (5) The AIFM may, at its own discretion, authorise and adopt other valuation methods if it considers it appropriate in the interest of a more appropriate valuation of an asset of the Partnership. It may also permit valuation at amortised cost if it considers this to be appropriate in the interest of a more appropriate valuation of an asset of the Partnership. Where the AIFM makes use of one (1) of the other valuation methods referred to above, this shall be disclosed in the annual report of the Partnership, stating the asset concerned.

- (6) If the AIFM considers that the calculated Net Asset Value of the Shares does not reflect the actual value of the Shares in the Partnership on a particular Valuation Day or if there have been significant movements on the relevant exchanges and/or markets since the calculation of the Net Asset Value of the Shares, the AIFM may decide to update the Net Asset Value of the Shares on the same day. In such circumstances, all subscription and redemption requests received for that Valuation Day will be honoured in accordance with the relevant provisions of the Articles of Incorporation on the basis of the Net Asset Value of the Shares, which has been updated in good faith.
- (7) A correction of the Net Asset Value per Share as a result of incorrect valuations is always made when the revaluation tolerance threshold set by the AIFM has been exceeded.
- (8) The calculation of the Net Asset Value of the Shares of the Partnership is carried out in accordance with Luxembourg law and generally accepted Luxembourg accounting principles (the "LUX GAAP").

Article 16. Temporary Suspension of the Calculation of the Net Asset Value of Shares in the Partnership and the Issue and Redemption of Shares in the Partnership

- (1) The determination of the Net Asset Value of the Shares of any Class may be suspended by the AIFM during:
 - (a) any period when, as a result of political, economic, military or monetary events or any circumstances outside the control, responsibility and power of the AIFM, disposal of the assets owned by the Partnership is not reasonably practicable without this being seriously detrimental to the interests of Shareholders; or
 - (b) any breakdown in the means of communication normally employed in determining the price of any of the Partnership's assets or if for any reason the value of any asset of the Partnership which is material in relation to the determination of the Net Asset Value (as to which materiality the AIFM shall have sole discretion) may not be determined as rapidly and accurately as required; or
 - (c) any period when the value of any wholly-owned (direct or indirect) Subsidiary of the Partnership may not be determined accurately; or
 - (d) any period when any transfer of funds involved in the realisation or acquisition of investments cannot in the opinion of the AIFM be effected at normal rates of exchange; or
 - (e) upon the publication of a notice convening a General Meeting for the purpose of resolving to wind up the Partnership; or
 - (f) any period when any one of the principal markets or other stock exchanges on which a portion of the assets of the Partnership, are quoted is closed (otherwise than for ordinary holidays) or during which dealings therein are restricted or suspended; or
 - (g) when for any other reason, the prices of any investments cannot be promptly or accurately ascertained.

- (2) The suspension of the determination of the Net Asset Value pursuant to the above circumstances shall comply with the principle of equal treatment of the Shareholders and be in their best interests. Any such suspension shall be published by the AIFM, to the extent legally required, and shall be notified to (i) the CSSF without delay and (ii) the Shareholders having made an application for subscription or redemption, if any, of Shares for which the calculation of the Net Asset Value has been suspended.
- (3) The issue and redemption of Shares of any Class shall be prohibited:
 - (a) during any period where the Partnership does not have any Depositary;
 - (b) in the event of a liquidation, declaration of bankruptcy (*déclaration en faillite*) or application for an arrangement (*demande d'admission au bénéfice du concordat*), suspension of payments (*sursis de paiement*) or controlled management (*gestion contrôlée*) or any similar measure concerning the Depositary.

TITLE IV MANAGEMENT AND CONTROL, GOVERNANCE

Article 17. General Partner

- (1) The Partnership is managed by the PATRIZIA Infrastructure Invest GP S.à r.l. in its capacity as manager (*gérant*) of the Partnership.
- (2) The General Partner, in its capacity as manager (*gérant*) of the Partnership, has the full powers to perform all management and control acts on behalf of the Partnership within the Partnership's corporate purpose and within the framework of the Investment Policy as defined in Article 5, and to act on behalf of the Partnership. In particular, it has the power to determine the Investment Objectives, guidelines and restrictions as well as the general administrative and business policy of the Partnership and to conclude management, advisory and other service contracts on behalf of the Partnership which it considers necessary or useful for the performance of its function within the scope of the Partnership's corporate purpose, in each case within the framework of the provisions of these Articles of Incorporation, the Prospectus and the applicable laws and regulations. In managing the Partnership, it will take into account the governance rules set out in this Title IV.
- (3) The General Partner has extensive powers to administer and manage the Partnership. It determines the Investment Policy and investment restrictions as well as the guidelines for action by the management and business affairs of the Partnership within the limits set out in the Prospectus, the ELTIF Regulation and in accordance with the relevant legal and regulatory provisions.
- (4) In his capacity as General Partner, the General Partner is jointly and severally liable with the Partnership (*solidairement responsable*) without limitation for all liabilities and losses of the Partnership which cannot be met from the Partnership's assets.
- (5) All powers which are not reserved to the General Meeting under the applicable law or these Articles of Incorporation shall be the responsibility of the General Partner in his capacity as manager (*gérant*) of the Partnership.

Article 18. Signatory Powers

- (1) The Partnership shall be bound by the joint signatures of any duly authorised manager or officer of the General Partner or by the signature of any other persons to whom authority shall have been delegated by the General Partner.
- (2) No Shareholder may represent the Partnership *vis-à-vis* third parties.

Article 19. Liability of Limited Shareholders and Disclosure to Limited Shareholders

- (1) Within the framework of the 1915 Law and these Articles of Incorporation, the Limited Shareholders are not liable for the liabilities and losses of the Partnership beyond their contribution or outstanding capital commitment as long as they are not acting on behalf of the Partnership. This shall not affect actions in exercising their rights as Limited Shareholders of the Partnership.
- (2) The Limited Shareholders may not participate in the management or administration of the Partnership or influence its business or actions and have no authority or right to influence or participate in the management of the Partnership except as expressly provided by the 1915 Law and/or these Articles of Incorporation, but in that case within the limits of the 1915 Law.
- (3) To the extent the Prospectus will not directly include the information to be provided to Investors pursuant to the ELTIF Regulation, article 23 of the AIFM Directive and article 21 of the 2013 Law before they invest in the Partnership, such information will be made available at the Partnership's or the AIFM's registered office.

Article 20. Transfer of Powers

- (1) The General Partner may at any time delegate the day-to-day management of the Partnership (including the power to sign on behalf of the Partnership in the course of its day-to-day management) and its powers to take actions within the scope of the object and policy of the Partnership to one (1) or more natural or legal persons who need not be managers of the General Partner, provided that they are resident in Luxembourg and operate exclusively in Luxembourg. The General Partner may also appoint other agents who need not be managers of the General Partner. Such agents will have the powers delegated to them by the General Partner. The Limited Shareholders may be appointed in this way without losing their limited liability under the 1915 Law, provided that they notify their authorisation in the exercise of their duties.
- (2) The General Partner may set up one or more committees each consisting of managers of the General Partner and/or outside persons to whom the General Partner may delegate powers as necessary.

Article 21. AIFM

- (1) Pursuant to the AIFM Directive, the 2013 Law and the ELTIF Regulation, the General Partner shall appoint (i) service providers as permitted by applicable rules and regulations, and (ii) an European alternative investment fund manager authorised pursuant to the 2013 Law or the AIFM Directive and approved to act as AIFM. The General Partner may enter into agreements with such persons or companies for the

provision of their services, the delegation of powers to them, and the determination of their remuneration to be borne by the Partnership,

- (2) The Partnership may appoint an external alternative investment fund manager (external AIFM) or remain self-managed for the purposes of the 2013 Law and the AIFM Directive. The external AIFM will, under the supervision of the General Partner, manage the Partnership in accordance with the Prospectus, the Articles of Incorporation and within the framework of applicable Luxembourg law, in particular the 2010 Law, the 2013 Law, the ELTIF Regulation and in the exclusive interest of the Shareholders. In doing so, the AIFM will exercise all rights directly or indirectly related to the assets of the Partnership within the limits set out herein. Further details on the appointment of an external AIFM or the self-management of the Partnership are set out in the Prospectus. The external AIFM may also appoint on behalf of the Partnership one (1) or more portfolio manager(s) as described in more detail in the Prospectus. The other information to be provided to the Limited Shareholders under the 2013 Law is further described in the Prospectus.

Article 22. Conflicts of Interests

- (1) If, in connection with a business transaction of the Partnership, a member of the Board as a personal interest contrary to the interests of the Partnership, such member of the Board shall notify the Board of such contrary personal interest and the other members of the Board shall decide whether the member of the Board may participate in deliberations or votes in connection with such business transaction. If a quorum of the Board cannot be reached due to a conflict of interest of one or more managers, resolutions shall be passed by a majority of the non-affected managers present or represented at such meeting.
- (2) The validity of any contract or other transaction between the Partnership and third parties shall not be affected or invalidated by the fact that one or more managers of the Partnership have a personal interest in the contract or other transaction or are managers, shareholders, partners, officers or employees of any other company.
- (3) A manager of the Partnership who simultaneously performs functions as director, manager or employee of another company or firm with which the Partnership enters into contracts or otherwise does business shall not, for the sole reason of his affiliation with that company or firm, be prevented from expressing his opinion, casting his vote or taking any other action on any matter relating to such contract or business.
- (4) To the extent that the AIFM has outsourced activities and conflicts of interest may arise in this context, the Shareholders are informed of this fact on the AIFM's website at www.universal-investment.lu in the conflicts of interest policy. Should conflicts of interest arise during the course of a financial year, they will be made available to Investors on a permanent data carrier.
- (5) The AIFM has established policies and procedures to ensure the fair treatment of investors. In this context, the AIFM has drawn up and published a policy on the exercise of voting rights, a best execution policy, the handling of complaints, a policy on the treatment of fees, commissions and non-monetary benefits and a policy on conflicts of interest on its website. These principles are periodically reviewed and adjusted if necessary and are available there to the Investors for the purpose of inspection. The

basic aim is to ensure that the Investors of comparable investor groups are treated equally. Whenever an investor receives preferential treatment or is entitled to such treatment, the AIFM will disclose this to investors in an appropriate manner in accordance with Article 21 (1) j) of the 2013 Law.

Article 23. Exemption and Indemnification

- (1) The Partnership will indemnify the General Partner and its respective managers, officers and employees from its assets, to the fullest extent permitted by law, against any and all liability and all claims, damages and liabilities to which they may be subject by reason of their capacity as managers, officers or employees of the General Partner or by reason of any act performed or omitted to be performed by them in connection with the Partnership, except to the extent caused by gross negligence, criminal conduct or wilful misconduct, and will hold them harmless from any such liability or claims, damages and liabilities.
- (2) The AIFM and the General Partner shall assign claims arising from insurance relationships to the Partnership to the extent that the insurance fees have been charged to the Partnership's assets as additional costs, unless an assignment is excluded or inadmissible for legal reasons. The assignment shall only be made under the condition that the Partnership cannot be compensated twice for any loss and that, in the event of compensation by the AIFM, its (potential) recourse claims shall remain unaffected. The portfolio manager, if any, the Depositary, and any service provider or agent will be indemnified by the Partnership in accordance with the provisions of the relevant service agreements.

Article 24. Auditor

- (1) The data contained in the Partnership's annual report shall be verified by one or more auditors qualified as "*réviseurs d'entreprises agréé*", appointed by the General Meeting and remunerated by the Partnership.
- (2) The auditors shall comply with all obligations prescribed by the 2010 Law and the 2013 Law.

Title V

General Meetings - Financial Year - Distributions

Article 25. Representation

The General Meeting represents the entirety of the Shareholders. It has the legal powers to order, carry out and approve all actions related to the activities of the Partnership which are not delegated to the General Partner by law or by these Articles of Incorporation. Its resolutions are binding on all Shareholders, provided that these resolutions are in compliance with Luxembourg law and these Articles of Incorporation.

Article 26. General Meetings

- (1) An annual General Meeting shall be held in the Grand Duchy of Luxembourg within six (6) months of the end of the Financial Year. The annual General Meeting may be held abroad if, at the discretion of the General Partner, exceptional circumstances make this necessary.

- (2) Other Shareholder meetings may be held at such place and time as may be specified in the respective meeting notices.
- (3) The General Meeting shall meet upon call by the General Partner. Furthermore, a General Meeting has also to be convened at any time at the written request of the Shareholders, which together represent one tenth (10%) of the capital of the Partnership at such place and time as may be specified in the respective notices of General Meetings.
- (4) Shareholders representing at least ten per cent (10%) of the Partnership's share capital may request the adjunction of one (1) or several items to the agenda of any (annual, ordinary or extraordinary) General Meeting. Such request must be addressed to the Partnership's registered office by registered mail at least five (5) days before the date of the General Meeting.
- (5) The quorums and notice periods laid down by the 1915 Law shall be applicable to the holding of a General Meeting, unless otherwise provided for in these Articles of Incorporation.
- (6) The General Partner shall convene the General Meeting by means of invitations containing the agenda. The convening notice shall be issued in the form prescribed by law and at least eight (8) calendar days prior to the General Meeting. The agenda is prepared by the General Partner.
- (7) If all Shareholders are present or represented at a General Meeting and if they confirm that they are aware of the agenda of the meeting, the meeting may be held without prior notice or publication.
- (8) The business to be dealt with at a General Meeting are limited to the matters set out in the agenda (which must include all matters prescribed by law) and to the matters arising in connection therewith, unless all Shareholders agree on a different agenda.
- (9) The General Partner may determine all other conditions which the Shareholders must meet in order to participate in General Meeting.
- (10) The General Partner or a person appointed by him shall chair the General Meeting. The chairman may appoint a secretary. The General Meeting shall elect a scrutineer.
- (11) Minutes of the General Meeting shall be drawn up and signed by the chairman. Copies or excerpts to be submitted in the course of legal proceedings or other proceedings shall be signed by the management of the General Partner in a number of copies authorised to represent him.
- (12) The General Meeting is responsible for the following decisions, in each case in accordance with the provisions of the Articles of Incorporation:
 - (a) Amendments to the Articles of Incorporation;
 - (b) Changes to the Investment Objective, Investment Policy, and investment restrictions;
 - (c) Discharge of the General Partner;

- (d) The appointment of the auditor;
 - (e) Decisions on the annual accounts;
 - (f) The distribution of profits in accordance with Article 33;
 - (g) The dissolution, merger, conversion or liquidation of the Partnership; and
- all other powers reserved by law to the General Meeting.

Article 27. Presence and Majority Requirements

- (1) All Shareholders have the right to participate in all General Meetings. All Shareholders have the right to speak at General Meetings.
- (2) A Shareholder may appoint in writing another Person (who need not be a Limited Shareholder and who may be a manager of the General Partner) as its proxy to be represented at the General Meeting. The power of attorney issued for this purpose may be issued in writing or in the form of a fax, e-mail or by an equivalent means of communication.
- (3) Each Shareholder shall be entitled to participate in a General Meeting by video conference, telephone conference call or by means of other telecommunication devices enabling their identification, and that all participants in the meeting can hear and talk to each other throughout. They shall be deemed to be present for the purpose of determining the quorum and majority and voting conditions. These must have technical functions that ensure effective participation in the General Meeting, while being connected without interruption.
- (4) Each Share in the Partnership entitles the holder to one (1) vote per Share, irrespective of the Net Asset Value.
- (5) Resolutions of the General Meeting shall, unless otherwise prescribed by law or in these Articles of Incorporation, be adopted by a simple majority of the votes cast, irrespective of the number of Shares held by the Shareholders present or represented.
- (6) Unless otherwise required by law or by these Articles of Incorporation, any resolution of the General Meeting shall require the consent of the General Partner in order to become effective. This does not apply to decisions under Article 18(1).

Article 28. Written Resolutions

- (1) Shareholders may also adopt their resolutions in writing. In this case, each Shareholder will receive the text of the written resolutions to be adopted and will have the opportunity to vote in writing.
- (2) Written resolutions are subject to the same requirements regarding the number of votes represented and the majorities to be achieved as are applicable to General Meeting held in person. Written resolutions shall be recorded in a separate register.

Article 29. Financial Year

- (1) The Partnership's Financial Year shall begin on the first day of the month January and end on the last day of the month December of each year. In addition, and in accordance with the requirements of the 2010 Law, the Partnership will prepare and distribute an unaudited semi-annual report to Investors within the period required by law.
- (2) The Partnership's annual accounts are presented in Euro and may be prepared on a consolidated basis, including direct or indirect Subsidiaries, where required by law, on the basis of generally accepted accounting principles in Luxembourg.

Article 30. Dividends

- (1) Available liquidity can, in principle, be distributed to the Limited Shareholders within the framework of the legal regulations after consultation with the Limited Shareholders.
- (2) The Shareholders will take a resolution on the annual distributions, upon the proposal of the General Partner, whether and to what extent available liquidity is to be distributed out of the Partnership's assets. The Board may at any time decide to pay interim dividends. Undistributed liquidity shall be recorded separately in the calculation of the Net Asset Value within the meaning of Article 15. If and to the extent that the General Partner does not itself provide available liquidity for distribution, a positive balance of the separately recorded liquidity amount may nevertheless be distributed by a resolution of the General Meeting.
- (3) If a distribution is made, the minimum capital of the Partnership may not fall below one million two hundred fifty thousand Euro (EUR 1,250,000.-).
- (4) The General Partner may also distribute interim dividends at any time at its own discretion.
- (5) Distributions to Limited Shareholders shall be paid to their respective addresses as stated in the Register. Distributions shall be made in cash in the currency at a time determined by the General Partner. Distributions in kind can only be made with the consent of relevant Shareholder, a separate valuation, and in line with the principle of fair treatment. The costs and expenses of such distributions in kind are borne by the respective Limited Shareholders. Any distribution which has not been claimed within five (5) years of its determination will be forfeited and returned to the Partnership.
- (6) No interest shall be paid on distributions which are resolved by the Partnership and held by it for the use of the beneficiary.
- (7) Liquidity may alternatively be paid out by repurchase of Shares in accordance with Article 12 of these Articles of Incorporation.
- (8) The individual provisions on distributions are set out in the Prospectus.

Article 31. Expenses

The below mentioned fees, expenses and indemnifications may be charged as between the various Classes of Shares, on the basis of their respective net assets, within such a period, on such terms and in such a manner as the Board thinks fair and reasonable provided that each Class will bear its own fees, expenses and indemnifications which are directly and exclusively attributable to it.

The Partnership will pay or bear all payments, fees, costs, expenses and other liabilities incurred in connection with the formation and organization of the Partnership and the General Partner and all payments, fees, costs, expenses and other liabilities incurred in connection with the offering and sale of Shares to Investors including all out-of-pocket legal, consulting, accounting, valuation, analysis and reports, tax analysis, transfer taxes, filing, capital raising, printing, mailing, subscription processing and filing fees and expenses, due diligence expenses of participating broker-dealers and/or distributors supported by detailed and itemized invoices, the fees, costs and out-of-pocket expenses of any platform advisor and any ESG consultants engaged by the Portfolio Manager, costs in connection with preparing sales materials, design and website expenses, fees to attend retail seminars sponsored by participating broker-dealers and/or distributors, electronic databases, accommodation, meal, travel and related and other similar fees, costs and expenses.

The Partnership will also pay or bear its share of the payments, fees, costs, expenses and other liabilities incurred in connection with the formation and organization of the Partnership allocated to it by the Board (or its delegate) in its discretion acting in good faith, including all out-of-pocket legal, consulting, accounting, filing, capital raising, printing, mailing, subscription processing and filing fees and expenses, due diligence expenses of participating broker-dealers and/or distributors supported by detailed and itemized invoices, the fees, costs and out-of-pocket expenses of any platform advisor and any ESG consultants, costs in connection with preparing sales materials, design and website expenses, fees to attend retail seminars sponsored by participating broker-dealers and/or distributors, electronic databases, accommodation, meal, travel and related and other similar fees, costs and expenses.

The Organisational Expenses will be written off by the Partnership over a period of five (5) years.

The Partnership will bear all Investment-Related Expenses and the AIFM and the Portfolio Manager will be reimbursed by the Partnership for all Investment-Related Expenses incurred by them.

The AIFM will be entitled to a yearly management fee which is further determined in the AIFM agreement.

The Portfolio Manager will be entitled to a yearly portfolio management fee out of the assets of the Partnership, the amount of which is further determined in the Prospectus.

In addition the Portfolio Manager will be entitled to the transaction fees as further set out in the Prospectus.

In the case a target fund managed by PATRIZIA charges a management fee, the portion of the management fee of the respective Share Class of the Partnership attributable to this target fund will be reduced by that amount, provided that it cannot fall below zero.

The Partnership will bear all Operation and Administration Expenses of the Partnership and the General Partner and will reimburse the AIFM for all Operation and Administration Expenses incurred by it in relation to the Partnership as well as all expenses, which include but are not limited to:

- (a) operating expenses including all taxes, duties, stamp duties, governmental and similar charges, commissions, foreign exchange costs, bank charges,

registration fees relating to investments, insurance and security costs (e.g. insurance costs, directors & officers, etc.), expenses of the issue and redemption of Shares;

- (b) the fees, costs and expenses of establishing, maintaining, operating, managing, protecting and winding-up any investment holding entity, including if necessary employee costs of such entity;
- (c) costs incurred in the context of sales and distribution authorisation or the implementation of marketing (e.g. preparation of marketing documents by internal and/or external parties, including appointed distribution partners), costs in connection with the distribution and fees payable to the distributor(s), translation costs (if any);
- (d) usual brokerage and other transaction fees and expenses (including, without limitation, legal, accounting, surveyor's and other professional fees) incurred on transactions with respect to the acquisition or disposal or proposed acquisition or disposal of the portfolio and related expenses in connection with the acquisition or disposal of the assets, irrespective whether the transactions have materialised or not;
- (e) accounting, due diligence, legal, ESG and other service providers in relation to the portfolio and the Partnership (subject to the approval by the Partnership of such engagement) and all other fees and expenses incurred by the Partnership, including any domiciliation fees and charges of the Partnership;
- (f) costs regarding an (independent) valuation of the Partnership's investments compliant with the valuation principles of the Partnership including additional external auditor's opinion or certification;
- (g) reporting and publishing expenses, including the cost of preparing and/or filing of the Articles and all other documents concerning the Partnership, including the Prospectus and explanatory memoranda and registration statements with all authorities having jurisdiction over the Partnership or the offering of Shares of the Partnership; the cost of preparing, in such languages as are required for the benefit of the Shareholders, including the beneficial holders of the Shares, and distributing annual and all other periodic reports and such other reports or documents as may be required under the applicable laws or regulations of the above-cited authorities and the costs and expenses of local representatives appointed in compliance with the requirements of such authorities;
- (h) the cost of convening General Meetings or of consulting the Shareholders in writing;
- (i) expenses incurred in determining the NAV and valuing the assets;
- (j) the costs of preparing, printing and distributing all valuations, statements, accounts and performance and investment reports;
- (k) the Auditors' fees and expenses in relation to the Partnership;

- (l) the costs of amending and supplementing the Articles, the Prospectus, the agreements and documents relating to the Partnership and all similar administrative charges;
- (m) costs and expenses incurred in connection with investor-related activities and requirements, including preparation, printing and mailing of reports, information and reporting services (such as e.g. the reporting for German insurance companies subject to the German Insurance Supervisory Act based on the standards issued by the German Federal Financial Supervisory Authority, the reporting under the tripartite template (TPT) for Solvency II asset data reporting issued by the fund association or reporting with a view to capital requirements of credit institutions) to Shareholders;
- (n) costs incurred to enable the Partnership to comply with legislation and official requirements and any fees and expenses involved in registering and maintaining the registration of the Partnership with any governmental agencies, or listing of Shares on the Luxembourg Stock Exchange or on stock exchanges in any other country; and
- (o) all other taxes and all fees or other charges levied by any governmental agency against the Partnership in connection with its investments or otherwise;
- (p) costs and expenses for legal and tax advice, accounting and other costs and expenses in connection with the Partnership's transactions (including structuring fees), regardless of whether such a transaction is successfully completed;
- (q) costs incurred in connection with the use of legal, tax and other financial advisors and other professionals and advisors;
- (r) costs in connection with the clarification, preparation and fulfillment of tax obligations in the respective country of distribution (e.g. costs in connection with the commissioning of external service providers, registrations, appointment of tax representatives, determination of tax information, submission of tax returns, publications);
- (s) any irrecoverable VAT (or similar levy or duty) relating to any such costs and expenses;
- (t) any fees, costs, and expenses relating to the establishment, management, operation of any property/infrastructure company into which the Partnership invests, the Partnership, the General Partner, and any other person established in connection with or for the purposes of investing or receiving distributions from the Partnership, the property companies or investments, including the whole or a proportionate part (as applicable) of the fees, costs, and expenses of any directors/managers and service providers, consultants, secondees, staff and other personnel (whether employed directly by the Partnership or the property companies or otherwise charged by the General Partner, the AIFM, the Portfolio Manager or PATRIZIA (including overheads such as space rental and utilities), provided in each case that all such fees, costs, and expenses are on arm's length and disclosed in the respective semi-annual and/or annual report;

- (u) costs and fees for the preparation and implementation of PRIIPS-KIDs or similar documents for the Partnership;
- (v) costs of implementing and complying with an ESG (environmental, social, governance) strategy, including the costs of (i) providing (legal, commercial, and technical) advice in this regard, (ii) obtaining (environmental) technical certifications, and (iii) preparing and producing ESG reporting (e.g. EET Reporting) (required by law, regulation, or contract); and
- (w) all other costs and expenses in connection with the operations or administration of the Partnership and the portfolio incurred to procure the achievement of the Investment Objective and the Investment Policy, including the costs of due diligence on investments.

The AIFM will not be reimbursed for any of its internal administrative costs such as salaries, office space or office equipment and will further not be reimbursed for costs and/or expenses with respect to its own advisors or service providers.

The Depositary, Paying Agent, Central Administration Agent and Registrar and Transfer Agent will be entitled to a yearly depositary, and administration fees, which are further determined in the relevant service provider agreements.

All fees and expenses pursuant to the above are exclusive of value added taxes or other chargeables thereon, which shall be paid by the Partnership as required.

Title VI

Final provisions

Article 32. Depositary

The Partnership shall enter into a Depositary Agreement with a credit institution, an investment firm or an entity which has the status of a professional depositary of assets other than financial instruments as defined by the law of 5 April 1993 on the financial sector, as amended (the "**Depositary**"). The Depositary shall fulfil the duties and responsibilities as provided for by the 2013 Law, the 2010 Law and the ELTIF Regulation.

Article 33. Termination

- (1) The Partnership is established for an unlimited period of time, subject to the following provisions.
- (2) The death or resignation or dissolution of a Limited Shareholder shall not result in the automatic dissolution of the Partnership.
- (3) The Partnership will not be dissolved in the event of legal incapacity, dissolution, resignation or withdrawal, insolvency or bankruptcy of the General Partner or if the General Partner is no longer able to act for the Partnership for other legal reasons. In the cases of incapacity of the General Partner listed in this paragraph, the General Meeting will appoint a new General Partner.
- (4) The Partnership shall be dissolved if it does not have at least one General Partner and one Limited Shareholder who are different from each other.

- (5) The Partnership and a Class may be dissolved at any time on the proposal of the General Partner by resolution of the General Meeting, subject to the quorum and majority requirements laid down in Article 36 of these Articles of Incorporation.
- (6) Should the Net Asset Value of the Partnership fall below two thirds (2/3rd) of the minimum capital of one million two hundred fifty thousand Euro (EUR 1,250,000.-) required by law, the General Partner shall submit the decision to liquidate the Partnership to the General Meeting. The General Meeting, at which there is no attendance quorum, decides by a simple majority of votes cast by the Shares represented at the General Meeting. If the Net Asset Value of the Partnership falls below one quarter of the minimum capital prescribed by law, one quarter of the votes of the Shares present or represented at the General Meeting is sufficient to liquidate the Partnership, without a quorum being present. The General Meeting must be convened in such a way that it is held within a period of forty (40) Business Days after it has been established that the Net Asset Value of the Partnership has fallen below two thirds (2/3rd) or one quarter (1/4) of the minimum capital prescribed by law.

Article 34. Liquidation

- (1) In the event of the dissolution of the Partnership further to any insolvency proceedings, the liquidation will be carried out by one (1) or more liquidators (who may be natural persons or legal entities) appointed by the Shareholders (with simple majority vote) who will determine their powers and their compensation. Such liquidators must be approved by the CSSF and must provide all guarantees of honourability and professional skills.
- (2) After payment of all the debts of and charges against the Partnership and of the expenses of liquidation, the net assets shall be paid out to the Shareholders pro rata to the number of the Shares held by them.
- (3) Assets which could not be paid out to their beneficiaries upon the conclusion of the liquidation of the Partnership will be deposited with the Depositary for the period provided by law. After the expiry of such period, the assets will be deposited with the *Caisse de Consignation* in Luxembourg to the benefit of such beneficiaries.

Article 35. Merger of the Partnership or Classes

- (1) The Partnership or Classes may be merged at the end of a Financial Year or at another time to be determined by the General Partner at his discretion, if so decided by the General Meeting of the Partnership or Class. However, such a merger is binding only on Limited Shareholders who have consented to such merger. The Shares of the Limited Shareholders who have not consented to the merger will be redeemed at the relevant Net Asset Value.
- (2) A merger shall be effected by exchanging the Partnership's and/or one (1) or more Classes for the Shares in an existing or newly established fund or an existing or newly established Class. The issue of the Shares of the Partnership and/or Class into which and/or which is to be exchanged is carried out in exchange for the redemption of the Shares in the Partnership and/or Class(es) to be exchanged and the contribution of the net assets of the Partnership and/or Class(es) into which and/or which is to be exchanged. The exchange price is determined on the exchange date and is based on the

Net Asset Value of the Shares of the selling partnership or Class of Shares and of the receiving fund or Class on the exchange date. The rules applicable to the valuation of the net assets of the receiving fund or receiving Class are applicable to the calculation of all Net Asset Values affected by the conversion.

- (3) The merger of the Partnership with a Luxembourg *fonds commun de placement*, where the fund to be contributed is the Partnership, may also be resolved by the General Meeting of the Partnership in accordance with the above conditions. However, such a merger is only binding on Limited Shareholders who have agreed to such merger. The Shares of the Limited Shareholders who have not consented to the merger will be redeemed at the relevant Net Asset Value.

Article 36. Amendments to the Articles of Incorporation

- (1) These Articles of Incorporation may be amended or supplemented at a General Meeting subject to the following provisions:
 - (a) A quorum is present if at least fifty percent (50%) of the Share capital is present or represented. If a quorum is not reached, a second meeting of Shareholder shall be convened, which may validly pass resolutions regardless of the proportion of the Share capital represented there.
 - (b) The following applies to both meetings: The decision is considered to have been taken if at least two thirds (2/3rd) of the votes cast were in favour. The consent of the General Partner is not required for an effective resolution on the dismissal of the General Partner.
- (2) Unless otherwise prescribed by law or in these Articles of Incorporation, the resolution of the General Meeting shall require the consent of the General Partner in order to become effective.
- (3) Amendments to these Articles of Incorporation concerning the rights of members of one Class as compared with the rights of members of another Class shall also require the unanimous agreement of the members of the Class concerned in order to be effective.

Article 37. Applicable Law and Jurisdiction

- (1) The laws of the Grand Duchy of Luxembourg, and in particular the 1915 Law, the 2010 Law, the 2013 Law and the ELTIF Regulation, shall apply to these Articles of Incorporation and its interpretation.
- (2) The courts of Luxembourg-City shall have exclusive jurisdiction for any legal disputes which may arise in connection with these Articles of Incorporation.
- (3) The Articles of Incorporation is drawn up in English, and even if they are translated into other languages, the English version shall prevail.